

MITTWOCH, 16. DEZEMBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

Göran Färm (S&D). – Herr Präsident! Zu Beginn der Sitzungsperiode dieser Woche hat mein österreichischer Kollege Jörg Leichtfried eine Frage an Sie gerichtet, in der es um die neuen Abgeordneten ging, die auf der Grundlage des Vertrages von Lissabon in dieses Parlament aufgenommen werden sollen, und darum, zu welchem Termin dies vorgesehen ist. Sie haben geantwortet, dies sei eine Angelegenheit des Rates. Hier stimme ich Ihnen zu, sofern jene neuen Abgeordneten als Vollmitglieder in dieses Parlament aufgenommen werden sollen. Ich bin mir aber nicht sicher, dass Ihre Aussage auch dann zutrifft, wenn die neuen Abgeordneten zunächst einen Beobachterstatus als Vorbereitung auf eine Vollmitgliedschaft erhalten sollen.

Ich interpretiere die Entscheidung, die wir vor kurzem über den Bericht von David Martin zu unserer Geschäftsordnung getroffen haben, so, dass wir diese zusätzlichen Mitglieder, sobald sie gewählt sind und ihre Wahl von ihrem jeweiligen Mitgliedstaat bestätigt wurde, als Beobachter anfangen lassen können und dass wir als Parlament selbst die Bedingungen für ihren Beobachterstatus festlegen können.

Herr Präsident, können Sie dieses Thema bitte nochmals mit dem Berichtersteller, Herrn Martin, erörtern, damit wir hier so schnell wie möglich zu einer Lösung kommen? Es wäre unsinnig, wenn neue Parlamentsmitglieder, die bereits gewählt sind und deren Wahl von den zuständigen nationalen Behörden bestätigt wurde, monatelang warten müssten, bevor sie tatsächlich ihre Arbeit aufnehmen können. Viele von ihnen könnten nämlich sofort anfangen.

Der Präsident. – Wie ich bereits sagte, habe ich mich nach der Entscheidung des Europäischen Rates erkundigt, und auch der Ausschuss für konstitutionelle Fragen sollte dieses Problem zur Kenntnis nehmen und untersuchen. Bisher gibt es keinen endgültigen Beschluss über die Anzahl der zusätzlichen Sitze und darüber, aus welchem Land diese kommen sollen. Es gibt keinen endgültigen Beschluss. Ich weiß, dass es die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist, aber sie ist nicht endgültig, und man kann nicht ohne weiteres Beobachter einsetzen, ohne dass ein endgültiger Beschluss vorliegt über deren Anzahl und die Länder, aus denen sie kommen sollen. Also müssen wir warten. Ich denke darüber nach und nehme diese Frage sehr ernst.

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme damit überein, dass es schwierig ist, das zu klären. Ich halte das nicht für unmöglich, möchte aus Sicht meiner Fraktion zur Diskussion in Frankreich allerdings erklären, dass wir es für unerträglich hielten, wenn Beobachter, mit welchem Status auch immer, gleichzeitig auch Abgeordnete der nationalen Parlamente blieben. Wir sind der Auffassung, dass diejenigen, die als Beobachter hierher kommen, ihre nationalen Mandate dann aufgeben müssen.

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Präsident! Gemäß Artikel 110 der Geschäftsordnung sind wir hier versammelt, um die Ergebnisse der schwedischen Ratspräsidentschaft zu erörtern – an dieser Stelle möchte ich Herrn Ministerpräsident Reinfeldt ein Lob für die beherzte, sinnvolle und effiziente Präsidentschaft aussprechen, die er ermöglicht hat –, wir sind aber auch hier, um die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember zu untersuchen.

Zu dieser Angelegenheit möchte ich den Herrn Kommissionspräsidenten, der für die Verträge und deren Einhaltung einsteht, auf Artikel 15 Absatz 6 des Vertrages über die Europäische Union aufmerksam machen, in dem festgelegt wird, dass der Präsident des Europäischen Rates im Anschluss an jede Tagung des Europäischen Rates einen Bericht vorzulegen hat.

Es ist so gut wie sicher, dass Herr Van Rompuy, der neue Präsident des Europäischen Rates, heute nicht hier sein wird, und ich bedauere dies. Allerdings ist er seit dem 1. Dezember 2009 im Amt, er übt eine intensive diplomatische Funktion aus, und meines Erachtens hätte es seine erste politische Amtshandlung sein müssen,

herzukommen und sich dem Europäischen Parlament vorzustellen. Es wäre also an ihm gewesen, herzukommen und die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2009 zu präsentieren.

Der Präsident. – Gestatten Sie mir folgende Erläuterung: Der Präsident des Europäischen Rates, Herr Van Rompuy, und der amtierende Ratspräsident, Herr Reinfeldt, haben die Vereinbarung getroffen, dass die Amtsgeschäfte in diesem letzten Monat der Präsidentschaft nach den alten Grundsätzen geführt werden sollen. Diese Vereinbarung ist in Kraft. Der Präsident des Europäischen Rates, Herr Van Rompuy, wird sein Amt am 1. Januar 2010 antreten.

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Präsident! Es ist nicht Sache der Staats- und Regierungschefs, sich mit der Anwendung von Verträgen zu beschäftigen, die von der Bevölkerung ratifiziert wurden.

Der Präsident. – Ich will es noch genauer erklären: Die Einladung und die Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem amtierenden Ministerpräsidenten, der die rotierende Ratspräsidentschaft repräsentiert, ist eine Entscheidung aller Mitglieder des Parlaments. Wir entscheiden auch, wer eingeladen wird und in welcher Reihenfolge. Wir werden auch innerhalb der Organe - nämlich des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates - die Form unserer zukünftigen Zusammenarbeit vereinbaren. Darüber hinaus halte ich Ihre Bemerkungen für verfrüht.

Zunächst bedarf es einer interinstitutionellen Vereinbarung. Auch die Europäische Kommission ist davon betroffen. Noch ist es zu früh für solche Diskussionen. Es ist sehr wichtig, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der gegenwärtigen Ratspräsidentschaft bzw. dem Regierungschef und dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Van Rompuy, zu wahren. Unsere Präsidentschaften wechseln, während der Präsident derselbe bleibt, wir müssen aber auch mit den Regierungschefs kooperieren. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen angewiesen, weil wir als gesetzgebendes Gremium in permanentem Kontakt mit der Regierung des Landes stehen müssen, das die Ratspräsidentschaft innehat.

Darüber hinaus ist es auch unsere Entscheidung, in welcher Form wir zusammenarbeiten werden und wen wir einladen - natürlich in Abstimmung mit dem Europäischen Rat. Dazu werden wir Gespräche führen. Aber ich muss Ihnen sagen, dass es noch viel zu früh dafür ist. In der Zwischenzeit wird Herr Reinfeldt Bericht über die Aktivitäten des Europäischen Rates der letzten sechs Monate erstatten. Herr Van Rompuy war in diese Arbeit nicht einbezogen, da er erst vor einigen Wochen ernannt wurde, von daher kann er zu diesem Thema heute gar nichts beitragen. Das liegt auf der Hand.

2. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

3. Bilanz des schwedischen Ratsvorsitzes - Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2009 (Aussprache)

Der Präsident. – Ich möchte Ministerpräsident Reinfeldt herzlich begrüßen, der uns fast ein halbes Jahr als amtierender Ratspräsident begleitet hat. Ich möchte auch Präsident Barroso willkommen heißen.

Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über

- die Erklärung des Rates zu den Ergebnissen der schwedischen Ratspräsidentschaft;
- den Bericht des Europäischen Rates und die Erklärung der Kommission zu den Ergebnissen der Tagung des Europäischen Rates am 10. und 11. Dezember 2009.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident! Ich bin dankbar für die Gelegenheit, zu einem so entscheidenden Zeitpunkt noch einmal vor dem Parlament sprechen zu können.

Während wir hier diskutieren, haben sich Vertreter aus 193 Ländern in einem Konferenzzentrum in Kopenhagen versammelt und reden, streiten und verhandeln und versuchen auf diese Weise, die Erwartungen von Millionen Menschen auf der ganzen Welt zu erfüllen. In nur zwei Tagen wird die Klimakonferenz der Vereinten Nationen beendet sein. Schon bald werden wir auf eine Tagung zurückblicken, die nicht nur für die EU, sondern für die ganze Welt von großer Bedeutung war; auf eine Tagung, die entscheidend war für jene, die ihre Felder nicht bestellen können, weil sie kein Wasser haben, entscheidend für jene, die ihr Zuhause durch Tornados oder Überschwemmungen verloren haben, und entscheidend für jene, die umsonst Dämme bauen gegen einen Wasserpegel, der Jahr für Jahr steigt.

Wir wissen, was auf dem Spiel steht, warum also ist es dann so schwer, etwas zu tun? Liegt es daran, dass wir jede Veränderung unseres Lebensstils fürchten? Dennoch wissen wir: Wenn wir mit den Ressourcen unserer Welt weiterhin so umgehen wie bisher, werden wir unseren gegenwärtigen Lebensstil nicht mehr lange aufrechterhalten können, wir werden sogar mit wesentlich drastischeren Änderungen konfrontiert sein. Wir müssen um viel entscheidendere Dinge bangen als um unseren alltäglichen Komfort.

Die Bekämpfung des Klimawandels war während der gesamten schwedischen Ratspräsidentschaft ganz oben auf der Tagesordnung, bei allen unseren Tagungen des Europäischen Rates und auf allen Gipfeltreffen mit den wichtigsten Partnern der Europäischen Union. Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir anlässlich unserer Tagung im Oktober einen umfassenden Auftrag übernommen, um die Führungsrolle der EU in den Klimagesprächen zu wahren. Wir haben uns auf das langfristige Ziel verständigt, unsere Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 % zu reduzieren und unser Angebot zu einer Senkung der Emissionen um 30 % erneuert, vorausgesetzt, dass auch andere vergleichbare Anstrengungen unternehmen. Wir haben Emissionsreduktionen im internationalen Verkehr vereinbart und trotz diverser Widerstände auch Zahlen zum globalen Finanzbedarf der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels genannt. In der letzten Woche haben wir nach Wochen bilateraler Gespräche noch einen weiteren Schritt geschafft: ein gemeinsam zusammengestelltes Finanzpaket, das für die Schnellstart-Finanzierung von Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern vorgesehen ist und über das in den nächsten drei Jahren 7,2 Mrd. EUR bereitgestellt werden.

Ich weiß, dass dies nicht ausreicht. Daher betone ich, dass ich zwar mit der Zustimmung des Europäischen Rates zu diesem Schritt zufrieden bin, dass es nun aber an der Zeit ist, dass weitere Industrieländer sich uns anschließen.

Was also müssen wir in Kopenhagen tun? Wir brauchen bindende Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, und zwar nicht nur von den Industrienationen, sondern auch von Entwicklungsländern, damit gewährleistet werden kann, dass die globale Erwärmung unterhalb des 2-Grad-Ziels bleibt, das die Wissenschaft für notwendig erachtet.

Ich habe mich mit führenden Politikern aus Indien und China unterhalten. Ich weiß, was sie zu diesem Thema sagen. Wieso sollten sie sich zu einer umweltfreundlichen Entwicklung verpflichten, wenn wir es sind, die die Erde jahrzehntelang verunreinigt haben? So kann man es zwar auch sehen, aber das Problem ist folgendes: Die Industrienationen können das Problem nicht im Alleingang lösen. Inzwischen übertreffen die Emissionen der Entwicklungsländer schon fast die der Industrieländer. Das ist der Grund, warum wir das Problem zusammen bewältigen müssen. Wir für unseren Teil können Jahre des unverantwortlichen Handelns ausgleichen. Wir können Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern finanziell unterstützen. Die Europäische Union hat letzte Woche ihre Verantwortung übernommen. Es geht in Kopenhagen nicht um die Form, sondern um die Substanz. Wir können zufrieden sein, wenn wir eine Übereinkunft zu Emissionsreduktionen und Finanzierungsmöglichkeiten sowie eine Verpflichtung zu unverzüglichen Maßnahmen erreichen und - was noch wichtiger ist - wenn wir mit der Bekämpfung des Klimawandels beginnen können.

Letztes Jahr sahen wir uns plötzlich mit der schwersten Finanzkrise seit den 1930er Jahren konfrontiert. Der Boden unter unseren Füßen fing buchstäblich an zu schwanken. Ganz plötzlich wurde uns bewusst, wie sehr die internationalen Märkte miteinander verknüpft waren und wie abhängig wir alle voneinander waren, als es darum ging, eine gemeinsame Lösung zu finden. Innerhalb weniger Monate haben die Regierungen in der EU außergewöhnliche Unterstützungsmaßnahmen ergriffen. Die Reaktion war schnell und beeindruckend, hatte aber ihren Preis. Unser Gesamtdefizit bei den öffentlichen Finanzen beläuft sich inzwischen auf nahezu 7 % des BIP, also auf das Dreifache des letzten Jahres. Zwanzig Mitgliedstaaten durchlaufen derzeit Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits. Von daher waren Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise natürlich ein zusätzlicher Schwerpunkt in diesem Herbst.

Lassen Sie mich kurz darauf eingehen, was wir gemacht haben. Ende Oktober haben wir uns auf eine finanzpolitische Ausstiegsstrategie geeinigt und anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in der letzten Woche Grundsätze für den Ausstieg aus finanziellen Unterstützungsprogrammen vereinbart. Darüber hinaus haben wir eine völlig neue Struktur der Finanzaufsicht in Europa vereinbart. Wenn wir internationale Finanzströme haben, kann die Aufsicht darüber nicht länger auf nationaler Ebene erfolgen. Nun ist es Sache des Europäischen Parlaments, die abschließenden Schritte zu vereinbaren.

Wir waren uns auch darüber im Klaren, dass die „Bonuskultur“ nicht weiterhin wie gewohnt beibehalten werden konnte. Ich freue mich, dass die EU es geschafft hat, die G20 davon zu überzeugen, dass umfangreiche Änderungen an dieser Politik erforderlich sind. Die neuen Regelungen werden der Notwendigkeit Rechnung tragen, dass Prämien an Leistung gebunden sein müssen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns schwer getroffen, aber wir haben gezeigt, dass wir in der Lage sind, zu handeln, und wir sind widerstandsfähiger als zuvor. Wenn wir uns erst richtig erholt haben werden, wird die EU dank unserer Maßnahmen eine noch stärkere Position haben.

Die schwedische Präsidentschaft fiel in einen Zeitraum der institutionellen Veränderung. Bei unserem Amtsantritt am 1. Juli war dieses Parlament gerade neu gewählt worden. Noch war kein Präsident der Europäischen Kommission ernannt worden. Das Ergebnis des damals anstehenden irischen Referendums war noch ungewiss. Es war nicht klar, ob der Vertrag von Lissabon von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden würde. Es war nicht einmal klar, ob er noch während der schwedischen Ratspräsidentschaft in Kraft treten könnte.

Dann hat sich das Chaos gelichtet. In enger Zusammenarbeit mit diesem Parlament wurde José Manuel Barroso für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt. Die Ratspräsidentschaft hatte nun in der Kommission einen festen Ansprechpartner, mit dem sie arbeiten konnte. Das Ergebnis des irischen Referendums war ein Sieg für Irland. Es war ein Sieg für die europäische Zusammenarbeit. Wir kamen dem Vertrag von Lissabon dadurch ein Stück näher.

Dann aber geschah etwas Unerwartetes. Kurz vor dem Ziel wollte der tschechische Präsident auf einmal neue Bedingungen für die Unterzeichnung vereinbaren. Auf diese Forderungen mussten wir so eingehen, dass nicht ähnliche Auflagen anderer Mitgliedstaaten ausgelöst werden würden. Dies haben wir bei der Tagung des Europäischen Rates im Oktober geschafft. Einige Tage später hat der tschechische Präsident unterzeichnet. Unmittelbar danach habe ich meine Kollegen erneut konsultiert. Wir mussten uns über die Besetzung hochrangiger Positionen einigen, nämlich den Präsidenten des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter nominieren. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, dass wir beim Abschluss aller Vorbereitungen am 1. Dezember sehr erleichtert waren. Der Vertrag von Lissabon konnte endlich in Kraft treten.

Ab jetzt wird die Europäische Union effizienter sein. Sie wird über geeignetere Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Mitgestaltung der globalen Wirtschaftsagenda verfügen. Der neue Präsident des Europäischen Rates wird für Kontinuität sorgen. Der Hohe Vertreter wird die Koordinierung unserer Außenbeziehungen sicherstellen. Wir werden eine demokratischere Union haben, mit einer stärkeren Beteiligung des Europäischen Parlaments und unserer nationalen Parlamente. Für die Europäische Union hat eine neue Ära begonnen.

Als ich am 15. Juli hier vor Ihnen stand, wanden wir uns noch im Kampf mit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Durchsetzung des neuen Vertrages war noch ungewiss. Wir wussten nicht, ob wir es schaffen würden, uns auf dem zwar nicht so weiten, aber sehr verschlungenen Weg nach Kopenhagen zusammenzuschließen und auch andere zu motivieren.

Auf der Tagung des Europäischen Rates letzte Woche nahm die schwedische Ratspräsidentschaft Stellung zu all ihren fünf Schwerpunkten: ein starkes EU-Mandat für den Klimawandel; Folgemaßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise; die EU-Ostseestrategie; das Stockholmer Programm für Justiz und Inneres; die Stärkung der EU als globaler Akteur, einschließlich Erweiterung, und ein neuer Auswärtiger Dienst. Wie ich bereits sagte, hat mit dem Vertrag von Lissabon in der Europäischen Union eine neue Ära begonnen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen allen meinen Dank aussprechen. Die Ratspräsidentschaft brauchte die Unterstützung des Europäischen Parlaments bei der Bewältigung der Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert waren. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie uns diese Unterstützung gewährt haben.

Mein Dank gilt auch der Kommission, insbesondere José Manuel Barroso. Ich habe in diesem Herbst unwahrscheinlich viel Zeit mit José Manuel verbracht. Er war mir und der schwedischen Ratspräsidentschaft eine unglaublich große Hilfe.

Schließlich möchte ich den Mitgliedstaaten für ihre Bereitschaft danken, Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen und Kompromisse zu suchen, um in bester Absicht Lösungen zu finden, die nicht nur für sie selbst, sondern für ganz Europa von Vorteil sind. In dieser Einigkeit liegt unsere Stärke.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! In den vergangenen sechs Monaten haben wir das Inkrafttreten eines neuen Vertrages erlebt. Damit ging eine fast ein Jahrzehnt andauernde Auseinandersetzung zu Ende, und es eröffneten sich neue Chancen für diese neue erweiterte Europäische Union, in der wir heute leben. Wir haben inzwischen erste Beweise dafür, dass die entschlossenen Maßnahmen zur Stabilisierung der europäischen Wirtschaft im Angesicht der Krise etwas bewirken konnten. Und jetzt, wo wir in Kopenhagen ins Finale gehen, können wir klar sagen, dass die Europäische Union hart

gearbeitet hat, um sich mit unvermindertem Elan für entschlossene globale Maßnahmen gegen den Klimawandel einzusetzen.

Daher möchte ich Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt und dem gesamten Team der schwedischen Präsidentschaft für einen höchst erfolgreichen Ratsvorsitz meine aufrichtige Anerkennung zollen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die schwedische Ratspräsidentschaft den Abschluss des Ratifizierungsprozesses für den Vertrag von Lissabon auf so effiziente Weise sichergestellt hat, dass sie es schaffte, den Übergang zu diesem neuen Vertrag zu bewältigen und zugleich auch alle anderen Ziele zu erreichen. Wir haben die Ernennung des ersten Präsidenten des Europäischen Rates und der ersten Hohen Vertreterin, der Vizepräsidentin der Kommission, durch den Europäischen Rat erlebt. Und wir dürfen nicht vergessen - weil es für dieses Parlament nach der einstimmigen Nominierung durch den Europäischen Rat ein sehr wichtiger Moment war -, dass wir die Wahl des Präsidenten der nächsten Kommission durch eine qualifizierte Mehrheit dieses Parlaments erlebt haben.

Die Tagung des Europäischen Rates in der vergangenen Woche war die erste Gelegenheit, bei der der Europäische Rat als voll qualifiziertes Organ zusammenkam. Es war auch die erste Tagung, an der die neue Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission, Catherine Ashton, teilnahm. Der neue Präsident des Europäischen Rates wird ab dem 1. Januar 2010 sein Amt in vollem Umfang ausüben und hat bereits seine Vorstellungen zu der zukünftigen Organisation des Europäischen Rates präsentiert. Ich begrüße alle Vorschläge, die auf eine konsequentere und kontinuierlichere Arbeit des Europäischen Rates abzielen. Darüber hinaus finde ich es gut, dass mehr politische, offene Diskussionen sowie kurze und wirkungsvolle Schlussfolgerungen angeregt wurden.

Es gab noch viele andere Punkte, die bei der Tagung des Europäischen Rates Thema waren. Ich möchte nur einige davon hervorheben, nicht zu vergessen einen sehr wichtigen, nämlich die Definition der Ostseestrategie, die als Modell dienen kann für weitere Projekte der regionalen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und mit einigen unserer Partner.

In der Wirtschaft setzen wir auf die richtige Balance zwischen der Beibehaltung von Anreizen und der Vorbereitung unserer Ausstiegsstrategien. Ich habe das Szenario für unsere „EU-2020“-Strategie bereits vorgestellt. Ich hoffe, der Europäische Rat wird diese für die Zukunft Europas sehr wichtige Agenda schwerpunktmäßig erörtern, nämlich in Diskussionen bei seinen nächsten Zusammenkünften, bei der offiziellen Tagung des Europäischen Rates im Februar und bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Ich möchte an dieser Stelle mein Angebot wiederholen, hierher in diesen Plenarsaal zu kommen, damit das Parlament eine besondere Aussprache zu diesem äußerst wichtigen Thema organisieren kann. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass das Europäische Parlament und - auf Seiten des Rates - der Europäische Rat die volle Verantwortung für diese „EU-2020“-Strategie haben, da unsere Zukunft dort gestaltet wird.

Was das Stockholmer Programm angeht, so wurden die Vorschläge der Kommission nunmehr in ein gemeinsames Konzept für die kommenden fünf Jahre übersetzt. Ich weiß, dass viele hier in diesem Parlament ebenso wie wir entschlossen sind, dieses Programm als Ausgangsbasis für die Wahrnehmung der Chancen zu nutzen, die der Vertrag von Lissabon für eine durchgreifende Veränderung der EU-Politik in Bezug auf Freiheit, Sicherheit und Recht bietet. Dies war einer der Hauptgründe für meine Entscheidung, die Geschäftsbereiche des künftigen Kollegiums in diesem Bereich zu reorganisieren. Dies wird einer der wichtigsten Arbeitsbereiche der Europäischen Union der nächsten fünf Jahre werden.

Der Europäische Rat war von großer Bedeutung für den Klimawandel. In den letzten Jahren hat die Europäische Union ein konsequentes und ehrgeiziges Konzept zum Klimawandel entwickelt. Es erfüllt mich mit Stolz, dass die Kommission diese sehr anspruchsvolle Agenda initiiert hat. Die Auswirkungen der verringerten Emissionen werden vielleicht erst in ein paar Jahrzehnten zu spüren sein, aber wir unternehmen bereits jetzt konkrete Schritte und haben unseren Zielsetzungen Gesetzeskraft verliehen.

Lassen Sie uns hier ganz offen sein. Einige unserer Partner verkünden ihre Absichten in Presseerklärungen. Wir aber haben unsere Absichten in Gesetzen verankert; in Gesetzen, die bereits durch alle Mitgliedstaaten abegesegnet wurden. Die Industrieländer müssen handeln, sie müssen aber auch den Entwicklungsländern dabei helfen, Wachstum und Emissionen zu entkoppeln. Ich halte es für richtig, dass der Europäische Rat letzte Woche in den Mittelpunkt gerückt hat, wie wir diese globale Führungsrolle in den Dienst einer ehrgeizigen Übereinkunft in Kopenhagen stellen können: indem wir nämlich den Entwicklungsländern unsere Hilfe nicht für irgendeine ferne Zukunft, sondern schon für das nächste Jahr zusagen, indem wir klarstellen, dass wir eine umfassende Einigung brauchen, die die nötigen Kontrollmechanismen aufweist, um wirklich greifen zu können, und indem wir zu einer weiteren Erhöhung unserer Ziele bereit sind, aber nur dann, wenn auch andere Länder sich aufrichtig engagieren.

Ich denke, der Europäische Rat hat sehr wichtige Ergebnisse gebracht, insbesondere in zwei Bereichen. Zum einen im Finanzbereich; hier hat der Rat es geschafft, ein Paket zur Schnellstart-Finanzierung zusammenzustellen, das größer ausfiel als erwartet und - was entscheidend ist - alle Mitgliedstaaten einbezieht. Zwar war manch einer der Ansicht, von der Europäischen Union komme nicht genug, aber 7,2 Mrd. EUR, nach aktuellem Stand über 10 Mrd. USD, und das für drei Jahre, sind ein sehr beachtliches Engagement. Ich hoffe, dieser Betrag ist nun auch garantiert und stellt nicht nur eine Willensbekundung dar. Nun müssen sich erst einmal andere daran messen lassen. Der Europäische Rat hat auch seine Zusage zu mittelfristiger Finanzierung wiederholt, um den angemessenen Beitrag sicherzustellen, der für 2020 benötigt wird.

Zweitens war die Klimapolitik bisher immer wieder ein umstrittenes Thema für den Europäischen Rat. Diesmal jedoch war die Atmosphäre anders. Es gab das starke gemeinsame Anliegen, dass die Europäische Union ihren Beitrag leistet. Wir werden hoffentlich schon bald von den Investitionen profitieren, die wir als Pioniere dieser Agenda gemacht haben.

Was mich schließlich insgesamt wirklich optimistisch stimmte, war die allgemeine Auffassung, dass die Europäische Union zusammenhalten muss. Hoffentlich bewahren wir uns diese Entschlossenheit auch unter dem Druck der nächsten zwei bis drei Tage.

Was können wir in den kommenden Tagen erwarten? Der dänische Ministerpräsident Rasmussen wird wahrscheinlich heute einen Textentwurf vorlegen, bei dem viele Schlüsselzahlen leider noch offen gelassen sind. Die Aufgabe der Verhandlungsführer wird sein, auf dieser Grundlage eine Übereinkunft zustande zu bringen. Daher werde ich gleich im Anschluss an diese Debatte nach Kopenhagen aufbrechen. Ministerpräsident Reinfeldt und ich werden unser Bestes tun, damit die Europäische Union diese Debatte lenken kann.

Wir wissen, dass die Atmosphäre in Kopenhagen derzeit angespannt ist. Wir wissen auch, dass dies für derartige Spitzengespräche nichts Ungewöhnliches ist. Die Anreise zahlreicher Staats- und Regierungschefs wird jedoch eine starke Motivation für die Erzielung einer Einigung darstellen. Wenn diese Einigung Folgendes einschließt: die aufrichtige Verpflichtung zur Emissionsreduzierung sowohl der Industrienationen als auch der Entwicklungsländer, eine klare Verpflichtung, dies entsprechend zu finanzieren sowie eine Vereinbarung, wie diese Verpflichtung umgesetzt und kontrolliert werden soll; wenn dieses Abkommen die verschiedenen Elemente der Bali-Roadmap umfasst und klar erkennen lässt, dass es die Einhaltung des 2-Grad-Ziels sicherstellen kann, dann können wir meines Erachtens mit Recht sagen, dass wir Großes erreicht haben. Noch sind wir nicht so weit, aber ich bin sicher, dass eine solche Vereinbarung möglich ist.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Ansprüche, die wir in diesem Parlament schon so oft diskutiert haben, realisiert werden können, aber ich spüre schon jetzt, dass sich zwingend etwas ändern muss und wir deshalb versuchen müssen, Kopenhagen zu einem Erfolg zu machen. Einiges steht auf dem Spiel. Natürlich muss das richtige Maß gefunden werden, aber die heutige Generation ist sich auch durchaus der Tatsache bewusst, dass es Herausforderungen gibt, denen wir uns nicht entziehen können. Ich bin der Meinung, dass nach der Tagung des Europäischen Rates letzte Woche die Europäische Union in der Lage ist, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ich hoffe, dass wir unter europäischer Führung in Kopenhagen erfolgreich sein werden.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, Herr Reinfeldt, meine Damen und Herren! Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) steht voll und ganz hinter der Art und Weise, wie Sie, Herr Reinfeldt, die rotierende Ratspräsidentschaft geführt haben, im Einklang mit dem Vertrag von Nizza. Sie steht auch hinter den aktuellen Vorschlägen des Europäischen Rates, sei es zum Klimawandel, zur Krise oder zum Aufbau eines sicheren Europas, eines Europas, das Schutz bietet.

Meine Fraktion schätzt den ehrlichen und verantwortungsvollen Umgang mit europäischen Angelegenheiten, der stets das Markenzeichen der schwedischen Ratspräsidentschaft war. Ehrlich deshalb, weil Europa in diesen Zeiten, in denen so viele unserer Freunde, Nachbarn und Verwandten durch den Verlust oder die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze von der Krise getroffen wurden, keine falschen Versprechungen gemacht hat. Europa gestaltet die Zukunft, unsere Zukunft, indem es dafür sorgt, dass Unternehmen die Mittel erhalten, um kreativ und innovativ zu sein und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.

Verantwortungsvoll nenne ich den Umgang, weil Europa beim Klimawandel und in der Sicherheitspolitik, aber auch im Bereich Beschäftigung und Wirtschaft das Modell der sozialen Marktwirtschaft umsetzt. Es organisiert den Zeitplan und die Modalitäten für einen konzertierten, schrittweisen, aber auch schwierigen Ausstieg aus der Krise. Es stellt die katastrophalen Praktiken auf den Prüfstand, die wir in den letzten

Jahrzehnten auf den Finanzmärkten beobachten konnten. Es unterstützt kleine und mittlere Unternehmen und stärkt den sozialen Zusammenhalt, ohne den nichts Dauerhaftes erreicht werden kann.

Wir sollten uns dennoch vorsehen, um nicht die Fehler der Lissabon-Strategie zu wiederholen, die durch unrealistische Zielsetzungen in erster Linie eine Enttäuschung war. Wir müssen aufpassen, dass die auf den Namen „Europa 2020“ getaufte neue Wirtschaftsstrategie sich nicht als ein weiterer Problemfall erweist. Herr Reinfeldt, Herr Barroso, auch beim Klimawandel zeigt Europa Verantwortungsbewusstsein. Mit der beispielhaften Entscheidung, drei Jahre lang Finanzhilfen in Höhe von 2,4 Mrd. EUR pro Jahr zur Verfügung zu stellen, leistet Europa ein Drittel der gesamten internationalen Unterstützung, die für die ärmsten Länder vorgesehen ist.

Ich erwarte von unseren Partnern, dass sie dasselbe tun. Von Kopenhagen erwarte ich ausgewogene Verpflichtungen, kurz- und mittelfristige Verpflichtungen, die nachprüfbar sein müssen, sowie Geldstrafen im Falle ihrer Nichteinhaltung. Mit anderen Worten erwarte ich von Kopenhagen, dass es Europa nicht in die Irre führt.

Schließlich unterstützt die PPE-Fraktion die Sicherheitsrichtlinien des Rates gemäß dem neuen Stockholmer Programm. Unsere Mitbürger wollen mehr Sicherheit, aber auch die Achtung der öffentlichen Freiheiten. Sie wollen in ihrem täglichen Leben geschützt werden, sie wollen wissen, was sie essen und was sie konsumieren, aber zugleich möchten sie natürlich auch in einer gerechteren Gesellschaft leben, in der die Menschen einander respektvoll behandeln. Genau dieses Europa ist es, das wir von der PPE-Fraktion verteidigen und fördern.

Meine Damen und Herren, jetzt, da wir die akute Krise und die institutionellen Wirrungen überstanden haben, ist es Zeit für wichtige Entscheidungen; dabei dürfen wir uns kaum Fehler erlauben. In ein paar Tagen wird sich zeigen, ob Europas mutiges Auftreten gegen den Klimawandel sich ausgezahlt hat. Wir werden sehen, ob die Vereinigten Staaten, China und die anderen einfach nur auf Zeit spielen oder ob sie sich für das Finale bei der Weltmeisterschaft der verantwortungsvollen Akteure qualifizieren wollen.

Ich möchte der schwedischen Ratspräsidentschaft für ihre Bemühungen danken, insbesondere jetzt, wo bald Weihnachten ist, Herrn Reinfeldt. Sie haben in den vergangenen sechs Monaten hart gearbeitet. Es war nicht leicht, wie wir alle wissen. Auch Herrn Van Rompuy, der ja nun für zweieinhalb Jahre im Amt sein wird, wünsche ich viel Glück, und den Rat möchte ich bitten, nicht zu vergessen, dass der Rat und das Parlament ab sofort in derselben Liga spielen - unter etwas transparenteren Bedingungen.

Martin Schulz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Begriff des Übergangs ist heute mehrfach bemüht worden, und ich glaube, dass das genau der zutreffende Begriff für die schwedische Präsidentschaft ist. Sie war eine Präsidentschaft des Übergangs von einem Vertrag, dem Vertrag von Nizza, der sich als völlig unpraktikabel erwiesen hat, hin zum Lissabonner Vertrag, der überfrachtet ist mit Erwartungen, von denen ich übrigens glaube, dass er sie nicht alle wird erfüllen können. Denn auch der Lissabonner Vertrag kann nicht das Ende der institutionellen Entwicklung Europas sein. Insofern müssen wir vorsichtig sein und dürfen nicht alle Wünsche für alle Lösungen aller Probleme dieser Welt auf den Lissabonner Vertrag richten. Denn wie schwer mit dem Lissabonner Vertrag umzugehen ist, haben wir eben bei den Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gesehen.

Ich möchte gleich mit der institutionellen Problematik beginnen, die dieser Vertrag produziert hat. Wir haben heute noch den schwedischen Premierminister hier. Wer vertritt denn die Ratpräsidentschaft beim nächsten Mal? Herr Van Rompuy, der rotierende Ratspräsident, dann der Kommissionspräsident, dann Frau Ashton – wenn die alle reden, haben wir wenigstens zum ersten Mal bei den ersten vier Wortmeldungen nicht diesen permanenten PPE-Kongress, sondern dann ist Lady Ashton dabei und damit eine anständige Sozialistin, die den Laden aufmischt. Das ist schon mal ein Vorteil.

(Zwischenruf)

Ich weiß ja nicht, ob Herr Van Rompuy kommen wird oder Herr Zapatero. Aber ich danke Ihnen, Herr Langen! Wenn Sie schon wissen, dass Herr Zapatero kommt, haben Sie auch einmal einen guten Beitrag geleistet. Vielen Dank!

Die schwedische Präsidentschaft war eine Präsidentschaft des Übergangs, aber auch eine Präsidentschaft, die wieder einmal erleben musste, dass die Damen und Herren Merkel und Sarkozy ihre Karten bis zuletzt an der Brust hielten, den amtierenden Ratspräsidenten laufen – die Öffentlichkeit sagte: „Ja, der weiß ja gar nichts, der bekommt ja gar nicht die Enden zusammen“ – und den Preis für ihr taktisches Spiel bezahlen ließen. Das war das Schicksal von Fredrik Reinfeldt in den letzten Monaten. Das ist jetzt Gott sei Dank beendet.

Das ist der Fortschritt des Lissabonner Vertrages: ein bisschen mehr Transparenz im institutionellen Gefüge. Und sicher eines mehr: eine gewachsene Macht des Europäischen Parlaments. Eine gewachsene Macht des Europäischen Parlaments bedeutet aber auch für die anderen Institutionen, dass sie damit werden umgehen müssen. Das bedeutet für den Ratsvorsitzenden, dass er die Entscheidungen, die er im Rat vorbereiten will, zumindest die gesetzgeberischen Entscheidungen, mit dem Parlament abstimmen muss. Er ist klug beraten, den Präsidenten des Europäischen Parlaments nicht als Zaungast bei den Ratssitzungen zu betrachten, sondern als den Vertreter einer mächtiger gewordenen Institution wahrzunehmen. Das ist z. B. etwas, was ich von Herrn Van Rompuy erwarte.

Der Rat ist gut beraten, aber auch die Kommission, wenn sie versuchen, sich auf der Grundlage dieses neuen Vertrags eine Mehrheit im Parlament zu suchen, die den sozialen, ökologischen und finanzpolitischen Herausforderungen, die sie selbst in ihren Programmen formulieren, auch gerecht wird. Denn für die Gesetzgebung brauchen sie am Ende, wenn sie ihre Initiativen durchbekommen wollen, eine qualifizierte Mehrheit in diesem Parlament. Deshalb ist die Kommission gut beraten, in der gesamten Breite des Parlaments eine Mehrheit zu suchen, was vielleicht nicht damit einhergeht, dass Mitglieder der Kommission stellvertretende Vorsitzende europäischer Parteien sind und damit die Einseitigkeit von bestimmten politischen Tendenzen dokumentieren. Darüber sollten Sie, Herr Kommissionspräsident, ernsthaft nachdenken.

Die schwedische Präsidentschaft hat sich viel Mühe gegeben. Das will ich hier gerne konstatieren. Sie hat aber schlussendlich – das ist nicht Ihre Schuld, Herr Reinfeldt, sondern Schuld der Struktur – auf die großen Entscheidungen, auch die, die jetzt in Kopenhagen anstehen, keinen Einfluss gehabt, weil eine einzelne rotierende Präsidentschaft gar nicht so sehr beeinflussen, sondern nur koordinieren kann. Und zwischen Koordinieren und Beeinflussen gibt es einen Unterschied. Einfluss nehmen auf die Kontrolle der Finanzmärkte, Einfluss nehmen auf den Klimawandel, Einfluss nehmen auf die wirtschaftspolitischen Revitalisierungsanstrengungen – das kann Europa nur als Ganzes und im Zusammenspiel seiner Institutionen. Deshalb glaube ich, dass der Vertrag von Lissabon ein Fortschritt ist. Dass die schwedische Präsidentschaft ihn am Ende durchgebracht hat, das scheint mir der große Erfolg dieser Übergangspräsidentschaft gewesen zu sein.

Guy Verhofstadt, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (FR) Herr Präsident! Zunächst einmal werde ich heute Vormittag nicht - wie bereits andere vor mir - über institutionelle Fragen sprechen. Wir werden mit Sicherheit noch zu diesen Angelegenheiten kommen, da der Rat anscheinend ein Protokoll umsetzen will, das eine Regierungskonferenz erforderlich macht. Wir müssen überlegen, ob wir eine Konferenz wollen oder nicht. Ich denke, dass wir im Europäischen Parlament dennoch ein paar Ideen zu diesem Thema haben werden, um die europäische Demokratie voranzubringen, und dass wir den Mangel an Transparenz und Demokratie in den vorgeschlagenen Kooptationen ausgleichen werden.

Als nächstes möchte ich vor allem der Ratspräsidentschaft, Herrn Ministerpräsident Reinfeldt sowie Frau Malmström, danken für die hervorragenden Beziehungen, die sie mit dem Parlament gepflegt haben und für ihr Geschick beim Umgang mit letztendlich sehr heiklen Fragen; ich meine natürlich die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon. Sogar die „Klaus-Hürde“ galt es ja zu überwinden; auch in Zukunft wird man noch von der „Klaus-Hürde“ sprechen und davon, wie hervorragend die schwedische Ratspräsidentschaft dieses Problem gelöst hat.

Zweitens glaube ich, dass das zweite wichtige Element das Stockholmer Programm ist, das bereits verabschiedet wurde und jetzt umgesetzt werden muss. Für Sie aber, Herr Reinfeldt, endet die Präsidentschaft natürlich nicht hier, da Sie ja immer noch auf dem Kopenhagener Klimagipfel Boden gewinnen müssen.

Ich möchte heute vor diesem Parlament eine optimistische und absichtsvolle Botschaft aussprechen, die in gewisser Weise dem widerspricht, was wir heute in der Presse lesen. Die heutige Presse zeichnet sich durch Pessimismus aus: Wird eine Vereinbarung erzielt oder nicht? Ich halte eine Vereinbarung für möglich, da dort vor Ort ernsthafte Partner zugegen sind; wir müssen nun versuchen, sie zu finden und sie zu motivieren.

Die Tatsache, dass Präsident Obama und der chinesische Ministerpräsident morgen bzw. übermorgen nach Kopenhagen kommen, beweist ihren Willen, eine Vereinbarung zu erzielen. Ich glaube, dass wir eine Strategie verfolgen müssen. Aber welche, meine Damen und Herren? Ich glaube, dass wir eine Strategie verfolgen müssen, bei der wir versuchen, eine Dreiecks-Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten, China und Europa zustande zu bringen.

Wenn diese drei in den nächsten beiden Tagen eine erste Vereinbarung erreichen würden, dann hätten wir eine ernsthafte Ausgangsbasis, auf der wir die anderen - Indien, Brasilien und die anderen Länder - davon überzeugen könnten, sich diesem Projekt anzuschließen. Daher plädiere ich für ein proaktives Konzept. Wir

müssen alles daransetzen, diese Dreiecksallianz zuwege zu bringen, die notwendig ist, um eine Vereinbarung zu erzielen, und wir müssen von Anfang an eine 30-prozentige Emissionsreduktion vorschlagen. Dieser Vorschlag muss Zielstrebigkeit zeigen.

Meiner Ansicht nach müssen wir uns in dieser Schlussphase der Gespräche in Kopenhagen von Hegel leiten lassen, der sagte, dass nicht das Unmögliche einen zur Verzweiflung treibe, sondern das unerreichte Mögliche. Ich glaube, dass wir mit der Ausdauer der schwedischen Präsidentschaft auf dem Klimagipfel in Kopenhagen erfolgreich sein werden.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Sehr geehrte Herren Präsidenten! Nachdem ich bereits vier Tage in Kopenhagen verbracht habe, fällt es mir ausgesprochen schwer, das Wort „Führungsrolle der Europäischen Union“ überhaupt noch anzuhören. Führung – und das habe ich schon im Kindergarten gelernt – erlangt man in erster Linie durch gutes Beispiel. Ich möchte jetzt die Frage stellen, ob Sie, Herr Reinfeldt, Herr Barroso, eigentlich glauben, dass man mit einer Strategie, die auf Lug, Selbstbetrug und großem internationalen Betrug aufbaut, in einem solchen internationalen Prozess in Kopenhagen Führung erreichen kann.

Sie sollten wissen, Herr Reinfeldt – und Herr Barroso weiß das mit Sicherheit, weil er lange genug dabei ist –, das Zwei-Grad-Ziel ist eine *mission impossible*, wenn die Europäer bei ihren bisherigen Angeboten bleiben. Das Reduktionsziel ist nicht ausreichend. Gleichzeitig haben die Europäer alle Hintertüren, um Reduktionspolitik zu Hause zu vermeiden, sperrangelweit geöffnet. Das *offsetting* kennt keine Grenzen mehr, *hot air* ist nicht nur für Polen, sondern auch für Schweden ein Thema geworden. Die Anrechnung der Wälder, die gerade Sie mit Ihrer Regierung propagiert haben, Herr Reinfeldt, ist ein weiterer Beitrag der Europäer, sich aus der aktiven Reduktionspolitik herauszuschleichen.

Es ist in Kopenhagen von vielen Experten bilanziert worden, dass das, was Sie bisher selbst im Optimum anbieten, dazu führen wird, dass bis 2020 die Emissionen in Europa nicht sinken, sondern ansteigen werden. Also bitte, Herr Reinfeldt, machen Sie klar, wie es gehen soll, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, wenn Sie bei dem bleiben, was bisher angeboten wird.

Verschärfend kommt hinzu, dass eine deutsche Zeitung, die „Financial Times“, heute veröffentlicht hat, dass Sie das 30 %-Ziel für 2020 aufgeben und erst für 2025 anbieten wollen. Ich bitte Sie hier ganz eindringlich: Wenn Sie den Prozess tatsächlich noch fördern wollen, dann nehmen Sie das, was heute in der Zeitung steht, als Linie der Europäer zurück.

Ein Letztes zum Schluss: Es werden Tausende von offiziellen Beobachtern in den nächsten Tagen – obwohl sie eine Akkreditierung für die Konferenz haben – vor den Türen des „Bella-Centers“ stehen. Das sind Leute, die seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten, wirklich hart für die Klimapolitik arbeiten. Stellen Sie sicher, dass diese Leute nicht, weil sie plötzlich nicht mehr teilnehmen können, in Käfigen landen oder stundenlang mit gefesselten Händen auf dem gefrorenen Boden dort sitzen müssen!

Es gibt in Kopenhagen eine Menge Führungsrolle zu verlieren. Aber die Art und Weise, wie sich der europäische Rechtsstaat dort präsentiert – ich habe nichts für Randalierer übrig, überhaupt nichts – und wie unverhältnismäßig mit friedlichen Demonstranten umgegangen wird – Cecilia Malmström ist ja Fachfrau für Recht –, auch dazu sollten Sie in Kopenhagen etwas erklären.

Michał Tomasz Kamiński, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident! Leider haben Sie ausgerechnet vor meinem Redebeitrag darauf hingewiesen, dass wir unsere Redezeiten einhalten sollen; ich werde versuchen, die Redezeit nicht zu überschreiten.

Herr Reinfeldt, Sie haben unseren Dank wahrhaftig verdient. Wie schon erwähnt, fiel die schwedische Präsidentschaft im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Vertrages von Lissabon in eine schwierige und unruhige Übergangszeit. Das haben wir jetzt zwar geschafft, aber die Präsidentschaft fiel außerdem auch in die Zeit der Wirtschaftskrise. Ich möchte zu Beginn meiner Rede, die nicht nur schmeichelhaft ausfallen wird, der schwedischen Ratspräsidentschaft dafür danken, dass sie in dieser schweren Krisenzeit der Versuchung des Populismus widerstanden hat, der man so leicht erliegen kann.

Herr Reinfeldt, Sie haben bewiesen, dass es auf schwierige Fragen keine leichten Antworten gibt. Die schwedische Präsidentschaft hat gezeigt, dass die Europäische Union in Krisenzeiten dazu in der Lage ist, gute und nicht-populistische Lösungen zu suchen, die nicht nur Europa, sondern der ganzen Welt dabei helfen können, einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu finden. Ich möchte Ihnen aufrichtig danken für diese große Leistung sowie für Ihren Respekt gegenüber den Mitgliedstaaten und auch für den Respekt,

den Sie dem Europäischen Parlament entgegengebracht haben. Es war eine schwere Zeit, und ich finde, Sie haben die Prüfung hier bestanden. Sie werden Ihre Mission in zwei Wochen zur vollsten Zufriedenheit beenden können.

Wahrscheinlich haben Sie mit gutem Grund in Ihrer Rede auf die Außenpolitik verwiesen. Leider muss ich hierzu ein paar kritische Worte sagen. Meiner Meinung nach war die schwedische Ratspräsidentschaft in der Außenpolitik vor allem in zwei Bereichen während der letzten sechs Monate nicht gerade erfolgreich.

Zunächst einmal halte ich die Krise, die aufgrund eines unglückseligen Artikels über israelische Soldaten in einer schwedischen Zeitung ausgelöst wurde, für vollkommen unnötig, und die ganze dadurch entstandene unnötige Belastung der Beziehungen zwischen der schwedischen Ratspräsidentschaft und Israel hat einen Schatten auf die letzten sechs Monate geworfen. Ich halte es für falsch, dass die Präsidentschaft diesen schwedischen Zeitungsartikel nicht unmissverständlich verurteilt hat. Ich und meine ganze Fraktion sind der Meinung, dass israelische Soldaten nicht nur Israel verteidigen, sondern unsere gesamte Zivilisation. Die vergangenen sechs Monate waren gekennzeichnet durch einen Mangel an eindeutiger Unterstützung für unseren wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten, für Israel. Der Beweis dafür ist das Ergebnis des letzten Europäischen Rates in Bezug auf den Nahen Osten, das - obwohl es meines Erachtens noch besser ausfiel als zunächst erwartet - uns im Nahen Osten keine Führungsrolle sichert. Die Europäische Union sollte den Friedensprozess anführen und bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten die wichtigste Kraft sein. Wenn wir diese Aufgabe erfüllen wollen, müssen wir unsere eigenen Differenzen überwinden. Wir können keine einseitigen pro-palästinensischen Positionen vertreten. Die Außenpolitik der vergangenen sechs Monate hat diesen Tendenzen leider keinen Einhalt geboten.

Wir haben dies gestern anlässlich der Aussprache über Georgien angesprochen. Ich halte den aufkommenden russischen Imperialismus für eines der schwerwiegendsten Probleme der Europäischen Union. Er stellt nicht nur für die Nachbarländer Russlands eine Gefahr dar, sondern für die gesamte Europäische Union. Dennoch möchte ich Ihnen, Herr Reinfeldt, für Ihre Führung und für die schwedische Führung der Europäischen Union meinen Dank aussprechen. Das Parlament hat die Aufgabe, auf die Dinge aufmerksam zu machen, mit denen es unserer Meinung nach nicht immer zum Besten steht. Ich denke, alles in allem kann die schwedische Ratspräsidentschaft trotz meiner negativen Bemerkungen als positiv beurteilt werden.

(Der Redner erklärt sich damit einverstanden, gemäß Artikel 149 Absatz 8 auf eine Frage zu antworten, die durch Hochheben einer blauen Karte erbeten wurde.)

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Ich möchte Herrn Kamiński fragen, ob er die Aktionen israelischer Soldaten in Gaza als Teil des Kampfes für die menschliche Zivilisation betrachtet. Sie selbst sind nämlich parteiisch, denn jeder, der den Frieden in dieser Region will, sollte sich im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen für das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat einsetzen. Sie sind es, der unredlicherweise Schweden dazu auffordert, sich für seine Haltung zu rechtfertigen.

Michał Tomasz Kamiński, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Israel ist meines Erachtens die einzige Demokratie im Nahen Osten. Der Staat Israel ist im Bereich der Demokratie ein leuchtendes Beispiel für die Länder des Nahen Ostens. Krieg ist natürlich eine schlimme Sache, die stets schmerzhaft Folgen mit sich bringt. Darum sind wir auch für den Frieden. Wir sollten die Aufgabe übernehmen, den Friedensprozess im Nahen Osten zu unterstützen und den Terrorismus mit Entschlossenheit zu bekämpfen.

Lothar Bisky, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Zur schwedischen Ratspräsidentschaft wird sich meine Kollegin Eva-Britt Svensson noch äußern. Ich möchte aus den Schlussfolgerungen des ersten Gipfeltreffens nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zwei Punkte hervorheben. Zum einen bedauere ich es, dass der Europäische Rat keine klare Botschaft hinsichtlich der Zukunftsstrategie der EU vermittelt hat. Im Gegenteil! Er fügt sich der alten Kommission, die an den Grundprinzipien der gescheiterten Lissabon-Strategie festhalten will.

Auch wenn erkannt wurde, dass ein neuer Politikansatz benötigt wird: Wo aber steht der? Ich habe ihn nicht gefunden. Mit der neuen Kommission, dem neuen Parlament und dem Ratspräsidenten gäbe es doch nun die Chance, einen wirklich neuen Diskussionsprozess zu beginnen. Ja, auch mit dem neuen Vertrag und mit der noch umzusetzenden Möglichkeit der Bürgerinitiative.

Unser Ausgangspunkt ist klar: Vorrang vor allem anderen, vor allem vor Profitinteressen weniger, müssen die sozialen und ökologischen Belange der Menschen erhalten. Das muss zum neuen Grundprinzip von Strategien und Gesetzgebung der Europäischen Union werden. Nur so werden die Bürgerinnen und Bürger die EU dauerhaft als Fortschritt wahrnehmen.

Zweiter Punkt: Als Linke begrüßen wird, dass der Rat endlich die Forderung nach einer Kapitaltransfersteuer aufgreift. Uns freut, dass Kommissar Barroso in der gestrigen Debatte versprochen hat, dass die neue Kommission unter seiner Führung zeitnah entsprechende Vorschläge auf den Tisch legen soll. Wir werden da immer wieder nachhaken, und wir bleiben auch dabei, die Europäische Union kann und muss im Zweifelsfall den ersten Schritt machen. Warten, bis uns irgendjemand anderer dies auf globaler Ebene abnimmt, das kann nicht weiter hingenommen werden.

Mario Borghezio, im Namen der EFD-Fraktion. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beim Thema Finanzkrise kann sicherlich nicht behauptet werden, dass die schwedische Ratspräsidentschaft eine logische, vorausschauende und eindeutige Linie verfolgt hätte.

Warum hatten Sie nicht den Mut, die für die Krise Verantwortlichen beim Namen zu nennen, dabei klar und deutlich Maßnahmen aufzuzeigen, um der Spekulation Einhalt zu gebieten, und den Bürgern Europas klarzumachen, dass unsere Banken und unsere Finanzinstitute noch immer viele solcher Finanzprodukte feilbieten, die Spekulationsobjekte sind und unseren Markt verschmutzen?

Warum haben Sie nicht klare Unterstützung für die Realwirtschaft signalisiert, die insbesondere durch die Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen repräsentiert wird, durch die gesamte Produktion, durch unsere gesunde europäische Wirtschaft, die - ich wiederhole es noch einmal - immer wieder Signale der Motivierung und der aufrichtigen Unterstützung braucht?

Die vielleicht größte Herausforderung, mit der die schwedische Präsidentschaft konfrontiert war, betraf den Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht, auch im Hinblick auf die Umsetzung des Stockholmer Programms. Was schließen wir daraus? Ich bin der Ansicht, dass diese Präsidentschaft nicht genug gegen die illegale Einwanderung unternommen hat und dass die ergriffenen Maßnahmen äußerst ineffektiv waren. Die Präsidentschaft war zu passiv, was die Bekämpfung der illegalen Einwanderung betrifft, auch im Hinblick auf Integrationsprojekte und den Umgang mit der Flüchtlingsproblematik.

Es scheint, als spreche Europa nur mit schwacher Stimme, nicht nur ganz allgemein zur Außenpolitik - und ich stimme den Kritikern dieser Haltung voll und ganz zu -, sondern auch zu diesem speziellen Thema. Europa fehlt es ganz offensichtlich an Autorität bei einem solchen Schlüsselthema wie der Zuwanderung, ganz gleich aus welcher Perspektive man es betrachtet - sei es vom Standpunkt von Leuten wie mir, die die illegale Einwanderung mit großer Besorgnis sehen, oder auch vom Standpunkt jener, die mehr mit der Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen zu tun haben.

Wir hoffen sehr, dass die neue spanische Präsidentschaft die Ideen umsetzen wird, die in einigen maßgebenden Erklärungen bereits angeklungen sind und denen zufolge Europa die Zuwanderung nicht als ausschließliches Problem der Mittelmeeranrainerstaaten betrachten darf.

Es handelt sich vielmehr ganz offensichtlich um ein Problem, das ganz Europa angeht, doch es gibt einen Punkt, zu dem die Regierung meines Landes eine klare Forderung gestellt hat, die trotz allem unberücksichtigt blieb. Die italienische Regierung hat eine massive europaweite Strategie zur Bekämpfung des Vermächtnisses der organisierten Kriminalität vorgeschlagen; eine Strategie, die in Italien außergewöhnliche Ergebnisse gebracht hat. Dieses Vermächtnis ist in ganz Europa präsent: die Mafia, die organisierten Mafiastrukturen, haben ganz Europa durchdrungen, indem sie die Realwirtschaft und insbesondere die Finanzwirtschaft unterwanderten.

Wir warten immer noch auf ein klares Signal, dass ein europäisches Rechtssystem gegen diese Art des organisierten Verbrechens eingeführt wird, das in manchen Ländern, wenn nicht gar in allen Ländern der Europäischen Union, eine enorme Macht ausübt. Die Mafia hat von unseren Freiheiten profitiert, um ungehindert zu operieren und sich ganz ungezwungen zwischen Finanzmarktplätzen, Steueroasen und Immobilien- und anderen Vermögenmärkten zu bewegen. Genau in diesem Punkt hätte es wesentlich klarerer Worte und einer drastischeren Vorgehensweise der schwedischen Präsidentschaft bedurft. Wir klagen die schwedische Präsidentschaft ganz offen an.

Schließlich kommen wir zu den Erklärungen einiger Vertreter dieser Präsidentschaft zu einer weiteren wichtigen und symbolträchtigen Frage, der des Schweizer Volksentscheids über Minarette. Das schwedische Außenministerium qualifizierte das „Nein“ zum Neubau von Minaretten als „Ausdruck von Vorurteilen“. Man ging sogar noch weiter und behauptete, die Entscheidung Berns, zu einem solchen Thema eine Volksabstimmung abzuhalten, sei fragwürdig. Hier haben wir also eine Frage, die über den Anwendungsbereich der Volksabstimmung hinausgeht, nämlich die Frage, ob eine Volksabstimmung angebracht ist oder nicht.

Wie kommen die EU-Gesetzgeber dazu, einem kleinen Land Vorwürfe zu machen, das schon immer demokratisch war, schon seit dem Mittelalter? Sollen tatsächlich wir, die Sklaven einer von niemandem gewählten Bürokratie, den Schweizern beibringen, was Demokratie ist? Wir sollen ihnen das Recht absprechen, eine wichtige Frage, zu der jeder seine eigene Meinung haben kann, einem Volksentscheid zu überlassen?

Im Gegenteil, die Europäische Union sollte von der Schweizer Demokratie lernen, wie heikle Probleme zu behandeln sind, indem man nämlich dem Volk eine Stimme gibt, ja - dem Volk und nicht den Bürokraten, den Lobbyisten und den Banken der europäischen Supermacht, die ständig Entscheidungen trifft über das Leben der Bürger, ohne diese zu fragen!

Barry Madlener (NI). – (SV) Herr Präsident! Ich bin froh, dass die Zeit der schwedischen Ratspräsidentschaft, die feige und ohne Rückgrat war, nun zu Ende geht.

– (NL) Glücklicherweise geht die schwedische Ratspräsidentschaft nun zu Ende, denn viel Gutes hat Schweden nicht gebracht. Es hat versäumt, Flagge zu zeigen gegenüber der Türkei, die nach wie vor Zypern illegal besetzt hält. Schweden hat Israel im Stich gelassen, und sein Vorschlag einer Teilung Jerusalems zeigt die ganze Naivität gegenüber der verwerflichen und barbarischen Ideologie, die der Islam darstellt. Schweden hätte besser daran getan, nach Kräften die Abhaltung europäischer Referenden - wie in der Schweiz zum Minarettverbot - in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen. Das ist es nämlich, was die europäische Öffentlichkeit will.

Der Wanderzirkus zwischen Brüssel und Straßburg hat es nicht einmal bis auf die Tagesordnung geschafft, Herr Reinfeldt. Wir hatten zwar darum gebeten, aber offenbar haben Sie sich nicht getraut, mit Sicherheit aus Angst vor Frankreich. Dann wieder verschwenden Sie in Kopenhagen Geld für Klimapolitik, obwohl der Klimawandel wissenschaftlich gar nicht nachgewiesen ist.

Die Niederlande geben sehr viel Geld aus. Der niederländische Nettobeitrag pro Kopf ist immer noch zwei- bis dreimal so hoch wie der anderer reicher Länder. Dieser Missstand muss so schnell wie möglich beseitigt werden. Wir hoffen, dass die nächste Präsidentschaft mehr Mut beweisen wird.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Herr Präsident! Ich habe festgestellt, dass Sie einigen unserer Kollegen fast eine Minute mehr Redezeit zugestanden haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir aus den kleinen Ländern, als neu gewählte Mitglieder, nur exakt eine Minute für „Catch-the-eye“-Beiträge haben, und dass die Zeit, die wir für die Äußerung unserer Standpunkte gehabt hätten, sich nun entsprechend verringert hat. Ich bitte Sie, auch uns zu respektieren.

Fredrik Reinfeldt, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident! Ich habe zwei kurze Bemerkungen zu machen. Zunächst einmal möchte ich den Abgeordneten für ihre freundlichen Worte danken - auch für andere Worte, aber im Wesentlichen freundliche Worte und freundliche Anmerkungen. Wir haben heute eine neue Europäische Union auf der Basis des Vertrages von Lissabon, und aufgrund meiner Erfahrung mit der rotierenden Ratspräsidentschaft kann ich Ihnen versichern, dass dieses Europa in Zukunft nur funktionieren wird, wenn die Mitgliedstaaten, die Kommission und dieses Parlament gleichermaßen Verantwortung übernehmen. Wenn nicht alle diese Seiten voll zu ihrer Verantwortung stehen, wird es sehr schwer sein, diese Arbeit zu bewältigen.

Nur ein paar Worte zu dem Versuch, 27 Mitgliedstaaten zu koordinieren. Das braucht zwar Zeit, aber wir müssen es schaffen, weil wir sonst eine Situation bekommen, in der die Europäische Union von einigen wenigen oder irgend jemand anderem gelenkt wird. Wir haben uns die Zeit genommen. Ich weiß, wie lange man für diese Koordination braucht, und ich glaube, das wird auch Herman Van Rompuy und auch der weiterhin rotierenden Präsidentschaft klar sein.

Meine zweite Bemerkung betrifft Kopenhagen. Ich bekomme oft zu hören, Europa habe keine Führungsrolle, und in meinem Land sagt die Opposition, Schweden habe keine Führungsrolle: Prinzipiell beschuldigen wir uns dauernd. Also, dann zeigen Sie mir, wer die Führungsrolle hat. Ich wüsste das gerne, weil es doch ganz wunderbar wäre, eine Leitfigur zu haben und deren Initiativen zu befolgen. Bis jetzt kann ich das jedoch nicht erkennen. Wir verpflichten uns zu Emissionsreduktionen, rechtlich fundiert, rechtzeitig präsentiert, mit konkreten Finanzierungsvorschlägen, wie ich sie noch von keinem Entwicklungsland gesehen habe.

Was Kopenhagen angeht, ist es meiner Meinung nach auch sehr wichtig, dass wir das 2-Grad-Ziel aufrechterhalten. Ich bin nicht sicher, ob wir das schaffen werden. Ich weiß, dass Europa seinen Teil beigetragen hat und bereit ist, das Reduktionsziel auf 30 Prozent zu erhöhen, aber wir können das Problem nicht allein lösen. Wir verursachen nur 13 % der weltweiten Emissionen. Wenn die Lösung global sein soll, dann muss

es auch eine globale Verantwortung geben, und dann müssen auch die anderen Großemittenten sich zu umfangreicheren Reduktionen verpflichten.

Nun noch ein paar Sätze zu Schweden, weil dies angesprochen wurde. Ich halte es für sehr wichtig, dass man nach diesen Zusicherungen - sei es Kyoto oder, wie jetzt, ein Abkommen in Kopenhagen - nach Hause zurückkehrt und seine Arbeit macht. Gerade gestern haben wir die Emissionsreduktion aktualisiert, was in Schweden seit 1990 getan wird. Wir sind inzwischen bei -12 % angelangt. Wir verfolgen, wie dies international anerkannt wird, wie es präsentiert wird. Wir könnten immer sagen, dass das die falsche Art ist, damit umzugehen, doch das ist die globale Vereinbarung der Welt. Diesbezüglich haben wir diese Zahlen vorgelegt.

Natürlich ist es ärgerlich, dass manche Länder die andere Richtung einschlagen, und dafür werden sie auch kritisiert. Es geht also nicht nur darum, eine Vereinbarung zu treffen: Es geht auch darum, die eigene Wirtschaft zu verändern, mit Emissionshandel und anderen Mitteln, um den Wandel zu vollbringen. Auch in diesem Bereich können Sie sehen, dass viele europäische Länder in einer Art und Weise handeln, die man in anderen Teilen der Welt nicht antrifft.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Nur zwei Bemerkungen: die erste zu Kopenhagen und die zweite zu der erfolgreichen schwedischen Ratspräsidentschaft. Zunächst, was Kopenhagen betrifft, bin auch ich äußerst überrascht, wie viele europäische Kollegen sich hier selbst herabsetzen. Denn wenn es einen Bereich gibt, in dem die Europäische Union auf ihre Führungsrolle stolz sein kann, dann ist es gerade der Bereich des Klimawandels. Zeigen Sie mir einen relevanten Akteur oder eine Gruppe von Ländern, die in einem so großen Umfang Verpflichtungen eingegangen ist wie wir.

Wie ich bereits erwähnte, haben manch andere ihre Absichten in Presseerklärungen kundgetan. Die Europäische Union dagegen hat ihre Absichten in bereits bindenden Gesetzen verankert, in Gesetzen, die die Europäische Kommission initiiert hat und die vom Europäischen Rat und von diesem Parlament unterstützt wurden; darüber hinaus hat die Europäische Union bereits - und zwar einseitig und bedingungslos - eine Reduktion der Treibhausgase um 20 % bis 2020 zugesagt. Kein anderes Land hat bisher irgendetwas Vergleichbares getan. Also müssen wir andere auffordern, mit uns gleichzuziehen.

(Beifall)

Reicht das aus, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen? Nein, das reicht nicht aus. Darum zeigen wir anderen unsere Verhandlungsbereitschaft an. Politiker und Diplomaten können miteinander verhandeln, aber wir können nicht mit der Wissenschaft verhandeln. Wir können nicht mit der Physik verhandeln. Daher brauchen wir eine globale Übereinkunft, die es uns erlaubt, eine Vereinbarung zu erzielen, die mit den Erkenntnissen der Wissenschaft kompatibel ist. Das kann Europa nicht allein schaffen, da Europa ja nur 14 % der weltweiten Emissionen verursacht, und der Trend ist rückläufig. Selbst wenn Europa seine Treibhausgasemissionen also komplett einstellen würde, wäre das Problem noch nicht gelöst.

Wir müssen die Amerikaner mit ins Boot holen, die Chinesen und die Inder. In den vergangenen sechs Monaten haben Ministerpräsident Reinfeldt und ich mit Obama gesprochen, wir haben mit Hu und Wen gesprochen, mit Singh, mit Medwedjew und Lula. Und bei all diesen Gesprächen waren wir diejenigen, die von unseren Gesprächspartnern umfangreichere Zusagen gefordert haben.

Genau das wollen wir jetzt in Kopenhagen auch tun und dabei nicht vergessen - denn manch einer neigt dazu, zu vergessen -, dass neben den genannten Partnern auch die Entwicklungsländer an diesem Spiel beteiligt werden müssen, sogar die ärmsten und schwächsten, nämlich die afrikanischen Länder. Wir haben auch mit dem äthiopischen Ministerpräsidenten Meles Zenawi und anderen gesprochen. Darum hat die Europäische Union als erste etwas Geld auf den Tisch gelegt.

Lassen Sie uns also ehrlich sein. Wir können immer noch ehrgeiziger sein, und die Europäische Union hat ihren Ehrgeiz unter Beweis gestellt. Wir müssen aber auch von anderen mehr Ehrgeiz verlangen, weil wir nur auf diese Weise eine Einigung erzielen können, die unserem Ehrgeiz entspricht. Es handelt sich um ein globales Problem, und wir brauchen eine globale Lösung.

Gestatten Sie mir, zum Abschluss noch einen Satz über Ministerpräsident Reinfeldt und die schwedische Ratspräsidentschaft zu sagen. Im Augenblick haben wir zum letzten Mal einen Präsidenten des Europäischen Rates, der für nur sechs Monate im Amt ist. Damit endet ein viele Jahre langer Zeitraum der EU-Arbeit. Präsident Reinfeldt war der 11. Präsident des Europäischen Rates, mit dem ich zusammengearbeitet habe, und - ich habe das übrigens im Lauf der letzten sechs Monate auch zu ihm gesagt - ich bin froh, dass wir künftig einen ständigen Präsidenten des Europäischen Rates haben werden.

Dennoch muss ich Ministerpräsident Reinfeldt das Kompliment machen, dass er zwar der Reihenfolge nach der Elfte war, der mit der Kommission zusammengearbeitet hat, dass er aber mit Sicherheit einen Platz als einer der besten Präsidenten für die Europäische Union in diesem Zeitraum verdient hat. Ich danke Ihnen für alles, was Sie und die schwedische Ratspräsidentschaft in diesen sechs Monaten geleistet haben.

Rebecca Harms (Verts/ALE). – Herr Präsident! Nun, da der Vertrag von Lissabon in Kraft ist, wird sehr oft die Transparenz gegenüber dem Parlament hervorgehoben. Gibt es einen neuen Vorschlag des Europäischen Rates in Kopenhagen in Richtung eines 30-Prozent-Ziels - eines höheren Emissionshandels als beim 20-Prozent-Ziel - für 2025? In Kopenhagen ist eine dementsprechende Information durchgesickert, und ich möchte auf der Grundlage von Kontakten mit der Kommission klären, ob dies tatsächlich die Strategie des Rates ist. Bitte sagen Sie uns die Wahrheit.

Gunnar Hökmark (PPE). – Herr Präsident! Ich zögere noch mit meiner Formulierung, weil es für einen Schweden nicht gerade bescheiden klingt, aber ich halte die Feststellung für angebracht, dass die Europäische Union und Europa nach dieser Ratspräsidentschaft nicht mehr die gleichen sein werden. Die Europäische Union hat sich verändert, sie ist stärker und besser geworden. Dafür gibt es mehrere Gründe, von denen ich als Schwede mit großem Stolz einige nennen möchte.

Zunächst einmal verändert der Vertrag, der nunmehr in Kraft ist, natürlich das institutionelle Gleichgewicht der Europäischen Union, er stärkt sie aber auch für die Erreichung unserer politischen Ziele. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir den Erweiterungsprozess durch die Vereinbarung zwischen Slowenien und Kroatien geöffnet haben, was wichtig ist für Kroatien, aber auch für den westlichen Balkan insgesamt und den zukünftigen Erweiterungsprozess. Dieser ist eine der Stärken der Europäischen Union, aber auch eine Chance für uns alle.

Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Europäische Union im Laufe dieser Präsidentschaft und während wir hier versammelt sind zum ersten Mal eine globale Führungsrolle bei einer der wichtigsten internationalen Fragen einnimmt, mit denen die Menschheit konfrontiert ist. Das ist etwas Neues, und wir übernehmen damit eine große Verantwortung für die Zukunft, denn es ist ganz offensichtlich: Was auch immer in Kopenhagen erreicht wird, die Europäische Union hat eine fundamentale und entscheidende Rolle gespielt bei der Gestaltung der Agenda für die Dinge, die es zu erreichen gilt. Aber wie erfolgreich wir auch sein mögen, die Arbeit ist noch nicht beendet. An ihr zeigt sich jedoch die große Verantwortung der Europäischen Union.

Ein weiterer Punkt ist die Erholung der Wirtschaft, mit strengen Regeln für die Handhabung der öffentlichen Finanzen und die Verhinderung von Protektionismus. Ich bin Schwede und von daher vielleicht etwas subjektiv in meiner Einschätzung, aber ich denke, wir alle haben Anlass, stolz zu sein auf das, was im Laufe dieser Ratspräsidentschaft erreicht wurde. Doch sollten wir in aller Bescheidenheit auch nicht vergessen, dass mit unseren Errungenschaften auch eine große Verantwortung für die Zukunft einhergeht.

VORSITZ: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

Åsa Westlund (S&D). – (SV) Herr Präsident, lassen Sie mich damit beginnen Ihnen zu sagen, dass der Ratsvorsitz, den hohen, an ihn gestellten Erwartungen als ein leistungsstarkes, diplomatisches Instrument gerecht geworden ist. Besonders in Hinblick auf das Chaos, von dem der tschechische Ratsvorsitz manchmal bestimmt wurde, schätze ich das sehr. Zudem wurden die abschließenden Verhandlungsrunden in Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon in einer sehr guten Art und Weise gehandhabt. Außerdem gelang dem Ratsvorsitz die Einführung des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und der neuen Hohen Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik.

Leider waren die direkten politischen Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen etwas weniger spürbar. Die europäischen Erwerbstätigen erhielten weder Unterstützung, um das im Zuge des Laval-Urteils zur Sprache gekommene „Lohndumping“ zu beenden, noch gab es neue Initiativen, die sich mit Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze beschäftigten.

Die Umweltbewegung ist enttäuscht, dass Schweden sich nicht für Umweltthemen eingesetzt hat. Im Gegenteil, Schweden hat einen Schritt zurück getan, anstatt die Gelegenheit zu ergreifen, auf anspruchsvollere Zielsetzungen im Bereich der Umwelt und des Klimawandels zu drängen.

Die Tatsache, dass Schweden auf der zurzeit stattfindenden Klimakonferenz in Kopenhagen keine größere Rolle spielt, liegt aber wahrscheinlich mehr an Ministerpräsident Reinfeldt selbst, der aus parteipolitischen Gründen die Erwartungen an die Konferenz von Anfang an heruntergespielt hat. Dies stand im Gegensatz zur Verhandlungsstrategie der EU und verärgerte eine bedeutende Anzahl europäischer Staats- und Regierungschefs. Schwerer wiegt allerdings, dass damit die Möglichkeit, eine gute Vereinbarung zum Klimawandel zu finden, untergraben wurde.

Abschließend möchte ich noch zum Stockholmer Programm kommen, eines der wenigen Dinge, das auch nach dem Ende des schwedischen Ratsvorsitzes Bestand haben wird. Da ich selbst aus Stockholm komme, macht es mir Sorge, dass meine Heimatstadt mit einem politischen Programm in Verbindung gebracht werden könnte, dass mehr auf dem Prinzip Festung Europa basiert, als auf dem Schutz von Menschenrechten.

Wir schwedischen Sozialdemokraten sind trotzdem erfreut, dass Sie letztendlich teilweise auf unsere Forderungen und die des Parlamentes eingegangen sind und in dem Programm die Rechte von Frauen und Kindern stärker thematisieren. Wir haben hohe Erwartungen, dass Frau Malmström diese Inhalte mit allen Kräften im Rahmen ihrer neuen Rolle stärken wird.

Silvana Koch-Mehrin (ALDE). - Herr Präsident, verehrte Herren Präsidenten! Ihre Präsidentschaft der ruhigen Hand war ein Erfolg. Sie hatten schwierige politische Fragen zu lösen, und das haben Sie alles in allem gut geschafft. Die von Ihnen ausgewählten Persönlichkeiten für die neuen wichtigen EU-Ämter können diese nun unvorbelastet prägen, sie sind den meisten EU-Bürgern bisher nicht bekannt. Wenn ich mir die Nebenbemerkung erlauben darf: Ihre beste Entscheidung sitzt rechts neben Ihnen.

Trotzdem kann Ihre Präsidentschaft, Herr Reinfeldt, nicht die Bestnote bekommen. Das vor allem aus zwei Gründen: Zum einen haben Sie die Entwicklung verstärkt, den Europäischen Rat zu einer Art EU-Superregierung auszubauen. Die Allzuständigkeit nimmt zu, von der Umwelt bis zur Finanzpolitik. Gleichzeitig machen Sie dort die Türen fester zu, transparente Debatten von Volksvertretern sehen anders aus.

Der zweite Grund: Dass Sie SWIFT wenige Stunden vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags durch den Rat geboxt haben, ist eine klare Missachtung des Europäischen Parlaments und damit ein Mangel an Respekt vor den Bürgern.

Trotzdem danke für die zurückliegenden sechs Monate!

Carl Schlyter (Verts/ALE). – (SV) Herr Präsident, der schwedische Ratsvorsitz hat sowohl in praktischen wie auch in institutionellen Angelegenheiten gut funktioniert. Er war und ist wie eine gut geölte, gut funktionierende Maschine - die aber trotzdem nie auf Touren gekommen ist. Was ist mit der Sozialgesetzgebung passiert? Die Antidiskriminierungsarbeit ist zum Erliegen gekommen. Der Vorschlag, eine Eurovignette einzuführen, um so den Ausstoß von Emissionen von Schwerlastwagen zu verhindern, ist genau wie die Klimapolitik ins Stocken geraten. Wissenschaftler und das europäische Parlament zeigen in diesen Angelegenheiten Führungsqualitäten, der Rat hat allerdings versagt!

Der Rat hat der Forstwirtschaft, der Transportbranche und den Fluglinien ein Schlupfloch in den Klimaverhandlungen geboten. Wo sind die Gelder für die Entwicklungsländer - die 30 Mrd. EUR, die vom Parlament gefordert wurden? Was ist aus den Emissionsreduktionszielen geworden? Das Parlament forderte Verringerungen zwischen 32 und 40 Prozent. Jetzt wird uns mitgeteilt, dass das Papier, an dem der Rat arbeitet, unsere Emissionsziele noch weiter abmildern wird. Die Klimapolitik des Rates hat so große Löcher, dass man sie nur mit einem Fischnetz für den Walfang vergleichen kann!

Abschließend möchte ich Vattenfall erwähnen. Vattenfalls Gerichtsverfahren muss verhindert werden! Das Unternehmen behindert unsere Arbeit zum Klimawandel. Sie haben Macht über dieses Unternehmen. Zumindest sollten Sie sicherstellen, dass sich Vattenfall um seine eigenen Angelegenheiten kümmert und aufhört, die Umweltvorschriften Deutschlands und der EU in Frage zu stellen.

Timothy Kirkhope (ECR). - Herr Präsident, zunächst möchte ich der schwedischen Regierung für die Umsetzung des Ratsvorsitzes gratulieren Sie hatten sich bei Antritt des Ratsvorsitzes hohe Ziele gesetzt und konnte viel erreichen, und das meiste davon begrüßen wir auch.

Ich habe in diesem Parlament wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, der Lissabon-Strategie neue Impulse zu verleihen: Seit einem viel zu langen Zeitraum verfolgt die Europäische Union politische und institutionelle Reformen mit einer Energie und Verbissenheit, die sie leider für wirtschaftliche Reformen nicht aufbringen kann. Aber unsere globale Handelsposition, unser relatives wirtschaftliches Gewicht und

unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stehen auf dem Spiel. Ich begrüße daher die EU-Initiative 2020 der Kommission, die jetzt auch durch den Europäischen Rat befürwortet wurde, und gratuliere insbesondere Herrn Barroso für seine Rolle in dieser Angelegenheit.

Der zukünftige Wohlstand und die Lebensqualität unserer Bürger hängt von einer dynamischen Wirtschaft ab, die in der Lage ist, Arbeitsplätze und Reichtum zu schaffen, indem sie die kreativen Energien von Geschäftsleuten entfesselt und das Wachstum erfolgreicher Unternehmen stimuliert. Eine Ökologisierung unserer Wirtschaften wird Teil dieser wirtschaftlichen Regenerierung sein. Zudem hoffen wir alle, dass eine in dieser Woche in Kopenhagen geschlossene Vereinbarung einen realistischen Rahmen bieten wird für den Kampf gegen den Klimawandel, der gleichzeitig ein Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung unterstützt.

Zur Annahme des Stockholmer Programms kann ich sagen, dass wir den Grundsatz einer besseren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Union in den Bereichen Einwanderung, grenzübergreifende Kriminalität und Terrorismus unterstützen. Aber diese Angelegenheiten sind auch Teil des Grundgerüsts der nationalen Souveränität; und die Wahrung der Gesetze und die Gewährleistung der Sicherheit sowie der Schutz der Öffentlichkeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben eines demokratischen Staates. Wir müssen deshalb das Gleichgewicht finden zwischen der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen und dem Respekt für die Rechte unserer Mitgliedstaaten. Diese Balance findet sich in einigen Teilen des Stockholmer Programms nicht. Einige der Vorschläge führen einfach nur zu einer Konzentration der Macht, unnötigen Ausgaben und weiterer Bürokratie, für nur einen geringen Mehrwert. Unsere Prioritäten müssen in Richtung Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen gehen. Die Menschen in Europa haben einen Anspruch darauf.

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL). – (SV) Herr Präsident, ich möchte der schwedischen Regierung für ihre Organisationsfähigkeiten Bestnoten erteilen. Die schwedische nationale Verwaltung wurde allen Erwartungen gerecht. Leider fällt meine politische Einschätzung nicht ganz so positiv aus.

Zwei Bereiche halte ich für besonders kritikwürdig. Zuerst ist da das Thema Transparenz und Offenheit. Normalerweise ist Schweden in diesem Bereich beispielhaft, aber leider ist es diesmal sehr passiv geblieben - und insbesondere wenn es sich um die Kommunikationsfreiheit unserer Bürger handelt, ist das eine besonders schwerwiegende Angelegenheit. Bitte erlauben sie mir in diesem Zusammenhang die Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung, das „Telekom“-Paket und das geheime ACTA-Abkommen zu erwähnen. Da es durch die 2001 stattgefundene Änderung der Verordnung zu Transparenz möglich geworden ist, dass die Öffentlichkeit Zugang zu allen in Zusammenhang mit laufenden internationalen Verhandlungen stehenden Dokumenten hat, sind Forderungen an den Ratsvorsitz laut geworden, diese Dokumente zugänglich zu machen. Warum hat der schwedische Ratsvorsitz nicht gehandelt?

Der zweite Bereich ist der Klimawandel und die Art und Weise, wie arme Länder durch unsere Hilfsfonds hintergangen werden. Wir verwenden diese um die schlimmsten Schäden, für die die reichen Länder der Welt in der Vergangenheit verantwortlich waren und auch heute noch sind, abzumildern. Und das obwohl das Klimaabkommen, der Bali-Plan und das Kyoto-Protokoll alle aussagen, dass Klimamaßnahmen aus neuen Mitteln finanziert werden müssen. Wieder einmal sind es die Schutzlosesten, die für die Handlungen der reichen Länder die Rechnung bezahlen müssen. Es sind diejenigen ohne sauberes Wasser, die von Malaria Bedrohten, die HIV-Infizierten und besonders die ärmsten Frauen und Kinder dieser Erde, die den Preis bezahlen müssen. Diese Politik geht mit den ärmeren Teilen der Welt in einer schändlichen Art und Weise um.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Nun geht also die schwedische Ratspräsidentschaft zu Ende – ohne große Pannen, aber meines Erachtens auch ohne herausragende Erfolge. Das ehrgeizige Ziel, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, konnte jedenfalls nicht erreicht werden. Wir haben Milliarden und Abermilliarden in ein System gepumpt, von dem einige wenige profitieren, während die Allgemeinheit die Risiken und Kosten tragen darf. Es geht nicht an, dass das sauer verdiente Geld der europäischen Steuerzahler im Prämientopf von Bankmanagern landet.

Wenn wir schon einen Klimagipfel abhalten, dann gehört meines Erachtens auch endlich mehr Kostenwahrheit und Ehrlichkeit in die Diskussion um Atomreaktoren. Wenn wir Lösungen für Klimaschutz suchen, dann muss auch dem Betrug mit Emissionszertifikaten ein Ende bereitet werden.

Bei den SWIFT-Verhandlungen hat sich der schwedische Vorsitz meines Erachtens von den USA mit der Herausgabe der Bankdaten etwas diktieren lassen. Der Bürger wird damit und mit dem Stockholm-Programm immer manipulierbarer und immer gläserner.

Mit Schweden verliert die Türkei auch einen Beitrittsbefürworter. Es ist meines Erachtens Zeit, diesbezüglich die Verhandlungen zu stoppen und eine privilegierte Partnerschaft anzubieten.

Werner Langen (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte zuerst einmal Dank sagen. Die schwedische Ratspräsidentschaft hat trotz vielfältiger Probleme hervorragende Arbeit geleistet. Schweden ist ein mittelgroßes Land in der Europäischen Union, und das muss man in jeder Hinsicht positiv würdigen. Vielen Dank an Sie und an Ihre gesamte Regierung, Herrn Ministerpräsident! Sie haben mit Klima, Finanzmarktkrise, Lissabon-Vertrag und der neuen Kommission wirklich schwere Brocken und Themen gehabt. Ich möchte zwei Themen herausgreifen.

Einmal die Finanzmarktkrise: Dass Schweden mit der Kommission in den Fragen der Konsolidierungsanstrengungen einzelner Mitgliedstaaten hart geblieben ist, ist absolut positiv. Dass Sie nicht gesagt haben: „Wir werden Griechenland jetzt von seiner Verantwortung in der Euro-Zone entbinden“, kann ich nur ausdrücklich unterstützen.

Der zweite Bereich ist die Klimapolitik. Wir haben hier Kritik von den Kommunisten und den Grünen gehört. Sie sind nirgendwo in Europa in der tatsächlichen Verantwortung. Wir können Klimapolitik à la China und USA machen, indem wir große Proklamationen erlassen, aber keine Ergebnisse haben. Europa hat Ergebnisse. Ich wehre mich dagegen, dass Greenpeace der Maßstab für europäische Klimapolitik wird. Wir müssen realistisch bleiben! Auch dort hat die schwedische Ratspräsidentschaft in ihrer Zeit zusammen mit der Kommission erstaunlicherweise sehr gute Ergebnisse erzielt. Ich möchte auch dafür ein ausdrückliches Wort des Dankes sagen.

Zum Thema Lissabon-Vertrag: Der Kollege Schulz ist jetzt weg. Er hat gesagt, die Kommission mit den stellvertretenden Vorsitzenden der europäischen Parteien. Ich kann mich nur wundern, dass der Vorsitzende einer politischen Fraktion das politische Engagement von einzelnen Mitgliedern der Kommission thematisieren will. Was soll denn das? Ich kann das nur zurückweisen.

Ich möchte Sie zum Schluss ermuntern – wie bei Ihrem Amtsantritt –, dass Sie endlich dem Euro beitreten. Kann ich sagen: Schweden *ante portas*, Herr Ministerpräsident?

Adrian Severin (S&D). - Herr Präsident, fairerweise muss ich sagen, dass der schwedische Ratsvorsitz mit seinen Leistungen zufrieden sein kann. Ich denke, Schweden kann auf seine Ausführung des schwedischen Ratsvorsitzes stolz sein. Allerdings ist es bei kurzfristigen Präsidentschaften immer der Fall, dass sie uns, wenn sie gut waren, das Gefühl einer unvollendeten Arbeit vermitteln.

Deshalb lautet die wichtigste Frage meiner Ansicht nach folgendermaßen: Wie und was können wir auf den Leistungen des schwedischen Ratsvorsitzes aufbauen? Erstens wäre da die Umsetzung des Vertrages von Lissabon. Ein Vertrag reicht nie aus, um ein Problem zu lösen. Es bedarf immer politischen Willens um einen Vertrag voranzubringen, aber in diesem Fall befürchte ich, wird Wille allein nicht ausreichen. Wir brauchen Mut und Vorstellungskraft – Vorstellungskraft, um die Lücken im Vertrag zu füllen oder die Mehrdeutigkeiten zu beseitigen. Deshalb hoffe ich, dass sich der schwedische Ratsvorsitz mit seiner gesammelten Erfahrung weiterhin dem Aufbau der neuen durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen Institutionen, nämlich der ständige - oder langfristige - Präsident des Europäischen Rates und das Amt der Hohen Vertreterin für den Auswärtigen Dienst, widmen wird.

Eine der Prioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes war natürlich das Management der Wirtschafts- und Finanzkrise. Das war auch sehr wichtig. Vor diesem Hintergrund konnten wir zwei, meiner Meinung nach ziemlich bedrohliche Phänomene beobachten: Erstens die Versuchung des nationalen Protektionismus und des nationalen Egoismus und zweitens die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen unseren Mitgliedstaaten sowie die fehlende wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion innerhalb der Europäischen Union.

Sollte die Erweiterung ein Fehler gewesen sein? Ganz bestimmt nicht. Diese Unterschiede haben schon vorher bestanden und das Prinzip gegenseitiger Abhängigkeit hat nicht nur innerhalb der Union Gültigkeit, sondern auch weltweit. Deshalb konnten diese Unterschiede die Stabilität des gesamten Kontinents und der Union untergraben oder aufs Spiel setzen. Deshalb bin ich der Meinung, dass durch die Erweiterung die neuen Mitgliedstaaten innerhalb der Union mit diesen Unterschieden besser zurechtkamen und am Ende alle Mitglieder der Europäischen Union davon profitieren konnten.

Aber daraus lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen, und damit will ich auch zum Ende kommen. Ich vertrete die Ansicht, der nächste Schritt muss darin bestehen, eine gewagtere und weiter reichende Politik

der territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in Europa - und nicht eine geringere Anzahl in diese Richtung gehender Strategien - zusammen mit weiteren mutigen Reformen zu vertreten. Diese finanziellen und wirtschaftlichen Reformen müssten uns vor einer Wiederholung der Krise schützen und Strategien für eine Erneuerung nach der Krise aufzeigen. In diesem Zusammenhang muss die letzte Aussage der Kommission bezüglich wirtschaftlicher Stützung der osteuropäischen Länder und die von Herrn Barroso zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, die 2020-Strategie zu diskutieren, lobend erwähnt werden.

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Herr Präsident, ich möchte ebenfalls meine Dankbarkeit gegenüber dem amtierenden schwedischen Ratsvorsitz zum Ausdruck bringen. Allerdings ist ein Problem geblieben. Am Donnerstag traf der Europäische Rat die Entscheidung, Entwicklungsländern für die teilweise Anpassung an den Klimawandel 7,2 Mrd. EUR zur Verfügung zu stellen - und das ist natürlich eine gute Sache.

Meiner Meinung nach sollte diese Summe aber ein Zusatz zu der von der Europäischen Union versprochenen Entwicklungshilfe sein, die bis zum Jahr 2015 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens erhöht werden soll. Wieso? Lassen sie uns annehmen, dass die 7,2 Mrd. EUR schon Teil der offiziell zugewiesenen Entwicklungshilfe sind. Diese Summe reicht nicht aus, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu finanzieren. Es würde bedeuten, ein Loch mit einem anderen zu stopfen.

Wir warten auf eine Klarstellung dieser Sache durch den Europäischen Rat und die Kommission. Jede Unklarheit bezüglich der ergänzenden Natur dieser vom Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember angekündigten Summe würde die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in der Konferenz von Kopenhagen untergraben, und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass diese Konferenz ausschlaggebend für die Zukunft der Menschheit ist.

(Beifall)

Ian Hudghton (Verts/ALE). – Herr Präsident, ich vertrete den Teil der Fraktion der Freien Europäischen Allianz, der die unabhängigen Parteien von Wales, Flandern, Katalonien und Schottland umfasst. Wir streben Unabhängigkeitsstatus an, damit unsere Nationen zu Versammlungen des Europäischen Rates und zu weltweiten Ereignissen wie der Konferenz zum Klimawandel in Kopenhagen beitragen können.

Die schottische Regierung hat gemeinsam mit dem schottische Parlament die weltweit ehrgeizigste Verordnung zum Klimawandel verabschiedet. Diese beinhaltet Emissionsreduktionsziele von 42 % bis zum Jahr 2020 und 80 % bis zum Jahr 2050. Diese Ziele wollen wir auch einhalten, trotzdem weigert sich die Regierung von Großbritannien der angemessenen Forderung nach der Teilnahme eines schottischen Ministers bei den offiziellen Verhandlungen in Kopenhagen nachzukommen. Ein solches Verhalten unterstreicht die Tatsache, dass nur ein unabhängiges Schottland - mit dem normalen Unabhängigkeitsstatus - ordentlich zur internationalen Gemeinschaft beitragen kann. Ich hoffe, dass der Europäische Rat in naher Zukunft über eine interne Erweiterung der Europäischen Union sprechen und Schottland in dem Punkt führend sein wird.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Gerade als Bewunderer von so vielen schwedischen Traditionen war ich umso enttäuschter von der Bilanz ihrer Tätigkeit. Es war leider keine Folksheim-Präsidentschaft, sondern eine Ratsfürsten-Präsidentschaft und auch eine Großinvestoren-Präsidentschaft à la Wallström, es war nicht Malmström.

Ich kenne Sie, Frau Europaabgeordnete noch genau aus dieser Zeit, als Sie das noch waren. Jetzt waren Sie etwas anderes. Und ich hoffe sehr, wenn Sie wieder zurückkommen, dass Sie dort anknüpfen, wo Sie schon einmal waren, nämlich inspiriert vom Parlamentarismus. Warum haben Sie SWIFT so spät verabschiedet? Warum haben wir es jetzt quasi mit einem Direktorium auf EU-Ebene zu tun, und das unter den Zielen der Schweden mit ihrer Transparenz? Bitte nützen Sie Ihre Zukunft, wieder dorthin zurückzukehren, wo Sie schon einmal waren.

János Áder (PPE). – (HU) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in den letzten zweieinhalb Stunden dieser Aussprache wurde sehr viel über Kopenhagen und die Kopenhagener Verhandlungen gesagt. Da die Europäische Union in Kopenhagen keine gemeinsame Position vertritt, muss ich sagen, dass der schwedische Ratsvorsitz in diesem Punkt nicht ganz erfolgreich war. Das ist nicht unbedingt die Schuld des schwedischen Ratsvorsitzes, sondern eher die der Europäischen Kommission. Was ist los, und warum gibt es keinen gemeinsamen Standpunkt? Es gibt zu mindestens zwei Themen keinen gemeinsamen Standpunkt. Eines dieser Themen ist die mögliche Übertragung von Kohlendioxidquoten nach 2012 und die Frage, ob auch ein Verkauf möglich ist.

Die Europäische Kommission kritisiert diesen Standpunkt in einer unverständlichen, kurzsichtigen und engstirnigen Art und Weise. Ungarn, Polen, Rumänien und andere frühere sozialistische Länder haben ihre Kyoto-Verpflichtungen erfüllt. Tatsächlich haben diese Länder die Verpflichtungen nicht nur erfüllt, sie haben diese sogar übererfüllt. Wir haben ein Recht darauf, unsere überschüssige Quote zu verkaufen. Die Kommission möchte uns das jedoch wegnehmen. Anders ausgedrückt, die Kommission möchte Ungarn für seine Vertragseinhaltung bestrafen. Andere haben ihre Verpflichtungen nicht erfüllt. Im Gegenteil, sie haben sogar ihren schädlichen Emissionsausstoß erhöht, aber niemand möchte sie dafür bestrafen. Wie können wir also erwarten, dass die Unterzeichnenden eine neue Vereinbarung einhalten werden, vorausgesetzt es kommt zu einer Fortsetzung von Kyoto in Kopenhagen?

Ich möchte die Europäische Kommission und auch Präsident Barroso, wenn er hier wäre, dringend bitten und dazu auffordern, diese engstirnige Einstellung zu ändern und sich zu einem Standpunkt zu bekennen, der das derzeit in Kraft befindliche Kyoto-Protokoll erfüllt. Ich möchte ihnen auch gerne die Tatsache vor Augen führen, dass wir nicht vergessen sollten, dass die Einhaltung der Emissionsverringerungsverpflichtungen von 8 % der EU-15 nur mithilfe der neuen Mitgliedstaaten möglich war. Falls diese Verpflichtung nicht eingehalten worden wäre, hätte die Europäische Union eine sehr viel schwächere Verhandlungsposition in Kopenhagen.

Catherine Trautmann (S&D). – (FR) Präsidenten, Minister, der schwedische Ratsvorsitz hatte ein paar Momente, die man historisch nennen kann: Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, die Ernennung des ersten Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin, aber auch die Konferenz zum Klimawandel und die Ernennung einer neuen Kommission sowie - bitte vergeben sie mir diese kurze Abschweifung - das „Telekom“-Paket.

Diese Ereignisse schufen Hoffnung. Aber in Anbetracht aller Tatsachen bleiben doch ein oder zwei gemischte Ergebnisse. Zuallererst möchte ich sagen, dass unser Parlament, da es sich der Einführung einer europäischen Finanzaufsicht verpflichtet fühlt, die durch Herrn de Larosière's Ausschuss der Weisen getroffenen Vorschläge als einen notwendigen Schritt nach vorn begrüßt. Allerdings waren die Beschlüsse des ECOFIN-Rates vom 2. Dezember weit unter den realistischen Erwartungen zurückgeblieben.

Ich möchte an diesem Punkt bemerken, dass das Parlament mit Sicherheit in den ihm vorgelegten Vorschlägen das Gleichgewicht wiederherstellen wird, um so die Finanzmärkte stabiler zu machen. Gleiches gilt für die finanziellen Zusagen für die Länder im Süden für ihren Kampf gegen den Klimawandel. Obwohl arme Länder eine ernsthafte Verpflichtung in Kopenhagen bezüglich einer langfristigen Finanzierung benötigen, hat sich der Rat nur in der Lage gesehen, 7,2 Milliarden EUR über drei Jahre zu versprechen. Das ist natürlich ein erster Schritt, dieser bleibt aber weit hinter dem Bedarf zurück. Das ist besonders der Fall, da sich ein Teil der Gelder aus einer Umstrukturierung ergeben wird.

Im Finanzbereich begrüßen wir letztendlich den Willen, der Finanzaufsicht und dem Steuerwesen Regeln aufzuerlegen und in diesen Bereichen tatkräftig zu handeln. Mir ist besonders die in den Schlussfolgerungen des Rates erwähnte globale finanzielle Transaktionssteuer aufgefallen. Darauf haben wir Sozialisten seit mehr als 10 Jahren inständig gehofft. Aber natürlich wartet immer noch Arbeit auf uns. Bemühungen, neue finanzielle Mittel zu öffnen, um Beschäftigung sowie Solidarität innerhalb und außerhalb Europas zu fördern, sowie die Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel, stellen große Herausforderungen dar. Da bald Weihnachten sein wird, lade ich den Rat dazu ein, uns eine Entscheidung über die Verfügbarkeit eigener Ressourcen in den nächsten Jahren mitzuteilen.

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Herr Präsident, ich finde es sehr eigenartig, einige der Jammerer zu hören - das betrifft auch einige meiner schwedischen Landsleute -, die den schwedischen Ratsvorsitz kritisieren. Womit vergleicht Carl Schlyter den Ratsvorsitz? Mit der Tschechischen Republik oder einem anderen großartigen Ratsvorsitz?

Es sollte auch niemand erwarten, von Herrn Borghezio eine gute Note zu erhalten. Tatsächlich sind schlechte Noten von Herrn Borghezio ein gutes Ergebnis.

Es wurde viel erreicht. Der Vertrag von Lissabon ist in Kraft getreten. Die zwei höchsten Posten in der EU wurden besetzt. Eine Reihe wichtiger Vorschläge wurde mühselig durchgesetzt: das Stockholmer Programm, eine zukünftige Finanzaufsicht und besonders das „Telekom“-Paket. Wenn wir im Europäischen Parlament es wollen, kann auch der Klimagipfel in Kopenhagen in die richtige Richtung laufen.

Auf der Minus-Seite würde ich gerne die Nichteinführung von Patientenmobilität erwähnen. In dem Punkt gibt es weiterhin rechtliche Unklarheiten und unnötiges Leiden, da Menschen auf ihre Behandlung warten müssen.

Insgesamt aber geht aller Dank an Ministerpräsident Reinfeldt, an Frau Malmström, den Minister für europäische Angelegenheiten und all die anderen Mitglieder des Team des Ratsvorsitzes. Sie haben sich alle ein Glückliches Neues Jahr verdient!

Judith Sargentini (Verts/ALE). – (NL) Herr Präsident. Herr Reinfeldt, es gibt einen schwerwiegenden Makel an Ihrem Ratsvorsitz und das sind die Entscheidungen bezüglich SWIFT. Der Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember in Kraft, und am 30. November trafen Sie gemeinsam mit den anderen Staats- und Regierungschefs hastig eine Vereinbarung bezüglich der Übermittlung unserer Bankdaten an die USA. Falls dies ein Hinweis auf die zukünftige Entwicklung des Stockholmer Programms ist - eines Programms, das dazu dienen soll, unsere Bürgerrechte, Sicherheit und Freiheit zu garantieren - dann ist mein Eindruck, dass die Umsetzung des Programms wirklich den Ausschlag geben und unsere Bürgerrechte in Gefahr bringen wird.

Das ist der Makel an Ihrem Ratsvorsitz. Ich denke, dass es zudem die Einführung des Vertrages von Lissabon, der dem Europäischen Parlament mehr Rechte bringt, beschmutzt. Ich hätte gern Ihre Versicherung, dass Sie in Zukunft gegenüber Bürgerrechten, Bürgern und dem Parlament mehr Respekt zeigen.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Herr Präsident, wir würden die Ergebnisse des schwedischen Ratsvorsitzes gerne rückblickend aus einer Perspektive, die 10 bis 20 Jahre in der Zukunft ist, bewerten. Das wichtigste Ereignis, das Erwähnung finden wird, ist das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Der Vertrag schafft den rechtlichen Rahmen für einen Superstaat, in dem das Leben von 500 Millionen Menschen durch eine zentrale Stelle kontrolliert wird und die Nationalstaaten langsam absterben. Dorthin hat ein undemokratischer Weg geführt. Die Möglichkeit, den Entwurf umzusetzen ergab sich nach der Ablehnung durch drei Referenden, erst durch das zweite auferlegte irische Referendum und die Unterzeichnung durch Václav Klaus. Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung lehnt diesen Entwurf ab und möchten an dem Nationalstaat festhalten. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass diese Zeit als ein vergeblicher Versuch, ein Reich zu erschaffen, in die Geschichte eingehen wird.

Othmar Karas (PPE). - Herr Präsident, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Wir tun bei den Debatten über die Ratspräsidentenschaften oft so, als wäre die Ratspräsidentenschaft die Europäische Union. Die Ratspräsidentenschaft ist nicht die EU, sondern sie ist ein wichtiger Manager einer europäischen Institution. Daher bitte ich um mehr Fairness und Gelassenheit.

Die Ratspräsidentenschaft im letzten halben Jahr hat einen guten Job gemacht. Sie hat ihren Beitrag dazu geleistet, dass ein neues Kapitel in der Geschichte des Erfolgs der Europäischen Union aufgeschlagen werden kann. Wir wollen doch alle selbst kein Europa der Regierungen. Wir arbeiten an einem Europa der Bürger, an einer verstärkten Zusammenarbeit der Institutionen und der Teile der Europäischen Union. Jeder von uns ist ein Teil.

Die Institutionenendebatte wurde abgeschlossen, die Personalfragen wurden beantwortet, und in einigen wichtigen Punkten kam es zu einer Positionierung des Rates, damit wir weiterarbeiten können. Richten wir den Blick in die Zukunft! Es ist angesprochen worden, wir haben ein großes Problem: In der Arbeitsmethodik des Rates hat der Vertrag von Lissabon noch keinen Einzug gehalten. Der Rat hat mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten im Europäischen Parlament und in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments als das Europäische Parlament in den Arbeitsgruppen und in den Ratssitzungen. Wir verlangen auch hier gleiche Behandlung beider Institutionen, denn wir sind Gesetzgeber auf Augenhöhe.

Ja, es war ein Fehler, man kann über den Inhalt streiten, SWIFT vorher durchzuboxen, obwohl die Mitentscheidung des Parlaments einen Tag später anders ausgesehen hat. Es ist mit dem Beschluss zur Finanzmarktaufsicht noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir müssen nachbessern, wir brauchen eine Exekutivpower, wir brauchen mehr europäische Aufsicht, dort wo es um grenzüberschreitende Institutionen geht, und wir müssen im Basel-Ausschuss zu einer verstärkten Koordinierung der Mitgliedstaaten mit der Kommission und der EZB kommen, weil ansonsten eine Parallelstruktur entsteht.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, ich möchte den schwedischen Ratsvorsitz zu seiner Arbeit beglückwünschen, insbesondere bezüglich des Bereichs Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon stellt einen qualitativen Schritt dar und erfordert von den nächsten Ratsvorsitzen – dem spanischen, bulgarischen und ungarischen – durch Ausformulierung eines Aktionsplanes eine Weiterführung der positiven Ergebnisse des schwedischen Ratsvorsitzes durch das Stockholmer Programm.

Im Zusammenhang mit der durch den Vertrag von Lissabon festgelegte Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Parlament sowie den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten (Artikel 17 des Vertrages über die Europäische Union und Artikel 295 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union) möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der drei Punkte lenken, auf die der schwedische Ratsvorsitz sein Hauptaugenmerk legte.

Der erste betrifft die Ambiguität um den Koordinator für Terrorismusbekämpfung und illegalen Menschenhandel und darüber, inwieweit dieser Posten von der Kommission abhängig ist beziehungsweise seinerseits dem Europäischen Parlament unterstellt ist.

Den zweiten stellt die außenpolitische Dimension der Grundrechte dar, die nunmehr eine alle europäischen Politiken übergreifende Dimension annimmt. Zwar verfügt die Europäische Union über einen für Grundrechte und Gerechtigkeit zuständigen Kommissar, aber auch über einen Auswärtigen Dienst, der sich zur Gewährleistung von Menschenrechten und zu einem intensivem Engagement für den Schutz von Grundrechten verpflichten muss.

Der dritte bezieht sich auf den Schengen-Raum und den freien Personenverkehr. Wir sind der Meinung, dass aufgrund der Tatsache, dass der Evaluierung und Kontrolle des Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl und der Grenzicherungspolitik für die Außengrenzen (Asyl, Immigration und Prävention von organisiertem Verbrechen) ein höherer Stellenwert beigemessen wurde, dies zum Erfolg führen wird bei der Schaffung eines Raumes des freien Verkehrs für Personen und der Menschenrechte.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Herr Präsident, Brücken zu schlagen ist niemals einfach. Besonders schwierig gestaltet sich dies, wenn 27 Mitgliedstaaten und 500 Millionen Menschen über diese Brücken vereint werden sollen, um dadurch den Übergang von der alten EU zu einer offeneren, transparenteren und demokratischeren EU zu schaffen, für die der neue Vertrag von Lissabon gilt, und die ein Europäisches Parlament hat, das nun weit größeren Einfluss besitzt als zuvor.

Diesen Herbst gab es sowohl eine Klimakrise als auch eine Beschäftigungskrise. Dessen ungeachtet ist es dem schwedischen Ratsvorsitz gelungen, eine Reihe äußerst wichtiger Rechtsvorschriften zur Energieeffizienz einzuführen. Als besonders erfreulich erachte ich die Einführung einer Energieverbrauchskennzeichnung für Haushaltsgeräte. Die Energieeffizienzanforderungen für Gebäude und die Kennzeichnung der Umweltverträglichkeit von Fahrzeugreifen sind weitere Beispiele für kürzlich eingeführte Rechtsvorschriften.

Ich möchte dem Ratsvorsitz für seine effektive und kohärente Präsidentschaft danken. Meine Achtung möchte ich besonders der EU-Botschafterin Ulrika Barklund Larsson aussprechen, die diesen Herbst so unerwartet von uns gegangen ist. Sie hat hervorragende Arbeit geleistet und fehlt hier sehr.

Es bleibt einzig, die Klimakonferenz in Kopenhagen abzuschließen – die letzte und wichtigste Aufgabe und die mit den nachhaltigsten langfristigen Auswirkungen. Viel Glück!

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, Herr Reinfeldt, meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Punkten, die sich aus den Schlussfolgerungen des jüngsten Europäischen Rates ergeben, bezüglich derer wir in der Lage sein sollten, eine Einigung zu erzielen, und die als ermutigend für die nahe Zukunft beschrieben werden könnten.

Zunächst die Einwanderung: Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, die Einreise in die Europäische Union effizienter zu gestalten, was die Sicherheit für die Bürger betrifft. Hierzu brauchen wir eine Integrationspolitik. Anders ausgedrückt, wir müssen das richtige Gleichgewicht finden zwischen den Interessen der Mitgliedstaaten und dem menschlichen Drama, dem produktiven Potential von Migranten.

In Bezug auf Einwanderung und Asyl wurde dabei auf ein Europa der Verantwortung und Solidarität verwiesen. In diesem Sinne fühle ich mich durch die Art und Weise ermutigt, wie der Rat auf die Dringlichkeit der Bekämpfung illegaler Einwanderung hinweist, ganz besonders in den EU-Grenzstaaten, vor allem den südlichen. Dies bedeutet, gemeinsame Mittel für gemeinsame Probleme zu verwenden. Allzu oft ist diese Thematik leider von Eigennützigkeit und mangelnder Courage gekennzeichnet.

Der zweite Aspekt, den ich als vorrangig erachte in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen wir immer noch kein Licht am Ende des Tunnels sehen, ist die Neuausrichtung der Lissaboner Strategie. Wir müssen in der Lage sein, auf finanzieller und kommerzieller Ebene schnellstmöglich wieder konkurrenzfähig zu den aufstrebenden Mächten zu werden. Nur durch modernste Forschungs- und Informationssysteme wird dieser Schritt möglich sein, der so notwendig ist für uns, vor allem aber für künftige Generationen.

Ich freue mich festzustellen, dass die neue Methode, auf die sich der Rat beruft, auf eine stärkere Verknüpfung zwischen den Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene sowie auf eine Stärkung der nationalen Verantwortlichkeitskompetenzen ausgerichtet ist, mittels einer aktiveren Einbindung der Sozialpartner und der regionalen und lokalen Behörden, was sich mit einem Wort wiedergeben lässt: Subsidiarität.

Nichtsdestoweniger bin ich überzeugt, dass mehr in der Richtung getan werden muss. Familie, Menschen und Mittlergruppen müssen im Zentrum der Konjunkturerholung Europas stehen. Nur die Menschen, das heißt, Männer und Frauen, verfügen über eine ihnen eigene Dynamik, durch die die vielen Bereiche unseres sozialen Lebens neu belebt werden können, und die momentan gebeugt sind durch den Pessimismus, der nicht selten von den Institutionen ausgeht.

Ivari Padar (S&D). – (ET) Herr Präsident, zunächst möchte ich dem Vorsitz mein Lob für die Verabschiedung der Ostsee-Strategie aussprechen, die für mein Heimatland natürlich von großer Bedeutung ist. Etwas ausführlicher würde ich indes gerne auf drei Punkte zum Thema Finanzen eingehen.

Zunächst möchte ich mich für die Bemühungen bedanken, die unternommen worden sind zur Regelung des transeuropäischen Finanzsystems und auch dahingehend, das Europäische Parlament seinerseits zu größtmöglicher Unterstützung hierbei aufzurufen.

Zweitens, um die Finanzkrise unter Kontrolle zu halten, haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten eine Vielzahl von Sondermaßnahmen durchgesetzt, was sehr lobenswert ist. Eine Stabilisierung der Wirtschaft ist bereits erkennbar. Dennoch stimme ich mit dem Rat überein, dass die Situation noch nicht stabil genug ist, um die Unterstützungsmaßnahmen aufzuheben. Die Konsequenz aus der Krise ist für mich, dass Banken und ihre Dienstleistungen unabdingbar sind. Es besteht daher kein Anlass, sie zu hart zu bestrafen, allerdings sollten sich die Bankaktivitäten an den Geschehnissen in der Realwirtschaft orientieren und nicht an einem virtuellen Interbankenmarkt, der den Hauptgrund für die jüngste Krise darstellte. Gleichzeitig müssen wir die Boni-Zahlungen für Banker sorgfältig prüfen, ein Thema, das in Estland besondere Brisanz erhalten hat.

Drittens, im Zusammenhang damit unterstütze ich die an den Internationalen Währungsfonds gerichteten Forderungen, die Einführung einer Gebühr für weltweite Finanztransaktionen – die Tobin-Steuer – in Betracht zu ziehen, um der Gesellschaft in Zeiten des Aufschwungs Gelder zurückzugeben. Ich befürworte die Notwendigkeit einer Erneuerung der wirtschaftlichen und sozialen Vereinbarungen zwischen den Finanzinstitutionen und der Gesellschaft, und dass der Nutzen gesteigert wird, den diese für die Gesellschaft in guten Zeiten haben, und dass sie vor Gefahren geschützt wird.

Paulo Rangel (PPE). – (PT) Herr Präsident, ich möchte damit beginnen, dem schwedische Ratsvorsitz meine Glückwünsche auszusprechen, insbesondere Ministerpräsident Reinfeldt im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der portugiesischen Delegation der PPE-Fraktion.

Unserem Urteil zufolge war der schwedische Ratsvorsitz fast in allen Bereichen vollkommen erfolgreich, vor allem in vier grundlegenden Bereichen. Erstens im institutionellen Bereich; der Beitrag, den die schwedische Präsidentschaft zum Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, zu der höchst erfolgreichen Wahl des Kommissionspräsidenten und allem, was mit der Ratifizierung in Zusammenhang steht, leistete, war äußerst professionell und auf dem Niveau, das wir in Bezug auf empfehlenswerte Verfahren in der Europäischen Union erwarten. Für ein Land wie Portugal, das eine entscheidende Rolle bei der Verabschiedung des Vertrages von Lissabon spielte, ist der Beitrag des schwedischen Ratsvorsitzes von unschätzbarem Wert.

Der zweite Punkt ist die Klimaagenda, für die die Bemühungen der Kommission absolut ausschlaggebend waren. Meiner Meinung nach, und der vieler meiner Kollegen in der PPE, ist der Klimawandel das Gebiet, bei dem die Europäische Union die größten Erfolge erzielen konnte. Sie steht an der Spitze des weltweiten Kampfes, was sowohl den Bemühungen des schwedischen Vorsitzes, wie auch in wesentlichem Maße denen der Kommission geschuldet ist. Wir halten diese Ergebnisse ebenfalls für überaus positiv.

Als drittes möchte ich die Regulierung des Finanzsektors nennen. Es gab, vor allem mit dem jüngsten Rat, große Entwicklungsschritte, die wir für ausschlaggebend halten, und die weit reichenden Einfluss auf die Überwindung der Krise haben können. Daher möchte ich Ihnen stellvertretend unsere Glückwünsche für

das Erzielen einer Einigung auf diesem Gebiet aussprechen. Abschließend möchte ich ein Themengebiet ansprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist: das Stockholmer Programm und somit den Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Ich habe sowohl den Tampere-Prozess als auch danach insbesondere den Den-Haag-Prozess verfolgt. Ich erachte das Stockholmer Programm als absolut wichtig und möchte den schwedischen Ratsvorsitz und Ministerpräsident Reinfeldt dazu beglückwünschen.

Marietta Giannakou (PPE). – (EL) Herr Präsident, über die Zeit des schwedischen Vorsitzes kann eine wahrlich positive Bilanz gezogen werden. Sie beinhaltet das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, der das Ende des Intergouvernementalismus einleitet, der uns so viele Jahre das Leben schwer gemacht hat, sowie eine integriertere und kohärentere Politik.

Verbunden mit dem schwedischen Ratsvorsitz sind die Ausarbeitung des Stockholmer Programms und die während der Finanzkrise verabschiedeten Regelungen, die wahrlich wichtige Schlüsselbestimmungen für die weitere Entwicklung der Situation sind.

Gleichzeitig sind die Wahl der Europäischen Kommission und die Ernennungen, die allesamt bedeutend für die durch den Vertrag von Lissabon erzielten Entwicklungen der Situation sind, von besonderer Bedeutung und von besonderem Interesse für das Europäische Parlament, sie sind positive und wesentliche Elemente.

Neben dem Europäischen Rat übernimmt das Europäische Parlament eine neue Rolle als Legislativorgan. Dies bedeutet eine neue Entwicklungsrichtung, die von uns allen ein verstärktes und kohärenteres Engagement erfordert.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, Ich beglückwünsche den schwedischen Ratsvorsitz zu seiner aner kennenswerten Leitung des Rates in den vergangenen sechs Monaten.

Bezüglich des Stockholmer Programms möchte ich hervorheben, dass es dazu gedacht ist, der erstrebten gemeinschaftliche Einwanderungspolitik einen Impuls zu geben. Einige wesentliche Themen wurden jedoch als zweitrangig behandelt.

Es gab im Jahr 2008 in der Europäischen Union 515 Terroranschläge in 11 Mitgliedstaaten. Terrorbekämpfung und Opferschutz müssen daher in die Prioritätenliste unserer politischen Agenda aufgenommen werden und eine eigene Sonderkategorie des Stockholmer Programms bilden.

Zweitens, im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts leben acht Millionen illegale Einwanderer. Aus diesem Grund müssen wir auf Entwicklung und Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern ausgerichtete Politiken stärken. Die Europäische Union muss den Abschluss von Rückführungs- und Rücknahmeabkommen mit Ländern wie Marokko, Algerien und Lybien vorantreiben. Der zukünftige Aktionsplan des Stockholmer Programms, der Mitte Juni 2010 vorgestellt werden soll, muss diese Punkte berücksichtigen.

Andrzej Grzyb (PPE). – (PL) Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen und dem schwedischen Ratsvorsitz ebenfalls meinen Dank aussprechen sowie Herrn Reinfeldt für seine Effizienz und auch für die hervorragende Umsetzung der Prioritäten des Ratsvorsitzes.

Was für die Bürger Europas natürlich besonders von Bedeutung ist, sind Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Gemeint ist die Unterstützung für den Wirtschaftssektor, um Arbeitsplätze zu schaffen sowie die Rahmenbedingungen für den Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben, um so die Ursachen für die Krise, insbesondere auf den Finanzmärkten, zu eliminieren und ihr erneutes Auftreten in Zukunft ausschließen zu können. Es hat den Anschein, dass die europäische Aufsicht diesbezüglich unzureichend ist, und dass wir als demokratisch gewähltes Organ hierbei auch die ethischen Standards beeinflussen müssen, die von denjenigen einzuhalten sind, die die Banken und die Finanzinstitute beaufsichtigen.

Was den Kopenhagener Gipfel betrifft, so stimme ich voll und ganz mit der Position von Herrn Barroso überein. Es besteht hierbei für andere wichtige wirtschaftliche Akteure tatsächlich die Notwendigkeit einer Partnerschaft, damit eine Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels wirklich möglich ist.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Ich war Berichterstatterin für die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die ich in zweiter Lesung mit der schwedischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union verhandelte. Es handelt sich um einen äußerst wichtigen Bericht für die Zukunft der Europäischen Union und dem Kampf gegen den Klimawandel. Auch für die Konferenz von Kopenhagen

ist er von Bedeutung, am meisten allerdings für die 2,7 Millionen Arbeitsplätze, die bis 2020 in diesem Sektor geschaffen werden könnte.

Bezüglich der im Vertrag von Lissabon festgelegten Komitologie haben die Verhandlungen zu einer institutionellen Vereinbarung über die von der Kommission übertragenen Verfahren und Befugnisse begonnen. In Anbetracht der Tatsache, dass der Vertrag von Lissabon sowohl für den Klimawandel als auch für eine gemeinsame Energiepolitik eine neue Grundlage schafft, hoffe ich, und das erwarten wir auch von der Kommission, Präsident Barroso, dass Sie ein Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre vorlegen, sodass die Kommissare, denen wir zuhören, ebenfalls auf diese Herausforderungen eingehen können.

Abschließend möchte ich die Aufhebung der Barrieren für die Freizügigkeit von Arbeitskräften für Arbeiter aus den neuen Mitgliedstaaten erwähnen, welche die letzte Handlung des schwedischen Ratsvorsitzes sein sollte.

Der Präsident. – Ich muss mich bei Herrn Balčytis und Herrn Luhan entschuldigen: Da wir bereits eine Vielzahl anderer Redner haben und nicht genug Zeit zur Verfügung steht, jeden anzuhören, kann ich ihre Wortmeldung leider nicht berücksichtigen. Sie werden sie für ein anderes Mal aufheben müssen. Ich bitte nochmals um Entschuldigung.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz zu seiner fairen und gleichzeitig gewissenhaften Leitung der Europäischen Union beglückwünschen in einer Zeit, die, wie Sie sagten, durch institutionellen Wandel und die Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt ist. Möglicherweise haben Sie allerdings die Gelegenheit verpasst, in dieser Zeit einen breiteren europäischen Diskurs zu einem sozioökonomischen Modell anzuregen, das sich von dem unterscheidet, das zur Krise führte. Schweden verfügt diesbezüglich über ein größeres Wissen als manche andere Länder.

Auch die bittere Erkenntnis der Einschränkungen der Europäischen Union in Bezug auf die Einheitlichkeit des Handelns haben Sie miterlebt, insbesondere während der Wahl des EU-Vorsitzes. Sie haben einige neue Standards im Bereich der Außenpolitik eingeführt, so zum Beispiel im Nahen Osten, wozu ich Ihnen mein Lob aussprechen möchte. Ich danke Ihnen außerdem für die Aufmerksamkeit, die Sie der Erweiterung der Europäischen Union gewidmet haben, und für die Bewältigung einiger ungelöster Probleme, die diesem Prozess im Wege standen. Gute Arbeit!

Jean-Pierre Audy (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, Herr Reinfeldt, mich würde Ihr Standpunkt zu den Schlussfolgerungen der Troika interessieren, Herr Reinfeldt, da die Staats- und Regierungschefs diese Troika doch ins Leben gerufen haben, um der Präsidentschaft eine gewisse Kontinuität zu verleihen. Da die Troika, bestehend aus der Republik Frankreich, der Tschechischen Republik und dem Königreich Schweden, sich nun ihrem Abschluss nähert, wie sehen Sie dieses Instrument und welche Schlüsse ziehen Sie daraus aus?

Mirosław Piotrowski (ECR). – (PL) Herr Präsident, wir kommen alle sechs Monate hier im Parlament zusammen, um am Ende der Präsidentschaft eines Landes Bilanz über seine Erfolge zu ziehen.

Der schwedische Ratsvorsitz wird in die Geschichte eingehen, denn während seiner Amtszeit wurde die Europäische Verfassung durchgebracht, wofür sich so mancher bereits seit 10 Jahren eingesetzt hat, und welche in ihrer jetzigen Form als Vertrag von Lissabon bekannt ist. Dies geschah gegen den Willen vieler Nationen. Der Ergebnisse des Referendums in Frankreich, den Niederlanden und Irland wurden demonstrativ beiseite geschoben. Das Prinzip eines Demokratiedefizits wurde eingeführt, das eine Kontrolle von oben ermöglicht, um vordergründig die administrativen Mechanismen der EU zu verbessern. Die anfänglichen Änderungen bei der Auswahl der Anwärter für neue Positionen in der Union haben bislang ein organisatorisches Chaos mit sich gebracht und für eine allgemeine Belustigung in Europa und der Welt gesorgt. Der schwedische Ratsvorsitz hinterlässt die Europäische Union faktisch in einem Zustand von Unsicherheit und Chaos.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Herr Präsident, ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz für die im Stockholmer Programms verankerte Vision eines Europas mit den Bürgern im Zentrum beglückwünschen. Die historische Bedeutung, endlich eine Vision zu haben, die der Besorgnis der Bürger um ihre Sicherheit gerecht wird und gleichzeitig die Rechte des Einzelnen wahrt, kann nicht genug betont werden. Endlich können wir uns auf ein Europa von den Bürgern für die Bürger zu bewegen.

Ferner möchte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen willkommen heißen, das einen wichtigen und konkreten Schritt bei der Berücksichtigung der Interessen von Staaten darstellt, die illegale Einwanderung

bekämpfen wollen, und das gleichzeitig eine humanere Migrationspolitik ermöglicht. Das Stockholmer Programm hat für die nächsten fünf Jahre Gültigkeit, und ich hoffe, wir können zu seiner Implementierung übergehen. Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz meinen Dank aussprechen. Ihre Fußspuren werden uns die nächsten fünf Jahre begleiten.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Der schwedische Ratsvorsitz hat hervorragende Arbeit geleistet und ich möchte den Ministerpräsidenten dazu beglückwünschen. Dadurch, dass die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon endgültig abgeschlossen ist, konnte die bedauerliche und beschämende Miniaturkrise um den tschechischen Präsidenten Klaus beigelegt werden. Zu dieser Situation kam es aufgrund des politischen Fehlers, der während des Erweiterungsprozesses gemacht wurde, als die Europäische Union die 13 diskriminierenden Beneš-Dekrete zu spät für moralisch unhaltbar erklärte. Das zweite wichtige Ereignis besteht darin, dass es der EU gelang, einen gemeinsamen Standpunkt für die Klimaverhandlungen zu finden. Die USA und China haben diese Tatsache noch nicht erkannt, aber die Europäische Union ist sich dessen bewusst, dass die Zukunft denen gehört, die jetzt eine Vorreiterrolle hinsichtlich einer umweltfreundlichen wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen. Man darf nicht vergessen, dass die EU einzig und allein dadurch ihre Ziele erreichen konnte, dass die neuen Mitgliedstaaten ihre Emissionen deutlich reduzierten. Das dritte große Ereignis stellt die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Serbien und die Einführung einer visafreien Reiseregulierung für Serbien, Mazedonien und Montenegro dar. Ich möchte dem schwedischen Ratsvorsitz für die hervorragende Möglichkeit eines spanisch-belgisch-ungarischen Dreivorsitzes danken.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Herr Präsident, Herr Barroso, Herr Reinfeldt, zunächst möchte ich den schwedischen Ratsvorsitz zu seiner sechsmonatigen unermüdlichen und außerordentlich ambitionierten Arbeit beglückwünschen, die in besonderem Maße – neben den Staats- und Regierungschefs und im Rahmen der G20 – zur Festigung einer gemeinsamen ehrgeizigen Position zu den Finanzregulierungen beigetragen hat.

Auch in Hinsicht auf die Kopenhagener Konferenz ist ein ambitioniertes, würdevolles, äußerst proaktives und geschlossenes Auftreten der Europäischen Union zu erkennen. Ich möchte daher meine Unterstützung für ihre Positionen und Beschlüsse ausdrücken. Europa war die treibende Kraft, als es darum ging, wichtige Abkommen bezüglich dieser Finanzkrise, von der ganz Europa betroffen ist, vorzuschlagen, zu verhandeln und abzuschließen.

Letzte Woche entschied der Europäische Rat über die neue Aufsichtsarchitektur der Finanzmärkte und es finden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament statt, da von nun an das Europäische Parlament eine Mitverantwortung trägt für die Überwachung der Umsetzung der in Pittsburgh getroffenen Entscheidungen.

Durch die Finanzkrise wurden die Schwachstellen des Finanzaufsichtssystems deutlich. Angedacht war die Verbesserung der Koordination sowie die Erneuerung und Stärkung der Befugnisse europäischer Behörden; dies ist dringend erforderlich.

Ich hoffe, dass wir bei der Umsetzung unserer Beschlüsse – und damit richte ich mich an die Kommission – wachsam bleiben und unseren Ehrgeiz in gleichem Maße beibehalten.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, ich möchte an diesem Morgen im Namen der nordirischen Fischfangindustrie meine tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass dieser Industrie eine weitere Einschränkung auferlegt wurde. Die gestrige Bekanntmachung des Rates, dass die Kaisergranatquote in Gebiet 7A um 9 % reduziert wird, ist ein schwerer Schlag für die Fischfangindustrie in Nordirland.

Es ist eine anfällige Industrie aufgrund des Wiederauffüllungsprogramms für Kabeljau und der Verringerung der Tage auf See. Und es ist eine Industrie, die sehr auf den Kaisergranat angewiesen war. Diese Reduzierung um 9 % wird verheerende Folgen haben, und ist besonders ärgerlich, da die diesjährigen wissenschaftlichen Erkenntnisse es der Kommission ermöglicht hätten, eine Verlängerung zu gewähren.

Ich vertrete die Ansicht, dass es für Spanien in der nächsten Amtszeit des Rates vorrangig sein muss, die gemeinsame Fischereipolitik zu reformieren und dafür zu sorgen, dass solche Entscheidungen auf regionaler Ebene durch lokale, verantwortliche Personen statt finden und nicht durch Bürokraten in Brüssel.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Während des schwedischen Ratsvorsitzes hat sich eine Menge Positives ereignet in der Union, in einer Zeit, die natürlich eine schwierige Zeit der Krisen und Erwartungen bezüglich der Annahme des Vertrages von Lissabon war. Dennoch teile ich nicht die Meinung, die Union wäre nun eine andere oder eine neue Union. Im Höchstfall denke ich, handelt es sich um eine erneuerte

Union. Tatsächlich müssen die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages ergänzt werden, nicht nur mit detaillierten Inhalten, sondern auch durch praktische Lösungsansätze. Wichtig ist die klare Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Schlüsselpositionen sowie eine eindeutige Neuregelung darüber, wie die Beziehungen zwischen den Organen und Einrichtungen der EU aufgebaut werden, einschließlich der neuen Rolle des Europäischen Parlaments.

Bezüglich möglicher Funktionseinschränkungen aufgrund des rotierenden Ratsvorsitzes durch aufeinander folgende Mitgliedstaaten kommen bei mir Befürchtungen auf. Diese Führungsrolle ist etwas, worauf sich die Mitgliedstaaten vorbereiten, und die sie mit großem Engagement ausführen. Sollte neben dem ständigen Vorsitzenden des Europäischen Rates nicht auch noch der Sprecher des Landes, das den Vorsitz hat, Bericht erstatten, wird die Union unvollständig sein und an Diversität verlieren. Das Land, das den Vorsitz hat, muss auf kreative Weise neue Handlungen anregen, während der ständige Vorsitzende des Europäischen Rates die Koordination, Kontinuität und Kohäsion der Arbeit der Union sicherstellen muss.

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

Fredrik Reinfeldt, *amtierender Präsident des Rates*). – Herr Präsident! Mit dem Ende dieser Aussprache nähern wir uns dem Rotationsprinzip entsprechend auch dem Ende dieser Präsidentschaft, wie bereits erwähnt wurde. In Kürze werden José Manuel Barroso und ich nach Kopenhagen reisen, deshalb noch eine Bemerkung zu den Finanzmitteln, denn ich glaube, dass dieses Thema im Mittelpunkt der Diskussionen stehen wird, die wir nun mit den Entwicklungsländern führen werden.

Es ist uns gelungen, eine Zahl auf den Tisch zu legen – 2,4 Mrd. EUR jährlich für den Zeitraum zwischen 2010 und 2012. Wichtig für uns war zu sagen, dass diese Mittel konkret für diese Jahre vorgesehen sind, für 2010 bis 2012, und auch zur Unterstützung des Klimaschutzes bereitgestellt werden.

Die Diskussion der Frage, wie die Millenniums-Entwicklungsziele verwirklicht werden können, ist eine wichtige Diskussion. Ich möchte darauf hinweisen, dass sich die Mitgliedstaaten zu dem Ziel verpflichtet haben, bis 2010 gemeinsam 0,56 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen, was bereits nächstes Jahr ist, und diese Quote 2015 auf den Prozentsatz der Vereinten Nationen von 0,7 % zu erhöhen.

Dies liegt größtenteils in den Händen der Mitgliedstaaten. Um auf das Offensichtliche hinzuweisen: Zahlreiche Mitgliedstaaten liegen heute unter diesen Werten. Schweden gehört dabei zu einem sehr exklusiven Kreis und ist beinahe allein mit einer Quote von 1 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe. Bei der Diskussion der Quoten selbst dürfen wir auch nicht vergessen, dass es Unterschiede zwischen den Ländern gibt.

Wir haben den Mitgliedstaaten freigestellt, die Beiträge zu leisten, die sie in der Lage waren zu leisten. Ich bin sehr glücklich, nun zurückmelden zu können, dass alle 27 Mitgliedstaaten Beiträge zu diesen Schnellstartfinanzierungen geleistet haben. In einigen Fällen waren die Beiträge nur sehr gering, aber die Stimme Europas wird gehört, weil sich tatsächlich alle beteiligt haben.

Ich möchte mich auch noch einmal für die Zusammenarbeit mit dem Parlament bedanken. Im Rahmen der schwedischen Präsidentschaft ist es das vierte Mal, dass ich als Premierminister vor diesem Parlament spreche. Das reicht nicht einmal annähernd an die Zahl der Begegnungen heran, die Cecilia Malmström mit diesem Parlament hatte, denn sie war 25 Mal hier, um vor Ihnen zu sprechen. Insgesamt hat die Ratspräsidentschaft in ihrer Amtszeit 43 Mal im Plenum vor dem Parlament gesprochen und war 44 Mal zu verschiedenen Anlässen in den Ausschüssen zu Gast.

Das ist auch ein wichtiger Aspekt bei der Diskussion von Transparenz und guter Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organen. Wir wussten um die Bedeutung einer guten Beziehung mit dem Europäischen Parlament. Wir haben uns vorbereitet, um präsent zu sein, um hier zu sein, um Fragen beantworten zu können, und wir danken Ihnen für die sehr gute Zusammenarbeit.

Der Präsident. – Herr Ministerpräsident! In zwei Wochen endet Ihr Vorsitz des Rates der Europäischen Union. Vielen Dank für Ihre Tätigkeit und Energie. Diese Präsidentschaft war keine leichte, das wissen wir. Wie wir den Aussagen unserer Abgeordneten entnehmen konnten und in den vielen Standpunkten zum Ausdruck gebracht wurde, war es eine erfolgreiche Präsidentschaft. Ich möchte Ihnen persönlich und ebenso der gesamten schwedischen Regierung danken. Erstmals in der Geschichte haben wir in den letzten Wochen als Ergebnis des Vertrages von Lissabon neue Beziehungen erfahren.

Vielen Dank. Wir werden Ihre Präsidentschaft in Erinnerung behalten.

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – Herr Präsident! Ich möchte noch kurz auf einige konkrete Anfragen der noch anwesenden Mitglieder des Parlaments antworten.

Herr Severin zum Beispiel sprach über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, und ich möchte seine Aussage unterstreichen. Tatsächlich wurde im Rahmen der ersten Aussprache, die wir im Europäischen Rat über die künftige EU-Strategie bis 2020 geführt haben, vereinbart – siehe Punkt 18 der Schlussfolgerungen – dass jede Anstrengung unternommen werden muss, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Ich denke, es ist wichtig, dies von Beginn an in die Diskussion der Strategie der Europäischen Union bis 2020 einzubeziehen. Natürlich liegt der Schwerpunkt auf Wettbewerbsfähigkeit und der Notwendigkeit, auf die globalen Herausforderungen, denen wir jetzt gegenüberstehen, zu reagieren, jedoch sollten wir diese Themen in Verbindung mit der Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Europäischen Union angehen. Dies wird nicht nur für die Festlegung dieser Strategie sehr wichtig sein, sondern auch für die nächste finanzielle Vorausschau.

Ein anderer konkreter Punkt, der von Herrn Karas und auch Herrn Dati angesprochen wurde, bezog sich auf die Europäischen Aufsichtsbehörden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang deutlich sein. Wir begrüßen die Tatsache sehr, dass der Europäische Rat eine einstimmige Einigung erzielen konnte. Um ehrlich zu sein, wäre die Zustimmung aller Mitgliedstaaten zu einem Text zur Finanzaufsicht auf europäischer Ebene vor einiger Zeit undenkbar gewesen. Allerdings glaube ich, und ich bin mir des heiklen Charakters einiger Themen, die in unseren Vorschlägen erörtert wurden, bewusst, dass der Kommissionstext ein wenig zu sehr ausgedünnt wurde. In ihren Vorschlägen hatte die Kommission eine einfache und umsetzbare fiskalische Schutzklausel vorgesehen, gerade weil dies ein sehr sensibler Bereich ist. Ich jedenfalls bedauere, dass die vorgeschlagenen Befugnisse der Behörden, Entscheidungen direkt an die einzelnen Finanzinstitute zu richten, in zwei der drei Fälle, in denen die Kommission dies vorsah, gestrichen wurden.

Ich bedauere, dass das Thema der Notfallsituationen politisiert worden ist, indem dem Rat die Verantwortung übertragen wurde, zu erklären, dass eine Notfallsituation vorliegt. Ich bedauere auch, dass der mögliche Anwendungsbereich direkter Beaufsichtigung durch die europäischen Aufsichtsbehörden auf Ratingagenturen beschränkt wurde. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament die Bestimmungen in diesen Bereichen in der nächsten Verhandlungsphase stärken und wieder ins Gleichgewicht bringen wird.

Was das Thema Kopenhagen angeht, und lassen Sie mich hier deutlich sein, war es sehr wichtig, dass der Europäische Rat unsere früheren Zusagen bekräftigt hat, das Emissionsreduktionsziel bis 2020 gegenüber dem Niveau von 1990 auf 30 % zu erhöhen, sofern sich andere Industriestaaten zu vergleichbaren Reduktionen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag leisten.

Wir werden die Notfallpläne anderer Länder weiterhin bewerten und diese Entscheidung zu gegebenem Zeitpunkt in Kopenhagen treffen. Auf der Tagung des Europäischen Rates erwähnte ich die Möglichkeit, eine Anpassung unseres Angebots vorzunehmen, nämlich die Möglichkeit, einige Wege für die Zeit nach 2020 zu bestimmen. In dieser Diskussion geht es nicht nur um 2020, es geht um die Zeit nach 2020. Aus diesem Grund sollten wir bei der Bestimmung unseres Vorgehens für die Zeit nach 2020 etwas flexibel sein. In eben diesem Geiste gehen wir nach Kopenhagen. Wir wollen nicht nur das ehrgeizigste Abkommen erzielen, sondern auch ein wirklich globales.

Der Präsident. – Präsident Barroso, noch einmal vielen Dank. Ich möchte Ministerpräsident Reinfeldt, Ministerin Malmström, einem früheren Mitglied des Europäischen Parlaments, und der gesamten schwedischen Regierung für ihre sehr rege Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament danken.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich möchte der schwedischen Präsidentschaft zu der konstruktiven und wirksamen Umsetzung ihrer Programmziele gratulieren. Schweden hat große Anstrengungen unternommen, um das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember dieses Jahres zu gewährleisten und die Europäische Union damit demokratischer, effizienter und transparenter zu gestalten. Ich bin überzeugt, dass mithilfe des Vertrages die Kontinuität erhöht und die Rolle der Europäischen Union auf der internationalen Bühne gestärkt wird.

Die EU-Strategie für den Ostseeraum wurde unter der schwedischen Präsidentschaft angenommen. Ich freue mich sehr, dass für die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum finanzielle Unterstützung vorgesehen ist. Als Litauerin sind mir die Herausforderungen, denen die Ostseeregion heute gegenübersteht, nur allzu gut bekannt. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, auf welche Weise das dringende und ernste Problem des Umweltschutzes der Ostsee am besten gelöst werden kann. Eine weitere Frage ist die Umwandlung des Ostseeraums in einen stärkeren Motor für Wirtschaftswachstum und Entwicklung.

Erste Antworten zu diesen Fragen können wir bereits heute in der EU-Strategie für den Ostseeraum finden, die unter der schwedischen Präsidentschaft beschlossen wurde. Es ist der erste von mehreren europäischen makroregionalen Entwicklungsplänen, mit denen wir hoffen, die Umweltsituation der Region zu verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Strategie des Stockholmer Programms ist eine der wichtigsten durch Schweden erreichten Prioritäten. Mit diesem 5-Jahres-Programm werden die Bedingungen für die weitere Entwicklung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geschaffen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die sechs Monate der schwedischen Präsidentschaft unter Ministerpräsident Reinfeldt sind geprägt von großem Erfolg und hervorragender Leistung.

Bei dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat die schwedische Präsidentschaft eine entscheidende Rolle gespielt. Damit konnte eine nahezu zehn Jahre währende Debatte und institutionelle Pattsituation beendet und die Tür zu neuen Möglichkeiten für die Europäischen Union aufgestoßen werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Punkt, der immer ganz oben auf der Tagesordnung der Präsidentschaft stand. Der EU kommt auf diesem Gebiet eine Führungsposition zu, wovon ihr ehrgeiziger Vorschlag zeugt, die Emissionen bis 2050 um 80 % und 95 % zu senken. Auch eine Einigung über die Bereitstellung von 7,2 Mrd. EUR für Entwicklungsländer für die nächsten drei Jahre konnte erzielt werden.

Die schwedische Präsidentschaft ist der Wirtschaftskrise und den Unruhen auf den Finanzmärkten mit angemessenen, realistischen Maßnahmen begegnet. Konfrontiert mit der schlimmsten Finanzkrise seit den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat die EU zügig konkrete Hilfsmaßnahmen verabschiedet. Auch wurde eine neue Finanzaufsichtsstruktur eingeführt, um künftigen Krisen „vorzubeugen“.

Die schwedische Präsidentschaft hat geholfen, einen Ausweg aus der Krise zu finden, und sie hat Europa gestärkt, sodass der Weg des Friedens, des Erfolgs und der Modernität fortgesetzt werden kann.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Es ist eine Tatsache, dass es die schwedische Präsidentschaft war, unter der wichtige institutionelle Reformen durchgeführt wurden, insbesondere das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon nach dieser ganzen Druckausübung und Erpressung des irischen Volkes, in einem zweiten Referendum für den Vertrag zu stimmen.

Dennoch ist es selbst für jemanden, der wirklich eine zunehmend neoliberale, militaristische und föderalistische Ausrichtung europäischer Integration möchte, nicht vertretbar, dass er mit keinem Wort die schreckliche soziale Situation erwähnt hat, die die Europäischen Union gegenwärtig durchlebt, und die deutlich an dem Anstieg der Arbeitslosenzahl um über fünf Millionen in nur einem Jahr zu erkennen ist. Damit sind nunmehr über 23 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Es war jedoch recht symptomatisch, dass das besondere Augenmerk zu Beginn der Aussprache der EU-Strategie für 2020 galt, und darüber die Bewertung der so genannten Strategie von Lissabon, die vor zehn Jahren verabschiedet wurde und eine Oase in der EU versprach, so ziemlich vergessen wurde. Das war zweifelsfrei so, als müsse man die Ursachen der größten wirtschaftlichen und sozialen Krise der letzten Jahrzehnte nicht erwähnen, die genährt wurde durch Liberalisierung und Flexibilisierung der Arbeit, was unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsplätze und eine erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *schriftlich*. – (PL) Herr Präsident! Die Bilanz der schwedischen Präsidentschaft fällt sehr positiv aus. Ihr größter Erfolg war natürlich, den Ratifizierungsprozess für den Vertrag von Lissabon abzuschließen. Als Mitglied des Rechtsausschusses erachte ich auch den im Rat erzielten Kompromiss zum EU-Patent und einer integrierten Patentgerichtsbarkeit als Erfolg.

Die Diskussion eines einheitlichen EU-Patents wird schon seit geraumer Zeit geführt. Es ist höchste Zeit, diesbezüglich konkrete Rechtsvorschriften zu erlassen, denn das Fehlen einheitlicher Bestimmungen stellt ein Hindernis für die Entwicklung europäischer Unternehmen dar und erschwert ihnen die Wettbewerbsfähigkeit mit zum Beispiel amerikanischen Firmen. In der Vergangenheit haben wir oft gesehen, wie schwierig es ist, in der Frage eines EU-Patents die Interessen aller Mitgliedstaaten miteinander in Einklang

zu bringen, und umso dankbarer bin ich der schwedischen Präsidentschaft für den – im Moment nur auf politischer Ebene – erzielten Kompromiss.

Der Vertrag von Lissabon bietet der Union die rechtlichen Grundlagen, um auf dem Gebiet des geistigen Eigentums ein Gesetz einzuführen und sieht vor, dass im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens geeignete Normen angenommen werden. Im Rahmen der kommenden spanischen Präsidentschaft wird es deshalb eine sehr interessante Aussprache im Parlament bezüglich des im Dezember dieses Jahres ausgearbeiteten Kompromisses geben.

Zita Gurmai (S&D), schriftlich. – Der Vertrag von Lissabon, mit dem alle notwendigen Grundlagen für institutionelle Reformen geschaffen wurden, hat grünes Licht bekommen. Die Aufgabe der schwedischen Präsidentschaft bestand darin, den Weg für die Umsetzung der im Vertrag von Lissabon verankerten Bestimmungen zu ebnen. Sie hat diese Herausforderung gemeistert. Die kommende Präsidentschaft muss nun sicherstellen, dass die neuen Strukturen wirksam funktionieren. In diesem Zusammenhang sollte jede Anstrengung unternommen werden, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Ich denke, es ist wichtig zu betonen, dass die Charta der Grundrechte mit diesem Vertrag verbindlich wird und für Menschenrechtsfragen (einschließlich der Gleichstellung von Frauen und Männern) und Antidiskriminierungsthemen nun eine bessere Chance besteht, gesetzlich verankert zu werden.

Ein weiterer Erfolg war die Ausarbeitung und Annahme des Stockholmer Programms, das sich mit Kernfragen auseinandersetzt und als ein pragmatischer Aktionsplan für ein sichereres und offenes Europa angesehen werden kann, das auf gemeinsamen Werten, Grundsätzen und Maßnahmen basiert.

Ich möchte hervorheben, dass die schwedische Präsidentschaft, obschon die Gleichstellung von Frauen und Männern keine Priorität war, auch bei der Erhöhung des Anteils weiblicher Kommissionsmitglieder und der Ernennung einer Frau zur Hohen Vertreterin eine Rolle gespielt hat.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. – (RO) Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Rolle des Parlaments im europäischen Beschlussfassungsverfahren und damit die Legitimität dieses Organs in den Augen der europäischen Bürger gestärkt. Daher beglückwünsche ich die schwedische Präsidentschaft zu dem herausragenden Engagement für das Inkrafttreten des neuen Vertrages. Ich begrüße ebenso die Entwicklungen in den Bereichen Justiz und Inneres. Das Stockholmer Programm, das in den vergangenen Monaten ausgearbeitet und am 10./11. Dezember auf dem Europäischen Rat angenommen wurde, skizziert für den Zeitraum 2010-2014 den neuen Bezugsrahmen in diesem Bereich. Ich freue mich, dass die Empfehlungen des Parlaments vom Rat berücksichtigt wurden. Ich denke dabei insbesondere an die Ausdehnung des Schengen-Raumes auf sämtliche EU-Länder, was nun infolge der von uns vorgelegten Änderungsanträge eine Priorität der Innenpolitik der Europäischen Union darstellen wird.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich möchte der schwedischen Präsidentschaft gratulieren zu sechs Monaten ehrgeiziger Arbeit unter den schwierigen Bedingungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Vorbereitungen für den Kopenhagener Gipfel und der Annahme des Vertrages von Lissabon. Dank des Vertrages von Lissabon verfügen wir nun endlich über einen klaren institutionellen Rahmen, um alle Herausforderungen der modernen Welt angehen zu können. Mit dem neuen Vertrag kann die EU eine entscheidene Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen sowie die eines globalen Akteurs – nicht nur in Bezug auf die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation, sondern auch in Bezug auf die Schwellenländer. Zudem wird das neue Amt des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und des Hohen Vertreters Kontinuität in der europäischen Außenpolitik gewährleisten, was für die Festigung der Position der EU auf internationaler Ebene einen Fortschritt darstellt. All diese institutionellen Reformen führen dazu, dass die EU effizienter wird und ein erweitertes Methodenspektrum zur Verfügung hat, um die wichtigsten Probleme der internationalen Gemeinschaft zu bewältigen, wie zum Beispiel den Kampf gegen Terrorismus, die Anpassung an den Klimawandel, die Sicherung der Energieversorgung sowie die Bekämpfung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Ich bin sicher, dass die spanische Präsidentschaft die Erwartungen erfüllen und die von der schwedischen Präsidentschaft initiierten Maßnahmen und Tätigkeiten erfolgreich fortführen wird.

Véronique Mathieu (PPE), schriftlich. – (FR) Ich möchte der schwedischen Präsidentschaft zu ihrer Arbeit gratulieren, besonders in jenen Bereichen, die in die Zuständigkeit des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres fallen. Die Herausforderungen waren groß: Der Übergang vom Vertrag von Nizza zu der im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Rechtsordnung sowie auch die Ausarbeitung des nächsten Mehrjahresprogramms, das für die kommenden fünf Jahre die Prioritäten für den Raum der Freiheit, der

Sicherheit und des Rechts bestimmt. Ich möchte dieses Stockholmer Programm loben, das die ehrgeizigen politischen Bemühungen fördern wird, diesen Raum bis 2014 zu stärken. Dennoch müssen noch beträchtliche Fortschritte erzielt werden, und dies vor allem im Asylbereich. Ich begrüße die Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, da es von wesentlicher Bedeutung ist, nicht nur die Rechtsvorschriften, sondern auch die Verfahren der Mitgliedstaaten anzugleichen. Dennoch müssen die anderen in dem Asylpaket enthaltenen Vorschläge so schnell wie möglich angenommen werden, um eine dritte Phase bei der Schaffung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu vermeiden. Mit den durch den Vertrag von Lissabon eingeführten umfassenden institutionellen Reformen können wir nun der bevorstehenden Annahme ehrgeizigerer und besserer Legislativinstrumente unter den kommenden Präsidentschaften entgegensehen.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Die schwedische Präsidentschaft hat durch drei wichtige Maßnahmen Fortschritt gekennzeichnet: die Wahl des EU-Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, die Annahme des Stockholmer Mehrjahresprogramms für den Zeitraum von 2010-2014 sowie die Vorbereitung und Koordinierung der COP-15-Verhandlungen zum Klimawandel in Kopenhagen. Ich begrüße die Entscheidung des Rates, wonach die EU und die Mitgliedstaaten von 2010-2012 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 2,4 Mrd. EUR bereitstellen werden, um die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Ich fordere die Kommission jedoch auf, einen geeigneten Mechanismus zu entwickeln, wonach die finanzielle Belastung zwischen den Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft aufgeteilt wird.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Die Strategie 2010 bestimmt die Richtung der Tätigkeiten der Union und ihre obersten Prioritäten für die kommenden zehn Jahre. Da wir uns dem Ende der Strategie von Lissabon nähern, ist es wichtig, neben der weiteren Verfolgung der derzeitigen sozioökonomischen Prioritäten wirksame Mittel zu finden, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auszugleichen.

Im Zusammenhang mit den gegenwärtig stattfindenden Konsultationen zur der künftigen Strategie möchte ich auf zwei Aspekte aufmerksam machen: die Verbesserung des Bildungssystems in Europa sowie die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Das Bildungssystem in Europa muss verändert werden. Der Aufbau einer modernen, wissensbasierten Wirtschaft ist ohne junge, gut ausgebildete Arbeitnehmer nicht möglich. Wir sollten für gegenwärtige EU-Programme (Erasmus, Erasmus Mundus, Leonardo da Vinci) eine stärkere finanzielle Unterstützung gewährleisten und neue Initiativen schaffen, die es jungen Menschen ermöglichen, im Ausland zu lernen und Erfahrungen zu sammeln und die zudem die finanziellen und administrativen Möglichkeiten bieten, diese Erfahrungen bei der Arbeit im eigenen Land zu nutzen.

Die Union, deren Priorität die Bedürfnisse des Bürgers sind, sollte ein Programm annehmen, das in allen Bereichen ihrer Tätigkeit die Gleichstellung der Geschlechter und insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fördert. Bei der Erarbeitung einer neuen Strategie sollten wir besonderes Gewicht auf die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Frauen legen, denn aus einer von Eurostat durchgeführten Analyse geht hervor, dass Frauen von der Wirtschaftskrise stärker betroffen sind als Männer, unter anderem, weil sie in Berufen tätig sind, die weitaus unsicherer sind. Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt bleibt ein ernstes Problem, und die neue Strategie muss sich dem stellen.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Trotz der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem verzögerten Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat die schwedische Präsidentschaft einige bemerkenswerte Erfolge erzielt. Dazu gehören das Energieeffizienzpaket und das Telekom-Paket, die Schaffung einer Finanzaufsichtsbehörde, die Einigung über den Haushaltsplan 2010, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung des Europäischen Konjunkturprogramms, die Ostseestrategie und die Vorbereitungen der Klimakonferenz, die diese Woche in Kopenhagen stattfindet. Die 2010 beginnende spanische Präsidentschaft wird den Übergang von Nizza zu Lissabon leiten und die Strategie der Beschäftigungsförderung durch Ankurbelung und Unterstützung der europäischen Wirtschaft weiterführen sowie darüber hinaus andere wichtige Herausforderungen wie die Finanzregelung und den Klimawandel angehen. Durch die geographische und historische Nähe müssen Portugal und insbesondere die Regionen in äußerster Randlage wie zum Beispiel Madeira, die der Arbeit der spanischen Präsidentschaft gespannt entgegensehen, versuchen, die sich ihnen gewiss bietenden Chancen auszuschöpfen. Der wegweisende EU-Marokko-Gipfel beispielsweise ist ein ideales Forum für die Förderung des euro-afrikanisch-atlantischen Raumes der Zusammenarbeit, der auch Madeira, die Azoren, die Kanarischen Inseln und Nachbarländer, insbesondere Marokko, einschließen wird. Ich werde all meine Anstrengungen darauf richten und die Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Herr Präsident! Die auf dem Gipfel getroffenen Entscheidungen signalisieren eine Eskalation der volksfernen Politik der Europäischen Union sowie der

bourgeoisen Regierungen und der harten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und das Volk, um die Rentabilität und Stellung europäischer Monopole sowohl auf dem Binnenmarkt als auch im Rahmen eines internationalen imperialistischen Wettstreits zu erhöhen und zu stärken. Die EU-Strategie für 2020, eine erweiterte Version der Strategie von Lissabon, setzt den Schwerpunkt auf schnellere kapitalistische Umstrukturierungen, Lohnabbau und den Abbau der Arbeits- und Sozialrechte der Arbeitnehmer. Die Eckpfeiler der EU-Ausstiegsstrategie aus der kapitalistischen Krise sind radikale Veränderungen in den Sozialversicherungssystemen, die Anhebung des Rentenalters und die drastische Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen. Defizite und öffentliche Verschuldung sowie Verfahren zur Überwachung der Volkswirtschaften verschiedener Mitgliedstaaten werden eingesetzt, um die Arbeitnehmer ideologisch zu terrorisieren. Diese volksfeindliche EU-Politik trägt auch die Handschrift der Parteien PASOK und Nea Dimokratia, die weiterhin die Entscheidungen des Kapitals unterstützen und die Folgen der Krise auf den Schultern der Arbeitnehmer abladen. Die Kommunistische Partei Griechenlands ruft die Arbeiterklasse auf, sich zur Wehr zu setzen, die Parteien der europäischen Einbahnstraße anzuklagen und am 17. Dezember *en masse* an der von den Klassenkräften der Gewerkschaft PAME (Militante Front aller Arbeiter) organisierten Kundgebung gegen Arbeitslosigkeit teilzunehmen.

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

4. Abstimmungsstunde

Der Präsident. - Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Sitzungsprotokolle)

4.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: SE/Volvo - AT/Steiermark - NL/Heijmans (A7-0079/2009, Reimer Böge) (Abstimmung)

- Nach der Abstimmung über Änderungsantrag 2:

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Als wir über Änderungsantrag 8 abgestimmt haben, lief auf dem kleinen Bildschirm – bei uns jedenfalls – und auf dem linken Bildschirm immer noch 7d. Ich möchte nur, dass Sie sicherstellen, dass die Abstimmungen auch richtig verzeichnet werden.

4.2. Berichtigungshaushaltsplan 10/2009 (A7-0081/2009, Jutta Haug) (Abstimmung)

4.3. Prüfung der Mandate (A7-0073/2009, Klaus-Heiner Lehne) (Abstimmung)

4.4. Aussichten für die Doha-Entwicklungsagenda im Anschluss an die Siebte WTO-Ministerkonferenz (Abstimmung)

- zu Änderungsantrag 2:

Harlem Désir (S&D). – (FR) Herr Präsident! Ich möchte nur sagen, dass es in dem Änderungsantrag von unserem Kollegen, Herrn Papastamkos - wenn ich ihn richtig verstehe - darum geht, an die von allen WTO-Mitgliedern in Hong Kong gemachte Zusage zu erinnern, Exportbeihilfen abzuschaffen. Deswegen befürwortet die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament diesen Änderungsantrag entgegen einem Fehler in unseren Stimmzetteln ausdrücklich.

4.5. Restriktive Maßnahmen nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: die Rechte des Einzelnen (Abstimmung)

5. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht: Reimer Böge (A7-0079/2009)

Jan Březina (PPE). – (CS) Ich habe gegen den Böge-Bericht über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gestimmt, weil er insbesondere im Fall des österreichischen Antrags mit einer höchst unsystematischen Herangehensweise verbunden ist, die in der beispiellosen Höhe der Hilfe pro Person deutlich wird. Wenn es individuelle und zeitlich begrenzte Unterstützung für Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit aufgrund der Globalisierung betroffen sind, geben muss, so muss sich diese Unterstützung auf die wirklichen, individuellen Bedürfnisse und den tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenhang beziehen. Dies geschieht jedoch nicht und ganz im Gegenteil war das Verfahren zur Festlegung dieser Unterstützung planlos und willkürlich. Meiner Meinung nach ist es deswegen notwendig, klare Kriterien zu schaffen. Eine solche Verwendung der Mittel ist keine Lösung des Problems, sondern eine Verschwendung von Steuergeldern.

- Entschließungsanträge: Perspektiven für die Doha-Entwicklungsagenda nach der 7. WTO-Ministerkonferenz (RC-B7-0188/2009)

Syed Kamall (ECR). – Herr Präsident! Meiner Meinung nach besteht der Grund, warum viele von uns am Wirtschaftsverkehr interessiert sind, in der Vorstellung, wie wir jenen in den ärmsten Ländern helfen, die Armut zu überwinden. Wir wissen, dass eine der besten Möglichkeiten, ihnen bei der Überwindung der Armut zu helfen, darin besteht, Unternehmer in ärmeren Ländern zu unterstützen. Unternehmer in vielen ärmeren Ländern verlangen nach Hilfe und offenen Märkten, und es ist wichtig, dass wir sie unterstützen.

Wir müssen aber auch innerhalb unserer Grenzen prüfen, welche Schranken wir für die Erleichterung des Handels mit ärmeren Ländern errichten. In vielen Fällen empfinden ärmere Länder die Regelung des Wirtschaftsverkehrs als zu ihrem Nachteil verzerrt, und sie betrachten Dinge wie die gemeinsame Agrarpolitik, Baumwollsubventionen, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Standards sowie die Tarife für hochwertige Importe in die EU. Es ist wichtig, dass wir zeigen, dass das System des Wirtschaftsverkehrs wirklich offen ist und dass wir den ärmsten Ländern so gut es geht helfen, Armut zu beseitigen.

Nirj Deva (ECR). – Herr Präsident! Wenn wir die Armut in der Welt lindern wollen, müssen wir den globalen Wirtschaftsverkehr steigern. Wenn wir wegen der aktuellen weltweiten Finanzkrise den Weg des Protektionismus verfolgen, werden wir es nur verzögern, Millionen Menschen aus der Armut zu befreien und Millionen Menschen werden sterben. Wenn wir diese Herausforderung jetzt nicht angehen und die Zeit nach dieser Krise antizipieren, werden wir ein Erbe von so schrecklichem Ausmaß hinterlassen, das für eine Milliarde Menschen unerträglich sein wird.

Wir haben eine Lebensmittelkrise, den Klimawandel, die Erderwärmung, Fluten, Erdbeben und Katastrophen aller Art, die unsere Hilfe erfordern und nur mit einer Steigerung des weltweiten Wirtschaftsverkehrs können wir Aufschwung für alle schaffen. Ich bin sehr dankbar, dass mir der neue designierte Handelskommissar zuhört.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident! Bezüglich der Entschließung der Welthandelsorganisation bin ich im Unterschied zu meinem Vorredner der Überzeugung, dass nicht internationaler Handel sondern Subsistenzwirtschaft dafür sorgen wird, dass weniger als eine Milliarde Menschen unter Mangelernährung leiden oder daran sterben. Sie wird lange vor dem internationalen Handel dafür sorgen.

Ich hatte bereits die Gelegenheit, im Rahmen dieser Debatte zu diesem Thema zu sprechen. Ich habe deswegen gegen diese Entschließung gestimmt, weil der Änderungsantrag bezüglich öffentlicher Dienste und der Notwendigkeit, dass Regierungen öffentliche Dienste für entscheidende Probleme wie Wasser und Energie kontrollieren, abgelehnt wurde.

Schriftliche Erklärung zur Abstimmung

- Bericht: Reimer Böge (A7-0079/2009)

Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich. – Wir sind keine Laissez-faire-Kapitalisten und wir sind von staatlichen Hilfen für Arbeitnehmer überzeugt, die ihre Arbeitsplätze unverschuldet verloren haben. Wir möchten, dass souveräne Staaten ihren eigenen Arbeitnehmern diese Hilfe bieten. Natürlich befürworten wir eine EU-Mitgliedschaft noch nicht einmal. Trotzdem gibt es den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und ihm sind Gelder zur Verfügung gestellt worden.

Dieser Fonds ist ein unerwünschter Ersatz für die Hilfe durch Mitgliedstaaten. Wenn vorgeschlagen würde, dass britische Arbeitnehmer von diesem Fonds Hilfe erhalten sollten, würde ich dies natürlich unterstützen.

Aus diesem Grund muss ich widerstrebend unterstützen, dass schwedischen, niederländischen und österreichischen Arbeitnehmern damit geholfen wird. Wenn die Abstimmung ein „Nein“ ergeben sollte, würde der Steuerzahler das Geld nicht zurückerhalten. Es würde von der EU einbehalten und dann vielleicht für eine Sache ausgegeben werden, die es viel weniger verdient.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde als zusätzliche Unterstützung für Arbeitnehmer geschaffen, die unter den Folgen von wesentlichen strukturellen Veränderungen im internationalen Handel leiden. Portugal, Deutschland, Spanien, die Niederlande, Schweden, Irland und Österreich haben sich bereits an ihn gewandt. Das zeigt, dass dieses Problem Mitgliedstaaten in unterschiedlichen geografischen Regionen und mit unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen und -kurven betrifft.

Solche Situationen, die alarmierend häufig auftreten, verlangen von Entscheidungsträgern, sorgfältig über das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell sowie dessen Nachhaltigkeit und Zukunft nachzudenken. Sie zeigen auch, dass es absolut entscheidend ist, Wege für die Schaffung von guten neuen Arbeitsplätzen zu fördern. Damit dies gelingt, müssen wir Hilfe leisten und Belastungen sowie ungerechtfertigte Bürokratie für all diejenigen entfernen, die es trotz der Schwierigkeiten riskieren möchten, neue Unternehmen zu gründen und sich innovativen Projekten anzuschließen.

Egal, wie sehr Arbeitnehmern geholfen wird - es wird wertlos sein, wenn weiterhin ein Unternehmen nach dem anderen geschlossen wird und wenn wir Verlagerung von Investitionen in Europa nicht umkehren können.

Die fragliche Fälle, welche ich unterstütze, betreffen Schweden, Österreich und die Niederlande. Sie haben auch in den betroffenen parlamentarischen Ausschüssen eine breite Unterstützung gefunden - sowohl für die Stellung eines Entschließungsantrags, als auch für die Abgabe einer Stellungnahme.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Obwohl wir unsere kritische Einstellung bezüglich des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung beibehalten, weil wir davon überzeugt sind, dass es wichtiger gewesen wäre, Maßnahmen zu ergreifen, um Arbeitslosigkeit von vornherein zu verhindern, haben wir für die Inanspruchnahme dieses Fonds gestimmt, um Arbeitnehmern, die von den Folgen der Unternehmensumstrukturierung oder der Liberalisierung des internationalen Handels betroffen sind, weitere Unterstützung zu geben.

Dieser Fall betrifft die Inanspruchnahme von etwa 16 Millionen EUR durch Schweden, Österreich und die Niederlande, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die in der Automobil- und Bauindustrie entlassen worden sind.

Dies ist das fünfte Mal im Jahr 2009, dass der Fonds in Anspruch genommen wurde. Damit wurden insgesamt 53 Millionen EUR der geplanten 500 Millionen EUR verwendet. Es ist recht symptomatisch, dass während einer schweren sozialen Krise wenig mehr als 10% des geplanten Betrages verwendet wurden. Allein das zeigt das Bedürfnis nach einer Überprüfung der Regelungen, denen dieser Fonds unterliegt.

Françoise Grossetête (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für den Böge-Bericht über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gestimmt. Sein Ziel besteht darin, Arbeitsplätze zu schützen und es Arbeitnehmern, die im Zuge von strukturellen Veränderungen im internationalen Handel und aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden, leichter zu machen, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Drei Jahre nach seiner Schaffung im Jahr 2006 und im aktuellen Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise war es entscheidend, die Bedingungen für die Verwendung dieses europäischen Fonds zu vereinfachen. Schweden, Österreich und die Niederlande sind heute das Ziel dieser effektiveren und schnelleren Maßnahmen, und ich freue mich auf einen besseren Zugang zu dieser Finanzierung für alle EU-Mitgliedstaaten. Da er mit dem Finanzrahmen 2007-2013 verbunden ist, darf der jährliche Betrag des Fonds 500 Millionen EUR zwar nicht übersteigen, aber es ist entscheidend, dass diese Mittel gänzlich umgesetzt werden, was derzeit nicht der Fall ist.

Die Europäische Union muss alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel verwenden, um sich mit den Folgen der Wirtschaftskrise auseinanderzusetzen.

Jörg Leichtfried (S&D), *schriftlich*. – Ich stimme für den Bericht über die Bereitstellung von 15,9 Millionen Euro an Hilfe für Österreich, Schweden und die Niederlande. Insgesamt mussten in Folge der Weltwirtschaftskrise allein in der Steiermark insgesamt 744 Beschäftigte aus dem Bereich der

Automobilzulieferindustrie entlassen werden. Dem zu Recht von Österreich gestellten Antrag auf Hilfen aus dem EU-Globalisierungsfond wurde nun von der EU in Höhe von 5 705 365 Euro stattgegeben.

Dies ist durchaus gerechtfertigt, da Österreich vom Exportrückgang besonders betroffen ist. So haben zum Beispiel die Ausfuhren von Straßenfahrzeugen und PKW um 51,3 % bzw. 59,4 % abgenommen. Durch die enge Verflechtung zwischen den Unternehmen der Kfz-Branche und der geringen Diversifizierung vieler Zulieferer ist die Krise in der gesamten Automobilbranche spürbar.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Schwedische, österreichische und niederländische Arbeitnehmer werden der Globalisierung geopfert. Wir wiederholen unsere scharfe Ablehnung der Philosophie, die diesen Fonds untermauert. Europäische Arbeitnehmer werden damit einfach zu „veränderbaren Parametern“ gemacht, die den reibungslosen Ablauf einer nie in Frage gestellten Form der neoliberalen Globalisierung ermöglichen. Die Interessen von Giganten wie dem US-Unternehmen Ford, dem aktuellen Eigner von Volvo Cars, der im dritten Quartal 2009 einen Gewinn von fast einer Milliarde USD erwirtschaftet hat, oder von Aviva, Axa und BlackRock, den Hauptaktionären von Heijmans NV, verdrängen heute das Allgemeinwohl europäischer Bürger. Der Fonds trägt zu dieser Plünderung bei.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Europäische Union ist ein Raum der Solidarität. Das ist der Sinnzusammenhang des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Dieser Fonds bietet wesentliche Unterstützung, um Arbeitslosen und Opfern von in einem globalisierten Zusammenhang stattfindenden Standortwechseln zu helfen. Dies gilt umso mehr, wenn wir daran denken, dass immer mehr Unternehmen ihre Produktion verlagern und von den geringen Lohnkosten in zahlreichen Ländern, insbesondere in China und Indien, profitieren und gleichzeitig oft Dumping auf den Gebieten Soziales, Arbeit und Umwelt in Kauf nehmen.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Wieder einmal müssen die Folgen der durch die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) abgedeckt werden. Dieses Mal ist leider auch die Steiermark schwer betroffen. Insgesamt 744 Personen wurden in den vergangenen Monaten in neun verschiedenen Unternehmen entlassen, weshalb das Land Steiermark die EU um Unterstützung gebeten hat. Wie schon bei den vorangegangenen Anträgen wurde alles sehr genau geprüft und es freut mich, dass die Steirer alle Auflagen erfüllen. Gerade in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise werden uns die negativen Auswirkungen der Globalisierung wieder einmal mehr als deutlich vor Augen geführt.

Umso unverständlicher ist es in diesem Zusammenhang, dass das Parlament heute eine Entschließung für mehr Liberalisierung und den Abbau von Handelshemmnissen und damit aber auch für mehr Globalisierung angenommen hat. Bis es zu einem Umdenken in der EU kommt, können wir daher nur den durch die Globalisierung entstandenen Schaden in den betreffenden Ländern mindern. Ich habe daher ohne Vorbehalte für die Freigabe der Hilfsmittel aus dem Fonds gestimmt.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), *schriftlich*. – (PL) Ich habe die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung befürwortet, weil die aktuelle Lage auf den Arbeitsmärkten von uns verlangt, zugunsten der Arbeitnehmer zu handeln. Frühere Krisen waren durch die Tatsache gekennzeichnet, dass sie bestimmte Regionen betrafen und sich an einem Ort konzentrierten. Zu diesen Zeiten konnten all jene, die ihren Arbeitsplatz verloren oder finanzielle Probleme hatten, ins Ausland gehen, um Arbeit zu finden, oder sie konnten mehrere Arbeitsplätze haben. Heute sind solche Optionen in Anbetracht des globalen Charakters der Finanzkrise nicht verfügbar.

Die aktuelle Lage auf den Finanzmärkten verlangt, dass wir viele Millionen Menschen unterstützen, die ihre Arbeitsplätze im vergangenen Jahr verloren haben. Ich spreche dabei natürlich nicht nur davon, ihnen bei der Arbeitsplatzsuche zu helfen, sondern auch von der Verwendung der Elastizität des Arbeitsmarktes, indem wir Arbeitnehmern helfen, sich neu zu qualifizieren und beispielsweise angemessene Weiterbildung für die Nutzung von Computern oder für Berufsberatung organisieren. Das meiste Geld des EGF sollte der Förderung von Unternehmertum und der Unterstützung von Selbstständigkeit zugewiesen werden, da nach dem Verlust von Arbeitsplätzen die Schaffung eines Unternehmens und eines eigenen Einkommens eine Möglichkeit ist, finanzielle Stabilität aufrechtzuerhalten und sich weiter zu entwickeln.

Ich denke, dass Programme wie der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung dringend benötigt werden, weil sie eine Antwort auf eine besondere Situation sind und direkt jenen helfen, die am meisten unter den Folgen der Krise gelitten haben.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuallererst möchte ich dem Berichterstatter zu dieser hervorragenden Arbeit gratulieren. Der Europäische Fonds für die Anpassung

an die Globalisierung ist ein Werkzeug, das aufgrund der schwierigen Phase wirtschaftlicher Konvergenz, die unser Kontinent gerade erlebt, zunehmend vom Europäischen Parlament genutzt wird.

Dies zeigt, dass das Europäische Parlament in Anbetracht der Krise fähig war, durch eine Synergie weitreichender politischer Ziele politische Maßnahmen zum Wohl der von uns vertretenen Bürger zu ergreifen. Aus diesem Grund habe ich für diesen Fonds gestimmt. Ich bin mir sicher, dass er ein grundlegendes Werkzeug beruflicher und damit sozialer Integration für Arbeitnehmer sein wird, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Marit Paulsen, Olle Schmidt und Cecilia Wikström (ALDE), *schriftlich*. – (SV) Schweden hat vom Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung im Zusammenhang mit Entlassungen im Automobilsektor in Schweden Hilfe beantragt.

Wir sind davon überzeugt, dass Freihandel und Marktwirtschaft der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen und aus diesem Grund prinzipiell gegen eine finanzielle Hilfe für Länder oder Regionen. Dennoch war diese Wirtschaftskrise schwerer als irgendeine andere Krise, die Europa seit den 1930er Jahren erlebt hat, und sie hat Automobilhersteller in Schweden und insbesondere Volvo Cars hart getroffen.

Die Entlassungen von Volvo Cars haben laut der Kommission „erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die lokale und regionale Wirtschaft“ in Westschweden. Volvo Cars ist in Westschweden ein wichtiger Arbeitgeber. Wenn das Europäische Parlament nicht handelt, werden Arbeitnehmer bei Volvo Cars und seinen Lieferanten stark darunter leiden. Das Risiko sozialer Marginalisierung und dauerhafter Ausgrenzung ist sehr groß, und das können wir als Liberale nicht akzeptieren. Wir fühlen mit denjenigen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und befürworten sehr, dass Weiterbildung für sie verfügbar gemacht wird.

Schweden ist für die EU ein Nettozahler, und es ist deswegen wichtig, dass Arbeitnehmer von Unternehmen in Schweden auch von der EU Unterstützung erhalten, wenn sie von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Ich enthalte mich einer Stimmabgabe über die weitere Inanspruchnahme des Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.

Die Abstimmung betrifft unter anderem zwei Zahlungen von insgesamt nahezu 24 Millionen EUR an die Automobilindustrie in Schweden und Österreich. Ein weiterer Antrag betrifft eine Baufirma in den Niederlanden.

Die Automobilindustrie ist der hauptsächliche Leistungsempfänger dieses Fonds, obwohl sie ständig Werke schließt, die Produktion verlagert, einen wesentlichen Anteil der Belegschaft entlässt und Subunternehmer in eine gefährliche Lage bringt. Zusätzlich hat sie von den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Sanierungsplan andere Arten von Finanzhilfe sowie andere Formen der Unterstützung speziell im Zusammenhang mit Strategien im Kampf gegen den Klimawandel erhalten.

Diese Mittel sollen für die Fortbildung von Menschen verwendet werden, die entlassen worden sind, was eine notwendige Maßnahme ist, wenn sie einen neuen Arbeitsplatz finden sollen. Sie werden nicht als Gegenleistung für eine Verpflichtung der europäischen Automobilindustrie, keine weiteren Arbeitnehmer zu entlassen, vergeben.

Es steht außer Frage, dass ich eine solche Politik unterstütze, da sie nämlich Standortwechsel billigt.

- Bericht: Jutta Haug (A7-0081/2009)

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Dieser Berichtigungshaushaltsplan spiegelt deutlich die Widersprüche in den Haushaltsplänen der Europäischen Union wider. Einerseits sind seine Gesamtwerte im Vergleich zu den Bedürfnissen der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsionspolitiken niedrig. Andererseits wurden die Mittel nicht ausgegeben, weil es den Ländern, die dieses Geld am dringendsten benötigen, schwer fiel, die erforderliche Kofinanzierung in ihren Haushaltsplänen vorzusehen.

Und dennoch lehnten sie die Vorschläge ab, die wir zur Reduzierung der Kofinanzierungsanforderungen insbesondere zu Krisenzeiten unterbreitet haben. Solche Widersprüche und Irrationalitäten in der Gemeinschaftspolitik fördern nur die reichsten und am weitesten entwickelten Länder und verschlimmern schließlich soziale Ungleichheiten und regionale Disparitäten. Deswegen haben wir dagegen gestimmt.

Der Bericht selbst rechtfertigt unsere Position, wenn er betont, dass „es unterschiedliche Gründe für die offensichtliche Verlangsamung in Zahlungen im Vergleich zum erwarteten Rhythmus gibt, die von den betroffenen Mitgliedstaaten abhängen. Zunächst hat die aktuelle Wirtschaftslage in manchen Fällen zu

Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von nationaler Kofinanzierung geführt. Zweitens erklärt sich die Tatsache, dass die Umsetzung ländlicher Entwicklung 2009 ein weniger dynamisches Profil als im relevanten Jahr des vorangegangenen Programmplanungszeitraums zeigt, mit der späten Genehmigung bestimmter Programme, sowie im Fall von Rumänien und Bulgarien mit dem Mangel ausreichender Vorerfahrung in der Umsetzung der Programme für ländliche Entwicklung.“

Entschließungsanträge: Perspektiven für die Doha-Entwicklungsagenda nach der 7. WTO-Ministerkonferenz (RC-B7-0188/2009)

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Ich habe gegen den Antrag gestimmt, weil er insgesamt die Liberalisierung der Märkte und ein Handelssystem fördert, das ausschließlich für arme und Entwicklungsländer nachteilig ist und keine wirkliche Sorge für die umweltrelevanten Bedürfnisse dieses Planeten zeigt. Ich bin der Meinung, dass die Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs und ihre katastrophalen Ergebnisse, die zur aktuellen Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Nahrungsmittelkrise, sowie zum Verlust von Arbeitsplätzen, zu Armut und zur Deindustrialisierung beigetragen haben, abgelehnt werden sollten. Ich habe den Antrag auch abgelehnt, weil er nicht die umfassende Achtung der Rechte von Regierungen gewährleistet, ihre Fähigkeit zu schützen, grundlegende Dienste insbesondere im Bereich öffentlicher Güter und Dienstleistungen, wie Gesundheit, Bildung, Kultur, Kommunikation, Transport, Wasser und Energie zu steuern und zur Verfügung zu stellen.

Leider wurden Änderungsanträge von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke abgelehnt. Wir werden für eine echte Reform des internationalen Handelssystems in Richtung der Einführung von Regeln für einen fairen Handel kämpfen, die internationalen Regeln auf dem Gebiet sozialer Gerechtigkeit, Lebensmittelsouveränität und -sicherheit, nachhaltiger Landwirtschaft, durchführbarem Wachstum und kultureller Vielfalt entsprechen.

Anne Delvaux (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe gegen den gemeinsamen Entschließungsantrag über die Perspektiven der Doha-Entwicklungsagenda nach der 7. WTO-Ministerkonferenz gestimmt. Aus einer allgemeinen Perspektive heraus habe ich dies getan, weil es ihm deutlich an Voraussicht hinsichtlich der Förderung von Entwicklung und Respekt für Entwicklungsländer mangelt. Ganz speziell tat ich dies aber, weil dies nicht um jeden Preis getan werden kann, auch wenn er für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde grundlegend ist. Internationaler Handel muss Europas langjährige Tradition der Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern berücksichtigen. Darüber hinaus unterstütze ich beim Thema Landwirtschaft und Liberalisierung von Dienstleistungen die von diesem Änderungsantrag empfohlene Herangehensweise nicht. Dies gilt umso mehr, da nicht alle Änderungsanträge, die für die Ausgewogenheit des Textes entwickelt wurden, angenommen worden sind. Beispielsweise kommt es für mich nicht in Frage, der Intensivierung von Verhandlungen im Dienstleistungssektor (zum Erreichen einer umfassenderen Liberalisierung) zuzustimmen.

Schließlich bedauere ich, dass die Entschließung die Stärkung von bilateralen Freihandelsabkommen befürwortet hat. Diese Art von Abkommen ist für Entwicklungsländer oft viel ungünstiger. Da sie der EU allein gegenüber treten müssen, haben sie eine viel schwächere Verhandlungsposition und tendieren dazu, in die Ecke getrieben zu werden.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Meiner Meinung nach ist die Doha-Runde für den internationalen Handel von wesentlicher Bedeutung und kann stark dazu beitragen, die Armut in Entwicklungsländern zu reduzieren und die Gewinne durch die Globalisierung gerechter aufzuteilen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Doha-Entwicklungsagenda diese Auswirkung berücksichtigt und einen wirklichen Beitrag zum Erreichen der Millenniumsziele leistet.

Für WTO-Mitglieder ist es entscheidend, weiterhin die Verabschiedung von protektionistischen Maßnahmen, die eine extrem schwere Auswirkung auf die Weltwirtschaft haben könnten, zu vermeiden. Ich bin davon überzeugt, dass die Nicht-Verabschiedung von protektionistischen Maßnahmen zu einer besseren, wenn auch langsamen Erholung von der Wirtschaftskrise, die wir gerade erleben, geführt hat.

Aus diesem Grund ist es für WTO-Mitglieder entscheidend, Protektionismus in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen in zukünftigen Abkommen zu bekämpfen.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Ich bin dafür, dass die Europäische Union in den aktuellen WTO-Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielt, damit die Doha-Runde unter Berücksichtigung der neuen globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheit und Nahrungsmittelsouveränität abgeschlossen wird. Ich hoffe, dass das Ergebnis zu neuen Marktchancen und zu einer Stärkung der Regeln

über multilateralen Handel führen wird, damit der Handel in den Dienst nachhaltiger Entwicklung gestellt wird. Die WTO könnte die Globalisierung besser steuern. Ich erkenne jedoch an, dass die in der WTO verabschiedeten Regeln und Verpflichtungen im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise ihre Mitglieder größtenteils davon abgehalten haben, sich restriktiven Handelsmaßnahmen zuzuwenden, und zur Verabschiedung von Maßnahmen für den Wirtschaftsaufschwung geführt haben.

WTO-Mitglieder müssen der aktiven Bekämpfung von Protektionismus verpflichtet bleiben. Ich hoffe, dass mehr Zusammenarbeit zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen und Institutionen wie der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erreicht wird. Deshalb habe ich dafür gestimmt.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Diese Entschließung betont die neoliberalen Positionen des Parlamentes zur Doha-Runde, die 2001 begann, wenn auch mit gelegentlichem Verweis auf soziale Themen und die Millenniums-Entwicklungsziele.

Ihr hauptsächlichster Vorstoß besteht jedoch in der Betonung der totalen Liberalisierung der Weltmärkte. Sie weigert sich, zu akzeptieren, dass es Zeit ist, Prioritäten im internationalen Handel zu ändern und den Freihandel aufgrund seines negativen Beitrags zur Finanz-, Wirtschafts-, Lebensmittel- und Sozialkrise, welche die Menschen derzeit mit wachsender Arbeitslosigkeit und Armut erleben, abzulehnen. Freihandel dient nur den Interessen der reichsten Länder und den großen Wirtschafts- und Finanzkreisen.

Mit der Ablehnung unserer Änderungsvorschläge haben sie eine Trendwende in den Verhandlungen abgelehnt. Das hätte den Schwerpunkt auf Entwicklung und sozialen Fortschritt, die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Rechten und den Kampf gegen Hunger und Armut gelegt. Es ist bedauernd, dass sie die Abschaffung von Steuerparadiesen, die Förderung von Lebensmittelsouveränität und -sicherheit, die Unterstützung von öffentlichen Diensten hoher Qualität und die Achtung der Rechte von Regierungen, ihre wirtschaftlichen und öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere auf den Gebieten Gesundheit, Bildung, Wasser, Kultur, Kommunikation und Energie zu bewahren, nicht für eine oberste Priorität halten.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Nein, globaler Freihandel ist keine Lösung für die aktuelle Krise. Im Gegenteil - er ist eine der Hauptursachen. Die Verhandlungen der Doha-Runde stockten von Anfang an und standen ein Jahr lang aufgrund eines fundamentalen Problems still: Das System hat nämlich seine für alle erträglichen Grenzen erreicht, egal ob Industrieland, Schwellenland oder Entwicklungsland, was der internationale Jargon für jene Länder ist, die verarmt und gezwungen sind, sich in einen hart umkämpften globalen Markt, der sie verschlingt, zu integrieren. In Europa leben wir gemäß dem Paradox, das von Pseudo-Eliten aufrechterhalten wird, die uns regieren und wollen, dass wir alle gleichzeitig reich und arm sind: arm, weil wir unterbezahlt sein müssen, um im Handelskrieg gegen Niedriglohnländer zu konkurrieren und reich, damit wir die billigen und oft minderwertigen Importe konsumieren, die unsere Märkte überfluten.

Vor einigen Jahrzehnten hat sich ein französischer Wirtschaftsnobelpreisträger die offensichtliche Lösung ausgedacht: Freihandel ist nur zwischen Ländern oder Gebilden möglich und wünschenswert, die auf derselben Entwicklungsstufe stehen. So ist er für alle beteiligten Partner gewinnbringend. Für alle anderen muss der Handel reguliert werden, ob die Propheten des Ultraliberalismus das mögen oder nicht.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich hoffe, dass die Doha-Entwicklungsrunde zur Schaffung von fairen und gerechten Handelsbeziehungen führen wird. Deswegen habe ich die Änderungsanträge meiner Fraktion befürwortet. Sie sind darauf ausgerichtet, diese Entschließung zu verbessern, um die Anforderungen bezüglich Entwicklung zu stärken; um zu fordern, dass öffentliche Dienste in den Verhandlungen über Dienstleistungen nicht in Frage gestellt werden; um zu fordern, dass im Zusammenhang mit Industriezöllen die Notwendigkeit anerkannt wird, das Niveau jedes Entwicklungslandes zu berücksichtigen und diese Sektoren nicht plötzlich für den Wettbewerb zu öffnen; und schließlich, dass die besondere und differenzierte Behandlung von bestimmten Produktionstypen im Agrarsektor erhalten bleibt.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die verschiedenen Ungleichgewichte im internationalen Handelssystem helfen auf unfaire Art und Weise dabei, die Asymmetrien zwischen den Kontinenten hervorzuheben. In dieser Hinsicht ist alles, was dazu beiträgt, die aktuellen Ungleichgewichte zu korrigieren, von Vorteil für alle und trägt sicherlich zur Schaffung eines multilateralen Systems bei, das auf faireren und gerechteren Regeln basiert. Das wird uns ein faires Handelssystem im Dienste aller schenken. Das ist der Sinn des Doha-Entwicklungsprogramms.

Willy Meyer (GUE/NGL), *schriftlich*. – (ES) Nach 30 Jahren des Fundamentalismus für freien Markt steht die Weltwirtschaft der schlimmsten Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren gegenüber. Die neoliberale Agenda der Welthandelsorganisation (WTO), die mit Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen verbunden ist, hat der Mehrheit der Weltbevölkerung, sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern zusätzliche Armut gebracht. Meine Fraktion hat Handelsliberalisierung und ihre verheerenden Auswirkungen immer abgelehnt. Diese tragen nun zur aktuellen Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Nahrungsmittelkrise bei.

Aus diesen Gründen habe ich gegen die Entschließung des Parlaments über die WTO-Ministerkonferenz gestimmt, und meine Fraktion hat vorgeschlagen, dass ein neues Mandat für WTO-Verhandlungen gefordert werden sollte. Ein solches Mandat muss an die aktuelle Lage in der Welt angepasst sein. Es muss anstreben, eine wirkliche Reform des internationalen Handelssystems zu erreichen und für die Verabschiedung von Regeln für einen fairen Handel zu sorgen, die internationale Abkommen und nationale Regeln in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Umwelt, Lebensmittelsouveränität und nachhaltige Landwirtschaft achten.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Der gemeinsame Entschließungsantrag der Konservativen und Liberalen zur Doha-Entwicklungsagenda und zur WTO schreibt die weltweite Liberalisierung in allen Wirtschaftsbereichen fort. Zweifellos gibt es durch den Abbau der Handelsschranken und die Zunahme des Handels in einigen Bereichen mehr Wohlstand und Prosperität. Dabei hat es sich aber gezeigt, dass der Freihandel insbesondere zwischen ähnlich entwickelten Ländern Sinn hat.

Sind die Handelspartner von ihrer Entwicklung her zu unterschiedlich, hat dies in vielen Fällen für beide Teile negative Auswirkungen. Die vollständige Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer für Exporte aus Industriestaaten hatte mitunter die Zerstörung der örtlichen Wirtschaftsstruktur, die weitere Verarmung der Bevölkerung und in der Folge einen stärkeren Migrationsdruck auf die westlichen Staaten zur Folge. Umgekehrt wurde Europa von Billigwaren aus Fernost, die in vielen Fällen unter Ausbeutung der Arbeiter hergestellt wurde, überschwemmt. Die heimische Produktion wurde verlagert oder geschlossen, was zu Arbeitslosigkeit in Europa führte. Unter diesen Gesichtspunkten haben bestimmte Handelshemmnisse, z.B. zur Erhaltung der Ernährungssouveränität in Europa, also durchaus Sinn. Nicht zu vergessen ist, dass die Liberalisierung von Dienstleistungen auf den Finanzmärkten zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise massiv beigetragen hat. Trotzdem spricht man sich im Entschließungsantrag dafür aus, die Liberalisierung weiter voran zu treiben und die WTO als Teil einer neuen Weltordnungspolitik aufzuwerten, weshalb ich dagegen gestimmt habe.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Resolution für die Doha-Entwicklungsagenda gestimmt, weil ich gegen jede Art von Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen bin. Ich denke da vor allem an die Liberalisierung der Wasserversorgung, der Gesundheitsdienstleistungen und im Energiebereich. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist es unerlässlich allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen. Dies muss in hoher Qualität und unter Wahrung der Universalität und vor allem auf einem erschwinglichen Niveau geschehen. Die nationalen Behörden sollten dabei einen großen Ermessensspielraum und weite Gestaltungsmöglichkeit haben.

Frédérique Ries (ALDE), *schriftlich*. – (FR) In dieser Ära der Globalisierung ist ein wirksames System zur Handelsregulierung wichtiger denn je. Dies ist die Rolle der Welthandelsorganisation, die 1995 als Ersatz für das GATT geschaffen wurde. Wie in dem gemeinsamen Entschließungsantrag, der vom rechten Spektrum des Parlaments gestellt wurde, betont wird, hat die WTO bei der Gewährleistung einer besseren Steuerung der Globalisierung und einer gleichmäßigeren Verteilung ihrer Gewinne eine wesentliche Rolle zu spielen. Es ist klar, dass jene, die Protektionismus, die eigene Isolierung befürworten, die falsche Zielscheibe wählen, wenn sie aus der WTO die tödliche Waffe unkontrollierter Liberalisierung machen. Der amtierende Generaldirektor dieses Organs der Vereinten Nationen, Pascal Lamy, hat 1999 den Weg aufgezeigt: den umgekehrten Weg kontrollierter Globalisierung.

Um diesen Weg zu gehen, schlägt das Europäische Parlament einige praktische Lösungen vor: vollkommen steuerfreien und quotenfreien Zugang zum Markt für die am wenigsten entwickelten Länder, ein erfolgreiches Ergebnis der Doha-Runde für Entwicklungsländer, Forderungen in Sachen Umwelt- und Sozialstandards und ein von der Kommission kontrolliertes Mandat in Landwirtschaftszusammenhängen. Indem wir diese Lösungen vorschlagen, zeigen wir auch auf, dass die Europäische Union ihren politischen Zielen Priorität geben und sich nicht nur auf Handelsziele konzentrieren muss.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Mit Freuden begrüße ich die Resolution über die WTO, weil dies derzeit ein außergewöhnlich wichtiges Problem ist. Die Krise ist global, und es ist im Interesse aller,

sie so schnell wie möglich zu überwinden. Ich denke, dass eine Möglichkeit, die Krise effektiv zu begrenzen, in der Ausweitung des Welthandels besteht. Die Beschränkung der Wirtschaftsreform auf ein regionales oder nationales Niveau ist leichter, aber langfristig ist dies keine gute Lösung, die Krise zu bekämpfen. Sie ist von globalen Ausmaßen und ihre Bekämpfung fordert gemeinsame Instrumente, die weltweit verwendet werden. Deswegen sollten wir alles tun, um die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation zu beschleunigen, denn diese Verhandlungen liberalisieren den Handel. Gleichzeitig müssen wir solide Grundsätze der Wettbewerbsfähigkeit verabschieden. Unter diesen Grundsätzen sind Standards der Produktqualität und Produktionsbedingungen auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel und die Reduzierung von CO₂-Emissionen besonders wichtig. Hochsensible Güter, wie Landwirtschafts- und Nahrungsmittelprodukte, verlangen eine besonders überlegte Herangehensweise. In Zukunft sollten wir darüber nachdenken, ob wir neben der Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs von Agrargütern im Rahmen der WTO auf weltweiter Ebene nicht auch die Normung von einigen Elementen der Agrarpolitik auf weltweiter Ebene einführen sollten. Der besondere Charakter des Agrarsektors sollte berücksichtigt werden: seine Abhängigkeit von Klimabedingungen, Fragen der Qualität im Zusammenhang mit Nahrungsmittelsicherheit, Produktionsbedingungen und das Problem der Sicherung der weltweiten Nahrungsmittelversorgung. In den WTO-Verhandlungen müssen wir mehr Verständnis für andere und mehr Wohlwollen zeigen.

- Restriktive Maßnahmen nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon: die Rechte des Einzelnen (B7-0242/2009)

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Ich habe gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt, weil er sich gänzlich auf die Lehre und Politik des „Kampfes gegen Terrorismus“ stützt. Dieser wird noch immer zur Rechtfertigung von Einschränkungen der Rechte und Freiheiten sowie zur Legalisierung militärischer Eingriffe und Aktionen, die mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt wurden, verwendet. Das Europäische Parlament wurde schließlich auch von der Mitgesetzgebung, der Prüfung und Kontrolle von Maßnahmen mit Bezug zu Persönlichkeitsrechten und zur Politik der Terrorismusbekämpfung ausgeschlossen. Damit wird seine Rolle in entscheidenden Fragen geschwächt. Schließlich möchte ich betonen, dass außerdem leider ein Änderungsantrag angenommen wurde, der die Rolle von NRO verzerrt. Er verwandelt sie in Informationslieferanten und Vehikel der zahlreichen „Anti-Terror“-Sicherheitsdienste, anstatt in Helfer der Gesellschaften, in denen sie wirken.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Öffentlicher Zugang zu Dokumenten ist bei der Gewährleistung demokratischer Kontrolle über die Institutionen und die Effektivität ihrer Arbeit ein wesentlicher Faktor und er steigert so das Vertrauen des Bürgers. Im Rahmen des Programms von Stockholm hat der Rat erneut die Bedeutung von Transparenz bestätigt und die Kommission aufgefordert, die besten, aus dem Vertrag von Lissabon hervorgehenden Möglichkeiten für die Gewährleistung von Transparenz im Entscheidungsverfahren, Zugang zu Dokumenten und verantwortungsvollem Handeln zu untersuchen. Ich bin mir sicher, dass die rechtliche Grundlage der auf den Zugang zu Dokumenten anwendbaren Verordnung geändert werden muss. Dies gilt auch für den rechtlichen Zusammenhang, in dem sie wirken sollte und insbesondere in Hinblick auf die Beziehung zwischen den Institutionen der Union und den Bürgern.

Es werden auch erhebliche Verbesserungen benötigt, beispielsweise im Bereich der Fähigkeit des Parlaments, seine Rechte auf demokratische Kontrolle zu sensiblen Dokumenten auszuüben, was ich für fundamental halte. Transparenz ist, egal ob in Beziehung zur Öffentlichkeit oder im interinstitutionellen Bereich, ein wesentlicher Grundsatz der EU. Die Aktionen und Entscheidungen, die in allen Institutionen, Organen, Diensten und Agenturen der EU erfolgen, müssen von der größtmöglichen Beachtung des Grundsatzes der Transparenz geleitet sein.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das zu prüfende Problem betrifft den Vertrag von Lissabon und insbesondere die Frage, wie dessen Artikel 75 und 215 mit Hinblick auf die Kompetenz des Parlaments im Verfahren zur Verabschiedung von restriktiven Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Körperschaften vereinbar sind.

Während Artikel 215 das Parlament vom Entscheidungsverfahren auszuschließen scheint, legt Artikel 75 das gewöhnliche Gesetzgebungsverfahren und damit die Beteiligung dieses Parlaments bei der Definition und Verabschiedung von Maßnahmen zur Verhinderung von Terrorismus und damit verbundenen Tätigkeiten fest.

Da das logische Grundprinzip der in Artikel 215 vorgesehenen restriktiven Maßnahmen oft eben gerade im Kampf gegen Terrorismus besteht, ist es wichtig festzulegen, ob dies eine Ausnahme zu Artikel 75 ist und

ob, falls dem so sein sollte, es für das Parlament akzeptabel ist, systematisch aus dem Verfahren für ihre Verabschiedung ausgeschlossen zu sein.

Ich bin davon überzeugt, dass der Gesetzgeber die Verabschiedung solcher Maßnahmen ausschließlich dem Rat anvertrauen wollte. Dieser Schritt mag in der Schnelligkeit und Einigkeit bei der Entscheidungsfällung begründet sein. Dennoch bin ich im Fall von nicht dringenden Situationen davon überzeugt, dass eine Konsultierung des Parlaments von Vorteil wäre, wenn solche Maßnahmen verabschiedet werden sollen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Der Kampf gegen Terrorismus wird erneut als Entschuldigung für restriktive Maßnahmen und Sanktionen gegen Regierungen von Drittstaaten, natürliche oder juristische Personen, Gruppen oder nichtstaatliche Instanzen verwendet. Dies ist inakzeptabel, weil der Bericht selbst bestätigt, dass es in der Praxis schwierig ist, zwischen verschiedenen Arten von Bedrohungen zu unterscheiden, auch wenn er versucht, dies zu tun.

Wir stellen fest, dass ein neues System zur Beachtung internationalen Rechts benötigt wird. Wir akzeptieren die Politik der Doppelmoral im Verhältnis zu Regierungen von Drittstaaten, natürlichen oder juristischen Personen, Gruppierungen oder nichtstaatliche Instanzen nicht, die gemäß den Interessen der Vereinten Nationen oder europäischer Großmächte beurteilt wurden. Es fehlt nicht an Beispielen. Um nur einige wenige zu nennen, gibt es die Fälle illegaler Besetzung der Westsahara, die Verhaftung von Aminatou Haidar und anderen Saharawi in Marokko sowie die Aktionen der Türkei gegen Kurden und gegen Zypern.

Wir haben deswegen gegen diesen Bericht gestimmt, obwohl wir einigen Absätzen darin zustimmen, insbesondere der Forderung nach einer Klärung durch die Kommission.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Die EntschlieÙung dieses Parlaments schwankt ständig zwischen dem Bedürfnis, Maßnahmen gegen terroristische Organisationen und Staaten, die diese unterstützen, wie etwa die Einfrierung ihrer Guthaben oder die Verhängung von diplomatischen oder wirtschaftlichen Sanktionen usw. zu ergreifen und der Achtung der Rechte des Einzelnen sowie von Organisationen, sich gegen solche Anschuldigungen und Sanktionen zu verteidigen.

Dieses Parlament hat sich eindeutig entschieden, den Rechten von Verdächtigen gegenüber der Verteidigung von Nationen den Vorrang zu schenken. Wenn Demokratien jedoch Terrorismus tatsächlich nicht bekämpfen können, indem sie ihre eigenen Werte verleugnen, dann können sie sich auch nicht erlauben, den Eindruck zu erwecken, nachlässig oder schwach zu sein. Ich fürchte, dass dies genau der Eindruck ist, den diese EntschlieÙung erweckt. Deswegen haben wir unabhängig von den institutionellen Aspekten dagegen gestimmt.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für diese EntschlieÙung gestimmt, weil es wichtig ist, dass wir Abgeordnete unsere parlamentarische Kontrolle über Entscheidungen ausüben, die mit Al-Qaida und den Taliban verbundenen Personen oder solchen, welche die Rechtsstaatlichkeit in Zimbabwe und Somalia bedrohen, Sanktionen auferlegen. Die gewählte Rechtsgrundlage ist inakzeptabel; wir fordern, im Rahmen des gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahrens konsultiert und über Entwicklungen im Rahmen der Arbeit des UNO-Sanktionsausschusses informiert zu werden. Schließlich bedauere ich in dieser Frage sehr die vom Rat beibehaltene Verwaltungslogik, obwohl wir hier über Maßnahmen sprechen, die individuelle Rechte betreffen.

Timothy Kirkhope (ECR), schriftlich. – Die EKR-Fraktion ist der stärkste Unterstützer von Maßnahmen gegen Terroristen in der EU und ist besonders davon überzeugt, dass nationale Regierungen in der Europäischen Union zusammenarbeiten müssen, um die ständig vom Terrorismus ausgehende Bedrohung anzugehen. Die EKR-Fraktion hat dennoch beschlossen, sich bei dieser EntschlieÙung aus zwei bestimmten Gründen der Stimme zu enthalten: Erstens sind wir gegen jede Gesetzgebung, die uns weiter auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik hinführt. Zweitens wollen wir stattdessen, dass die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und nationalen Regierungen verbessert und gestärkt wird. Wir sind auch sehr enttäuscht, dass diese EntschlieÙung das nicht genügend widerspiegelt.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Der gesunde Menschenverstand, der hinter den gestellten Fragen steckt, geht über eine einfache Prüfung der Lehre und die Übereinstimmung zwischen erklärten Absichten und ihren Auslegungen hinaus. Es gibt ein altes Sprichwort, demzufolge wer darf, was mehr ist, sicherlich auch darf, was weniger ist. Das hat folgende praktische Auswirkungen: Welchen Sinn hat es für ein Organ, das in kriminellen Angelegenheiten und bei der Vermeidung und Bekämpfung von terroristischen Angriffen kompetent ist, indem es am Mitentscheidungsverfahren beteiligt ist, später *a priori* ausgeschlossen zu werden, wenn auch andere Maßnahmen auf dem Spiel stehen, welche die Rechte der Bürger beeinträchtigen und damit sogar in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein können?

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Art der Auslegung des Vertrages von Lissabon in der Gesetzgebung tatsächlich der genannten Stärkung von Befugnissen und Kompetenzen des Parlaments entspricht. Zumindest sollte es, wie es in der Frage aufgeworfen wurde, in manchen Fällen möglich sein, eine duale rechtliche Grundlage zu haben, wenn die Rechte der Bürger auf dem Spiel stehen und Anti-Terror-Politiken bedroht sind. In anderen Fällen, wie in Zimbabwe und Somalia, sollte eine fakultative Anhörung ins Auge gefasst werden, wie es nämlich in der Erklärung von Stuttgart über die Europäische Union, die auch in der Frage erwähnt wurde, verankert ist.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Im Namen der Terrorbekämpfung wurden in den letzten Jahren immer mehr Freiheitsrechte beschnitten. Gerade mit dem SWIFT-Abkommen und dem Stockholmer Programm wird der „gläserne Mensch“ immer mehr Realität. Natürlich ist es in Zeiten der modernen Technik, der Globalisierung und der grenzenlosen EU wichtig, dass die Behörden zusammenarbeiten und auch entsprechend aufrüsten. Der Staat darf sich jedoch nicht auf das Niveau der Terroristen herablassen. Man denke nur an die fragwürdige Rolle der EU bzw. einzelner Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit CIA-Überflügen und geheimen US-Gefängnissen.

Die Kontrolle der Rechtmäßigkeit ist ein wichtiges Gegengewicht, um den Beschuldigten entsprechend den Vorgaben einer modernen Demokratie Mindestrechte einzuräumen. Der vorliegende Bericht ist bezüglich der Vorgehensweise nicht klar genug und geht auch auf vergangene Versäumnisse und Datenschutzfragen zu wenig ein, sodass ich mich der Stimme enthalten habe.

6. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

7. Verleihung des Sacharow-Preises (feierliche Sitzung)

Der Präsident.– Sehr geehrte Gäste, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde! Es gibt Tage, an denen es mich mit besonderem Stolz erfüllt, Präsident des Europäischen Parlaments zu sein. Heute ist solch ein Tag. Heute ehren wir die Gewinner des Sacharow-Preises 2009, des Preises für geistige Freiheit.

Es ist mir eine große Ehre, an die Entscheidung der Konferenz der Präsidenten erinnern zu dürfen, diesen Preis, stellvertretend für Memorial und alle anderen Menschenrechtsaktivisten in Russland, an Oleg Orlow, Sergej Kowaljow und Ljudmila Alexejewa zu vergeben. Ich bin stolz, dass diese Entscheidung einstimmig getroffen wurde.

(Lauter und anhaltender Beifall)

Mit diesem Preis ehren wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Menschen, die heute für den Schutz der Menschenrechte kämpfen, aber auch jene, die in diesem Kampf ihr Leben verloren haben. Natalja Estemirowa hätte heute bei uns sein sollen wie auch Anna Politkowskaja. Ihre Mörder sind noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

(Beifall)

Wir in Europa wissen, wie hoch der Preis der Freiheit ist, wie hoch der Preis der Gedankenfreiheit ist. Am 16. Dezember, vor genau 28 Jahren, wurden Streikende im Kohlebergwerk „Wujek“ von der polnischen Miliz getötet, weil sie für Solidarität, das heißt für grundlegende Menschenrechte, für Würde kämpften. Vor 20 Jahren brach am 16. Dezember in Rumänien eine Revolution aus, die über 1000 Menschen das Leben kostete, weil sie für ihre Freiheit kämpften.

Dies alles geschah in Ländern, die heute Mitglieder der Europäischen Union sind, in Ländern, die heute zu uns gehören. Wir im Europäischen Parlament werden die Vergangenheit niemals vergessen. Es ist unsere Pflicht, die Werte, die uns allen so kostbar sind, zu schützen. In Europa können wir heute jeden Tag von unserem Menschenrecht auf geistige Freiheit Gebrauch machen, weil jene Menschen dafür das größtmögliche Opfer gebracht haben.

Es ist mir eine große Ehre, diesen Preis heute der Organisation Memorial überreichen zu dürfen. Gleichzeitig empfinde ich jedoch auch Bitterkeit darüber, dass die Verleihung eines solchen Preises, mit dem wir dieses

Jahr unsere russischen Freunde für ihren Einsatz für Menschenrechte auszeichnen, in Europa noch immer notwendig ist. Dieses Jahr gedenken wir dem 20. Todestag von Andrej Sacharow, einem der Mitbegründer von Memorial. Ich weiß nicht, ob er heute Stolz empfinden würde oder doch eher eine gewisse Traurigkeit darüber, dass solche Organisationen in Russland heute immer noch gebraucht werden.

Andrej Sacharow hat den Beginn des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa miterlebt, er hat den Fall der Berliner Mauer gesehen und er wurde Zeuge der Anfänge jener Freiheit, für die er gekämpft hatte. Wir glauben fest daran, dass die heutigen Menschenrechtsaktivisten in Russland echte und dauerhafte Freiheit erleben werden, eine Freiheit, wie wir sie in der Europäischen Union genießen. Dies wünschen wir heute allen Bürgern Russlands.

(Beifall)

Jedes Jahr verleihen wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, den Sacharow-Preis, weil er daran erinnern soll, dass die Grundrechte der Menschen überall auf der Welt gewährleistet werden müssen. Die Menschen müssen ihr Recht auf Glaubensfreiheit und Gedankenfreiheit ausüben können. Lassen Sie mich an dieser Stelle Andrej Sacharow zitieren, der sagte, dass die Freiheit der Gedanken der einzige Schutz ist, der die Menschen davor bewahrt, mit Mythen infiziert zu werden, auf deren Grundlage gefährliche Heuchler und Demagogen blutige Diktaturen errichten können. Aus diesem Grund tritt das Europäische Parlament heute und in Zukunft, innerhalb und außerhalb Europas, für das Recht der Gedankenfreiheit ein.

Mit der heutigen Verleihung des Sacharow-Preises wollen die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die von den Bürgern der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union unmittelbar gewählt worden sind, ihre Unterstützung all jenen zeigen, die auf der ganzen Welt für grundlegende Werte kämpfen. Die Europäische Union hat einen großen Auftrag. Es ist unsere Aufgabe, uns überall auf der Welt für Meinungs- und Gedankenfreiheit einzusetzen. Wir hoffen und rechnen damit, dass Russland in diesem Bereich ein Partner sein wird, auf den wir uns verlassen können.

Sergej Kowaljow, im Namen von Memorial, Preisträger des Sacharow-Preises 2009 – *(aus dem Russischen)* Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich dem Europäischen Parlament im Namen der Organisation Memorial für diese hohe Auszeichnung, für die Verleihung des Sacharow-Preises, danken.

Wir, die Mitglieder von Memorial, begreifen diesen Preis nicht allein als Auszeichnung für unsere Organisation. Mit diesem Preis wird zugleich die gesamte Menschenrechtsbewegung in Russland geehrt, und darüber hinaus auch ein bemerkenswerter Teil der russischen Gesellschaft. Seit nunmehr 40 Jahren treten Menschenrechtsaktivisten, erst in der Sowjetunion und dann in Russland, für „europäische“, das heißt für universelle Werte ein. Dieser Kampf ist nie ohne tragische Folgen geblieben. In den letzten Jahren hat er das Leben der engagiertesten und furchtlosesten Menschen gefordert. Ich bin sicher, dass es vor allem diese Menschen waren, die das Europäische Parlament ehren wollte, als es den Sacharow-Preis Memorial zusprach – unsere ums Leben gekommenen Freunde und Mitstreiter. Ihnen gebührt dieser Preis zu Recht. Der erste Name, den ich in diesem Zusammenhang nennen muss, ist der von Natalja Estemirowa, unserer Kollegin und Memorial-Mitarbeiterin, die diesen Sommer in Tschetschenien ermordet wurde. Auch andere Namen können hier nicht unerwähnt bleiben. Ich denke dabei an den Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistinnen Anna Politkowskaja und Anastasija Baburowa, die in Moskau ermordet wurden, an den Ethnologen Nikolaj Girenko, der in St. Petersburg erschossen wurde, an Farid Babajew, der in Dagestan ermordet wurde und an viele andere – diese Liste ließe sich leider lange fortführen. Ich möchte Sie bitten, sich zum Gedenken an diese Menschen zu erheben.

(Die Mitglieder des Parlaments erhoben sich zu einer Schweigeminute)

Diese Menschen haben ihr Leben gelassen, damit Russland ein wahrhaft europäisches Land werden kann, in dem das öffentliche und politische Leben auf dem Primat des Lebens und der Freiheit eines jeden einzelnen Menschen gründet. Damit haben sie ihr Leben auch für Europa gelassen, denn ein Europa ohne Russland ist nicht vollständig.

Ich hoffe, Ihnen allen ist bewusst, dass ich, wenn ich von „europäischen Werten“ und „europäischer politischer Kultur“ spreche, diese Begriffe mit keinerlei geographischem Inhalt oder „Eurozentrismus“ verbinde, denn eine politische Kultur, die auf Freiheit und dem Recht des Einzelnen basiert, steht für ein universelles Wertesystem, das für Europa und Afrika, für Russland und China gleichermaßen Gültigkeit haben kann.

Bei dem heutigen Ereignis steht alles in einem symbolischen Zusammenhang: die Auszeichnung selbst, der Tag, an dem sie überreicht wird, jene, die sie verleihen und jene, die sie bekommen.

Andrej Sacharow, der vor 20 Jahren starb, war nicht nur ein herausragender Verfechter der Menschenrechte, sondern zugleich auch ein herausragender Denker, der zwei bedeutende Thesen vorbrachte. Die erste These lautet, dass die Menschheit einzig durch die Überwindung politischer Uneinigkeit und Feindschaft eine Chance hat, zu bestehen, sich zu entwickeln, die globalen Herausforderungen der Epoche zu bewältigen und den Weltfrieden und den Fortschritt auf unserem Planeten zu sichern. Die zweite These besagt, dass die Menschenrechte und vor allem die geistige Freiheit die einzige verlässliche Stütze sind, wenn es darum geht, die politische Uneinigkeit der modernen Welt zu überwinden.

Die Europäische Union, deren Parlament diesen Preis noch zu Lebzeiten Sacharows gestiftet hat, ist heute vielleicht das Modell jener zukünftig vereinten Menschheit, das dem Traum von Andrej Dmitrijewitsch Sacharow am nächsten kommt.

In letzter Zeit werden Russland und Europa immer häufiger in Gegensatz zueinander gebracht. In Russland ist es Mode geworden, über „Russlands besonderen Weg“ zu sprechen, über „Russlands besondere Spiritualität“, ja sogar über „besondere nationale Werte“. Und in der euro-atlantischen Welt hört man nicht selten Meinungen über Russland als einen „Außenseiter“ unter den Ländern, dessen politische Entwicklung durch seine Geschichte und spezifischen Eigenheiten bedingt ist, und ähnlich spekulative Konstruktionen. Was soll man dazu sagen? Russland geht, wie jedes andere Land auch, seinen eigenen Weg bei der Ordnung des Lebens auf allgemein menschlichen Grundlagen. Kein Volk der Welt richtet sein Leben nach Ideen und Modellen, die ausschließlich von außen übernommen wurden, aber Russlands Verbindung mit Europa wird keineswegs nur dadurch bestimmt, wer was von wem übernimmt. Die Frage kann auch anders formuliert werden: Hat Russland einen Beitrag zu der gesamteuropäischen und universalen Zivilisation geleistet, die vor unseren Augen Gestalt annimmt? Lassen Sie mich an dieser Stelle an Russlands ganz besonderen Beitrag erinnern, den es zum geistigen und politischen Fortschritt Europas und der Menschheit geleistet hat: an die zentrale Bedeutung der sowjetischen Menschenrechtsbewegung bei der Herausbildung einer modernen politischen Kultur.

Sacharow hat die Bedeutung der Menschenrechte und der geistigen Freiheit in der modernen Welt bereits 1968 neu durchdacht. Seine Ideen wurden von den Menschenrechtsorganisationen, die sowjetische Dissidenten gegründet hatten, in praktisches Handeln umgesetzt – allen voran die Moskauer Helsinki-Gruppe, die heute hier von Ljudmila Alexejewa vertreten wird. Diese Organisationen waren die ersten, die öffentlich anmahnten, dass den wohlklingenden Erklärungen über den internationalen Schutz von Menschenrechten auch Taten folgen müssen. Es gelang uns, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren, und so war die politische Elite des Westens gezwungen, von ihrem traditionellen Pragmatismus abzurücken. Natürlich hat diese Entwicklung auch zu einer Vielzahl neuer Probleme geführt, die auch heute noch nicht vollständig gelöst werden konnten. Ein Beispiel dafür ist die Doktrin der „humanitären Intervention“. Dennoch ist in den letzten 30 Jahren sehr viel erreicht worden, wenngleich auch noch weit mehr zu tun übrig bleibt. Die russischen Menschenrechtsaktivisten der 1970er Jahre haben im vergangenen Jahrhundert den Weg für diesen Prozess bereitet, und schon allein aus diesem Grund kann Russland nicht von der Liste der europäischen Länder gestrichen werden.

Wie in keinem anderen Land ist die Menschenrechtsbewegung in Russland im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zum Synonym für staatsbürgerliches Bewusstsein geworden, konnte sich der russische Menschenrechtsgedanke bis zu dem universalen Gedanken Sacharows entwickeln und die Qualität einer neuen politischen Philosophie annehmen. Dies hängt mit der besonders tragischen Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert zusammen, mit der Notwendigkeit, die blutige und schreckliche Vergangenheit zu verstehen und zu überwinden. Wurde die politische Modernisierung in der Nachkriegszeit in Westeuropa vom Zweiten Weltkrieg ausgelöst und war logische Konsequenz der relativ kurzen Herrschaft des Naziregimes in Deutschland, so wurde die für die UdSSR und Russland notwendige Umgestaltung von der Erfahrung der 70 Jahre dauernden Herrschaft des kommunistischen Regimes diktiert, die ihren Höhepunkt in Stalins Diktatur des Terrors fand. Rechtsbewusstsein und historisches Gedächtnis waren die zwei grundlegenden Komponenten des in Russland neu erwachenden staatsbürgerlichen Bewusstseins. Von Beginn an verstand sich die Menschenrechtsbewegung vor allem als eine Bewegung zur Überwindung des Stalinismus im öffentlichen, politischen und kulturellen Leben des Landes. In einem der ersten öffentlichen Texte dieser Bewegung – einem Flugblatt, das die Organisatoren der historischen Kundgebung vom 5. Dezember 1965 zur Verteidigung des Rechts verbreitet hatten – wurde dies in aller Einfachheit und Kürze zum Ausdruck gebracht: „Die blutige Vergangenheit ruft uns zu Wachsamkeit in der Gegenwart auf.“

Dieser besondere Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des staatsbürgerlichen Bewusstseins – Rechtsdenken und historisches Gedächtnis – ist in seiner Gesamtheit zum Erbe der heutigen

Menschenrechtsgemeinschaft in Russland geworden, ja vielleicht sogar zum Erbe der gesamten russischen Zivilgesellschaft.

Ich glaube, dass Sacharow der Organisation Memorial in den letzten Jahren und Monaten seines Lebens gerade deswegen höchste Bedeutung beigemessen hat, weil er diesen besonderen Aspekt klar verstanden hat. In der Tätigkeit von Memorial verschmelzen diese zwei grundlegenden Komponenten des russischen öffentlichen Bewusstseins zu einem Ganzen.

Ich glaube, dass jetzt, zum 20. Todestag Andrej Sacharows, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments diesen besonderen Aspekt auch gespürt und verstanden haben, als sie den Preisträger wählten. Wir alle erinnern uns an die Entschließung „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“, die im April vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Diese Entschließung beweist ebenso wie die im Juli angenommene Entschließung der OSZE „über die Wiedervereinigung eines geteilten Europas“, dass ein vereintes Europa den Sinn und Inhalt unserer Arbeit versteht. Für dieses Verständnis möchte ich Ihnen im Namen von Memorial danken. Die Absurdität der gegenwärtigen politischen Situation in Russland wird daran deutlich, dass unser eigenes Parlament, das Parlament des Landes, das stärker und länger als alle anderen unter Stalinismus und kommunistischer Diktatur gelitten hat, diese Entschließungen, anstatt sie wohlwollend zu unterstützen, sofort für „antirussisch“ erklärt hat!

Dies zeigt, dass der Stalinismus sogar noch heute für Russland nicht nur ein historischer Abschnitt des 20. Jahrhunderts ist. Einige Jahre verworrener und unvollständiger politischer Freiheit haben wir verstreichen lassen. Der beherrschende Grundzug des kommunistischen Totalitarismus, nämlich Menschen als Verbrauchsmaterial zu betrachten, ist noch immer gegenwärtig.

Die Ziele der Staatspolitik werden nach wie vor ungeachtet der Meinung und Interessen der Bürger des Landes bestimmt.

Die Herausbildung eines Regimes der „imitierten Demokratie“ im heutigen Russland hängt genau damit zusammen. Alle Institutionen einer modernen Demokratie werden konsequent imitiert: ein Mehrparteiensystem, Parlamentswahlen, Gewaltenteilung, ein unabhängiges Rechtssystem, unabhängiges Fernsehen usw. Solch eine Imitation, die als „sozialistische Demokratie“ bezeichnet wurde, existierte auch unter Stalin.

Heute bedarf es für die Imitation keines Massenterrors mehr. Es gibt genügend Stereotype öffentlichen Bewusstseins und Verhaltens, die aus der Zeit des Stalinismus erhalten geblieben sind.

Dennoch wird Terror durchaus als Mittel eingesetzt, wenn es notwendig scheint. In den vergangenen 10 Jahren sind in Tschetschenien über 3000 Menschen „verschwunden“, sind also verschleppt, gefoltert, kurzerhand hingerichtet und keiner weiß wo vergraben worden. Anfangs waren es Vertreter der föderalen Behörden, die diese Verbrechen begangen, später jedoch wurde diese „Arbeit“ den lokalen Sicherheitsstrukturen überlassen.

Wie viele russische Sicherheitsbeamte wurden für diese Verbrechen bestraft? Kaum mehr als eine Hand voll. Wer hat dafür gesorgt, dass sie zur Verantwortung gezogen und verurteilt wurden? In erster Linie die Menschenrechtsaktivistin Natalja Estemirowa, die Journalistin Anna Politkowskaja und der Anwalt Stanislaw Markelow. Wo sind sie alle? Sie wurden ermordet.

Wir alle sehen, wie sich die tagtägliche Gewalt in Tschetschenien über die tschetschenischen Grenzen hinaus ausbreitet und droht, das gesamte Land zu erfassen. Aber wir sehen auch, dass sich sogar unter solchen Umständen Menschen finden, die bereit sind, sich gegen eine Rückkehr der Vergangenheit zur Wehr zu setzen. Und dies gibt Grund zur Hoffnung. Uns allen ist bewusst, dass niemand anders Russland zurück auf den Weg der Freiheit und Demokratie führen kann als das Land selbst, sein Volk, seine Zivilgesellschaft.

Die Situation in unserem Land ist darüber hinaus auch nicht so eindeutig, wie sie dem oberflächlichen Betrachter vielleicht erscheinen mag. Wir haben in der Gesellschaft viele Verbündete, die an unserer Seite für Menschenrechte und gegen Stalinismus kämpfen.

Was können wir von den europäischen Politikern, von der europäischen öffentlichen Meinung erwarten? Andrej Dmitrijewitsch Sacharow hat diese Erwartungen vor über 20 Jahren so formuliert: „Mein Land braucht Unterstützung und es braucht auch Druck.“

Ein vereintes Europa hat Möglichkeiten zu solch einer entschlossenen, zugleich aber auch freundschaftlichen Politik, die auf Unterstützung und Druck basiert. Es ist jedoch weit davon entfernt, sie vollständig auszuschöpfen. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen.

Das erste ist die Arbeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Bezug auf Beschwerden, die von russischen Bürgern eingelegt wurden. Die bloße Möglichkeit, dass sich Opfer nach Straßburg wenden können, zwingt die russischen Gerichte dazu, gut und unabhängig zu arbeiten. Das Wichtigste aber ist, dass durch die Vollstreckung der Entscheidungen des Europäischen Gerichts die Ursachen beseitigt werden sollten, die zu Menschenrechtsverletzungen führen.

In den vergangenen Jahren wurden in Straßburg über 100 Urteile in „tschetschenischen Verfahren“ gefällt, in denen es um schwere Verbrechen von Vertretern des Staates an Bürgern ging. Was aber geschieht? Nichts. Russland zahlt den Opfern ordnungsgemäß die vom Europäischen Gericht festgesetzten Entschädigungssummen wie eine Art „Steuer für Straffreiheit“, lehnt es jedoch ab, die Verbrechen zu untersuchen und die Schuldigen zu bestrafen. Hinzu kommt, dass alle Generäle, die in den Straßburger Urteilen namentlich genannt worden sind, nicht vor Gericht gestellt, sondern für eine Beförderung vorgeschlagen werden.

Und was tut das Ministerkomitee des Europarats, das aufgerufen ist, die Vollstreckung der Gerichtsentscheidungen zu überwachen? In Straßburg zuckt man mit den Schultern: „Was können wir denn tun?“, und schweigt.

Das zweite, allgemeinere Beispiel betrifft die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf dem Gebiet der Menschenrechte. Heute laufen sie praktisch darauf hinaus, dass die Europäische Union zu diesem Thema einmal pro Halbjahr Konsultationen mit Russland führt. Wie wird diese Möglichkeit genutzt? Zweitrangige Funktionäre treffen sich für einige Stunden zu Gesprächen hinter verschlossenen Türen, Europa stellt Fragen zu Tschetschenien, Russland antwortet mit einer Frage zu Estland oder Lettland, und dann geht man für die nächsten sechs Monate auseinander. Russische und internationale Nichtregierungsorganisationen führen Nebenveranstaltungen durch, organisieren Anhörungen, legen Berichte vor. Bei Begegnungen mit Menschenrechtsaktivisten seufzen die Vertreter Brüssels traurig: „Was können wir denn tun?“, und schweigen.

Was also sollte Europa in Bezug auf Russland tun? Von unserem Standpunkt aus, ist die Antwort einfach: Es soll sich zu Russland genauso wie zu jedem anderen Land verhalten, das bestimmte Verpflichtungen eingegangen ist und Verantwortung dafür trägt, dass diese auch eingehalten werden. Leider formuliert die Europäische Union heute auf dem Gebiet der Demokratie und Menschenrechte immer seltener Empfehlungen für Russland, zieht es manchmal sogar vor, überhaupt nicht davon zu sprechen. Es ist nicht von Bedeutung, warum das so ist – ob die Bemühungen von vornherein für vergeblich gehalten werden oder ob pragmatische Erwägungen über Öl und Gas eine Rolle spielen.

Es ist Europas Pflicht, nicht zu schweigen, sondern immer und immer wieder zu wiederholen und anzumahnen und höflich aber entschieden darauf zu bestehen, dass Russland seine Verpflichtungen einhält.

(Beifall)

Natürlich gibt es keine Garantien und auch keine nennenswerten Hoffnungen, dass diese Appelle ihr Ziel erreichen. Versäumt man jedoch, daran zu erinnern, wird dies von den russischen Behörden zweifellos als Nachgiebigkeit gewertet. Wenn sensible Themen von der Tagesordnung gestrichen werden, schadet das eindeutig Russland. Aber es schadet genauso sehr Europa, weil es das Engagement der europäischen Institutionen für europäische Werte in Frage stellt.

Der Preis, den Sie heute verleihen, steht für „geistige Freiheit“.

Man möchte sich fragen, wie es überhaupt unfreie Gedanken geben kann, wer ihre Freiheit begrenzen kann und wie. Es gibt einen Weg – es ist die Angst, die Teil der Persönlichkeit eines Menschen wird und ihn dazu bringt, so zu denken, ja sogar so zu fühlen, wie man es von ihm verlangt. Doch die Menschen haben nicht einfach nur Angst, sie sehen geradezu einen Ausweg darin, den „Großen Bruder zu lieben“, wie es George Orwell beschrieb. So war es, als Stalin in Russland herrschte und so war es, als Hitler in Deutschland an der Macht war. Und das wiederholt sich nun unter Ramsan Kadyrow in Tschetschenien. Diese Angst kann ganz Russland erfassen.

Was aber kann man der Angst entgegensetzen? So paradox es auch scheinen mag, einzig und allein die Freiheit des Denkens. Diese Eigenschaft, die Sacharow in einem ungewöhnlichen Maß besaß, schützte ihn vor Angst. Und sein Beispiel befreite auch andere Menschen von Angst.

Die Freiheit des Geistes ist die Grundlage aller anderen Freiheiten.

Aus diesem Grund wird der Sacharow-Preis zu Recht „für die Freiheit des Geistes“ verliehen. Wir sind stolz, ihn heute entgegennehmen zu dürfen.

(Das Haus bringt dem Redner stehende Ovationen entgegen)

(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Rodi KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Neuer Aktionsplan der EU für Afghanistan und Pakistan (Aussprache)

Die Präsidentin. – Der nächste Punkt betrifft die Erklärungen des Rates und der Kommission zum neuen EU-Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Frau Präsidentin! Die Probleme, denen Afghanistan und Pakistan gegenüberstehen, sind natürlich für die gesamte Welt von Belang. Gewalttätiger Extremismus breitet sich über die Grenzen der Region aus. Drogen, die in Afghanistan angebaut und hergestellt werden, gelangen auf die Straßen Europas. Einer der wichtigsten Gründe unseres Engagements ist die Notwendigkeit, zu verhindern, dass Afghanistan und Pakistan zu einem sicheren Hort für Terrorismus und organisierte Kriminalität werden. Gleichzeitig wollen wir den Menschen in Afghanistan und Pakistan natürlich zu einer besseren Zukunft in ihrem Land verhelfen.

Afghanistan wird viel Aufmerksamkeit gewidmet. Viele unserer Länder haben Truppen und eine erhebliche Anzahl von zivilem Personal im Land. Einen Wandel in Afghanistan zu bewirken, stellt eine große Herausforderung dar. Auch Pakistan sieht sich ernststen Herausforderungen gegenüber. Der Konflikt in Afghanistan kann nur beigelegt werden, wenn wir auch die Situation in Pakistan in den Griff bekommen und umgekehrt.

Eine Gesamtinitiative ist notwendig. Wir alle müssen mehr tun und es besser machen. Im Juni hat der Rat das Generalsekretariat des Rates und die Kommission aufgefordert, konkrete Empfehlungen und politische Prioritäten zu formulieren, um unser Engagement in der Region zu verstärken und auszubauen. Das Ergebnis war der EU-Aktionsplan für ein verstärktes Engagement der EU in Afghanistan und Pakistan. Er wurde im Oktober angenommen. Ich glaube, dass dieser Aktionsplan ein wirksames Instrument ist. Die Grundstrategie gibt es bereits. Dank des Aktionsplans wird es uns möglich sein, den Einsatz bestehender Instrumente an unseren politischen Prioritäten auszurichten.

Der Plan knüpft an unser bisheriges Engagement an und legt eine Reihe von Prioritäten fest. Das sind jene Bereiche, in denen EU-Maßnahmen unserer Auffassung nach am wirksamsten sein können. Auf diese Weise intensivieren wir unser Engagement und reagieren geeint und geschlossen auf die Herausforderungen, denen Afghanistan und Pakistan gegenüberstehen. Zugleich senden wir eine Botschaft an die Region, dass wir bereit sind, unser Engagement fortzusetzen. Der regionale Aspekt ist wichtig. Aus diesem Grund wird in dem Aktionsplan insbesondere der regionalen Zusammenarbeit große Bedeutung beigemessen.

Für Afghanistan beginnt nun eine entscheidende Phase. Der Wahlprozess muss nicht weiter erörtert werden. Das liegt hinter uns. Er ließ einiges zu wünschen übrig, und wir hoffen, dass sich solche Vorgänge nicht noch einmal wiederholen. Ich glaube, das ist auch die Meinung des afghanischen Volks. Die EU ist bereit, die Arbeit, die noch zu tun bleibt, zu unterstützen, und dies vor allem auf der Grundlage der von den EU-Wahlbeobachtern ausgesprochenen Empfehlungen. Wir hoffen, dass schon bald eine neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen kann. Dies ist eine Chance, eine neue Agenda und einen neuen Pakt zwischen der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft zu vereinbaren. In seiner Antrittsrede hat Präsident Karzai das Versprechen für einen neuen Anfang gegeben. Wir hoffen, dass die in Kürze in London stattfindende Konferenz dafür einen Impuls setzen kann.

Die EU erwartet hohes Engagement und Führungsstärke von Präsident Karzai und seiner Regierung. Fünf Jahre ohne Veränderung sind keine Option. Im Mittelpunkt muss nun stehen, dass der afghanische Staat nach und nach mehr Verantwortung übernimmt, während die internationale Gemeinschaft sich auf eine unterstützende Rolle zurückzieht. Damit meine ich nicht Rückzug. Im kommenden Jahr wird die Anzahl der internationalen Truppen in Afghanistan erheblich steigen. Die USA entsenden zu den bereits jetzt im Land stationierten 68 000 US-Soldaten 30 000 weitere Soldaten. Andere NATO-Staaten und Verbündete haben zugesagt, zu den 38 000 Soldaten, die schon im Land sind, mindestens 7000 weitere Soldaten zu schicken.

Dieses militärische Engagement muss mit zivilen Initiativen einhergehen. Ein dauerhafter militärischer Rückzug aus Afghanistan ist nur möglich, wenn im zivilen Bereich ein Rahmen für Stabilität gegeben ist. Effiziente staatliche Institutionen, bessere Regierungsformen, Zugang zur Grundversorgung, Rechtsstaatlichkeit und ein funktionierender Rechtsstaat sind mindestens ebenso wichtig wie harte Sicherheit. Niemand würde das in Frage stellen. Sicherheit, verantwortungsvolles Regierungshandeln und Entwicklung müssen Hand in Hand gehen. Wir sind eine langfristige Verpflichtungen für Afghanistan eingegangen. Das afghanische Volk muss jedoch sicherstellen, dass es die eigene Regierung ist, die eine Verbesserung der Lebensumstände herbeiführt, und nicht internationale Organisationen. Nur auf diese Weise wird die Bevölkerung das Vertrauen in ihre Regierung wiedererlangen. Die internationale Gemeinschaft ist da. Wir werden mehr tun müssen und es besser machen müssen. Wir müssen den Prozess, der gegenwärtig stattfindet, unterstützen – den Prozess der Afghanisierung, der für das Land von so grundlegender Bedeutung ist.

Das ist der Kern unseres Aktionsplans. Wir intensivieren die Anstrengungen der EU, die Fähigkeiten Afghanistans zu verbessern und arbeiten mit der Regierung zusammen, um sowohl auf lokaler als auch regionaler Ebene den Ausbau effizienter rechenschaftspflichtiger staatlicher Institutionen zu fördern. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung, Korruptionsbekämpfung und die Verbesserung der Menschenrechtslage sind für uns von großer Bedeutung. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung stellen für Europa einen weiteren Schwerpunkt dar. Es ist ausgesprochen wichtig, dass der Lebensstandard der großen Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, die in ländlichen Gebieten lebt, steigt. Wir sind auch bereit, einen von Afghanistan geleiteten Wiedereingliederungsprozess für ehemalige Kämpfer zu unterstützen. Den Menschen, die in der Vergangenheit am Konflikt teilgenommen haben, müssen Alternativen aufgezeigt werden. Unterstützung für das Wahlsystem wird natürlich auch ganz oben auf der Agenda stehen.

Lassen Sie mich auch einige Worte zu Pakistan sagen. Pakistan ist ein Land, das in den vergangenen Jahren tief greifende Veränderungen durchlebt hat. Die Wahlen 2008 haben zu einer Wiederherstellung der Demokratie und der Zivilregierung geführt. Der Übergang zur Demokratie ist eindrucksvoll. Dennoch ist die Demokratie gegenwärtig zerbrechlich und instabil. Gleichzeitig sind die pakistanischen Taliban zu einer ernsthaften Bedrohung für den Frieden und die Stabilität des Landes geworden. Kaum eine Woche vergeht ohne Medienberichte über neue Selbstmordattentate. Vergangene Woche sind über 400 Menschen bei Anschlägen militanter Gruppierungen getötet worden.

Die EU möchte die zivilen Institutionen in Pakistan unterstützen. Es ist ganz besonders wichtig, den Empfehlungen von Michael Gahler, der 2008 als Wahlbeobachter der EU in Pakistan war, zu folgen. Mit diesen Empfehlungen wurde ein grundlegender Rahmen für die Zukunft der Demokratie, die Wahlreform und den Institutionenaufbau geschaffen. Die pakistanische Regierung weiß, dass dies notwendig ist. Sie muss uns mitteilen, in welchen Bereichen sie zusammenarbeiten möchte. Die Europäische Union wird die strategische Partnerschaft mit Pakistan, die aus dem erfolgreichen Sondergipfel im Juni 2009 hervorgegangen ist, ausbauen. Wir wollen Demokratie stärken und Stabilität herstellen. Darum engagieren wir uns für einen Rechtsstaat, für den Kampf gegen Terrorismus und für Handel. Natürlich ist eine funktionierende Regierung, die die Verantwortung für ihr Volk übernimmt und die nötige Führungsstärke zeigt, um das Land voranzubringen, hier ein zentrales Element.

In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der pakistanischen Regierung wird die EU die Stärkung der demokratischen Institutionen und Strukturen des Landes unterstützen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung und der Handel werden dazu beitragen. Wir begrüßen, dass Pakistan verstärkt Verantwortung für die eigene Sicherheit übernimmt. Wir erwarten, dass das Land in gleicher Weise gegen alle Formen des Terrorismus vorgeht, auch gegen militante Kämpfer, die von pakistanischem Gebiet aus Anschläge in Afghanistan verüben. Die Anstrengungen der Regierung gegen die pakistanischen Taliban sind ein positiver Schritt. Gleichzeitig müssen die Bürger geschützt und internationales Recht muss eingehalten werden. Die Regierung sollte ihre Aufmerksamkeit ebenfalls auf die notwendige humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten richten.

Wir müssen unsere Aktivitäten in Afghanistan und Pakistan weiter voranbringen. Die EU setzt sich bereits grundlegend für die Bewältigung der Herausforderungen in der Region ein und wird dies auch weiterhin tun. In beiden Ländern ist dank der gemeinsamen Anstrengungen von Afghanistan, Pakistan und der internationalen Gemeinschaft viel erreicht worden. Strategien und Dokumente allein werden keine Verbesserung der Situation herbeiführen. Es ist nun an der Zeit, sie gemeinsam mit unseren Partnern in Afghanistan und Pakistan in die Tat umzusetzen.

Catherine Ashton, *designierte Vizepräsidentin der Kommission*. – Lassen Sie mich mit Afghanistan beginnen. Wir stehen hier an einem wichtigen Punkt unserer Beziehungen. Unsere zukünftige Unterstützung muss beim Aufbau einer Regierung helfen, die auf die Bedürfnisse und Interessen der afghanischen Bevölkerung eingeht. Da die Lage instabil ist, müssen wir vor Ort an der Situation arbeiten und Einfluss auf sie nehmen. Genau darum geht es auf den internationalen Konferenzen, deren Auftakt nächsten Monat eine Konferenz in London bilden wird.

Wir sind bereit, mehr Mittel aufzuwenden. Die Kommission erhöht ihre Entwicklungshilfe um ein Drittel auf 200 Mio. EUR. Wir brauchen diese zusätzlichen Mittel, um an bisherige Erfolge anzuknüpfen, wie zum Beispiel die Ausweitung der grundlegenden Gesundheitsversorgung auf 80 % der afghanischen Bevölkerung – darin inbegriffen weit bessere Behandlungsmethoden für Frauen und Mädchen – oder die Umwandlung von Provinzen in mohnanbaufreie Gebiete, was jüngst gelungen ist. Unsere Mitgliedstaaten haben sich zudem verpflichtet, unser Polizeiausbildungsprogramm voranzubringen.

Doch all das ist nur der Anfang. Wir müssen dies als Teil eines kohärenten EU-Beitrags innerhalb einer abgestimmten internationalen Reaktion erfüllen. Kernstück dieser Reaktion muss die Zusammenarbeit von Afghanistan mit den Vereinten Nationen sein.

Der Aktionsplan, der im Oktober vom Rat beschlossen wurde, gibt uns die Möglichkeit dafür. Gemeinsam mit den Anstrengungen der Vereinigten Staaten und den Sicherheitsmaßnahmen der NATO sendet der Plan eine deutliche Botschaft unseres Engagement an die Region und die internationale Gemeinschaft. Natürlich knüpft er auch an die von Präsident Karzai festgelegten Prioritäten an, insbesondere in den Bereichen verbesserte Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.

Der Aktionsplan bekräftigt, dass Schlüsselbereiche wie Rechtsstaatlichkeit und Landwirtschaft auch weiterhin im Mittelpunkt unseres Engagements stehen werden.

Wir unterstützen die Regierung bereits jetzt darin, die Verwaltungsfähigkeiten in Kabul zu verbessern. Wir werden nun damit beginnen, diese Fähigkeiten auch in den Provinzen Afghanistans aufzubauen, um das afghanische Volk dabei zu unterstützen, seine Belange eigenverantwortlich zu lenken, und um sicherzustellen, dass die Regierung sichtbare Dienste für die Menschen erbringt.

Der Aktionsplan sendet eine Botschaft, dass wir die Eingliederung von Aufständischen unterstützen, die bereit sind, dem Aufruf von Präsident Karzai zu folgen, mit seiner Regierung zusammenzuarbeiten.

Die europäische Wahlbeobachtungsmission stellt ihren Bericht heute auch in Kabul vor, und ich möchte an dieser Stelle der guten Arbeit, die Herr Berman und sein Team unter äußerst schwierigen Bedingungen geleistet haben, Anerkennung zollen. Wir werden entsprechende Anschlussmaßnahmen sicherstellen, da die Glaubwürdigkeit der Regierung und des Regierungssystems klar auf einer umfassenden Überarbeitung des Wahlsystems beruht.

Der letzte, aber vermutlich wichtigste Punkt zu Afghanistan ist die Straffung unserer Strukturen vor Ort. Die Mitgliedstaaten werden ihre Strategien abstimmen und die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen, und ich hoffe, dass die Rolle des EU-Sonderbeauftragten und die des Leiters der EU-Delegation so rasch wie möglich in einer Person vereint werden können. Das wird uns helfen, einen kohärenten Ansatz zu entwickeln, der anderswo als Modell dienen kann.

Was Pakistan betrifft, so ist unser oberstes Gebot und Interesse ein Land mit einer stabilen Demokratie ohne Terror, das in der Lage ist, an der Seite seiner Nachbarn gemeinsame Bedrohungen abzuwehren.

Der Aktionsplan hebt dies hervor und baut auf bestehenden Verpflichtungen auf, die im Juni aus dem EU-Pakistan-Gipfel hervorgegangen sind. Dazu gehören humanitäre Hilfe, Wiederaufbauhilfe, Unterstützung der Polizei und Justiz, die Stärkung demokratischer Institutionen und der Zivilgesellschaft zur Verbesserung der Menschenrechtslage sowie Vereinbarungen zur Förderung des Handels und der sozioökonomischen Entwicklung. Wir werden die Umsetzung der 2008 von der Wahlbeobachtungsmission ausgesprochenen Empfehlungen weiter fördern.

Unterstützt wird der Aktionsplan durch kräftige Finanzmittel der Kommission in Höhe von knapp 500 Mio. EUR bis 2013, einem Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 100 Mio. EUR für erneuerbare Energien sowie durch Verpflichtungen zur Intensivierung der Handelsbeziehungen und politischen Beziehungen. Darüber hinaus sieht der Aktionsplan eine Verstärkung des Dialogs zu all diesen Themen vor. Im Rahmen der spanischen Präsidentschaft ist für das kommende Jahr ein zweiter Gipfel vorgesehen.

Der Aktionsplan macht auch deutlich, dass die Europäische Union ihre Fachkenntnis im Bereich der regionalen Integration nutzen wird, um Afghanistan, Pakistan und ihre Nachbarn dabei zu unterstützen, die Wirtschaftsbeziehungen – insbesondere mit Indien – wieder in Gang zu setzen. Über Nacht lässt sich keine Lösung für die gegenwärtigen Spannungen finden, aber wir müssen einen Anfang zur Überwindung des Misstrauens machen. Der potentielle Gewinn und Nutzen solch einer regionalen Zusammenarbeit im Hinblick auf Handel und Investitionen würde alles, was wir als Europäische Union tun können, in den Schatten stellen.

Die Umsetzung des Aktionsplans für Afghanistan und Pakistan ist für unser zukünftiges Engagement in diesen Ländern also von zentraler Bedeutung. Er stellt eine gemeinsame Bemühung der Mitgliedstaaten und Gemeinschaftsorgane dar und ist der erste seiner Art, der, sofern er erfolgreich umgesetzt wird, dazu beitragen kann, eine internationale zivile Antwort auf Krisen zu finden, denen bislang weitgehend mit militärischen Mitteln begegnet wurde.

Der Aktionsplan bedeutet nicht nur ein großes Engagement für Afghanistan und Pakistan, sondern für ganz Süd- und Zentralasien. Aber wir brauchen mehr als nur Ideen: Wir brauchen die richtigen Menschen mit den richtigen Kompetenzen, und sie wiederum brauchen Sicherheit, um arbeiten zu können. Es muss ein stärkeres politisches Engagement der Regierungen der betreffenden Länder geben und eine stärkere Kohärenz zwischen den Gebern, auch intern zwischen den Mitgliedstaaten.

Südasiens ist jeden Tag mit Extremismus konfrontiert, sei es auf dem Schlachtfeld in Helmand oder auf den Straßen von Peschawar, Lahore und Rawalpindi. Allein mit militärischen Maßnahmen werden wir dieser Situation nicht begegnen können, sondern vielmehr mit unserer Hilfe, ein sicheres Umfeld zu schaffen, das frei von Spannungen und Ungleichheiten ist, die Extremismus nähren.

Europa kann viel von seiner eigenen Erfahrung weitergeben. Der Aktionsplan gibt uns die Möglichkeit, diese Erfahrung zu nutzen, um anderen zu helfen, und ich hoffe, dass das Parlament ihn unterstützen wird.

Ioannis Kasoulides, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Das Ziel in Afghanistan war der Kampf gegen die Taliban, die Al-Qaida einen sicheren Rückzugsort boten. Afghanistan ist kein sicherer Rückzugsort mehr, doch der Aufstand der Taliban konnte nicht niedergeschlagen werden, weil es sich erwiesen hat, dass mit militärischen Mitteln allein kein Sieg errungen werden kann, und dass ein blindes Vertrauen in militärische Gewalt durch die Tötung von Aufständischen kontraproduktiv war.

Der Strategiewechsel stellt den Schutz der Bevölkerung in den Vordergrund, den Aufbau afghanischer Sicherheitskapazitäten, die Unterstützung verantwortungsvoller Regierungsführung auf zentraler, besonders aber auf lokaler Ebene sowie die Förderung der Entwicklung. In diesem Kontext muss der von Afghanistan verantwortete Aussöhnungsprozess für jene Taliban-Anhänger unterstützt werden, die durch besondere Umstände auf die falsche Seite geraten sind.

Der EU-Aktionsplan geht all diese Herausforderungen an, und die EU kann in nichtmilitärischen Bereichen eine wichtige Rolle spielen. Dennoch hätte ich erwartet, dass der Drogenproblematik eine weitaus größere Bedeutung eingeräumt wird – Frau Ministerin, Sie haben sie erwähnt – und deutlichere Worte der Warnung im Zusammenhang mit Korruption und schlechter Regierungsführung gefunden werden.

Was Pakistan betrifft: „Ja“ zum Aktionsplan. Beide Fälle sind miteinander verknüpft, und der Erfolg des einen hängt vom Erfolg des anderen ab. Pakistan sollte in der Lage sein, den Zustrom von Rebellen aus Afghanistan wirksam zu bekämpfen. Und schließlich sind diplomatische Mittel erforderlich, um zu vermeiden, dass das ewig währende Misstrauen zwischen Indien und Pakistan zum Hindernis für einen Gesamterfolg wird.

Roberto Gualtieri, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (IT) Frau Präsidentin, Frau Ministerin, Hohe Vertreterin, meine Damen und Herren! Mit dieser Aussprache möchte sich das Parlament an der Erörterung der Rolle Europas innerhalb einer Region beteiligen, die für die Sicherheit und Stabilität des gesamten Planeten entscheidend ist.

In der neuen von Präsident Obama verkündeten Militärstrategie, die in der darauf folgenden Erklärung der Außenminister der ISAF-Länder noch deutlicher dargelegt wurde, wird die Entsendung neuer Truppen mit dem vorrangigen Ziel begründet, die Bevölkerung zu schützen und die Fähigkeiten der Sicherheitskräfte und

der afghanischen Institutionen zu verstärken. Mit diesem willkommenen Wandel wird der Sinnlosigkeit, ich möchte sogar sagen, der Kontraproduktivität konventioneller militärischer Anstrengungen Rechnung getragen, die einzig darauf ausgerichtet sind, Guerilla-Aktionen der Taliban zu unterdrücken.

Um jedoch sicherzustellen, dass dieser neue Kurs Erfolg bringt und den Übergang zu einem sicheren, wohlhabenden, stabilen und damit selbstständigen Afghanistan einleitet, muss die militärische Dimension des Eingreifens der internationalen Gemeinschaft ganz klar auch mit einem wachsenden Engagement auf ziviler und politischer Ebene einhergehen. Auf der einen Seite müssen wir die wirtschaftliche Entwicklung fördern und die Institutionen, die Regierungsführung und die Rechtsstaatlichkeit stärken, auf der anderen Seite müssen wir den inneren Aussöhnungsprozess unterstützen und helfen, die Situation in Pakistan zu stabilisieren.

Das ist die Rolle und Aufgabe der Europäischen Union. Europa ist seit geraumer Zeit erheblich in der Region engagiert: 1 Mrd. EUR pro Jahr in Afghanistan, 300 Mio. EUR in Pakistan, die europäische Polizeimission EUPOL, die trotz personeller Probleme wertvolle Arbeit leistet, die internationale Beobachtungsmission und natürlich auch das Engagement der einzelnen Staaten in der ISAF-Mission.

Europas Fähigkeit, eine entscheidende Veränderung in der Region herbeizuführen, scheint jedoch ausgesprochen gering zu sein, bedenkt man die personellen und finanziellen Mittel, die eingesetzt werden. Aus diesem Grund müssen wir unsere Initiative, oder anders gesagt, die Führungsrolle Europas stärken, und sie aus Sicht eines zivilen Ansatzes und politischen Engagements kohärenter und effizienter gestalten. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Aktionsplan ein wichtiger Schritt nach vorn, und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament unterstützt ihn und fordert seine entschiedene Umsetzung.

Gleichzeitig fragen wir uns, ob im Rahmen der im Plan genannten Ziele auch die Ermittlung von Ad-hoc-Maßnahmen erforderlich ist und darüber nachgedacht werden sollte, die Ziele zu erweitern und die Instrumente der EUPOL-Mission, die Teil der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP ist, zu stärken. Das Europäische Parlament ist bereit, die Initiativen der Europäischen Union in all diesen Bereichen zu unterstützen.

Pino Arlacchi, im Namen der ALDE-Fraktion – Frau Präsidentin! Wir sind hier, um den EU-Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan zu diskutieren. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten dieses Parlaments hat mir die Möglichkeit gegeben, als Berichterstatter für eine neue Strategie für Afghanistan zu fungieren.

Wir brauchen eine neue Strategie, oder vielleicht brauchen wir überhaupt erst einmal eine Strategie im zivilen Bereich, denn das Eingreifen der EU in diesem Land war bislang nicht kohärent genug und anscheinend von nur sehr begrenzter Wirkung. Ich fürchte, Frau Ashton, Ihre einleitende Erklärung zu Afghanistan nicht teilen zu können, da sie zu allgemein, zu bürokratisch, zu unscharf ist – wie auch der gegenwärtige Aktionsplan selbst. Meines Erachtens muss das Parlament dazu beitragen, dieser Strategie zu mehr Stärke und Kohärenz zu verhelfen.

Ich trage sämtliche notwendigen noch so kleinen Informationen zusammen. Erstens muss ich anmerken, dass es sich als äußerst schwierig erweist, sogar die grundlegendsten Daten darüber zu erhalten, wie viel Geld nach der Besetzung Afghanistans 2001 ausgegeben wurde, wo die EU-Hilfe angekommen ist, und bis zu welchem Teil sie nachgewiesen werden kann. Wir wissen, dass dort jedes Jahr fast 1 Mrd. EUR ausgegeben werden, was eine enorme Summe ist. Das Bruttoinlandsprodukt liegt in Afghanistan bei nur 6,9 Mrd. EUR. Unsere humanitäre Hilfe macht also mehr als 20 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts in Afghanistan aus – eine Zahl, die, wenn sie richtig eingesetzt wird, das Potential hat, das Schicksal des Landes zu wenden.

Zweitens wird mein Versuch, eine neue Strategie für Afghanistan zu erarbeiten, damit beginnen, zu ermitteln, worin bislang das Interesse der EU auf diesem Gebiet bestand, und worin es bestehen sollte. Ein Teil meines Berichts wird sich auf die Einstellung des Schlafmohnanbaus durch die alternative Entwicklungsstrategie konzentrieren.

Jean Lambert, im Namen der Verts/ALE-Fraktion – Frau Präsidentin! Ich bin der Meinung, dass der Aktionsplan in bestimmten Punkten zu begrüßen ist, er aber auch, wie meine Kollegen richtig bemerkt haben, einige Fragen unbeantwortet lässt.

Ich glaube, wir nähern uns diesem Thema immer nur aus der Sicht des Problems, das wir haben und neigen manchmal dazu, die tägliche Realität der Menschen in Afghanistan und Pakistan zu unterschätzen, die vielen

Toten, das gezielte Töten der Hazara, die Anschläge auf Mädchenschulen in einigen Regionen Pakistans, die Anschläge auf die Polizei und auf so viele andere.

Die afghanische Polizei wurde uns vor kurzem im Prinzip als Kanonenfutter für die Taliban beschrieben. Ich glaube, viele von uns fragen sich noch immer, was wir wirklich jemals geglaubt haben erreichen zu können, indem wir dort hingehen. Was die internationale Reaktion anbelangt, so begrüße ich die Worte der Kommissarin zur Wiederankurbelung der Zusammenarbeit und die besondere Erwähnung von Indien. Der regionale Ansatz ist wichtig, und ich bin gespannt zu hören, wie wir mit anderen Spannungsgebieten umgehen werden, wie zum Beispiel Kaschmir, das, wie uns der afghanische Botschafter neulich erzählte, ein Problem für sämtliche Bemühungen darstelle, die die Menschen in der Region unternehmen. -

Wir müssen auch – und vor allem in Pakistan – prüfen, welche wirksame Unterstützung wir den vielen Tausend Vertriebenen bieten und aus unserem mangelnden Einsatz für jene Menschen lernen, die in der Vergangenheit an die Grenzen von Pakistan und Afghanistan vertrieben wurden, so dass ein Vakuum gefüllt wird. Daher müssen wir unsere Aufmerksamkeit wirklich auf Bildung richten und den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden, die sich auch um die Vertriebenen kümmert.

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wir können uns ein Scheitern der NATO-geführten Militärmission ISAF in Afghanistan nicht leisten. Mit dem ausreichenden politischen Willen, der richtigen militärischen Ausrüstung und einer Aufstockung der Truppen von allen Mitgliedstaaten vor Ort kann die NATO die Taliban niederschlagen. Natürlich muss dies auch mit einer „hearts and minds“-Kampagne einhergehen. Nebenan jedoch droht sich in Pakistan eine Katastrophe anzubahnen – ein Atomstaat, geplagt von einer Radikalisierung des Islam, von Korruption und einer schwachen politischen Führung, dem wir aber dennoch aus strategischen Gründen helfen müssen.

Teile der pakistanischen Sicherheitsagentur ISA stehen aber zum Beispiel seit langem in Verdacht, stillschweigende Unterstützung für die afghanischen Taliban zu leisten und erkennen erst jetzt widerwillig die innere Gefahr, die von solch einem Ansatz ausgeht. Die Bedrohung für Indien, die über den Kaschmirkonflikt von Pakistan ausgeht, insbesondere indem das Land Terroristen Unterschlupf gewährt, ist auch für die gesamte Region eine große Gefahr.

Wenn Pakistan für die Bekämpfung des terroristischen Dschihad weiterhin militärische Hilfe von EU-Staaten und auch wirtschaftliche Unterstützung der EU erhalten soll, muss es hieb- und stichfest garantieren, dass diese Hilfe nicht umgelenkt wird, um die konventionellen Streitkräfte an der indischen Grenze zu stärken.

Die Instabilität von Pakistan und Afghanistan steht in deutlichem Kontrast zu der Stabilität und Mäßigung unseres demokratischen Verbündeten und Partners Indien, das die uneingeschränkte Unterstützung der EU verdient.

Willy Meyer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (ES) Frau Präsidentin, Frau designierte Vizepräsidentin! Meine Fraktion hat die Afghanistan-Strategie des vorangegangenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, nie unterstützt. Wir haben sie nie unterstützt, und die Zeit hat uns Recht gegeben.

Afghanistan hat derzeit eine korrupte, illegitime Regierung, es gibt unschuldige Opfer und die Situation der Frauen hat sich überhaupt nicht verändert. Ein Strategiewechsel wäre also eine logische Schlussfolgerung gewesen, und wir bedauern, dass Präsident Obama sich für eine militärische Lösung entschieden hat und eine Aufstockung der Truppen um weitere 30 000 Soldaten plant. Meines Erachtens sollte die Europäische Union diesem Kurs nicht folgen, denn es besteht eine reale Gefahr, dass Afghanistan im 21. Jahrhundert ein neues Vietnam wird.

Die Geschichte hat gezeigt, dass es in Afghanistan keine militärische Lösung geben kann. Die Zusammenarbeit muss vertieft und alle Bemühungen für eine diplomatische Lösung müssen intensiviert werden. In der Konfliktregion selbst und in geostrategischer Hinsicht müssen wir uns für eine Respektierung des internationalen Rechts durch interne Lösungen in Afghanistan entscheiden.

Nicole Sinclair, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Vor einigen Wochen hatte ich Gelegenheit, mit einigen britischen Soldaten zu sprechen, die aus Afghanistan zurückgekehrt waren, und hörte immer und immer wieder, wie schlecht sie ausgerüstet seien. Dabei investiert das Vereinigte Königreich pro Tag 45 Mio. GBP in diese korrupte Institution. Ein Teil des Geldes könnte sinnvoller dafür genutzt werden, unsere Einsatzkräfte in Afghanistan auszurüsten – Einsatzkräfte, die für die Ausbildung der afghanischen Polizeikräfte zuständig sind etc.

Es ist völlig richtig, wie einige von Ihnen festgestellt haben – es ist eine wichtige Region in der Welt, eine wichtige Region, in der wir Fortschritte erzielen müssen.

Womit ich ein Problem habe, ist die mangelnde Erfahrung unserer Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Cathy – schieb den Schwarzen Peter weiter – Ashton, der nun zweifelsfrei ein paar mehr Rubel wert ist. Wir brauchen jemanden mit mehr Erfahrung. Sie hat keinerlei außenpolitische Erfahrung, sie ist nie Außenministerin gewesen und ich glaube, dass sie noch nicht einmal eine Halbtagsstelle in einem Reisebüro hatte. Ich bitte Sie! Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe, eine Aufgabe, die Dinge zum Besseren zu wenden, und sie ist einfach nicht erfahren genug.

Andrew Henry William Brons (NI). – Frau Präsidentin! Auf den ersten Blick scheinen die Schlussfolgerungen des Rates zu Afghanistan ein willkommener Gegensatz zu der aggressiven Haltung der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs zu sein. Bei näherer Betrachtung handelt es sich bei den Methoden im Grunde jedoch um eine Mischung aus Naivität und Mitschuld. Der Rat ist völlig naiv bei dem Versuch, die zarte Pflanze der westlichen Demokratie auf dem ungastlichen Boden afghanischen Stammeswesens gedeihen zu lassen. Die vertikale Spaltung in der Gesellschaft und die Dominanz von Stammesloyalitäten gegenüber persönlichem Urteil würden dies unmöglich machen. Der Rat möchte Korruption beseitigen, versteht aber einfach nicht, dass das bürokratische Modell objektiver Beurteilung und Entscheidungen über finanzielle Mittel und Ressourcen keinerlei Chance hat, respektiert zu werden. Der Grund dafür ist nicht, dass Afghanen allgemein unredlich sind, sondern dass die afghanische Stammesgesellschaft es als selbstverständliche Tugend ansieht, sich um die eigene Familie zu kümmern.

Der Rat möchte die Kultivierung von Schlafmohn bekämpfen. Die Taliban aus der Regierung zu entfernen war jedoch nicht der beste Weg, den Anbau einzudämmen. Unter der Taliban-Regierung sank die Produktion um 90 %, doch seit der Invasion in Afghanistan ist das Land erneut der weltweit führende Opiumproduzent. In dem Bericht heißt es, der Unsicherheit in Afghanistan könne nicht allein mit militärischen Mitteln begegnet werden. Das kann nur bedeuten, dass der Militäreinsatz ein legitimer Bestandteil des Ganzen ist. Meines Erachtens ist er das nicht. Wir hatten drei gescheiterte Kriege gegen Afghanistan im 19. Jahrhundert und im frühen 20. Jahrhundert, wir sollten daraus wirklich unsere Lehre gezogen haben.

Die Taliban unterdrücken Frauen, verachten die Demokratie und töten britische Soldaten: Sie sind eine durch und durch widerliche Organisation. Aber wir könnten verhindern, dass sie weiter britische und verbündete Soldaten töten, indem wir morgen unsere Truppen abziehen. Es ist ein mörderischer, sinnloser Krieg, den wir einfach nicht gewinnen können.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – (ES) Frau Präsidentin! Die internationale Gemeinschaft und nicht nur die Vereinigten Staaten haben ein Problem in Afghanistan. Präsident Obama hat sich drei Monate Zeit genommen, um als Reaktion auf den alarmierenden Bericht von General McChrystal eine globale Strategie aufzustellen.

Es ist allgemein bekannt, dass die neue Strategie eine kurzfristige Verstärkung der Militärpräsenz beinhaltet, einen Abzug der Truppen 2011, die zunehmende Übertragung bestimmter Sicherheitsaspekte auf die afghanischen Streitkräfte, eine bessere Koordinierung ziviler und militärischer Maßnahmen sowie die Konzentration auf große Städte.

Die Herausforderung, Frau Ashton, ist nun, eine europäische Antwort zu ermitteln und zu artikulieren, und dies hauptsächlich auf der Londoner Konferenz. In Ihrer Erklärung haben Sie auf zwei Schlüsselemente hingewiesen. Sie haben gesagt, dass unsere Antwort mit anderen internationalen Institutionen abgestimmt werden muss und wir die Koordinierung mit den Vereinten Nationen unterstützen. Sie haben auch gesagt, dass unsere Antwort kohärent sein muss.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang zwei Bemerkungen, Frau Ashton. 2005 durfte ich eine Wahlbeobachtungsmission des Parlaments leiten und hatte die Gelegenheit, Generalmajor Claudio Graziano, Oberbefehlshaber der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF), zu treffen, dessen Dienstzeit in der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) sich dem Ende nähert. Die 44 Länder, die sich zur Zeit an der ISAF-Mission beteiligen (darunter 28 NATO-Staaten) bilden eine heterogene Streitmacht, die im gegenwärtigen Kampf gegen Aufständische keine wirksame Antwort findet.

Der zweite entscheidende Aspekt, Frau Ashton, ist, dass ein Krieg – und wir haben zur Zeit einen Krieg in Afghanistan – nicht gewonnen werden kann, wenn wir nicht die zivile Bevölkerung auf unserer Seite, auf der Seite der internationalen Koalition haben. Meines Erachtens sollte eines der Hauptziele der

Europäischen Union sein, unsere Bemühungen – in denen Finanzmittel der Europäischen Union in Höhe von 1 Mrd. EUR eingeschlossen sind – darauf zu konzentrieren, dass die Bevölkerung auf unserer Seite ist.

Richard Howitt (S&D). – Frau Präsidentin! Lassen Sie uns zu Beginn Adam Drane gedenken, Obergefreiter des Royal Anglian Regiment aus meinem Wahlkreis Bury St. Edmunds, der am 7. Dezember im Alter von 23 Jahren in der Provinz Helmand gefallen ist. Der einhundertste britische Soldat, der in diesem Jahr getötet wurde.

Unsere Gedanken sind bei Adams Familie und bei allen Familien in Europa, Afghanistan und Pakistan, die solch einen Verlust erlitten haben.

Angesichts eines solchen Verlustes haben wir in diesem Parlament die Pflicht, alles nur irgend Mögliche zu tun, um Frieden und Wohlstand in Afghanistan zu fördern. Wenn wir die neuen Veränderungen von Lissabon und eine echte gemeinsame EU-Außenpolitik ernst nehmen, gibt es keinen dringenderen Ort, an dem wir uns beweisen müssen, als im Sand von Afghanistan. Erstens, um die Tätigkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen der neuen Strategie wirksam aufeinander abzustimmen und zweitens, um die heutige Zusage der Hohen Vertreterin Catherine Ashton zu würdigen, schon zu Beginn des kommenden Jahres einen eindrucksvollen neuen Vertreter mit Doppelfunktion für Afghanistan zu haben. Dies ist zum einen ein Prüfstein dafür, ob die Europäische Union unter dem Vertrag effizienter arbeitet, und zum anderen ein Signal unserer weiteren Entschlossenheit in Afghanistan.

In diesem Zusammenhang müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass EUPOL die 400 versprochenen Polizisten rekrutiert. Das ist absolut notwendig, um zu gewährleisten, dass Afghanistans eigene Strafverfolgungsbehörden ihre Arbeit ordnungsgemäß ausüben können. -

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin! Zuallererst möchte ich betonen, dass ich Frau Sinclaires Bemerkungen gegenüber Frau Ashton völlig ablehne.

Frau Präsidentin, jedes vierte Kind in Afghanistan erreicht das fünfte Lebensjahr nicht – in einem Land, das geprägt ist von sozialen und gesundheitlichen Defiziten sowie auch Defiziten in Demokratie und vor allem Sicherheit. Die Wahrscheinlichkeit einer Konfrontation mit Pakistan treibt die Taliban dazu an, ihre Kräfte zu mobilisieren und macht deutlich, wie wichtig es ist, den Problemen Afghanistans von einem regionalen Ansatz aus zu begegnen. Wir sollten hier die Tatsache hinzufügen, dass das Unvermögen, eine Lösung der Situation allein mit militärischen Mitteln herbeizuführen, die Europäische Union mit ihrem umfangreichen Instrumentarium dafür prädestiniert, eine besondere Rolle einzunehmen.

Die NATO, die für den militärischen Bereich vorrangig verantwortlich ist, kommt angesichts der Herausforderung in Afghanistan an ihre Grenzen. Die humanitären Hilfemaßnahmen der Europäischen Union, ihre Instrumente für Zusammenarbeit und Entwicklung und ihre weitaus effektivere Diplomatie sind sicherlich keine Erfolgsgarantie, aber ohne diese Unterstützung ist die Aktion der NATO zum Scheitern verurteilt.

Eine neue Kombination all dieser Elemente wird der afghanischen Bevölkerung – so ist zu hoffen – eine vielversprechendere Perspektive bieten. Auch wenn die Verantwortung der Europäischen Union heute groß ist, so ist die von Afghanistan, das noch immer zu korrupt, geteilt und unorganisiert ist, geradezu erdrückend.

Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die Afghanistan angebotene Partnerschaft nur dann erfolgreich sein kann, wenn genügend Bürger den Aufbau ihres Landes unterstützen. Auch wenn dies eine riesige Aufgabe bedeutet, so ist das kein Grund, sich zurückzulehnen und Länder den verschiedensten Fundamentalisten ausgeliefert zu lassen.

Nicole Kiil-Nielsen (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin! Ja, wir müssen aus der afghanischen Falle herauskommen, in die wir aufgrund der von George Bush verfolgten Politik geraten sind. Dennoch ist die Frage nicht wann, sondern wie wir uns aus Afghanistan zurückziehen.

Wenn die zahlreichen Fehler, die die internationale Gemeinschaft gemacht hat, nicht hinterfragt werden, laufen wir Gefahr, das Vertrauen und die Unterstützung der afghanischen Bevölkerung völlig zu verlieren, wovon die Taliban wiederum profitieren würden. Die Militarisierung der humanitären Hilfe und der Entwicklungshilfe muss aufhören, denn sie stiftet Verwirrung in den Köpfen der Menschen und diskreditiert die Nichtregierungsorganisationen.

Wir müssen uns stärker auf die sich entwickelnde Zivilgesellschaft und die Reformer in Afghanistan stützen. Warum ist Europa in Afghanistan? Weil die Vereinigten Staaten es gesagt haben, oder um das Land von Obskurantismus und Gewalt zu befreien? Wir müssen die afghanischen Strukturen stärken, die am effektivsten

sind, wir müssen unsere Investitionen vorrangig auf öffentliche Dienstleistungen – Bildung, Gesundheit und Verkehr – konzentrieren, und wir müssen verantwortungsvolles Handeln der lokalen Strukturen unterstützen, denn die Kultur dieser Länder verlangt von uns, über die Bedeutung des Nationalstaates nachzudenken. Europa sollte zum Beispiel Habiba Sarabi, die Gouverneurin der Provinz Bamiyan, unterstützen. Ihre Ernennung ist die erste in der Geschichte des Landes, und Sie werden sich erinnern, dass wir 2001 dort hingegangen sind, um den Frauen in der Bevölkerung zu helfen.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Frau Präsidentin! Wenn man den EU-Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan liest, möchte man meinen, die ganze Situation sei davon abhängig, was die EU unternimmt.

Ich glaube, die Europäische Union kann einen wichtigen und praktischen Beitrag leisten, jedoch muss er in die umfassenderen internationalen Bemühungen eingebunden werden und sich dabei auf bestimmte Aktivitäten konzentrieren, bei denen die Beteiligung der EU einen wirklichen zusätzlichen Nutzen erbringt. Die Lage ist zu ernst für Posen der EU. In einem Dokument von über 12 Seiten habe ich nur vier knappe Bemerkungen zu den Vereinigten Staaten gefunden und, was vielleicht noch viel wichtiger ist, lediglich einen Bezug zur NATO, und dabei ist es schließlich die von der NATO geführte ISAF-Mission, die für den Erfolg aller Bemühungen von zentraler Bedeutung ist.

Ohne Sicherheit und Stabilität ist es unmöglich, verantwortungsvolles Regierungshandeln oder ein wirksames Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm zu gewährleisten.

Was den zivilen Bereich betrifft, so haben die europäischen Länder und die EU selbst seit 2001 insgesamt 8 Mrd. EUR in Afghanistan gepumpt, aber diese enorme Summe scheint kaum etwas bewegt zu haben. Haben wir überhaupt eine Vorstellung, wie viel davon verloren gegangen ist?

Für Afghanistan und Pakistan ist ein umfangreicher internationaler Plan notwendig, aber es wird sich noch zeigen müssen, wo sich der Beitrag der EU in dieses umfassendere, internationale Engagement einordnet.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). - Frau Präsidentin! Heute nach acht Jahren wissen wir es im Grunde alle: Die bisherige auf das Militär setzende Afghanistan-Strategie ist gescheitert. Das Missverhältnis zwischen Militäroperationen auf der einen Seite und den nicht ausreichenden Mitteln für zivile Zwecke andererseits verhindert regelrecht eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in Afghanistan.

Deshalb ist unsere wichtigste Botschaft als GUE/NGL, dass ein radikaler Strategiewechsel herbeimuss. Wir brauchen einen radikalen Strategiewechsel, weg vom Militär und vor allem hin zu den Menschen. Es heißt, dass 40 % der Afghanen arbeitslos sind, mehr als die Hälfte von ihnen lebt in wirklich bitterster Armut, kennt weder ein Gesundheitswesen noch eine hinreichende Bildung. Die soziale Frage muss in den Vordergrund gestellt werden, und das erwarten wir vom Rat, von der Kommission, von allen Beteiligten.

Dazu gehört natürlich, verantwortliches Regierungshandeln zu stärken, die Landwirtschaft zu stärken, ehemalige Taliban-Kämpfer zu integrieren. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, wer diesen Weg nur bis zur Hälfte geht und wieder auf militärische Abenteuer setzt, der vergibt jede Chance. Es ist fünf Minuten vor zwölf!

Philippe Juvin (PPE). – (FR) Frau Präsidentin! Ich glaube, wir müssen versuchen, diesem sehr komplizierten Sachverhalt mit einigen einfachen Ideen zu begegnen.

Meine erste Frage ist einfach: Warum sind wir nach Afghanistan gegangen? Wir sind mit einem Ziel nach Afghanistan gegangen: die Zerstörung der Al-Qaida-Ausbildungscamps, der Basis des internationalen Terrorismus, die eine Bedrohung für uns und für die Stabilität der Region waren. Heute gibt es diese Camps nicht mehr.

Meine zweite Beobachtung geht dahin, dass – ob es uns gefällt oder nicht – die in Afghanistan stationierten westlichen Truppen leider zunehmend als Besatzer, und nicht als befreundete Truppen wahrgenommen werden. Das ist ein großes Problem, dem wir täglich gegenüberstehen und das wir nicht vergessen dürfen. All jene, die anderes behaupten, fordere ich auf, selbst hinzugehen und sich anzusehen, was in diesem Land vor sich geht.

Der dritte Punkt ist die deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage. 2004 war es noch möglich, durch Kabul zu gehen. Heute ist Kabul ein riesiges befestigtes Lager. Da wir nicht in der Lage sind, Lehren aus einer gescheiterten Operation vor Ort zu ziehen und schlussendlich nur alte Methoden anwenden, drohen wir erneut zu scheitern.

Was sind nun die Folgen all dessen? Ich glaube, wir müssen tatsächlich erkennen, dass wir Al-Qaida zerschlagen haben – das ist eine nicht zu leugnende Tatsache – und dass wir abziehen müssen. Können wir sofort abziehen, heute? Nein, denn würden wir dies tun, hätte dies zweifelsfrei Chaos zur Folge und würde möglicherweise die Rückkehr jener Lager bedeuten, die wir bekämpfen. Unser Rückzug muss deshalb an einige Bedingungen geknüpft sein.

Erstens müssen wir, darin sind sich alle einig, die Verantwortung in die Hände der Afghanen übergeben. Wir müssen sicherstellen, dass der Konflikt ein afghanischer Konflikt ist. Zweitens muss ein Dialog mit allen Aufständischen hergestellt werden, und ich habe bewusst nicht gesagt „mit den Taliban“, denn das Wort „Taliban“ schränkt sehr ein. Drittens müssen wir eine gesellschaftliche Ebene akzeptieren, die nicht perfekt ist. Wir dürfen nicht denken, dass unsere europäischen Kriterien auf Afghanistan angewendet werden sollten. Wir müssen das akzeptieren.

Frau Präsidentin, es ist immer schwieriger, einen militärischen Einsatz zu beenden, als ihn zu beginnen, und um ihn abzuschließen zu können, müssen wir uns das ursprüngliche Ziel vor Augen führen, das darin bestand, die Al-Qaida-Camps zu zerstören. Dies ist heute geschehen.

Ana Gomes (S&D). – (PT) Der Rat sagt, die Situation in Afghanistan und Pakistan habe direkte Auswirkungen für Europa. Das ist tatsächlich die wichtigste Botschaft, die wir den Bürgern Europas ehrlich und mutig vermitteln müssen. In diesem Zusammenhang begrüße ich den neuen EU-Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan, der Investitionen in ein umfangreiches Programm zum Aufbau von Kapazitäten auf sämtlichen afghanischen Verwaltungsebenen vorsieht.

Eine wirksame Umsetzung des Aktionsplans, in dessen Rahmen die europäischen Anstrengungen in Afghanistan vereinheitlicht werden sollen, ist der einzige Weg, zur Staatsbildung in Afghanistan beizutragen, die notwendig ist, um dem Krieg und der Unterentwicklung ein Ende zu bereiten. Europa kann Afghanistan nicht im Stich lassen, und wir sind nicht dort, weil die Amerikaner es so entschieden haben. Die internationale militärische und zivile Präsenz wird über viele Jahre hinweg notwendig sein.

Eine abschließende Bemerkung: Ich verurteile die Entscheidung der französischen Regierung aufs Schärfste, die Afghanen, die vor dem Krieg in ihrem Land geflohen sind, gewaltsam zurückzuführen.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Wenn wir eines nicht brauchen können in der bitteren Realität Afghanistans, dann ist es beschönigendes Gerede. Ich sage das in Ihre Richtung, Lady Ashton. Sie haben davon gesprochen, die Mitgliedstaaten seien *committed*, ehrlich engagiert für die Polizeiausbildungsmission EUPOL. Ach wirklich, sind sie das? Und trotzdem bekommen wir noch nicht einmal die 400 Polizisten zusammen? Das ist doch eine Mischung aus Doppelzüngigkeit und Lächerlichkeit. Meinen wir es ernst mit dem, was wir sagen?

Schon vor zwei Jahren wurde im Europäischen *Security Review* festgestellt, dass die geringe Zahl der Polizeiausbilder das Engagement Europas in Wirklichkeit in Frage stellt. Warum finanzieren wir nicht die ausgebildeten Polizisten, um sie davon abzuhalten, zu *Warlords* oder zu den Taliban überzulaufen? Es würde wenig Geld kosten und sehr effizient sein. Ich habe den Eindruck, Lady Ashton, Europa macht sehr große Worte, aber es ist beschämend, wie klein und unangemessen die Taten Europas sind!

Michael Gahler (PPE). - Frau Präsidentin! Die hier gewählte Überschrift ist richtig: Neuer Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan. Was dann aber hier vorgetragen wurde, erschien mir eher wie zwei einzelne Aktionspläne, die man nacheinander vorgetragen hat.

Was zu beiden Ländern gesagt wurde, unterstütze ich grundsätzlich. In Afghanistan haben wir hoffentlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und passen Politiken und Strukturen an. Was Pakistan betrifft, so freue ich mich, dass man die neue Politik als ein Follow-up meines Wahlbeobachtungsberichts begreift. Ich halte es überhaupt für richtig, dass man in den Ländern, wo man Wahlbeobachtungsmissionen durchgeführt hat, die Empfehlungen in die konkreten Politiken gegenüber den Ländern einbaut.

Ich würde mir wünschen, dass in der anschließenden Erwiderung von Rat und Kommission noch einmal deutlicher gemacht würde, was die gemeinsame Strategie für beide Länder ist. Denn wir haben doch festzustellen, dass wir z. B. dort eine Tausende Kilometer lange Grenze haben, die von beiden Seiten nicht wirklich kontrolliert werden kann, aber dass die Politiken, die wir auf der einen oder auf der anderen Seite dieser Grenze betreiben, unmittelbar Auswirkungen über die Grenze hinweg haben. Also: Welche Strukturen wollen wir denn tatsächlich aufbauen? Wie wollen wir den Dialog zwischen der afghanischen und der pakistanischen Regierung herstellen? Wie wollen wir die Menschen vor Ort so einstellen, dass sie die Politiken,

die wir dort betreiben, auch akzeptieren? Das sind Fragen, auf die wir noch Antworten brauchen, und ich hoffe, dass wir sie auch bekommen.

Ioan Mircea Paşcu (S&D). – Frau Präsidentin! Der Aktionsplan für Afghanistan und Pakistan, der letzten Oktober angenommen wurde, ist an sich ein gutes Dokument. Sein Ziel ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, darunter auch der EU, wieder dem afghanischen Staat zu übertragen, während sich die internationale Gemeinschaft auf eine unterstützende Rolle zurückzieht. Das Gleiche ist von Seiten der Vereinigten Staaten für den Sicherheitssektor vorgesehen. Mit den zusätzlichen 30 000 US-Soldaten hofft man, eine Situation zu schaffen, in der die Verantwortung bis 2011, wenn der Rückzug der US-Truppen beginnt, an die afghanischen Kräfte übergeben werden kann.

Selbst wenn die EU und die Vereinigten Staaten die gleichen Ziele verfolgen, nämlich die Voraussetzungen für einen eigenverantwortlichen afghanischen Staat zu schaffen, ist der zeitliche Rahmen für die Umsetzung dieser Ziele doch zwangsläufig verschieden. Ausreichende Sicherheit muss bis 2011 hergestellt sein, die Staatsbildung wird unweigerlich länger dauern.

Die Frage ist dann: Angenommen, eine ausreichende Sicherheit kann bis 2011 nicht gewährleistet werden oder die Lage verschlechtert sich nach dem Rückzug der US-Truppen erneut, wird die EU, die bereits am staatsbildenden Prozess beteiligt ist, dann in der Lage sein, auch für die Sicherheit zu sorgen? Ich glaube nicht – und dann haben wir ein Problem.

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Frau Präsidentin! Ich freue mich sehr, dass der schwedische Vorsitz das Engagement der Europäischen Union für Stabilität und Sicherheit in Afghanistan mit dem Aktionsplan gestärkt hat. Natürlich möchte ich gerne mehr über die Finanzierung dieses Plans in Bezug auf Afghanistan erfahren.

Ein weiterer sehr wichtiger Moment für Afghanistan wird die Londoner Konferenz im Januar sein. Auf dieser Konferenz werden wir mehr über die konkreten Zusagen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten erfahren. Wir sollten auch die neue afghanische Regierung zu den vielen Verpflichtungen hören, die sie in Bereichen wie Korruptionsbekämpfung und Drogenhandel eingehen muss. Ich bin ziemlich beunruhigt angesichts der heutigen Presseberichte über die Rede, die Präsident Karzai gestern zum Thema Korruption gehalten hat.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung von Präsident Obama, sein Militärkontingent um 30 000 Soldaten aufzustocken, wurde erst kürzlich getroffen. Kurzum: Afghanistan befindet sich an einem entscheidenden Punkt, die Vereinigten Staaten und Europa müssen sehr koordiniert vorgehen.

Worum es in Afghanistan geht, ist nicht nur der Wohlstand und Frieden der afghanischen Bevölkerung, sondern die Stabilität der gesamten Region, einschließlich eines so wichtigen Landes wie Pakistan. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit angesichts der weiterhin von Al-Qaida ausgehenden Bedrohung, wie hier bereits schon gesagt worden ist.

Die Glaubwürdigkeit der NATO und des so genannten Westens ist in hohem Maße davon anhängig, was wir in Afghanistan erreichen. Wir dürfen nicht scheitern. Dennoch brauchen wir, und darauf wurde hier auch schon hingewiesen, die Unterstützung unserer eigenen Bürger. Voraussetzung für diese Unterstützung sind Transparenz und Klarheit. Wir müssen deutlich machen, dass unsere Landsleute in Afghanistan in ernster Gefahr sind, aber wir müssen gleichsam auch die Bedeutung dieser Mission hervorheben und unterstreichen, dass ein Scheitern keine Option sein kann. Wie ich bereits sagte, es geht hier um viele wichtige Faktoren.

Elmar Brok (PPE). - Herr Präsident! Ein afghanischer Freund hat mir einmal gesagt: Es ist gut, dass der Westen nach Afghanistan einmarschiert ist, aber erinnert euch daran, dass in der afghanischen Geschichte jeder, der länger als ein Jahr geblieben ist, zum Besetzer wurde, auch wenn er vorher als Befreier gekommen ist. Das war 2001. Jetzt haben wir 2009, und es ist genau das eingetreten.

Die Taliban beherrschen de facto 80 % des Landes, und die militärische Führung der USA sowie auch die europäischen Verteidigungsminister sagen, dass das militärisch nicht zu gewinnen ist. Was ist dann das Ziel? Ein Land, das man nicht in den Griff bekommt, kann man auch nicht zentral auf Demokratie und anderes ausrichten, wenn ein solches Land nie zentral regiert wurde. Das heißt, ist es nicht sinnvoll, sich auf Al Qaida und den Terrorismus zu konzentrieren und dann raus? Diese Fragen müssen beantwortet werden.

Auch müssen die Fragen beantwortet werden, die richtigerweise der Kollege Van Orden gestellt hat, im Zusammenhang mit der Vernetzung dieses Aktionsplans mit dem allgemeinen strategischen Ziel, Londoner Konferenz, Obama-Plan usw. Ist das ineinander stimmig? So notwendig es ist und so richtig es ist, die

Kombination Afghanistan/Pakistan hier herzustellen, und auch das, was letztlich in Verbindung mit Indien da gesagt wurde.

Vor allen Dingen müssen wir sehen, wie die interne Entwicklung vorangeht. Ich habe noch nie gesehen, dass, wenn ausländischer militärischer Druck herausgeht und man Soldaten und Polizisten ausgebildet hat, die aber kein eigenes Ziel haben, der ideologische Teil des Bürgerkriegs, der ein Ziel hat, dann verlieren würde. Der gewinnt immer! Auch dies zeigt die historische Erfahrung, und deswegen bin ich in großer Sorge, ob das, was wir hier machen, nicht Stückwerk ist. Wir sollten wirklich einmal überlegen, was der Plan sein kann, um die Soldaten vernünftig herauszubringen und gleichzeitig Terrorismus zu beenden.

Lara Comi (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich zuletzt erheblich verschlechtert, weil die Situation vor Ort nicht vollständig unter Kontrolle ist. Weite Teile des Landes unterliegen Stammesgesetzen und daher nicht mehr nationalem Recht. Das Gefühl der Unsicherheit hat sich nun auch auf die großen Städte ausgebreitet, trotz des anhaltenden Engagements und der Kontrollmaßnahmen der ISAF-Schutztruppen.

Da der Kampf gegen Terrorismus in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten vor Ort steht, ist klar, dass sich die Vereinigten Staaten, die verbündeten Länder und die NATO nicht zurückziehen können. Unsere weitere Präsenz und der Erfolg in Afghanistan sind maßgeblich von einem politischen und militärischen Ansatz abhängig, der auf internationaler Ebene geteilt wird und sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan einen regionalen Ansatz anstrebt.

In dieser Hinsicht ist der neue Aktionsplan der Europäischen Union ein bedeutsamer Schritt für die Stärkung der Sicherheit und den schwierigen Prozess des Aufbaus von Kapazitäten, was demokratische Institutionen, Menschenrechte und die sozioökonomische Entwicklung in der Region anbelangt.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Frau Präsidentin! Ich glaube, der Aktionsplan der Europäischen Union geht in die richtige Richtung, denn unsere Hilfe muss zwei Bereiche umfassen. Erstens eine Verbesserung der Sicherheitslage. Zweitens eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Man kann sagen, dass sich ein Fortschritt im ersten Bereich, in dem es um Sicherheit geht, positiv auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirken wird, während ein Fortschritt im zweiten Bereich, der die Verhältnisse betrifft, unter denen die Bevölkerung lebt, eine Verbesserung der Sicherheit fördert.

Wir sollten uns dennoch immer wieder die Frage nach der Effektivität unserer Hilfe stellen. Meines Erachtens könnte sie weit effektiver sein, wenn wir auf die Unterstützung der Staaten zählen könnten, die an Zentralasien grenzen. Ich möchte die Europäische Union, Frau Ashton und Frau Malmström insbesondere dazu ermutigen, Kontakt mit Russland und Tadschikistan aufzunehmen, denn diese Länder könnten von großer Hilfe sein, besonders was die Logistik und den Transport von Versorgungsgütern für die Bevölkerung betrifft.

Sajjad Karim (ECR). – Frau Präsidentin! Terroristische Bombenanschläge stehen in Afghanistan und Pakistan heute auf der Tagesordnung. Schulen, Einkaufszentren, Stadtzentren und sogar militärische Hauptquartiere sind Angriffen ausgesetzt.

Das pakistanische Militär drängt Eindringlinge aus Afghanistan erfolgreich zurück, aber ich frage mich: Woher bekommen diese Terroristen nach wie vor ihre Waffen? Man macht es sich zu einfach, wenn man argumentiert, dass dies ein internes Problem Pakistans sei. Die ganze Sache ist sehr viel komplexer.

Ministerin Malmström hat zu Recht die Frage einer regionalen Zusammenarbeit angesprochen. Werden wir mit unserer neuen Rolle in der Außenpolitik, Hohe Vertreterin, Gespräche mit Pakistans Nachbarn führen und sie ermutigen, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, um Pakistan in dieser schwierigen Zeit zu helfen?

Es stimmt auch, dass wir, solange zwischen Pakistan und Indien gegenseitiges Misstrauen herrscht – und ich bin ein großer Verfechter der Annäherung beider Länder – kaum vorankommen werden. Solange Kaschmir das Kernproblem bleibt, werden wir wohl leider keine großen Fortschritte machen.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Meines Erachtens ist der Aktionsplan für Afghanistan nur dann sinnvoll, wenn er unsere europäische Politik, also den europäischen Ansatz für Afghanistan unterstreicht. Wir sind bereits tief in das dortige Geschehen involviert und können nicht einfach nur den Entscheidungen unserer Hauptverbündeten folgen, die uns mit einigen ihrer strategischen Entscheidungen überraschen.

Das Wichtige an diesem Aktionsplan ist meines Erachtens, dass er zivilen Initiativen klare Priorität einräumt. Wir sollten die Idee eines militärischen Sieges ein für alle Mal begraben. Wir können nicht gewinnen in einem

Gebiet, dessen Bevölkerung uns alle, die wir dort sind, um zu helfen, als Besatzer wahrnimmt und die Taliban als so genannte Freiheitskämpfer.

Ich möchte mich hier jenen anschließen, die die Notwendigkeit einer regionalen Lösung und einer stärkeren Einbindung der an Afghanistan grenzenden Länder betont haben. Sie werden das größere Vertrauen der Menschen haben.

Arnaud Danjean (PPE). – (FR) Frau Präsidentin! Es wurde bereits viel zum Aktionsplan für Afghanistan gesagt. Ich persönlich bedauere, dass der Verbindung zwischen der EUPOL-Mission und der NATO-Mission in Afghanistan in den heutigen Reden nicht etwas mehr Bedeutung eingeräumt worden ist. Das ist eine Mission, die wir durchführen müssen. Die quantitativen und qualitativen Problemen, denen sie gegenübersteht, sind hauptsächlich auf die Verbindung mit der NATO zurückzuführen, und um effektiv zu sein, müssen wir diese Probleme so schnell wie möglich lösen. Ich hätte mir gewünscht, dass mehr zu diesem Thema gesagt wird.

Meine Frage bezieht sich auf Pakistan, dessen chronische Instabilität, wie wir alles wissen, ein Faktor der Krise für die gesamte Region und auch Afghanistan ist. Aus dem Aktionsplan geht hervor, dass in den Bereichen Terrorismusbekämpfung und Sicherheit eine Kooperation mit Pakistan vorgesehen ist. In diesem Land gibt es, wie wir alle wissen, eine starke ideologische und bisweilen auch strukturelle und organisatorische Verbindung zwischen radikal-islamischen Bewegungen, die in Kaschmir und an der Grenze von Afghanistan operieren. Ich wollte sichergehen, dass die Methoden, die Art und der zeitliche Rahmen unserer vorgesehenen Hilfe vernünftig bemessen sind, um zu verhindern, dass diese Verbindung extrem negative und gefährliche Auswirkungen zur Folge hat.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Seit über acht Jahren vergeuden unsere Länder Menschenleben, Energie und enorme finanzielle Mittel in einem von Krieg verwüsteten Land, in dem sich schon zwei Imperien, Großbritannien und die Sowjetunion, festgefahren hatten. Die Verstärkung des politischen und militärischen Einflusses der Taliban, die das Land ruinierende Armut, die Stellung der Frauen, der Opiumhandel und die weit verbreitete Korruption sind unumstößliche Fakten, die das Scheitern der gegenwärtigen Operationen in Afghanistan aufzeigen.

Ich glaube, dass die Strategie der Europäischen Union dem zunehmend drohenden Chaos und der Gewalt entgegenwirken muss, indem die militärische Präsenz verstärkt und effektiver gestaltet, und das Engagement beim Wiederaufbau, bei der Entwicklung und bei der Demokratisierung in Afghanistan intensiviert wird. Die Steigerung der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist im Grunde eine Investition in unsere eigene Sicherheit. Aus diesem Grund müssen wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, diesen gescheiterten Staat am Leben zu erhalten und seinen Bürgern ein Mindestmaß an physischer und materieller Sicherheit zu garantieren.

VORSITZ: Edward McMILLAN-SCOTT

Vizepräsident

Piotr Borys (PPE). – (PL) Herr Präsident, das zentrale Problem, vor das sich internationale Institutionen und jetzt, mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, insbesondere die Europäische Union gestellt sehen, ist die Situation in Afghanistan. Wir können dieser Herausforderung nicht ohne drei strategische Ziele begegnen: Erstens den Erfolg einer sehr ehrgeizigen, auf zwei Jahre ausgelegten militärischen Mission, die in der Niederlage von Al-Qaida und die regierungsseitige Aufnahme von Teilen der Taliban-Führung münden muss. Zweitens Stabilität in Pakistan und in der gesamten Region, einschließlich Indien – das ist eine zweite, maßgebliche Herausforderung – und drittens die Notwendigkeit des Aufbaus einer Zivilgesellschaft. Dreißig Jahre Krieg stellen ein immenses Problem dar. Wir haben es mit einer bildungsfernen Gesellschaft zu tun, über 90 % der Menschen können nicht lesen. In Relation dazu wird soziale Hilfe in großem Umfang benötigt, um einen Rechtsstaat, verantwortungsvolles Handeln und ein Sozialwesen aufzubauen.

Ich möchte vorbringen, dass die Anzahl der Kinder, die heute in Afghanistan eine Schule besuchen, von 700 000 auf 7 000 000 gestiegen ist und insofern stellt eine der zentralen Angelegenheiten, mit denen Frau Ashton befasst ist, insbesondere die Notwendigkeit einer wirksamen finanziellen Hilfe zum Aufbau der Zivilgesellschaft in Afghanistan dar.

Martin Ehrenhauser (NI). - Herr Präsident! Vielleicht lassen Sie mich als Mitglied der Iran-Delegation noch eine kurze Anmerkung machen. Es gab vor einiger Zeit im Europäischen Parlament in Brüssel eine Aussprache mit dem iranischen Botschafter in Brüssel. Auf die Frage, weshalb sich die Zahl der Todesurteile im Iran seit dem Amtsantritt des iranischen Präsidenten vervierfacht hätte, argumentierte er mit dem zunehmenden

Drogenhandel im Grenzgebiet zwischen dem Iran und Afghanistan. Ich möchte Ihnen gerne diese Aussage mitgeben, dass vielleicht auch dieses Problem neben der Korruption ausreichend Berücksichtigung im Aktionsplan findet.

Cecilia Malmström, *amtierende Ratspräsidentin*. – (SV) Herr Präsident, der Rat ist wirklich dankbar für das überwältigende Engagement, welches das Europäische Parlament bei diesem Thema unter Beweis stellt. Ich werde einige Ihrer Fragen beantworten.

Herr Kasoulides: Dem Aktionsplan liegt als Ausgangspunkt die regionale Sichtweise zugrunde. Das ist von absolut zentraler Bedeutung. Es wird sehr viel Wert auf verantwortungsvolles Handeln, den Kampf gegen die Korruption und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gelegt, und durch diese Arbeit lässt sich die EU leiten. Afghanistan und Pakistan werden unsere Unterstützung in diesen Bereichen zukünftig noch sehr, sehr lange benötigen. Herr Kasoulides hat Recht damit, dass wir dem Thema der Drogen nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt haben. Wir unterstützen die bestehenden Anstrengungen, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit dem UNODOC (United Nations Office on Drugs and Crime / Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung) und die Leistung technischer Hilfe. Diese müssen fortgesetzt werden. Das Allerwichtigste ist natürlich die Unterstützung der Arbeit der afghanischen Regierung, um größeren Wohlstand und eine verantwortungsbewusste soziale Staatsführung zu erzielen.

Herr Arlacchi, seien Sie versichert, dass auch wir die Ansicht vertreten, die Koordinierung der bisherigen Bemühungen sei nicht ausreichend gewesen. Dies stellt ein Problem für die EU dar, und darum ist das Vorhandensein dieses Planes für uns jetzt so wichtig. Auch der schwedische Vorsitz hat im Herbst große Anstrengungen unternommen, um die von Ihnen geforderten Informationen zu erhalten – wer was tut und wie viel – und sich einen Überblick von der Lage zu verschaffen. Wir haben jetzt eine bessere Vorstellung davon und freuen uns sehr auf Ihren Bericht, der uns bei der Fortführung dieser Arbeit helfen kann, sowie auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Herrn Danjean, meines Erachtens stellt EUPOL eine sehr wichtige Komponente unserer Zusammenarbeit und die zentrale Komponente im Hinblick auf die zivile Polizeiarbeit für die afghanische Regierung dar. Erwiesenermaßen hat sich dort eine starke Führung etabliert. Die Qualitäten von EUPOL werden von allen Beteiligten anerkannt – den Afghanen, den USA und anderen Beteiligten. Wir haben das Personal um 280 internationale Mitarbeiter aufgestockt. Bedauerlicherweise sind die Mitgliedstaaten nicht in der Lage gewesen, die 400 von uns benötigten Mitarbeiter zu stellen und wir fordern derzeit weitere Beiträge, da wir die Mitgliedstaaten einbeziehen möchten.

Nach dem heutigen Stand der Dinge konsolidiert EUPOL seine Aktivitäten in sechs strategischen Bereichen, wo unserer Meinung nach ein Mehrwert erzielt werden kann: polizeiliche Informationssysteme, strafrechtliche Ermittlung, die Kommandostruktur innerhalb der Polizei, Vernetzung von Polizei und Staatsanwälten, Kampf gegen die Korruption sowie Menschenrechte und Gleichbehandlung. Hier liegen die Prioritäten für Afghanistan. Jetzt soll die NATO im Rahmen ihrer Ausbildungsmission in die Polizeiausbildung eingebunden werden und selbstverständlich müssen wir unsere Zusammenarbeit in diesem Bereich verstärken.

Schließlich ist der Aktionsplan meiner Ansicht nach von entscheidender Bedeutung, insofern er die EU in die Lage versetzt, ihre Mittel in einer vorteilhafteren, besser koordinierten Art und Weise zu verwenden. Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, all diese guten Ideen umzusetzen. Das kann aus der regionalen Sichtweise heraus geleistet werden, auf Basis der von den Regierungen Afghanistans und Pakistans eigens übernommenen Verantwortung und indem wir uns auf unsere politischen Prioritäten konzentrieren, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte.

Die EU ist ein Partner. Ein sehr wichtiger Partner, aber es gibt auch noch weitere Partner in der Region und natürlich müssen wir mit ihnen zusammenarbeiten. Wir freuen uns auf die Konferenz von London, anlässlich der Präsident Karzai hoffentlich seine Pläne vorlegen wird, und wir freuen uns darauf, im Anschluss daran unsere Unterstützung zu verstärken.

Die von der EU geleistete Unterstützung ist von langfristiger und dauerhafter Natur und muss nachhaltig sein. Dieses Signal müssen wir aussenden. Das wird Zeit in Anspruch nehmen. Wir müssen realistisch sein. Vor uns liegt eine ungeheure Fülle an Aufgaben. Daher ist ein Engagement der EU notwendig. Wir müssen ein Signal aussenden, dass wir langfristig mit von der Partie sind – nicht zuletzt um der Frauen und Kinder willen, wie es viele Abgeordnete zum Ausdruck gebracht haben.

Catherine Ashton, *designierte Vizepräsidentin der Kommission*. – Herr Präsident, wenn Sie erlauben, möchte ich lediglich einige zentrale Punkte aufgreifen, die von den ehrenwerten Abgeordneten angesprochen worden sind.

In Befürwortung der Haltung des Vorsitzes zum Thema Betäubungsmittel haben wir versucht, eine umfassende Stellungnahme auszuarbeiten, welche die diesbezüglichen ländlichen Entwicklungsaspekte de facto mit sozialen Fragen und natürlich mit der Rechtsstaatlichkeit verknüpft. Es ist wirklich wichtig, dieses Thema aus allen verschiedenen Blickrichtungen zu betrachten.

Ich stimme dem zu, was die ehrenwerten Abgeordneten über die Bedeutung der zivilen Fragen gesagt haben. Einige Abgeordnete hatten in diesem Zusammenhang ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen; tatsächlich aber haben wir bedeutende Fortschritte erzielt. Nur um ein Beispiel zu nennen: 2002 gab es Unterstützung beim Aufbau der Gesundheitsversorgung für ca. 7 % der Bevölkerung; jetzt, im Jahr 2009, liegt dieser Wert bei 85 %. Ich könnte hier noch weitere Beispiele anführen; aber mit dem Vorgenannten lässt sich meiner Ansicht nach durchaus zeigen, was wir tun und wie wirksam die Maßnahmen vor Ort gewesen sind. Ich stimme ebenfalls den von Abgeordneten wie Frau Lambert gemachten Äußerungen über die absolute Kernfunktion von Bildung bei unserer Arbeit zur Unterstützung von Kindern und natürlich auch für die beschäftigungsorientierte Bildung und Ausbildung von Erwachsenen zu.

Zu den Geldmitteln: Ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass diese Mittel wirklich optimal gesteuert werden. Sie werden durch die UN bzw. die Weltbank verwaltet und soweit mir bekannt ist, erhalten die ehrenwerten Abgeordneten einen Bericht über den Sachstand. Der letzte, der mir hier vorliegt, trägt das Datum vom Juli 2009. Denjenigen, die ihn noch nicht gesehen haben, können wir Kopien besorgen. In dem Bericht wird sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, wohin das Geld genau fließt, wofür es genau ausgegeben wird und was wir hoffen, damit zu erreichen. Ich stimme Ihnen jedoch zu, dass wir unsere Effizienz erhöhen müssen. Dafür gibt es immer einen Spielraum. Eine der Herausforderungen in meiner Position besteht darin, die Fäden bei dem, was vor Ort geschieht, zusammenlaufen zu lassen, um eine höhere Kohärenz und effektivere Abläufe zu erzielen. Von mehreren Kollegen ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, sicherzustellen, dass wir die Verpflichtungen in Bezug auf EUPOL erfüllen.

Es wurde gesagt, dass wir gemeinschaftlich mit der NATO zusammenarbeiten müssen; ich hatte bereits ein Treffen mit dem NATO-Generalsekretär und ich war bei dem Treffen mit General McChrystal, Richard Holbrook und Außenministerin Clinton zugegen, um über Afghanistan zu sprechen. Im Hinblick auf unseren Dialog mit diesen wichtigen und zentralen Partnern vor Ort stellen wir uns bereits für die Konferenz von London auf.

Natürlich ist das, was über die regionalen Perspektiven gesagt worden ist, äußerst wichtig. Als Teil des Aktionsplans möchten wir diese regionale Zusammenarbeit zusammenführen. Daran wird gearbeitet: eine sehr praxisbetonte Arbeit, die insbesondere Schienenverbindungen, Kooperationen im Wirtschaftsverkehr usw. beinhaltet, um diese Aufbauarbeit zu leisten. Aber ich bin absolut Ihrer Meinung: Wir sollten hier noch mehr tun.

Die Konferenz von London am 28. Januar stellt den nächsten wichtigen Meilenstein dar und wird die sehr wichtigen Fragen der Sicherheit, der Regierbarkeit und der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Entwicklung aufwerfen. Ich habe die Themen Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Entwicklung, Wirtschaftsverkehr, Gerichtswesen und Menschenrechte bezeichnet, alles Punkte, bei denen ich wirklich umfassende Erfahrungen in den Ring werfen kann.

Der Präsident.– Die Aussprache ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Charalampos Angourakis (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Der neue Aktionsplan der EU für Afghanistan und Pakistan sieht die Umsetzung des strategischen Strebens der EU vor, eine noch aktivere imperialistische Rolle in Afghanistan und Pakistan sowie in der Region insgesamt zu spielen. In Pakistan fördert er ein Freihandelsabkommen, welches ein stärkeres Eindringen unionistischer Monopole in Südasien begünstigt. In Afghanistan versucht er, die Präsenz sogar noch weiter zu festigen, und zwar jeweils unabhängig mit der EUPOL Polizeimission in Afghanistan und innerhalb der NATO mit der Entwicklung der Europäischen Gendarmeriekräfte. Die internen imperialistischen Machtkämpfe über einen Anteil an der Beute schaukeln sich hoch, ungeachtet einer Strategie der Zusammenarbeit mit den USA und der NATO. Mit einem Geldpaket im Wert von 1 Mrd. EUR jährlich und unterschiedlichen Entwicklungsprogrammen strebt die EU danach, die Position des europäischen Kapitals durch Plünderung des besetzten Landes und den Erwerb eines

Sprungbretts für die Ausbeutung der Völker und Reichtümer in der Region als Ganzes zu stärken. Gleichzeitig versucht man, mit der Strategie des „Demokratieexports“ die Unterstützung für Demokratie auf die imperialistische Besatzungsstruktur auszuweiten. Die Völker können sich nicht den „besseren Imperialisten“ aussuchen. Sie müssen ihren Kampf gegen die Pläne aller Imperialisten intensivieren, um das Joch der Unterdrückung in Afghanistan und der Region insgesamt abzuwerfen.

Elena Băsescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Die Probleme Afghanistans und Pakistans beschränken sich nicht nur auf diese beiden Länder. In Wirklichkeit betreffen sie uns alle. Die in Afghanistan begonnene Mission muss zu einem Ende gebracht werden. Vor diesem Hintergrund zieht Rumänien offen die Möglichkeit in Betracht, sein Engagement in diesem Land zu erhöhen, dazu gehören auch Verstärkungen im Bereich der Armeeausbildung und die Bereitstellung medizinischer und institutioneller Unterstützung. Es sind derzeit 1020 rumänische Soldaten in Afghanistan stationiert, deren Engagement für die Sicherstellung von Frieden und Stabilität von unseren Alliierten einstimmig gewürdigt wird. Wir müssen uns nicht nur an der militärischen Front einbringen, sondern auch bei der Stärkung der afghanischen Staatsinstitutionen, indem wir auf lokaler und regionaler Ebene verantwortungsvolle Verwaltung leisten, Korruption und Drogenhandel bekämpfen, Polizeibeamte ausbilden und technische Hilfe bei der landwirtschaftlichen Entwicklung leisten. In diesem Zusammenhang möchte ich die Ankündigung von Catherine Ashton über eine Erhöhung der Mittel, welche die Europäische Kommission für die Entwicklung in Afghanistan bereitstellt, erwähnen. Die Maßnahmen der Europäischen Union in Afghanistan und Pakistan müssen koordiniert werden. Die Situationen beider Länder sind eng miteinander verknüpft und der Erfolg in dem einen Land ist abhängig von dem anderen. Die Europäische Union muss ihre Partnerschaft mit Pakistan fortführen und diesem Land in seinem Kampf gegen Extremismus und Terrorismus beistehen, sowie bei den wirtschaftlichen Beziehungen und bei der Förderung der Menschenrechte.

Ricardo Cortés Lastra (S&D), *schriftlich*. – (ES) Es muss eine ausreichende internationale Präsenz sichergestellt werden, um dabei zu helfen, die grundlegenden Bedingungen für Frieden und Sicherheit zu schaffen, damit die Möglichkeiten der Regierung des Landes gestärkt, die Rechtsstaatlichkeit gefestigt, die Korruption bekämpft und die Menschenrechte beachtet werden können.

Wenn ich von Regierung spreche, beziehe ich mich auch auf die subnationale Ebene, die näher an den Bürgern ist, und auf verantwortungsvolles Regieren im weitesten Sinne, alle Stakeholder in Afghanistan inbegriffen. Die Entwicklung des Landes und die Entwicklung der Landwirtschaft, der Infrastruktur und des Handelssektors erfordern dringend ein Klima des Friedens und der Stabilität und, vor allem, den Schutz der Bürger durch Bekämpfung der Straflosigkeit und der rechtlichen Unsicherheit, die sie direkt beeinträchtigen.

Nichtsdestotrotz dürfen die dringlichen täglichen Probleme, vor die sich die Bürger gestellt sehen, nicht in Vergessenheit geraten. Diese Probleme beschränken sich nicht nur auf die Sicherheit, sondern betreffen Nahrungsmittel, Gesundheit und Bildung. Afghanistan wird überleben, und zwar dank der Stärke und der Anstrengungen der afghanischen Bevölkerung selbst. Wir müssen sie jedoch dabei unterstützen und insbesondere dürfen wir ihr diese Unterstützung nicht dann vorzeitig entziehen, wenn sie sie am meisten benötigt.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *schriftlich*. – (CS) Wenn es auf der Welt ein eindrucksvolles Beispiel für die Unfähigkeit der EU gibt, eine unabhängige Position gegenüber einem von den Vereinigten Staaten geschaffenen Problem einzunehmen, dann ist es die derzeitige unselige Situation in Afghanistan: eine zerschlagene Infrastruktur, mehrere Generationen mit geringfügigen Aussichten auf eine Ausbildung, mittelalterliche Bedingungen im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Geschlechter und die weltweite Führung im Hinblick auf absolute Korruption. Zusammen mit der Produktion von mehr als 70 % des weltweiten Opiumertrags und einer erhöhten Aktivität terroristischer Gruppen zeugt diese Situation von einer totalen Unfähigkeit der Besatzungsmacht. Die altbekannten Muster von Unrecht, auch gegenüber gewählten Vertretern, in Kombination mit den rechtswidrigen Praktiken der amerikanischen Administration haben ein instabiles Umfeld geschaffen. Die ständigen Verweise auf den fehlenden Respekt vor der menschlichen Würde unter der sowjetischen Besatzung stellen einen vergeblichen Versuch dar, das derzeitige Chaos und die Anarchie zu überspielen. Mit mehr als zwei Millionen Flüchtlingen in Pakistan und einer durchlässigen Grenze zwischen den Staaten bestehen ausgezeichnete Voraussetzungen für das Eindringen bewaffneter Gruppen in die südlichen und östlichen Teile des Landes. Die Paschtunenstämme haben lange Zeit auf beiden Seiten der Grenze gelebt, und in dem derzeitigen Chaos ist es schwierig festzustellen, wer woher kommt. Die Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2008 beschreibt diese Situation genau, es muss jedoch gesagt werden, dass die optimistischen Behauptungen unangebracht sind. In der derzeitigen Lage machen eine Verstärkung der militärischen Präsenz und weitere Transfers von finanziellen Mitteln und Expertenteams überhaupt keinen Sinn. Die Situation hat sich im Laufe des letzten Jahres merklich

verschlechtert und die optimistischen Behauptungen der Europäischen Kommission fußen nicht auf der derzeitigen Wirklichkeit in Afghanistan.

Krzysztof Lisek (PPE), *schriftlich*. – (PL) Wir müssen unbedingt die Initiative ergreifen, um die Situation in Afghanistan zu verbessern. Wichtige Maßnahmen sind insbesondere: die Ausbildung von Polizeibeamten, Militärpersonal, im Gerichtswesen beschäftigten Personen und Lehrern, sowie der Kampf gegen die Produktion von und den Handel mit Drogen. Das wird eine Stabilisierung des Sozialsystems in Afghanistan ermöglichen. Zweifelsohne ist es ebenfalls notwendig, das Militär- und Polizeikontingent zu erhöhen und die Anstrengungen in den Grenzgebieten zu Pakistan zu verdoppeln, um Waffen- und Drogenlieferungen zwischen den beiden Ländern zu verhindern. Es lohnt sich bereits darüber nachzudenken, in welche Richtung sich die afghanische Wirtschaft in Zukunft entwickeln sollte, damit die Menschen in der Lage sein werden, den Anbau von Mohn und den Handel mit Drogen aufzugeben. Kurz gesagt, die militärischen und polizeilichen Schritte sollten von zivilen Maßnahmen begleitet werden: Unterstützung bei dem Aufbau der Strukturen eines afghanischen Staates und Entwicklungshilfe.

10. Belarus (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung sind die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Belarus.

Cecilia Malmström, *amtierende Ratspräsidentin*. – (SV) Herr Präsident, ehrenwerte Abgeordnete, das Verhältnis der EU zu Belarus ist nicht ganz unproblematisch. Ich möchte diese Aussprache damit beginnen, die Beweggründe des Rates für seine im November getroffene Entscheidung in Bezug auf die Beziehungen der EU zu Belarus zu erklären. Wie ich weiß, ist diese Frage für viele Abgeordnete von großem Interesse.

Als wir die Angelegenheit diskutierten, haben wir uns auf zwei wichtige Aspekte konzentriert. Einerseits wollte die EU ein klares Signal aussenden, dass wir mit den unzureichenden Fortschritten der letzten Monate nicht zufrieden sind. Andererseits wollten wir die nachfolgenden Schritte im Rahmen unseres Dialogs mit Belarus einleiten, mit dem Ziel, Minsk zu ermutigen, in mehreren Bereichen Maßnahmen zu treffen.

Meiner Ansicht nach war das Ergebnis eine ausgewogene Entscheidung unter Berücksichtigung der genannten Aspekte. Sie beinhaltet drei wichtige Punkte.

Erstens weiten wir unsere Sanktionen aus, während gleichzeitig die Reisebeschränkungen für fast alle betroffenen Personen aufgehoben werden. Davon ausgenommen sind vier Personen, die direkt mit den Fällen politischen Verschwindens und dem Vorsitz der zentralen belorussischen Wahlkommission in Verbindung gebracht werden.

Zweitens stehen wir möglichen Visumerleichterungen und Rückübernahmevereinbarungen zwischen der EU und Belarus offen gegenüber.

Drittens besteht die Aussicht auf ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Belarus. Natürlich würde dies positive Entwicklungen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit erfordern. Die Kommission ist gebeten worden, vorbereitende Arbeit auf Basis der Aktionspläne zu leisten, die im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik entwickelt worden sind.

In unserer Debatte haben wir berücksichtigt, dass sich die Situation in Belarus im Vergleich mit der Lage vor 18 Monaten verbessert hat, trotz des Umstands, dass es auch einige Rückschritte gab. Der Ausschluss einer Studentin von der Universität aufgrund ihrer Teilnahme an einem Forum zur Östlichen Partnerschaft ist ein sehr ernstzunehmendes Beispiel dafür.

Der Übergang von einer autoritären Gesellschaft zu einer Demokratie ist – wie viele Abgeordnete dieses Parlaments sehr genau wissen – ein sich schrittweise vollziehender Prozess. Belarus wird Zeit brauchen und es wird viele Hindernisse auf dem Weg geben. Daher wird hier unsere volle Unterstützung vonnöten sein.

Die globale Finanzkrise bietet sogar Möglichkeiten der Einflussnahme. Die belorussische Wirtschaft liegt danieder und Russland ist nicht länger bereit, für das Land zu bürgen. Auf dem Energiesektor sind die niedrigen Gaspreise nur noch eine blasse Erinnerung.

Können wir also diese Situation dahingehend ausnutzen, Belarus zu einem Spurwechsel zu ermutigen? Das ist nur auf dem Weg des Dialogs möglich. Wir müssen dazu beitragen, die vorsichtige Bewegung in Richtung

mehr Offenheit zu bestärken. Wir müssen die Wirksamkeit unserer Strategie der Sanktionen prüfen. Die im letzten Jahr getroffene Entscheidung über die Aufhebung der Visumbeschränkungen nach der von Minsk angeordneten Freilassung der letzten Gefangenen im August 2008 hat dabei geholfen, unseren Dialog an manchen Stellen voranzubringen.

Die Anwendung von Sanktionen ist für die Europäische Union ein wichtiges Instrument, um Druck auszuüben. Gleichzeitig hat die Kommission eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, die auf eine Zusammenarbeit mit Belarus abzielen. Außerdem ist das Land an der Östlichen Partnerschaft beteiligt. Unsere Unterstützung für Belarus im Rahmen des Internationalen Währungsfonds ist ebenfalls als ein positiver Schritt zu werten.

Wir haben die Bedingungen festgelegt und unsere Vorgehensweise muss nun von Vernunft und Vorsicht gekennzeichnet sein. Mit der Entscheidung, die Aufhebung der Visumverbotsliste auszuweiten, haben wir ein Signal ausgesendet, dass erfolgte positive Änderungen auch wirklich belohnt werden. Wenn sich die Dinge weiterhin in diese Richtung entwickeln, können wir einen Schritt weitergehen.

Zur Zeit konzentriert sich die Debatte auf zwei mögliche Alternativen. Eine ist die Ausarbeitung eines formellen Abkommens und die andere sind mögliche Visumerleichterungen und Rückübernahmevereinbarungen. Die Haltung des Rates hat die Grundlage für eine genauere Auseinandersetzung mit diesen Fragen geschaffen.

Ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen könnte zu einer gänzlich neuen Formalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Belarus führen. Es bietet die Gelegenheit, Bedingungen mit unseren unterschiedlichen Mitteln, im Rahmen eines rechtlich verbindlichen Abkommens Druck auszuüben, zu verknüpfen. Ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen würde Belarus ebenfalls in die Lage versetzen, ganz und gar an dem bilateralen Element der Östlichen Partnerschaft teilzuhaben.

Was die Visumerleichterungen angehen, so steht die Absicht dahinter, dass sich diese Maßnahme an gewöhnliche Leute, die Öffentlichkeit, statt an die politische Elite richtet. Sie bedeuteten eine wichtige Chance, Kontakte zwischen der Zivilgesellschaft und den Bürgern von Belarus und der EU zu fördern und könnten eine entscheidende Rolle bei der Öffnung und Beeinflussung der belorussischen Kultur spielen. Die Ziele der Östlichen Partnerschaft stehen hiermit völlig im Einklang.

Visumerleichterungen sind an die Rückübernahme geknüpft. Dies sollte allerdings kein gravierendes Problem darstellen, da Belarus seine Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, bei Angelegenheiten in Bezug auf Grenzkontrollen zu kooperieren.

Belarus ist ein Land in wichtiger Lage an der östlichen Grenze der EU. Folglich haben wir ein Interesse an der Modernisierung bzw. Entwicklung von Belarus und dem Aufbruch in Richtung eines freien, demokratischen Landes. Als einem Grundpfeiler unserer Sicherheitspolitik messen wir der Tatsache, Tür an Tür mit demokratischen Nachbarländern zu leben, große Bedeutung bei.

Wir müssen uns bemühen, Belarus unsere Werte – wie Demokratie, eine Marktwirtschaft und die Achtung vor den Menschenrechten – näher zu bringen. Hier besteht eine deutliche Parallele zu der Art und Weise, wie wir die Partnerschaften mit einer Reihe von Ländern sowohl in östlicher als auch südlicher Richtung gestalten.

Zum Schluss möchte ich hervorheben, dass wir selbstverständlich weiterhin klare Bedingungen für unsere Beziehungen mit Belarus formulieren müssen. Das Land muss weitere Schritte nach vorne machen. Präsident Lukaschenkos repressive Strategien müssen durch mehr Demokratie und Toleranz ersetzt werden. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit müssen eingehalten werden. Diese Botschaft senden wir bei allen, zwischen den Mitgliedstaaten und Belarus stattfindenden bilateralen Kontakten aus.

Der Dialog ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unsere Forderungen in konkrete Ergebnisse münden. Daher haben wir im Rat auch die verstärkten Kontakte mit dem Ziel, den Übergang zur Demokratie zu stärken, begrüßt. Wir werden fortfahren, unsere Unterstützung der für Reformen und europäische Integration arbeitenden Demokratiebewegung und Zivilgesellschaft in Belarus auszuweiten. Für die wichtige Unterstützung und das Engagement, die das Europäische Parlament bei dieser Arbeit gezeigt hat, sind wir sehr dankbar.

Benita Ferrero-Waldner, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, liebe Kollegen, Frau Ratspräsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, ich freue mich, heute mit Ihnen über unsere sehr wichtigen, aber auch sehr schwierigen Beziehungen zu Belarus zu sprechen. Ich halte dies für wichtig, da Belarus in der Mitte unseres Kontinents liegt; und die Schwierigkeit besteht darin, dass die eigenen Entscheidungen des Landes in Bezug

auf seine eigene Zukunft und die Beziehungen mit der EU weiterhin unklar sind. Es bleibt abzuwarten, wie sie sich gestalten werden, daher müssen wir die Arbeitsbeziehungen nach wie vor aufrechterhalten.

Im Laufe der letzten beiden Jahre hat die Europäische Union schrittweise versucht, mit Belarus zusammenzuarbeiten und weitere Reformen zu fördern und auf die, wie ich leider sagen muss, bisher bescheidenen Ansätze aufzubauen. Meiner Überzeugung nach wird der produktivste Ansatz in Bezug auf Belarus eine pragmatische Vorgehensweise sein. Unser Dialog mit diesem Land ist zwar an positive Schritte seitens Belarus gebunden, aber wir selbst müssen auch zumindest eine gewisse Flexibilität an den Tag legen.

Wir haben klar signalisiert, dass wir Belarus gerne seinen Platz als vollwertiger Teilnehmer an der europäischen Nachbarschaftspolitik einnehmen sähen und dass die bilaterale Schiene der Östlichen Partnerschaft für Belarus freigemacht werden kann, wenn das Land durch nachhaltiges Handeln seine Absicht kundtut, unwiderrufliche Schritte in Richtung demokratischer Reformen zu unternehmen.

In der Zwischenzeit haben wir unseren guten Willen mit einer Reihe wichtiger Maßnahmen gezeigt. Mehrere seitens der EU auf höchster Ebene angesetzte Besuche in Belarus in diesem Jahr haben dazu beigetragen, den politischen Austausch zu stärken. Im Juni 2009 haben wir einen Dialog über Menschenrechtsfragen initiiert. Die Kommission ist zunehmend in technische Dialoge mit Belarus über Fragen beiderseitigen Interesses involviert.

Im letzten Monat hat beispielsweise der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen entschieden, in Anbetracht eines nicht vorhandenen entscheidenden Fortschritts bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten die bestehenden restriktiven Maßnahmen, insbesondere das Verbot der Visumerteilung und das Einfrieren von Vermögenswerten, bis Oktober 2010 zu verlängern.

Um jedoch eine demokratische Weiterentwicklung zu fördern, hat der Rat auch die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen verlängert. Und der Rat hat zwei weitere Entscheidungen getroffen, um Belarus zu ermutigen, auf dem Pfad der Reformen zu bleiben. Ich begrüße es sehr, dass die Kommission nun die Arbeit zum Thema Visumerleichterungen aufnehmen kann, sowie zu einem alternativen ENP-Aktionsplan, dem „gemeinsamen Interimsplan“. Diese Initiativen liefern einen Anreiz für Schritte in Richtung Demokratie in Belarus, was meiner Ansicht nach auch sicherlich richtig aufgefasst werden wird: einerseits von der Regierung, andererseits aber insbesondere von den Menschen.

Der gemeinsame Interimsplan wird sowohl mit den Behörden als auch der Zivilgesellschaft in Belarus ausgearbeitet werden und ich hoffe, er wird die Tür zu einem ausführlicheren Dialog mit Belarus aufstoßen, auch über heikle politische Fragen.

In meinen Dienststellen werden derzeit Empfehlungen vorbereitet, deren Hauptaugenmerk auf der Verhandlung von Richtlinien für Visumerleichterungen und Rückübernahmevereinbarungen liegt. Visumerleichterungen stellen für das belorussische Volk eine Priorität dar, und ich würde gerne mehr sich frei bewegende, studierende bzw. geschäftlich tätige belorussische Besucher in der Europäischen Union sehen. Selbstverständlich liegt jedoch die letzte Entscheidung über die Verhandlungsrichtlinien beim Rat.

Darüber hinaus ist die Kommission bereit, die finanziellen Hilfszuwendungen an Belarus für den Zeitraum von 2010 – 2013 zu erhöhen. Wir haben ein Makrofinanzhilfepaket in Höhe von 200 Mio. EUR vorgelegt, für das wir die Zustimmung des Parlaments beantragen. Die Kommission unterstützt die Idee der EIB, Belarus in das neue Mandat der Bank einzubeziehen. Ich hoffe wirklich, dass die Bewegung hier nicht ins Stocken geraten wird.

Wenn Belarus jedoch näher an die EU heranrücken möchte, steht außer Frage, dass das Land dies durch sein Handeln zum Ausdruck bringen muss. Mit politischen Gefangenen und politisch motivierten Verfolgungen muss Schluss sein. Eine Reform der Wahlgesetze gemäß den Empfehlungen der OSZE/ODIHR wird dringend benötigt. Die Pressefreiheit, freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit sollten zugelassen und zur Regel werden. Die Europäische Union ermutigt Belarus ebenfalls, die Todesstrafe abzuschaffen bzw. diesbezüglich ein Moratorium zu erlassen. Wir fordern bessere Bedingungen für Nichtregierungsorganisationen, Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsaktivisten. All diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, die Entwicklung in Richtung einer engeren Partnerschaft zwischen Belarus und der Europäischen Union zu beschleunigen.

Abschließend ist unser Angebot an Belarus daher klar. Die Europäische Union ist bereit, eng mit Minsk zusammenzuarbeiten und den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu unterstützen. Wir würden jedoch maßgebliche positive Schritte seitens der belorussischen Führung begrüßen, welche uns in die

Gelegenheit böten, unsere Beziehungen in der gleichen Weise zu entfalten, wie es mit anderen östlichen Partnern der Fall ist, sofern diese ihren Teil dazu beitragen.

Jacek Protasiewicz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, warum wohl hat meine politische Fraktion auf eine Entschließung im Anschluss an die Aussprache bestanden? Nicht nur, um unsere Unterstützung für die vom Rat getroffene Entscheidung zum Ausdruck zu bringen – denn es handelt sich hier um eine weise Entscheidung und um eine richtige Entscheidung, und ich stimme beiden Ihrer Argumente –, sondern der Hauptgrund liegt in dem kürzlich in Belarus zu beobachtenden Anstieg von Repressionen. In der Entschließung werden all diese Fälle angesprochen werden, und sollten einige während der Ausarbeitung der Entschließung unter den Tisch fallen, so können Sie sich sicher sein, dass sie in Form eines Änderungsantrags wieder auftauchen werden, entweder seitens der EVP in schriftlicher Form oder morgen von mir in mündlicher Form.

Es gibt noch ein weiteres Thema, das erst heute von den Medien aufgedeckt worden ist, nämlich ein neuer, von Alexander Lukaschenko ausgearbeiteter Gesetzesentwurf, der auf eine totale Kontrolle des Internets abzielt, ganz wie in China oder sogar in Nordkorea. Meiner Ansicht nach sollten wir auch darauf eingehen.

Warum passieren all diese Dinge in Belarus? Meiner persönlichen Meinung nach ist dies zum Teil den unbedachten – mit Verlaub, unklugen – Besuchen des Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi geschuldet, der sich mit Alexander Lukaschenko getroffen und ihn als demokratisch gewählten Führer gelobt, aber keine Zeit für ein Treffen mit der Opposition gefunden hat, und auch, kurz zuvor, dem litauischen Präsidenten, der Lukaschenko in meines Erachtens unbedachter Weise nach Litauen eingeladen hat.

Schließlich möchte ich Sergei Kovalevs Rede von heute morgen ansprechen, der unter Verwendung eines Sacharow-Zitats sagte, die westliche Welt sollte sowohl Angebote machen als auch Forderungen stellen. Das ist der Punkt. Wir sollten eine fundierte Zusammenarbeit mit Belarus anbieten, aber wir sollten von den belorussischen Behörden auch einen wirklichen Fortschritt auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit fordern.

Kristian Vigenin, *im Namen der S&D-Fraktion*. – (BG) Frau Ministerin, Frau Kommissarin, der Einschätzung, dass Belarus ein schwieriger Partner für die Europäische Union ist, kann ich nur zustimmen.

Wir können jedoch die von der Kommission und dem Rat im letzten Jahr vertretene Vorgehensweise gegenüber diesem Land nicht unterstützen. Der darauf basierende Ansatz, Belarus in Abhängigkeit von angemessenen Entscheidungen seitens der Behörden in Belarus schrittweise die Tür zu öffnen, erscheint uns nicht als der ideale Weg, um das Land nach und nach in ein demokratisches Land zu verwandeln bzw. es zumindest unseren diesbezüglichen Vorstellungen näher zu bringen.

Wir möchten konkretere Vorstöße in den von der Europäischen Kommission und dem Rat verabschiedeten Maßnahmen sehen sowie eine stärkere Fokussierung auf die eigentlichen Bürger in Belarus, denn nur so bringen wir die Bürger dazu, sich hinter diese Sache zu stellen, die wir dort im Dialog mit den belorussischen Behörden zu fördern versuchen, nämlich Demokratisierung, Offenheit und das Abhalten freier und demokratischer Wahlen. Im heutigen Europa ist es unvorstellbar, dass diese Entwicklung in einem europäischen Land nicht vollzogen werden kann.

Unsere Probleme im Zusammenhang mit der Östlichen Partnerschaft sind ebenfalls mit dieser Frage verknüpft. Ihnen ist bewusst, dass das Europäische Parlament keine offiziellen Beziehungen mit dem belorussischen Parlament unterstützt, da die Abgeordneten in Belarus unserer Ansicht nach nicht im Rahmen fairer und demokratischer Wahlen gewählt werden, und das bedeutet, dass dieses Parlament nicht unser offizieller Partner sein kann.

Ebenfalls damit verbunden ist die bevorstehende Gründung einer Parlamentarischen Versammlung Östliche Partnerschaft, die sich mit bestimmten Problemen konfrontiert sieht. Unser Ansatz wird jedoch darin bestehen, gemeinsam mit der Kommission und dem Rat den Versuch einer gemeinsamen Strategie zu unternehmen, damit wir auch auf parlamentarischer Ebene bereit sind, angemessene Initiativen für Belarus auf den Weg zu bringen, sofern die Belorussen die Ihnen obliegenden Maßnahmen umsetzen und die unsererseits an Sie gestellten Anforderungen erfüllen.

In diesem Zusammenhang fordere ich das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und den Rat auf, sich in ihren Bemühungen zusammenzuschließen, um Einzelaktionen wie die von Ministerpräsident Berlusconi, die der allgemeinen Sache schaden und Lukaschenko weiter bestärken, zu vermeiden. Dies gilt es zu verhindern.

Ivars Godmanis, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte mit einem weiteren Vorschlag aufwarten, denn zwischen dem Parlament und den Behörden herrscht in der Tat ein sehr eisiger Ton, wir haben jedoch Kontakt zu der Opposition. Mein Vorschlag besteht darin, die Organisation einer Konferenz anzuregen, in Lettland oder an einem anderen Ort, bei der es Teilnehmer seitens der Behörden und der Opposition gäbe. Die Themen der Konferenz wären erstens: Energie, Sicherheit, Wirtschaft, Transitprobleme (die in Belarus ebenso wie für die EU von großer Bedeutung sind); zweitens: Visumfragen, Nachbarschaftsfragen bezogen auf die Bürger; drittens: Schwierigkeiten mit der Demokratesituation, Parteiprobleme und Menschenrechte; und viertens: die belorussische Sichtweise – wie sieht das Land in Wahrheit die Östliche Partnerschaft in der nahen Zukunft? Letztendlich bin ich der Meinung, dass wir u.a. mit diesem Kurs ein wenig Tauwetter in der momentan wirklich eisigen Situation einläuten können. Der Austausch muss in beide Richtungen erfolgen, mit einseitigen Maßnahmen werden wir nichts erreichen.

Werner Schulz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor etwa zwei Wochen hat der italienische Ministerpräsident als erster westlicher Regierungschef seit Jahren wieder Weißrussland besucht. Er hat die Arbeit und die Politik von Präsident Lukaschenka gelobt und die hohe Wahlbeteiligung als Ausdruck der hohen Bewunderung und der Liebe des Volkes gegenüber seinem Präsidenten gewürdigt. Er hat leider vergessen, die Opposition zu besuchen, wie das sonst üblich ist. Und die Reaktion war nicht etwa, dass Schritte der Liberalisierung in Belarus festgestellt wurden, sondern der Kurs gegenüber der Opposition ist eher verschärft worden. Es kam zu Repressionen, es gab Rempeleien und Prügeleien und dergleichen mehr.

Auch deswegen haben wir heute diese EntschlieÙung eingebracht, um deutlich zu machen, hinter welchen Kräften wir stehen, welche Ansätze von Zivilgesellschaft wir unterstützen und dass man von einer Partnerschaft, die ja bisher auf Eis liegt, erst dann reden kann, wenn auch der Menschenrechtsdialog mit Weißrussland wieder in vollem Umfang geführt wird. Das heißt Redefreiheit, Meinungsfreiheit, eine freie Arbeit der Opposition, die Zulassung von oppositionellen Parteien und dergleichen mehr. Das ist uns wichtig, das muss künftig die Partnerschaft bestimmen. Wir hoffen, dass die Europäische Union hier eine einheitliche Linie findet und die künftige Außenministerin diese auch mit voller Kraft vertritt.

Valdemar Tomaševski, *im Namen der ECR-Fraktion*. – (LT) Herr Präsident, Belarus, ein in Zentraleuropa gelegenes Land, ist die historische Wiege des Großherzogtums Litauen. Das Herzogtum hat die Werte westlicher Zivilisationen in seiner nordöstlichen Randzone verteidigt. Es ist daher als positiv zu werten, dass die am 17. November dieses Jahres zum Ausdruck gebrachten Schlussfolgerungen des Rates neue Gelegenheiten für einen Dialog, sowie einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Belarus schaffen.

Nach unseren Worten und Gesten müssen wir jedoch handfeste Taten sprechen lassen. Lassen Sie uns mit den zwischenmenschlichen Beziehungen beginnen. Diese müssen durch die Einbindung des Landes in Prozesse auf europäischer und regionaler Ebene gestärkt werden. Ich fordere die Kommission auf, zügig Empfehlungen für Richtlinien mit dem Ziel einer Vereinfachung der Visumregelungen und einer kompletten Abschaffung der Visumpflicht innerhalb der 50 km-Grenzzone auszuarbeiten. Die Menschen in Zentraleuropa müssen das Recht und die Gelegenheit haben, sich frei in beide Richtungen zu bewegen.

Jiří Maštálka, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (CS) Ich habe mir die EntschlieÙungsentwürfe zu dem fraglichen Thema sorgfältig durchgelesen und die Diskussion mit Interesse verfolgt. Es scheint mir, dass die Mehrzahl der unterbreiteten Entwürfe die Bemühung erkennen lassen, eine positive Wende in den bis dato frostigen Beziehungen zwischen der EU und Belarus herbeizuführen. Meiner Ansicht nach bietet das Projekt der Östlichen Partnerschaft eine gute Gelegenheit, eine deutliche Verbesserung in unseren Beziehungen zu bewirken. Ich möchte erstens hervorheben, dass im wirtschaftlichen Bereich ein pragmatischer Ansatz vorherrscht, ein ausschließlich einseitiger Prozess ist jedoch unbefriedigend. Die EU muss sich auch gegenüber den belorussischen Gütern und Dienstleistungen öffnen. Zweitens ist es meiner Meinung nach wichtig, die finanziellen Mittel für Belarus im Rahmen der Östlichen Partnerschaft zügig freizugeben. Drittens könnte der Dialog durch eine gelockerte Visumpolitik der EU gefördert werden. Viertens sollten wir der ökologischen Komponente unserer Zusammenarbeit mehr Unterstützung zuteil werden lassen. Wir alle wissen, dass Belarus unter der Tschernobyl-Katastrophe gelitten hat und unsere Hilfe wird hier mehr als willkommen sein. Obgleich ich mit den historischen und politischen Umständen in Belarus vertraut bin, glaube ich fest daran, dass auch für Belarus die Zeit gekommen ist, in die Reihen der Länder aufzurücken, welche die Todesstrafe gesetzlich verboten haben.

Fiorello Provera, *im Namen der EFD-Fraktion*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, in Erwiderung auf den vorherigen Redner möchte ich wiederholt auf das Recht jedes Staats- bzw. Regierungsoberhauptes

hinweisen, Regierungen inner- oder außerhalb Europas zu besuchen, sofern dies den Wünschen des Rates entspricht. Daher verstimmt mich diese vorsorgliche Tadelung des italienischen Ministerpräsidenten sehr.

Um jedoch zum Thema zurückzukehren - Belarus hat durch die Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft seinen Willen kundgetan, mit Europa auf dem Weg in Richtung wirtschaftlicher Entwicklung und Reformen an einem Strang zu ziehen. Die Kommission hat bestimmte, in Belarus erzielte Fortschritte gewürdigt, wie etwa die Freilassung politischer Gefangener, eine Reform des Wahlgesetzes und die Möglichkeit, bestimmte Oppositionszeitungen in Umlauf zu bringen, wenn auch unter der Kontrolle der Regierung. Dies bedeutet zwar keine vollständig ausgebildete Demokratie, aber es ist sicherlich ein Abschied von der Vergangenheit.

Daher sieht sich die Europäische Union mit der Option konfrontiert, Reformen durch den Dialog im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und von Euronest zu ermutigen und gleichzeitig eine Strategie der Wachsamkeit hinsichtlich der erzielten Ergebnisse und unternommenen Schritte zu verfolgen. Daher bin ich dafür, Herrn Vigenin die Aufgabe zu übertragen, mit Minsk einen Konsens über eine zufriedenstellende, nicht nur auf die Zivilgesellschaft begrenzte, sondern auch Mitglieder des belorussischen Parlaments einschließende Vertretung in der Euronest-Versammlung zu erzielen.

Dies würde uns in die Lage versetzen, auch bei die Menschenrechte beinhaltenden Themen in einen Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern zu treten und einen Kommunikationskanal zu der Regierung zu öffnen, um den Reformprozess zu unterstützen. Somit gäbe es auch keine Entschuldigung mehr für fehlende Reaktionen bzw. nicht zufriedenstellende Antworten.

Peter Šťastný (PPE). – (SK) Belarus verdient mehr Aufmerksamkeit, sowohl von der EU als auch von dem Europäischen Parlament. Zweifelsohne befürworte ich das Ausstrecken einer helfenden Hand, solange die Reaktion auf der anderen Seite eindeutig messbar und adäquat ist. Dennoch müssen wir in unseren Forderungen Prinzipientreue unter Beweis stellen. Die Nutznießer werden dann die Demokratie, die guten Beziehungen zwischen der EU und Belarus und ganz bestimmt die Bürger dieses Landes sein.

Daher begrüße ich die an die Adresse von Belarus erfolgte Einladung, an der gemeinsamen parlamentarischen Euronest-Versammlung unter der klaren Voraussetzung eines 5+5-Formats für die Delegierten teilzunehmen, was von dem Europäischen Parlament nachhaltig unterstützt wird. Andererseits ist der erhebliche Prinzipienbruch im Zusammenhang mit den offiziellen Besuchen von Vertretern der EU-Mitglieder bedauerlich. Eines dieser Prinzipien für einen offiziellen Besuch in Belarus sieht ein Treffen mit der Opposition vor. Genau dieses Prinzip ist durch das Fehlen eines solchen Treffens bei dem kürzlich erfolgten Besuch seitens der führenden Amtsperson eines einflussreichen Mitgliedstaates der EU schamlos verletzt worden. Ein derartiges Verhalten versetzt unseren Bemühungen einen Tiefschlag, beschädigt den guten Namen der Europäischen Union und ihrer Organe und hilft sicherlich nicht dabei, die Demokratie in Belarus zu stärken.

Justas Vincas Paleckis (S&D). – (LT) Seit sechs Jahren habe ich im Europäischen Parlament behauptet und behaupte weiterhin, dass die Europäische Union den Bürgern in Belarus und in der EU viele Vorteile bringen wird, besonders im Falle benachbarter Länder, und zwar nicht durch das Verhängen von Sanktionen oder Einschränkungen, sondern indem man die Türen so weit wie möglich für eine Zusammenarbeit zwischen den Menschen öffnet, insbesondere zwischen den jungen Menschen, und für engere Kontakte im Geschäftsleben, der Kultur, der Wissenschaft und in anderen Bereichen.

Es ist sehr erfreulich, dass Brüssel durch eine Annäherung an Belarus und seine Menschen nun schon im zweiten Jahr pragmatisch nach einer Änderung strebt. Ja, die Politik muss noch all die erhofften positiven Ergebnisse liefern, aber eine Rückkehr zu vergangenen Verhaltensmustern wäre wirklich falsch. Daher unterstütze ich die Aktionen des Rates und der Kommission, und insbesondere die Aussicht auf einen Aktionsplan für Belarus.

Als die neuen EU-Länder vor zwei Jahren dem Schengen-Abkommen beitraten, verlagerten sich die Überbleibsel der Berliner Mauer metaphorisch gesprochen weiter gen Osten. Während die in vielen Fällen miteinander verwandten Bewohner von Litauen, Lettland, Polen und Belarus früher in der Lage waren, sich gegenseitig zu besuchen, ohne etwas zu zahlen, müssen die Belorussen nun fast ein halbes Monatsgehalt für ein Schengen-Visum opfern. Solche bürokratischen und finanziellen Schranken müssen so schnell wie möglich eingerissen werden. Andererseits lassen Minsks Schachzüge zur Verzögerung des Abkommens mit Litauen und anderen Staaten über vereinfachte Reiseregelungen für Bewohner der Grenzregion Zweifel an dem guten Willen der Behörden aufkommen.

Umfragen zufolge sprechen sich in Belarus ungefähr 30 % der Einwohner für bessere Beziehungen zur Europäischen Union aus. Indes würden sich 28 % der Einwohner bessere Beziehungen zu Russland wünschen.

Dies stellt keinen Widerspruch dar. Die Europäische Union hat wirklich nicht die Absicht, Belarus und Russland auseinanderzureißen oder sie zu Feinden zu machen. Nicht der Westen benötigt Reformen, sondern die Belorussen selbst.

Nun, möglicherweise helfen eine dynamische wirtschaftliche Modernisierung und die Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft dabei, diese Aufgabe zu bewältigen.

Paweł Robert Kowal (ECR). – (PL) Herr Präsident, während ich die Aussprache verfolgt habe, entstand bei mir der Eindruck, dass wir zu wenig über unser Hauptziel sagen, nämlich freie Wahlen in Belarus. Diesem Punkt sollten wir unsere ungeteilte Aufmerksamkeit schenken. Als aus demokratischen Wahlen in unseren jeweiligen Ländern hervorgegangene Abgeordnete können wir dieses Hauptziel nicht vernachlässigen.

Ich bin davon überzeugt, dass sowohl im Lager der Opposition als auch im Regierungslager viele Leute darauf warten, dass wir über freie Wahlen sprechen. Auch sie warten auf dieses Signal. Dies weiß ich aus eigener Erfahrung. Sie verdienen eine klare und deutliche Antwort. Wir kämpfen für freie Wahlen in Belarus und für den Status des Landes als freier Partner in Europa. Gestern konnten wir eine Erklärung von Frau Ferrero-Waldner zum Sarkozy-Plan erhalten, und dafür danke ich ihr.

Heute geht mir etwas anderes durch den Kopf. Ich wünsche mir von Frau Ferrero-Waldner eine klare Aussage, dass es vor dem Abhalten freier Wahlen in Belarus in den Bereichen, für die sie verantwortlich ist, keine politischen Kontakte mit dem Land geben wird, außer mit der Opposition, die nicht in dieser Weise auszuschließen ist. Bitte geben Sie dies öffentlich bekannt. Unsere Dankbarkeit wird Ihnen gewiss sein. Das wird unser Weihnachtsgeschenk sein.

Bastiaan Belder (EFD). – (NL) Herr Präsident, Anfang des Jahres, am Mittwoch, den 14. Januar, um es genau zu sagen, hatte ich ebenfalls die Ehre, in diesem Parlament an einer Aussprache zu Belarus teilzunehmen, bei der Frau Ferrero-Waldner auch zugegen war. Es versteht sich von selbst, am Ende der Sitzungsperiode das Vorhandensein wichtiger Änderungen in den EU-belorussischen Beziehungen zu prüfen; und meiner Ansicht nach ist das Jahr 2009 durch einen Status Quo zwischen Minsk und Brüssel gekennzeichnet. Welche Schlüsse sollten die europäischen Organe daraus ziehen? Erstens besteht nach wie vor die Gefahr, dass Präsident Lukaschenkos Regime in Belarus einfach weiter zwischen Moskau und Brüssel schwankt, bzw. zwischen einer vorgetäuschten Anbindung an Russland und einer vorgetäuschten Annäherung an die Europäische Union. Einerseits ist da Europas wirtschaftliche Affektivität; andererseits strebt die belorussische politische Elite nach einer Konsolidierung ihrer Macht. Die letzten Personaländerungen auf höchster politischer Ebene in Minsk deuten auf einen härteren Kurs hin.

Die Europäische Union sollte auf eine ausgewogene Strategie zurückgreifen, um die Gelegenheit zu ergreifen, einen allmählichen Mentalitätswechsel bei der Bevölkerung und der Elite herbeizuführen, eine Gelegenheit, die sich zusammen mit der globalen Wirtschaftskrise, die auch die Regierung Lukaschenko antreibt, zu handeln, aus dem jetzt etablierten Dialog bzw. den Strukturen für die Zusammenarbeit ergibt.

Kurz gesagt, müssen zu diesem Zweck sämtliche europäischen Organe mit allen belorussischen Zielgruppen in Kontakt treten, einschließlich der Behörden, der Oppositionskräfte, der Zivilgesellschaft und sogar der Zivilbevölkerung. Natürlich wird das Europäische Parlament auch einen wesentlichen Kontakt zum belorussischen Parlament suchen.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Das Experiment, Tauwetter in den Beziehungen zwischen der Union und Belarus zu einzuläuten, liefert auch weiterhin keine eindeutigen Ergebnisse. Politischer Druck seitens der Europäischen Union ist daher für das Fortdauern des sehr schwach umrissenen Richtungswechsels in Minsk unbedingt notwendig. Die Öffnung von Kommunikationskanälen zu den Behörden muss mit der Ablehnung des undemokratischen Parlaments in Minsk einhergehen. Zudem müssen wir penibel darauf achten, dass sich die freien Belorussen nicht zurückgewiesen fühlen, und so ist das gedankenlose Unterlassen von Treffen mit Vertretern der Opposition außerordentlich unverantwortlich.

Minsk muss erkennen, dass unsere Strategie ein Ziel hat – Demokratie in Belarus. Politische Änderungen werden nur dann möglich sein, wenn wir sicherstellen, dass die Belorussen Zugang zu unabhängigen Informationen haben. Ein Projekt, das heute unserer Unterstützung bedarf, ist insbesondere die Fernsehstation Belsat, welche seit zwei Jahren den einzigen Kanal in belorussischer Sprache anbietet, der einen unzensurierten Zugang zu Informationen über die Situation im Land leistet und sich wachsenden Interesses unter den Belorussen erfreut.

Paul Rübige (PPE). - Herr Präsident, sehr geehrte Ratspräsidentin, sehr geehrte Benita Ferrero-Waldner! Mich freut es ganz besonders, dass sich Benita Ferrero-Waldner als unsere Kommissarin immer für Demokratie und für Marktwirtschaft eingesetzt hat und auch hier in Belarus neue Maßstäbe gesetzt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich ihr sehr herzlich für ihre Tätigkeiten als Außenkommissarin danken, und ihr auch für die Zukunft alles Gute wünschen.

Marek Siwiec (S&D). – (PL) Herr Präsident, unsere aktuelle Lage deutet auf eine Art von Schizophrenie in unseren Kontakten mit Belarus hin. Denn die europäischen Staats- und Regierungschefs reden zwar mit dem Präsidenten und mit einer belorussischen Regierung, welche das belorussische Parlament und Regierungssystem repräsentiert. Das ist auch gut so. Wir weigern uns jedoch, mit einem Parlament zu sprechen, das aus schlecht organisierten, weder freien noch transparenten Wahlen hervorgegangen ist, weil wir unsere Prinzipien haben. Dieses schizophrene Verhalten muss irgendwann aufhören, und das sollte klar zum Ausdruck gebracht werden.

Der endgültige Zeitpunkt, an dem wir unsere Strategie gegenüber Belarus formulieren müssen, sind die Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Entweder werden sie gemäß den von uns akzeptierten Standards durchgeführt und attestieren dem Land ein großes Maß an Offenheit, oder sie werden nicht in dieser Form abgehalten und wir müssen uns von dem Gedanken an Transparenz in Belarus verabschieden, denn dann ist es offensichtlich, dass Herr Lukaschenko weiß, was er will, wohingegen wir nicht so wirklich genau wissen, was wir wollen.

Was aber Herrn Berlusconi angeht, so hat er viel über sich selbst preisgegeben, denn wenn für ihn die ideale Führung gleichbedeutend mit dem ist, was Lukaschenko tut, heißt es, dass diese Art von Führung ihn beeindruckt und wir können nichts weiter tun als danebenstehen und unser Bedauern darüber auszudrücken, dass es unter den 27 leitenden Amtspersonen der Länder der Europäischen Union so eine Führungspersönlichkeit gibt.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident, als ein langjähriger Beobachter des Landes halte ich es für wichtig, dass sich die EU weiterhin für Belarus engagiert. Belarus ist ein Land mittlerer Größe, das sich mehr und mehr selbst isoliert und in eine Art europäisches Kuba verwandelt. Der im Kern als ein Mensch vom Typ *Homo sovieticus* zu klassifizierende Präsident Lukaschenko versteht gleichwohl genau, worum es in der Machtpolitik geht, und daher brauchen wir vernünftige Wirtschaftsbeziehungen sowie politische Kontakte und Beziehungen zwischen der EU und Belarus. Daher unterstütze ich die letztendliche Aufhebung der gezielten Sanktionen und die letztendliche Ratifizierung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens.

Nach Jahren der Isolierung des Landes Belarus durch die EU bin ich nun ebenfalls der Auffassung, dass ein pragmatischer Ansatz nach dem Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“ die richtige Entscheidung ist. Wir müssen Kontakte zu der belorussischen Zivilbevölkerung sowie weniger kostspielige Visumregelungen ermöglichen und Belarus einen Beobachterstatus in der Euronest-Versammlung zugestehen, sowie Zugang zu den Programmen der Östlichen Partnerschaft.

Wir haben den Anfang mit einer großzügigen Geste gemacht, und ich fordere nun Minsk auf, uns durch eine verbesserte Bilanz bei den Menschenrechten und bei der Demokratie auf halbem Weg entgegenzukommen.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Die Politik der Europäischen Union gegenüber Weißrussland ist gewiss ein Beispiel für vernünftige Nachbarschaftspolitik. Man sollte der scheidenden Kommissarin Ferrero-Waldner diesbezüglich danken, dass sie hier erfolgreich tätig war.

Weißrussland sollte sehr wohl durch die Europäische Union im Reformprozess und auch bei der Demokratisierung unterstützt werden. Allerdings sollte man seitens der Europäischen Union oder der Mitglieder der Europäischen Union nicht so arrogant sein und glauben, dass die eigenen demokratiepolitischen Standards für alle Welt Vorbild sein müssen.

Eines ist im Verhältnis zu Weißrussland gewiss zu beachten: Wir haben, wenn wir ein gedeihliches Verhältnis zu Russland haben wollen, die Verpflichtung, irgendwo auch die historischen und geopolitischen Interessen des Kremls zu respektieren. Im Zusammenhang mit der europäischen Politik gegenüber Weißrussland ist das wahrscheinlich der sensibelste Punkt.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Es ist hier über die Notwendigkeit eines Jugend- und Kulturaustausches zwischen der Union und Belarus gesprochen worden. Leider wird sich das als sehr schwierig erweisen. Am 3. Dezember wurde Tatiana Szapučko, Sprecherin der oppositionellen Jugendorganisation Junge Front, von der Rechtsfakultät der Belorussischen Staatsuniversität exmatrikuliert. Warum wurde sie exmatrikuliert?

Weil sie an einem Forum zur Östlichen Partnerschaft in Brüssel teilgenommen hatte. Die Universitätsverwaltung vertrat die Ansicht, dass sie ohne ihre Zustimmung abgereist war und deshalb hat man sie der Universität verwiesen.

Vielleicht ist dies für eine Frau in Belarus nicht ganz so gefährlich, aber wenn in Belarus ein Mann der Universität verwiesen wird, können die Folgen weitaus unangenehmer sein, denn dort gilt der Militärdienst als Bestrafung, als Ersatz für eine Gefängnisstrafe. Es gibt junge Soldaten, wie Franek Wiczorka, den Leiter der Jugendorganisation Belorussische Jugendfront und den ebenfalls in der Jugendfront-Organisation aktiven Ivan Szyła, die im Rahmen des Militärdienstes, wo sie keinen Zugang zu Informationen haben, verfolgt werden und dies dient als Bestrafung. Wir sollten dagegen angehen und den auf diese Art bestraften Personen unsere Unterstützung zuteil werden lassen.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, ehrenwerte Abgeordnete, meiner Ansicht nach ist es von unschätzbarem Wert, dass wir seitens aller europäischen Organe so große Unterstützung für das Konzept zu Belarus genießen.

In der Tat ist das Land ein sehr schwieriger Partner, aber es ist unser Nachbar und wir haben gemeinsame Grenzen. Einige Länder hier unterhalten enge und historisch begründete Beziehungen zu den Menschen dort, daher müssen wir alles tun, um die Entwicklung in Richtung Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu unterstützen.

Einige kürzlich zu verzeichnende Rückschritte machen uns Sorgen, beispielsweise die Exmatrikulation der jungen Studentin. Der schwedische Vorsitz hat in Minsk sehr bestimmt reagiert und auch eine Reihe von Erklärungen abgegeben: Natürlich verurteilen wir solche Vorkommnisse und so etwas sollte nicht passieren.

Wir hatten in diesem Jahr viele Kontakte zur Zivilgesellschaft. Erst vor einigen Wochen hat in Brüssel eine Konferenz mit der Zivilgesellschaft stattgefunden. Ich selbst habe vor ein paar Wochen Vertreter der Opposition in Stockholm getroffen, und es gibt fortlaufende Bemühungen, mit der Zivilgesellschaft und der Opposition Verbindung aufzunehmen. Zwar haben Letztere nicht viel Einfluss, aber es gibt sie und sie brauchen unsere Unterstützung, und diese Unterstützung werden sie weiterhin bekommen.

Ich finde Herrn Godmanis Idee einer Konferenz sehr interessant. Sie verdient sicherlich eine nähere Betrachtung, um festzustellen, ob uns diese Herangehensweise vorwärts bringt.

Der zweigleisige Ansatz in Bezug auf Belarus – das Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“ hat es Herr Tannock meiner Ansicht nach genannt – wird hoffentlich erfolgreich sein. Er beweist, dass wir uns wirklich engagieren, unsere Hand ist ausgestreckt. Wir können Herrn Lukaschenko und dem belorussischen Regime zeigen, dass es Alternativen für sie gibt, wenn sie sich in Richtung Demokratie, in Richtung Achtung vor internationalen Werten bewegen. Der Weg in Richtung einer europäischen Integration ist vorhanden; es besteht die Möglichkeit eines Dialogs mit der Europäischen Union, von Visumerleichterungen und einer Vertiefung der Östlichen Partnerschaft.

Jetzt liegt es an den Belorussen, darauf zu reagieren. Wir haben ihnen unsere Hand gereicht und bitten Minsk mit dem vollen Rückhalt sämtlicher europäischer Organe, sie zu ergreifen, denn die Regierung und die Menschen in Belarus haben viel zu gewinnen.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, zusammenfassend möchte ich betonen, dass ich – und ich spreche hier natürlich auch im Namen von Benita Ferrero-Waldner – unseren Austausch heute als sehr offen und ausgesprochen hilfreich empfunden habe. Ich möchte Ihnen für eine konstruktive und richtungweisende Aussprache danken.

Die EU ist im Prinzip dazu bereit, eng mit Minsk zusammenzuarbeiten und dringend erforderliche politische und wirtschaftliche Reformen zu unterstützen. Sollte die belorussische Führung maßgebliche Schritte in dem Bereich Demokratisierung unternehmen, wäre die EU bereit, Belarus als ein vollwertiges Mitglied der Östlichen Partnerschaft anzusehen. Bis es soweit ist, drängt die EU Belarus, jetzt und in Zukunft weitere unwiderrufliche Maßnahmen für die Erlangung demokratischer Standards zu ergreifen, ohne die unsere Beziehungen nicht ihr gesamtes Potential entfalten können. Ich hoffe aufrichtig, dass wir 2010 in der Lage sein werden, uns stufenweise und mit Einfühlungsvermögen auf Belarus einzulassen und dem belorussischen Volk eine Vision und einen konkreten Nutzen enger Beziehungen zu der EU anbieten zu können.

Mit Blick auf eine Annäherung an die EU und die gemeinsamen Ausweitung des Raumes des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands, welche alle sechs Länder der Östlichen Partnerschaft, sowie Russland als

strategischen Partner der EU einbezieht, erwartet die EU von Belarus eine Reihe begleitender Maßnahmen auf dem Gebiet der demokratischen Reformen.

Es gibt fünf Maßnahmen, deren entschlossene und unwiderrufliche Durchführung wir von Belarus verlangen.

Erstens muss sichergestellt werden, dass es keine Kehrtwendung bei den politischen Gefangenen und der politisch motivierten Strafverfolgung gibt. Zweitens ist eine gründliche Reform des Wahlrechts gemäß den Empfehlungen der OSZE/ODIHR erforderlich. Drittens muss mit der Liberalisierung der Medienlandschaft begonnen und die freie Meinungsäußerung sowie die Versammlungsfreiheit gewahrt werden. Der vierte Punkt betrifft die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Nichtregierungsorganisationen durch normative und gesetzliche Maßnahmen. Und fünftens ist es erforderlich, die Todesstrafe abzuschaffen bzw. ein diesbezügliches Moratorium zu erlassen.

Ein wichtiges Signal zur Bekräftigung des belorussischen Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten wäre der unverzügliche Erlass eines Moratoriums für die Todesstrafe und ihre nachfolgende Abschaffung als ein wichtiger Schritt nach vorne auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft im Europarat. In seinen Schlussfolgerungen vom November hat der Europarat Belarus aufgefordert, ein Moratorium für die Todesstrafe zu erlassen. Weiterhin hat die Kommission im Zusammenhang mit dem 10. Internationalen Tag gegen die Todesstrafe auf Kommunikationstätigkeit gesetzt.

Was könnte die EU für Belarus tun? Was können wir bieten? Nach Ansicht der Kommission verspricht die Verfolgung eines pragmatischen Ansatzes gegenüber Belarus den größten Erfolg. Der schrittweise geführte Dialog zwischen der EU und Belarus ist zwar an positive Schritte seitens Belarus gebunden, aber wir selbst müssen auch Flexibilität zeigen. Die Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom November 2009 ermöglichen es der EU, Belarus Anreize für von uns befürwortete Schritte anzubieten und gleichzeitig unseren Prinzipien treu zu bleiben. Das meine ich mit Pragmatismus.

Unsere Botschaft an Belarus ist klar und deutlich. Die EU ist erstens bereit, eng mit Minsk zusammenzuarbeiten und die politische und wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Zudem wären wir bereit, Belarus als ein vollwertiges Mitglied der Östlichen Partnerschaft anzusehen, falls es deutliche Bewegungen in die richtige Richtung seitens der belorussischen Führung zu verzeichnen gäbe. Das würde die Entwicklung unserer Beziehungen auf dem bilateralen Weg der Östlichen Partnerschaft zur Folge haben, den Beginn eines tiefgehenden politischen und wirtschaftlichen Dialogs, sowie eine verbesserte bereichsspezifische Zusammenarbeit.

Einstweilen ist Belarus im Mai 2009 dazu eingeladen worden, der multilateralen Dimension der Östlichen Partnerschaft beizutreten. Das Land nimmt auf stellvertretender Ministerebene konstruktiv an den vier multilateralen Foren teil: Demokratie und Staatsführung, wirtschaftliche Integration, Sicherheit der Energieversorgung und persönliche Kontakte.

Zweitens erwarten wir von Belarus weitere unwiderrufliche Maßnahmen zur Erlangung demokratischer Standards, ohne die unsere Beziehungen nicht ihr gesamtes Potential entfalten können.

Drittens bedeutet das Nichtvorhandensein eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens nicht nur einen Verlust für Belarus; es beraubt uns auch einer legalen Basis für Strukturen wie ein formaler Menschenrechtsdialog und die Behandlung von Wirtschafts- bzw. Energietransitfragen. Wir in der Kommission glauben weiterhin daran, dass die Ratifizierung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ein nützlicher Schritt nach vorne sein wird, aber natürlich werden wir dies nach wie vor als einen Hebel benutzen, um weitere Initiativen von belorussischer Seite anzustoßen.

Viertens und letztens hat die Kommission damit begonnen, an der Umsetzung der Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom November 2009 zu arbeiten und wird dem Rat der EU-Minister so bald wie möglich Vorschläge unterbreiten.

Der Präsident.– Die Aussprache ist beendet.

Ich habe sieben Entschließungsanträge⁽¹⁾ erhalten, die gemäß Artikel 110(2) der Geschäftsordnung eingereicht wurden.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, den 17. Dezember 2009 statt.

(1) Siehe Sitzungsprotokolle.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Cristian Silviu Bușoi (ALDE), schriftlich. – (RO) Demokratische Werte und die Achtung vor den Menschen- und Freiheitsrechten stellen die Grundfesten dar, auf denen die EU errichtet worden ist. Da unser maßgebliches Ziel darin besteht, Nachbarländer auf ihrem Weg in die Demokratie zu unterstützen und Belarus eines der letzten Länder Europas mit einem autoritären Regime ist, finde ich, dass wir sehr klare und strikte politische Bedingungen für Belarus festlegen sollten, bevor in irgendeiner Form ein politischer Kontakt hergestellt wird. Belarus hat einige Reformen durchgeführt, im Vergleich mit den bestehenden Problemen versinken diese jedoch in der Bedeutungslosigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte, die Freiheit der Presse und die freie Meinungsäußerung. Aktivisten, die sich dort für die Achtung der Menschenrechte und der individuellen Freiheitsrechte einsetzen, bedürfen unserer Hilfe. Ich unterstütze die Idee, Kontakte mit der Opposition herzustellen, und ich spreche mich insbesondere für persönliche Kontakte zwischen Bürgern der EU und aus Belarus aus. Dadurch werden die belorussischen Bürger in der Lage sein, frei und ungehemmt mit Menschen zu reden, die demokratische Werte teilen. Dies würde zur Entwicklung der Zivilgesellschaft beitragen und einen allgemeine Unterstützung genießenden, bzw. von den Menschen selbst initiierten Demokratisierungsprozess ermöglichen. Nur so kann eine gesunde Demokratie, in der die Rechte aller geachtet werden, zustande kommen. Daher muss der Gebrauch von Sanktionen als ein Mittel, um Druck auszuüben, mit der Gewährleistung von Kontakten zwischen Bürgern der EU und aus Belarus einhergehen.

Kinga Góncz (S&D), schriftlich. – (HU) Ich möchte die konstruktive Mitwirkung seitens Belarus an dem Prozess der Östlichen Partnerschaft begrüßen, ebenso wie die Tatsache, dass zwischen der EU und Belarus ein Menschenrechtsdialog initiiert worden ist. Durch die Freilassung politischer Gefangener wurden in dem Land im letzten Jahr positive Prozesse in die Wege geleitet, wir stellen jedoch auch fest, dass dieser Prozess seitdem zum Stillstand gekommen ist. Die Ursache dafür sind Probleme bei der Registrierung politischer Parteien und bei der Zulassung unabhängiger Medien und ziviler Organisationen. Infolgedessen hat sich die EU gezwungen gesehen, die Maßnahmen zur Reisebeschränkung auszuweiten. Ich hoffe aufrichtig, dass Belarus den im letzten Jahr eingeschlagenen Weg positiver Veränderungen weitergehen wird und somit der EU die Möglichkeit gibt, ebenfalls positiv zu reagieren. Bis dahin ist es meiner Ansicht nach auch wichtig, darüber nachzudenken, ob wir uns im Bereich der Visumerleichterungen weiter nach vorne wagen können, denn menschliche Kontakte können einen großen Anteil an mehr politischer Offenheit und auch dem Demokratisierungsprozess haben.

Bogusław Sonik (PPE), schriftlich. – (PL) In der Aussprache über die Achtung vor den Menschenrechten in Belarus und die Entscheidung der Mitgliedstaaten, die Sanktionen gegen einige Vertreter des belorussischen Regimes bis Oktober 2010 zu verlängern, sollte festgestellt werden, dass sich die Situation in Belarus derzeit ganz allmählich verändert.

Als Ergebnis des Europäischen Rates vom 17. November 2009 lesen wir, dass sich neue Möglichkeiten für einen Dialog und eine wachsende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Belarus ergeben haben. In dem Bestreben, die Behörden in Belarus dazu zu ermutigen, Reformen durchzuführen, haben die Mitgliedstaaten einer zeitweiligen Aufhebung der Sanktionen in Bezug auf die Freizügigkeit zugestimmt, welche auf hochrangige Vertreter der belorussischen Behörden Anwendung gefunden hatten. Die Europäische Kommission ist damit befasst, eine Richtlinie, die Belorussen die Erlangung von EU-Visa erleichtert, sowie ein Rücknahmeübereinkommen auszuarbeiten.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass in Belarus immer noch Menschenrechte verletzt werden und die seit Oktober 2008 unternommenen, vielversprechenden Schritte, wie etwa die Freilassung der meisten politischen Gefangenen und die Zulassung der Verbreitung von zwei unabhängigen Zeitungen, immer noch nicht ausreichend sind. Ein offenkundiges Beispiel für die Verletzung von Menschenrechten ist die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe: Belarus ist das einzige europäische Land, das noch auf die Todesstrafe zurückgreift und in den letzten Monaten sind weitere Todesstrafen verhängt worden.

Daher richten wir folgende Forderungen an die Entscheidungsträger in Belarus: Zumindest für den Respekt der Menschenrechte ist Sorge zu tragen, einschließlich der Einführung eines Moratoriums für die Durchführung der Todesstrafe, einer Änderung des Wahlrechts und der Gewährleistung der freien Meinungsäußerung und einer freien Presse.

VORSITZ: Pál SCHMITT*Vizepräsident***11. Unruhen in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)**

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Gewaltakten in der Demokratischen Republik Kongo.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident! Es ist dem Ratsvorsitz sehr wichtig, die sehr problematische Lage in der Demokratischen Republik Kongo mit dem Europäischen Parlament zu diskutieren. Menschenrechtsverletzungen und besonders die vermehrte sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt sind ein großes Problem. Es ist höchste Zeit für eine Debatte über die Lage in diesem Land, insbesondere im Hinblick auf den aktuellen Bericht der Vereinten Nationen. Der Bericht der Expertengruppe der UN hebt hervor, dass diverse bewaffnete Gruppierungen, die in dem Land ihr Unwesen treiben, von einem gut organisierten Netzwerk unterstützt werden, das teilweise in der Europäischen Union ansässig ist.

Ich muss Sie an das langfristige Engagement der EU gegenüber der Demokratischen Republik Kongo und der gesamten afrikanischen Region der Großen Seen wohl nicht erinnern. Die EU hat sich lange darum bemüht, dem Land Frieden und Stabilität zu bringen. Es ist wichtig, dass dieses Engagement fortgeführt wird, sowohl auf politischer Ebene als auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ich bin sicher, dass die Kommission sich später noch ausführlicher zu diesem Thema äußern wird.

Diese Unterstützung kam auf verschiedene Weise zum Tragen, einschließlich der Ernennung des ersten EU-Sonderbeauftragten für die Region bereits im Jahre 1994. Es kamen sowohl militärische als auch zivile Instrumente der ESVP zum Einsatz. So gab es die Artemis-Operation in der Provinz Ituri, die vorübergehende Stationierung der EUFOR im Vorfeld der Wahlen 2006 sowie die EUSEC RD Congo zur Reformierung der Streitkräfte und die EUPOL RD Congo zur Reformierung der Polizei. Es gab sowohl positive als auch negative Entwicklungen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda wurden wieder hergestellt. Das ist begrüßenswert. Zwischen 2008 und 2009 wurden Friedensvereinbarungen mit den meisten der bewaffneten Gruppierungen im östlichen Teil des Landes unterzeichnet. Diese müssen jetzt umgesetzt werden.

Die Situation ist in vielerlei Hinsicht instabil. Viele bewaffnete Gruppierungen im Osten befinden sich in einem Prozess der Integration in die Armee und dieser Integrationsprozess wird von einer gewissen Unsicherheit beherrscht. Militärische Einsätze gegen andere bewaffnete Gruppierungen, einschließlich den FDLR und der „Lord's Resistance Army“ (Widerstandsarmee des Herrn), werden fortgesetzt. Diese Gruppierungen tragen die direkte Verantwortung für Angriffe auf die Zivilbevölkerung und für ein enormes Ausmaß an menschlichem Leid. Gleichzeitig treten bewaffnete Gruppierungen in anderen Landesteilen wieder in Erscheinung. Der östliche Teil des Landes ist weiterhin ein Gebiet, auf dem internationales Recht und Menschenrechte nicht respektiert werden. Es gibt eine hohe Zahl an Morden, Gewaltakten und sexuellen Übergriffen. Trotz Präsident Kabilas Ankündigung einer sogenannten Nulltoleranz-Politik verbreiten sich diese Verbrechen im ganzen Land auf Besorgnis erregendem Niveau.

Die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist ein weiteres großes Problem. Es ist wichtig, dass die reichen Minerallagerstätten der rechtmäßigen Kontrolle des Landes unterstellt werden, einerseits als dringend benötigte Einnahmequelle für den Staat und andererseits, um illegalen bewaffneten Gruppierungen die wirtschaftliche Unterstützung zu entziehen. Der Rat ist auch besorgt um die Arbeiten und Vorkehrungen im Rahmen der Vorbereitung der geplanten Kommunalwahlen. Probleme beim Management, ungenügende Transparenz und die Verletzung von Bürger- und politischen Grundrechte stellen ein ernsthaftes Hindernis für den Demokratisierungsprozess dar.

Da es immer noch erhebliche Probleme gibt, die Anlass zu großer Sorge geben, hat der Rat im Hinblick auf die ernsthaften Verstöße gegen internationales Recht und die Menschenrechte in Nord-Kivu und Süd-Kivu eine rigorose Haltung eingenommen. Der Rat hat diese Handlungen vor kurzem in seinen Schlussfolgerungen verurteilt und unterstrichen, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sicherstellen muss, dass alle Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Die EU ist weiterhin fest der Förderung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung für die Bevölkerung des Landes verpflichtet. In dieser Hinsicht ist die Reform des Sicherheitssektors entscheidend für die Stabilisierung des Landes. Alle Akteure auf diesem Sektor, einschließlich der kongolesischen Behörden, müssen danach streben, dass das gemeinsame Interesse der Reform des Sicherheitssektors geschützt wird.

Wir müssen außerdem weiterhin die konkrete Verbesserung der regionalen Beziehungen durch die Festigung politischer und wirtschaftlicher Partnerschaften zwischen den Ländern der Region fördern.

Ich kann Ihnen versichern, dass der Rat und die Europäische Union zu seinen Verpflichtungen gegenüber der Demokratischen Republik Kongo stehen werden, und dass sie über ihre Zukunft besorgt sind. Wir werden unser umfassendes Engagement in diesem Land fortsetzen und werden weiterhin deutliche Worte finden, wenn internationales Recht und die Menschenrechte verletzt werden. Insofern sind wir für die konstruktive und beharrliche Haltung des Europäischen Parlaments dankbar, und ich freue mich darauf, Ihre Ansichten in dieser Debatte zu hören.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor ungefähr einem Jahr galt die Hauptsorge der kongolesischen Behörden und der internationalen Gemeinschaft der Situation in Goma, einer Stadt, die von den Truppen des CNDP unter Laurent Nkunda belagert wurde.

Es wurden alle Anstrengungen unternommen, um das Schlimmste zu verhindern. Die Förderung einer politischen Vereinbarung, zunächst zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda, und danach zwischen der kongolesischen Regierung, dem CNDP und anderen bewaffneten Gruppierungen hat es ermöglicht, die tickende Zeitbombe der Gewalt kurzfristig zu entschärfen, obgleich ihr destabilisierendes Potential auch heute noch vorhanden ist. Es ist deshalb immer noch vorhanden, weil man sich mit den ihm zugrunde liegenden Ursachen nur oberflächlich und auf der Grundlage einer kurzfristigen, rein politischen Motivation befasst hat. Da sich der internationalen Gemeinschaft nur schlechte Lösungen boten, hat sie sich für die am wenigsten schwerwiegende entschieden; das ist nicht als Kritik gedacht, nur eine offensichtliche Tatsache, eine Beobachtung.

Die internationale Gemeinschaft und die Europäische Union waren nicht in der Lage, eine Entscheidung über den Einsatz einer Schutztruppe zu fällen. Die Verstärkungen für die MONUC, die wir schon seit über einem Jahr gefordert haben, beginnen jetzt erst einzutreffen. Der jüngste Bericht der unabhängigen Expertengruppe der Vereinten Nationen und der Bericht der Organisation Human Rights Watch haben eine negative Beschreibung der aktuellen Situation vorgelegt, die nicht ignoriert oder stillschweigend übergangen werden kann.

Es ist jetzt an der Zeit, sich mit diesen Ursachen zu befassen und auseinanderzusetzen und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Wenn dies umgesetzt werden soll, ist jedoch die Zusammenarbeit aller Beteiligten nötig – in erster Linie die Zusammenarbeit der kongolesischen und der ruandischen Regierung und dann die Zusammenarbeit der MONUC, der Vereinten Nationen, der restlichen internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die politische und diplomatische *Annäherung* zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo sich positiv auf die Schaffung von Stabilität in der Region auswirkt und, wenn auf beiden Seiten der Wille dazu besteht, dazu beitragen kann, eine Situation der friedlichen Koexistenz und vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern innerhalb einer wiederbelebten Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Großen Seen zu begründen.

Dies ist jedoch nur der Anfang einer langen und problematischen Reise. Im Mittelpunkt des Problems steht die Frage der FDLR und alle mit ihnen verbundenen und durch sie verursachten Probleme, die die Situation verkomplizieren: die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen; der fehlende Schutz von Minderheiten; die Straflosigkeit auf einem großen staatenlosen Gebiet, auf dem die staatlichen Behörden nicht nur unfähig sind, dieses Gebiet ihrer Kontrolle zu unterstellen, sondern ihre Vertreter oft auch Teil des Problems sind.

Durch das Abkommen zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo konnten der CNDP und die nicht annehmbaren Forderungen von Laurent Nkunda vorübergehend unter Kontrolle gebracht werden. Als Ergebnis des Abkommens wurde Laurent Nkunda einfach durch Bosco Ntaganda ausgetauscht, der einfacher zu beeinflussen und bereit ist, jeden Kompromiss im Austausch gegen Immunität einzugehen, was eine Verletzung aller internationalen Vereinbarungen gegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, und die weder Ruanda noch die Demokratische Republik Kongo ihm gewähren können.

Die voreilige Eingliederung des CNDP in solch eine ineffektive und vollkommen chaotische Armee wie die FARDC; Bosco Ntagandas Erlangung von erweiterten autonomen Befugnissen als Ergebnis der Einführung einer parallelen Befehlskette innerhalb der FARDC, wofür die unregelmäßige Bezahlung der Soldaten und die Abwesenheit jeder Form von Disziplin oder Hierarchie einen fruchtbaren Nährboden schafft; die ungenügend kontrollierte und beurteilte Unterstützung der MONUC für die militärischen Einsätze gegen die FDLR; und die fehlende Berücksichtigung der Bedürfnisse der ruandophonen Minderheiten sind Faktoren,

die zu noch gravierenderen Problemen führen könnten, als die Probleme, vor denen wir vor einem Jahr standen – Probleme, die weder Ruanda noch die Demokratische Republik Kongo bewältigen können.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Situation kaum verbessert: die humanitäre Krise dauert ohne jegliche erkennbare Zeichen der Verbesserung immer noch an, ebenso wie die Verletzungen der Menschenrechte, die widerwärtige Entwicklung der Gewalt, die sexuellen Gräueltaten, die Straflosigkeit für alle Arten von Verbrechen und die Plünderung der natürlichen Ressourcen. Man muss nur die Berichte der Vereinten Nationen und von Human Rights Watch lesen, die ich erwähnt habe, um das Ausmaß dieser unendlichen Tragödie zu verstehen. Es steht außer Frage, dass die Maßnahmen, die die FDLR daran hindern sollen, weiteren Schaden anzurichten, fortgesetzt werden müssen, jedoch nicht um jeden Preis. Nicht bevor die Risiken, die militärischer Druck für die Zivilbevölkerung mit sich bringen könnte, so weit wie möglich minimiert sind.

Dies macht eine verbesserte Planung, neu festgelegte Prioritäten und einen besseren Schutz der Bevölkerung durch MONUC erforderlich, was auch die in ihrem Mandat festgelegte Hauptaufgabe ist. Auch die Umstände, unter denen MONUC tätig werden darf, müssen klar und unmissverständlich definiert sein. Dies soll kein Aufruf für einen Rückzug von MONUC oder für die Entbindung von ihren Aufgaben sein. Ein voreiliger Rückzug von MONUC wäre ein Desaster, da dadurch ein noch größeres Vakuum geschaffen würde: die jüngsten Ereignisse in der Äquatorregion, die im Grunde ein weiteres Symptom der kongolesischen Krankheit sind, beweisen das.

Natürlich ist es außerdem wichtig, die politische und wirtschaftliche Kollusion zu beenden, von der die FDLR in der Region und in anderen Teilen der Welt, unsere Mitgliedstaaten eingeschlossen, weiterhin profitiert. Die Kampagne der FDLR ist keine politische Kampagne, sondern eine Straftat, deren größtes Opfer die kongolesische Bevölkerung ist, und dementsprechend müssen diese Kampagne und alle, die direkt oder indirekt an ihr beteiligt sind, behandelt werden. Deshalb müssen wir eine harte Haltung gegen alle Formen des Menschenhandels einnehmen. Gleichzeitig müssen die ruandischen und kongolesischen Behörden über den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung, Repatriierung und Wiederansiedlung hinaus eine einfühlsamere Haltung gegenüber Einzelpersonen einnehmen, die nicht notwendigerweise Kriminelle sind.

Dennoch muss die Lösung für das Problem größtenteils in der Demokratischen Republik Kongo gesucht werden. Ich denke hierbei selbstverständlich an den lokalen Ursprung des Konflikts. In dieser Hinsicht muss das Abkommen vom 23. März vollständig umgesetzt werden, da ansonsten früher oder später die Frustration der lokalen Bevölkerung die Oberhand gewinnen wird. Dies ist absolut unerlässlich, wenn die Stabilisierungsbemühungen und der Wille zur Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in den Kivu-Provinzen Erfolg haben sollen. An diesem Punkt fällt der internationalen Gemeinschaft eine wichtige Rolle zu.

Neben den Kivu-Provinzen denke ich auch daran, was für ein riesiges Chaos aus der Demokratischen Republik Kongo in den letzten 20 Jahren geworden ist. Es handelt sich hierbei um ein Land, in dem praktisch alles wieder neu aufgebaut werden muss, angefangen beim Staat, dessen Nichtvorhandensein der Kern aller Probleme ist.

Zum Erreichen dieses Ziels sind bestimmte Faktoren entscheidend. Erstens muss die Demokratie gefestigt werden. Ich denke hierbei selbstverständlich an die für 2011 angekündigten Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Wahlen sind ein Element der Demokratie, aber wir dürfen nicht vergessen, dass es auch weiterhin notwendig ist, die politischen Institutionen und die verschiedenen politischen Lager in dialektischer Beziehung mit der Opposition zu unterstützen. Ohne dieses Element würden wir nicht in einem wirklich offenen politischen System agieren.

Das zweite Element ist zweifellos die Notwendigkeit der Stärkung einer verantwortungsvollen Staatsführung. Auch wenn es wahr ist, dass die Demokratische Republik Kongo im Hinblick auf die Größe ihrer Probleme nicht alles auf einmal machen kann, so muss sie dennoch einen festen politischen Willen demonstrieren, wenn sie eine Erfolgchance haben will. Das Parlament hat das Thema Straflosigkeit aufgeworfen. Das ist ein gutes Beispiel, weil es sich hierbei um eine Frage des politischen Willens handelt und sie sich unterstützend auf die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auswirkt. Das Problem besteht darin, dass diese Fragen nicht isoliert gelöst werden können. Die Förderung der Rechtsstaatlichkeit erfordert auch eine Reform des Sicherheitssektors und einen echten Fortschritt in Bezug auf die wirtschaftspolitische Steuerung.

Die Größe der Herausforderungen impliziert die Notwendigkeit von langfristigen Strategien. Dies darf jedoch keine Entschuldigung für einen Mangel an unverzüglichem Handeln sein. Ich denke hierbei insbesondere an die Probleme in Bezug auf sexuelle Gewalt und Menschenrechte, die das Parlament hervorgehoben hat.

Der politische Wille kann hier eine entscheidende Rolle spielen, weshalb die Verpflichtung Präsident Kabilas zu einem Nulltoleranz-Ansatz begrüßenswert ist. Dieser Ansatz muss jetzt umgesetzt werden.

Die Kommission, die übrigens schon jetzt einen großen Teil der Arbeit auf diesem Gebiet leistet (indem sie die Justiz unterstützt und Opfern hilft), ist bereit, die Demokratische Republik Kongo auch weiterhin zu unterstützen. In diesem Zusammenhang habe ich auch meinen Wunsch geäußert, dass der Internationale Strafgerichtshof und die Kommission in Bezug auf den Kampf gegen sexuelle Gewalt enger zusammenarbeiten sollten.

Ein gefestigtes demokratisches System, verantwortungsvolle Staatsführung und politischer Wille: dies sind die wesentlichen Aspekte, auf denen wir unsere gleichberechtigte Partnerschaft mit der Demokratischen Republik Kongo aufbauen wollen.

Filip Kaczmarek, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident! Praktisch jeder Journalist, der über Afrika schreibt, möchte der nächste Joseph Conrad sein. Aus diesem Grund konzentrieren sich Journalisten vor allem auf die negativen Aspekte, weil sie nach dem Herz der Finsternis suchen.

Die DR Kongo muss jedoch nicht das Herz der Finsternis sein. Sie kann ein normales Land sein. Es gibt normale Länder in Afrika, wo die reichen natürlichen Ressourcen den Menschen zugute kommen, die staatlichen Behörden sich um das Gemeinwohl sorgen, Kinder in die Schule gehen und Sex mit Liebe assoziiert wird und nicht mit Vergewaltigung und Gewalt. Ich bin mir sicher, dass der Schlüssel zum Erfolg in Kivu und im gesamten Kongo die Qualität der Regierungsführung ist. Ohne eine demokratische, gerechte, ehrliche und wirksame Regierung können Frieden und Gerechtigkeit nicht erreicht werden. Ohne eine verantwortungsvolle Regierung nutzen die Reichtümer des Landes nur wenigen, kümmern sich die Führer nur um sich selbst, sind die Schulen leer und wird die Gewalt eine Alltäglichkeit.

Ich erinnere mich an den Optimismus von 2006. Ich war selbst Beobachter bei den Wahlen und wir freuten uns alle, dass nach 40 Jahren in diesem großen und wichtigen Land demokratische Wahlen stattfanden. Unser Optimismus hat sich jedoch als verfrüht erwiesen. Es ist schwer, nicht die Frage nach der Ursache dafür zu stellen und danach, warum die Wahlen nicht zu einem besseren Leben für die Kongolesen geführt haben. Meiner Meinung nach ist dies eine Frage des Geldes, wie Frau Malmström und Herr De Gucht bereits gesagt haben. Sie haben über die illegale Nutzung von Ressourcen gesprochen und die auf diese Weise finanzierten Waffenkäufe, die der Fortsetzung und Eskalation des Konflikts dienen. Wenn wir diesen Vorgängen Einhalt gebieten, dann werden wir unserem Ziel sehr viel näher sein.

Michael Cashman, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, ich danke dem Herrn Kommissar für seine Stellungnahme, die mich in meinen Ansichten bestärkt.

Herr Kommissar, darf ich Ihnen sagen, dass ich vollkommen mit Ihnen übereinstimme: wir können uns nicht zurückziehen; wir können kein Vakuum schaffen, weil dort schon ein Vakuum existiert, ein Vakuum des politischen Willens, und wir brauchen politische Führung, um eine Lösung in Übereinstimmung mit internationalen Verpflichtungen sowie in Übereinstimmung mit dem Rechtsstaatsprinzip zu finden.

Ich will mich erst einmal mit der Realität beschäftigen. In dem Konflikt wurden seit 1998 über 5 000 400 Menschen getötet und jeden Monat kommt es direkt oder indirekt zu mindestens 45 000 Todesfällen.

Es wird berichtet, dass es 1 460 000 Binnenflüchtlinge gibt, von denen die meisten mit Gewalt konfrontiert sind. Ich möchte denjenigen eine Stimme geben, die keine Stimme haben, denen, die diese Gewalt erfahren. Die bewaffneten Gruppierungen in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) haben geschlechtsbezogene Gewalt in unterschiedlicher Form verübt, einschließlich sexueller Sklaverei, Entführung, Zwangsrekrutierung, Zwangsprostitution und Vergewaltigung. Zu den kongolesischen Opfern sexueller Gewalt gehören Frauen, Männer und Jungen, die auch Vergewaltigungen, sexuelle Erniedrigungen und Genitalverstümmelungen erlitten haben.

Eine Entschließung nach der anderen wurde verabschiedet. Es ist an der Zeit, dass wir uns auf internationaler Ebene dafür stark machen, dass diese Gräueltaten aufhören.

Louis Michel, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Frau Malmström, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wie sie wissen, habe ich die Ereignisse im Osten der Demokratischen Republik Kongo stets aufmerksam verfolgt. Trotz der vielversprechenden Fortschritte dank der jüngsten *Annäherung* zwischen Ruanda und der DR Kongo – eine *Annäherung*, ohne die es keine Lösung für den Osten des Landes geben wird und die daher bestärkt werden muss – trotz des Abkommens vom 23. März zwischen Kinshasa und

der kongolesischen Rebellengruppe, über die der Herr Kommissar gesprochen hat, ist die Situation im Osten des Landes weiterhin sehr besorgniserregend.

Ich würde gerne auf sieben Beobachtungen eingehen. Die erste ist, dass zweifellos kein Frieden im Osten des Kongo hergestellt werden kann, solange die FDLR nicht daran gehindert wird, weiteren Schaden anzurichten. Bedauerlicherweise ist das größte Opfer des militärischen Drucks, den die DR Kongo gegenwärtig ausübt und durch den diese Extremisten von ihren Basen und von ihren Einnahmequellen abgeschnitten werden sollen, die Zivilbevölkerung, die Opfer von Kollateralschäden ist, aber auch unter der Verurteilung durch die eine Seite und den Gewalttaten der anderen Seite leidet.

Das Risiko war vorhersehbar und die Kompetenzen der MONUC hätten von Anfang an gestärkt werden müssen, da ihr heute immer noch die entsprechenden Ressourcen fehlen, um alle Anforderungen meistern zu können, und ihre Organisation vor Ort ist auch nicht immer ideal.

Auch wenn wir eine bessere Koordination und eine größere, aktivere Präsenz vor Ort verlangen müssen, wäre es gefährlich, Beurteilungen oder Kommentare über die MONUC zu machen, die bestimmte negative Kräfte als Entschuldigung benutzen könnten, um sie zu verteufeln. Das wäre eindeutig noch schlimmer.

Ein anderes Element betrifft die Gewaltakte der FARDC. So ein Verhalten kann selbstverständlich nicht durch den Krieg gerechtfertigt werden, weshalb ich den Beschluss der Vereinten Nationen begrüße, denjenigen kongolesischen Einheiten die logistische Unterstützung zu entziehen, die die Menschenrechte nicht achten. Die kürzlich von Präsident Kabila eingeführte Nulltoleranz-Politik ist ganz klar zu begrüßen, aber ob sie eingehalten und umgesetzt wird oder nicht, ist eine andere Frage.

Durch das mangelhafte kongolesische Justizwesen wird ein weit verbreitetes Gefühl der Straffreiheit geschaffen. Aus diesem Grund unterstütze ich die Bemühungen der Kommission, in enger Zusammenarbeit mit einzelnen Mitgliedstaaten der EU am Wiederaufbau des Justizwesens in der DR Kongo, einschließlich des Ostens des Landes, mitzuwirken.

Und schließlich mein letzter Punkt: was im Kongo noch aufgebaut werden muss, ist die Rechtsstaatlichkeit, mit einem Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben wirklich wahrnimmt. Gegenwärtig werden diese Aufgaben überhaupt nicht wahrgenommen, weshalb ein beträchtliches Vakuum besteht.

Isabelle Durant, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Frau Malmström, Herr Kommissar! Wie Sie beide gesagt haben, ist die Situation in der Kivu-Region trotz der Anwesenheit von über 20 000 Soldaten der MONUC sehr besorgniserregend.

Die Zivilbevölkerung und insbesondere Frauen sind die Hauptopfer der Konfliktstrategien, die die bewaffneten Gruppierungen, und sogar, wie jemand behauptet hat, gewisse Einheiten der kongolesischen Armee anwenden, die systematische Vergewaltigungen zu einer Kriegswaffe gemacht haben. Im vergangenen Monat ist eine Gruppe kongolesischer Frauen hierher gekommen, um uns – zurecht – daran zu erinnern, und um unsere Unterstützung im Kampf gegen diese skandalöse Strategie zu gewinnen.

Die Plünderung von Ressourcen, ist, wie Sie, Herr Kommissar, gesagt haben, ein weiterer Faktor, der den Konflikt noch mehr verschärft. Ich schließe mich dem an, was soeben gesagt wurde: es ist höchst gefährlich, die MONUC zu diskreditieren, sie unnötigerweise zu diskreditieren, sie in den Augen der Bevölkerung, die schon erschöpft ist von den vielen Jahre des Krieges und der Massaker, ganz allein für die Situation verantwortlich zu machen.

Ich schließe mich ganz der Feststellung an, dass es nicht das Mandat der MONUC ist, das überdacht werden muss, und dass sie eindeutig nicht zum Rückzug aufgefordert werden sollte. Was überdacht werden muss, sind ihre Einsatzregeln, damit sie nicht mit einer kongolesischen Einheit, deren Mitglieder Menschenrechte verletzen oder Gewaltakte begehen, assoziiert wird oder sie unterstützt.

Die kongolesischen Behörden müssen auch einen erheblichen Teil der Verantwortung in diesem Kampf gegen die Straflosigkeit in Bezug auf sexuelle Gewaltakte übernehmen. Straftaten, die, wenn ich dies hinzufügen darf, vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden sollten. Die gleichen Behörden müssen außerdem sicherstellen, dass die Soldaten umgehend in Kasernen untergebracht werden. Wenn sie in Kasernen untergebracht wären, würden die Dinge zweifellos anders aussehen.

Und schließlich möchte ich sagen, dass wir uns wieder dem Amani-Programm zuwenden sollten. Dieses Programm bietet die Möglichkeit der Schaffung eines Dialogs und eines umfassenden Friedens, da dies die alleinige Garantie für einen nachhaltigen Wiederaufbau wäre. Auf jeden Fall begrüße ich Ihre Intervention,

die ich voll unterstütze, und ich hoffe, dass die Europäische Union auf diesem Gebiet weiterhin aktiv bleibt. Der Einsatz der Europäischen Union ist entscheidend, obwohl sie bedauerlicherweise keine Truppe aufstellen wollte. Diese Möglichkeit hat sich vor einem knappen Jahr geboten. Gleichwohl glaube ich, dass die Europäische Union eine entscheidende Rolle spielt.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident! In keinem anderen Land der Welt als in der Demokratischen Republik Kongo gab es bislang mehr Einsätze im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wie immer stellt sich die Frage, wessen Sicherheit verteidigt wird. Die der kongolesischen Zivilbevölkerung, die der Frauen und Kinder? Auch die UN-Mission MONUC verhinderte nicht, dass Tausende Menschen getötet, gequält, vergewaltigt und Hunderttausende vertrieben wurden – Gräueltaten, an denen die von der EU unterstützten Regierungstruppen beteiligt sind.

Doch was wird im Kongo verteidigt? Die Humanität? Oder wird ein Regime abgesichert, das in den Jahren 2003 bis 2006 z. B. 61 Verträge mit internationalen Bergbauunternehmen abgeschlossen hat, von denen von internationalen NGO kein einziger als akzeptabel im Sinne der kongolesischen Bevölkerung beurteilt wurde? Präsident Kabila nahm zeitweilig einen Kurswechsel vor, weniger Verträge zugunsten westlicher Unternehmen abzuschließen. Dieser Wechsel ist mit der erneuten Zunahme des Krieges auf Eis gelegt worden. Ich frage, warum wohl die Strippenzieher für die größte mörderische Gruppe im Ostkongo – die FDLR – in Deutschland vermutet werden? Ich verweise hier auf die Entschließung, die ich im Namen der GUE/NGL-Fraktion eingereicht habe.

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Die Vertreibung von Millionen von Menschen, Tausende Vergewaltigungen und Hunderte Morde, das darf nicht die traurige Bilanz des weltweit größten UNO-Friedenseinsatzes sein. Vor zehn Jahren wurde der Kongo-Einsatz beschlossen, und es wurde nicht viel erreicht. Milizen plündern weiterhin die rohstoffreiche Region, terrorisieren die Einwohner, üben Verbrechen an der Menschlichkeit aus.

Embargos blieben bislang wirkungslos. Rebellen wechseln einfach die Fronten und üben ihre Verbrechen in der sicheren Uniform der kongolesischen Soldaten aus. Zwei Kriegsverbrecher wurden kürzlich vor das Kriegsverbrecher-Tribunal von Den Haag gestellt, Entwicklungsprojekte und Wahlen konnten stattfinden. Ein Teilerfolg immerhin!

Auch ein kleiner Schlag gegen die weltweite Vernetzung der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, der FDLR, gelang. Aber dem grausamen Bürgerkrieg konnte kein Einhalt geboten werden. Es verlagern sich nur ständig die Fronten.

Bedenklich wird es vor allem dann, wenn sich gegen die UNO-Mission erhobene Vorwürfe als wahr erweisen. Blauhelme dürfen nicht tatenlos danebenstehen, wenn Gräueltaten verübt werden, und noch viel weniger darf die logistische Unterstützung der Armee mit einer Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Die Kongo-Mission darf einfach nicht zu einer Art Vietnam für Europa werden.

Grundsätzlich brauchen wir eine abgestimmte europäische Sicherheitspolitik und Friedenseinsätze, aber doch wohl vor allem im Umfeld Europas und nicht im fernen Afrika, wo die ethnischen Fronten ungeklärt sind. Die EU muss meines Erachtens ihre Friedenseinsätze auf die Krisenregionen vor der eigenen Haustür konzentrieren, etwa den Balkan oder den Kaukasus. Daher sollte man unter Umständen die EU-Beteiligung am afrikanischen UN-Mandat beenden.

Gay Mitchell (PPE). – Herr Präsident! Dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) beklagenswert ist und dass die Auswirkungen des Konflikts auf die Bevölkerung tragisch sind, versteht sich von selbst.

Dennoch gibt es einige wichtige Punkte, die an dieser Stelle und in unserem gemeinsamen Entschließungsantrag noch einmal hervorgehoben werden müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Gewalt in der DR Kongo, wie in vielen ähnlichen Konflikten, getrieben von Gier ist, seine Ursache aber auch in der vorherrschenden Armut hat und von ihr genährt wird. Kämpfe wegen Territorien, Volkszugehörigkeiten, Ressourcen oder aus politischen Gründen sind Zweige ein und desselben faulen Baumes des Mangels.

Vergrößern Sie den Wohlstand eines Menschen und geben Sie ihm ein Ziel, und Sie verringern seinen Wunsch zu töten oder getötet zu werden. Das ist unsere entwicklungspolitische Herausforderung als Parlament.

Zweitens müssen wir sicherstellen, dass jede Militärpräsenz in einem anderen Land so konzipiert und umgesetzt wird, dass sie Leiden und Gewalt reduziert, und sie nicht verschlimmert. Wir müssen die Stützpfiler des Kampfes gegen die Straflosigkeit sein, und sie nicht noch unterstützen.

Wenn es Hinweise gibt, dass Einsätze westlicher Staaten diesem Standard nicht gerecht werden, dann müssen ihre Präsenz und ihre Praktiken dringend neu bewertet werden.

Schließlich ist erfahrungsgemäß eine politische Lösung in solchen zerstörerischen Konflikten wie in der DR Kongo die einzige Hoffnung auf Frieden. Dialog und Engagement sind der einzige Weg zu so einer Lösung.

Mit der Schaffung ihres Auswärtigen Dienstes im Anschluss an den Vertrag von Lissabon muss die Europäische Union ihren Platz auf der internationalen Bühne als proaktive Vermittlerin des Dialogs und als Friedensstifterin einnehmen.

Corina Crețu (S&D). – (RO) Wie bereits betont wurde, sind Millionen von Zivilisten während der militärischen Einsätze im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo vorsätzlich getötet worden. Es besteht das Risiko, dass solche Nachrichten aufgrund der noch nie dagewesenen Häufigkeit, mit der in diesem Land Gewaltakte begangen werden, zur Routine werden. Zu den Opfern dieser Taten gehören Kinder, junge Mädchen und Frauen, ganz zu schweigen von den Zivilisten, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, und Journalisten.

Die humanitäre Krise verschlimmert sich von Tag zu Tag. Die mangelnde Sicherheit in diesem Gebiet hat zur Folge, dass humanitäre Organisationen handlungsunfähig sind. Mehr als 7 500 Fälle von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt wurden allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres gemeldet, was mehr ist, als alle im letzten Jahr gemeldeten Fälle. Alle diese Vorfälle haben vor dem Hintergrund einer Hungersnot und extremen Armut stattgefunden, von der Millionen Menschen betroffen sind. Die Schuld an dieser ganzen Tragödie liegt sowohl bei der kongolesischen Armee als auch bei den ruandischen Rebellen. Bedauerlicherweise gibt es jedoch Hinweise darauf, dass auch die im Kongo stationierten UN-Soldaten einen Teil der Verantwortung dafür tragen, da sie gravierende Menschenrechtsverletzungen zulassen. Aus diesem Grund bin ich der Ansicht, dass die Europäische Union dringend erörtern muss, wie die UN-Streitkräfte die Ziele erreichen können, mit denen sie für diesen Einsatz beauftragt worden sind.

Es sind außerdem Maßnahmen erforderlich, um Aktivitäten im Zusammenhang mit Geldwäsche, Waffen- und Goldhandel zu unterbinden, die dazu führen, dass jedes Jahr mehr als 37 Tonnen Gold im Wert von über 1 Milliarde EUR illegal aus dem Kongo verbracht werden. Das Geld aus diesen Geschäften wird für den Kauf von Waffen und für die Förderung der Kriminalität in diesem Land verwendet.

Sophia in 't Veld (ALDE). – (NL) Herr Präsident! Ich habe gerade die Rede von Herrn Mölzer gehört, der jetzt gegangen ist, deren Kernaussage die folgende war: es ist so hoffnungslos, dass wir aufgeben und uns auf unsere eigenen Nachbarländer konzentrieren sollten. Ich muss zugeben, dass, wenn man die Situation genau betrachtet, man fast versucht ist, aufzugeben. Andererseits denke ich aber auch an die Gruppe von Frauen, die uns letzten Monat hier besucht haben, die Frau Durant auch erwähnt hat, und ich frage mich, ob wir ihnen in die Augen schauen und ihnen sagen könnten, dass wir einfach aufgeben, oder dass dies nicht zu unseren Prioritäten gehört, oder dass wir einfach nur eine weitere Entschließung verabschieden wollen und unsere Aufgabe als erledigt betrachten. Wenn ich an diese Frauen denke, an ihre Verzweiflung und Verbitterung und ihr Gefühl, dass man sie im Stich gelassen hat, dann halte ich eine Debatte zu diesem Thema für durchaus möglich.

Die Entschließung enthält sehr viele positive Elemente und ich hoffe, dass wir ihnen durch unsere Unterstützung Kraft verleihen können, aber ich möchte an dieser Stelle einen Aspekt hervorheben. Wir sprechen häufig von Vergewaltigung oder sexueller Gewalt, aber eigentlich geben diese Begriffe kaum die vorherrschende Realität wider. Die Frauen, mit denen wir gesprochen haben, sagen, dass es weit über Angriffe auf Einzelpersonen hinausgeht; es handelt sich nicht um individuelle Gewalttaten, sondern eher um einen Angriff auf die Gemeinschaft, der auf die Zerstörung ihrer Struktur abzielt. Ich bin daher der Ansicht, dass wir nicht nur dringend handeln, der Straflosigkeit ein Ende setzen, pünktlich bezahlen und die Ressourcen für die Maßnahmen, die wir angekündigt haben, bereitstellen müssen, sondern dass wir außerdem zeigen müssen, dass wir den dort lebenden Menschen die Hand reichen, dass wir ihnen solidarisch beistehen und sie nicht im Stich lassen werden; dass wir unsere moralische Verantwortung schultern werden.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Zu diesem Zeitpunkt, zu dem auch die Vereinten Nationen planen, die Ausweitung des Mandats der MONUC zu verkünden, denke ich, dass wir angesichts der Situation vor Ort in der DR Kongo, die sich bedauerlicherweise weiter verschlimmert, über die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft nachdenken müssen. Wie auch die Erfahrungen aus der von der kongolesischen Armee mit Unterstützung der MONUC durchgeführten Operation Kimia II bestätigt haben, reicht militärischer Erfolg allein nicht aus, wenn die humanitären Kosten zu hoch sind und wenn er mit dem Leiden der kongolesischen Zivilbevölkerung bezahlt wird.

Ich denke, dass die jüngsten militärischen Einsätze gegen die FDLR verheerende Konsequenzen hatten. Sie hatten, und darüber sollten wir uns bewusst sein, Menschenrechtsverletzungen in großem Umfang und die Verschärfung der humanitären Krise zur Folge. Andererseits stellt die Straflosigkeit eine Einladung dar, diese Verbrechen wieder und wieder zu begehen. Ich bin der Auffassung, dass der Schutz der Zivilbevölkerung unsere oberste Priorität sein muss. Das Europäische Parlament muss mit Nachdruck fordern, dass Gewaltakte, insbesondere sexuelle Gewaltakte, und Menschenrechtsverletzungen im Allgemeinen sowie die in Kivu begangenen Misshandlungen sofort aufhören müssen, ebenso wie das Klima der Straflosigkeit.

Luis Yáñez-Barnuevo García (S&D). – (ES) Herr Präsident! Andere Abgeordnete haben bereits über die tragische Situation in der Demokratischen Republik Kongo gesprochen. Sie haben über die Millionen von Toten und die Fälle von Vergewaltigung und Misshandlung der Zivilbevölkerung gesprochen. Sie haben über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) und über die Zusammenarbeit der Europäischen Kommission vor Ort gesprochen. Es wurde jedoch nicht so viel über die Notwendigkeit gesagt, den illegalen Transfer von Rohstoffen, wie etwa Diamanten, Gold und andere Waren, ins Ausland zu kontrollieren. Diese Waren werden mithilfe seriöser Konten und Unternehmen in unseren eigenen Mitgliedstaaten oder in den USA „gewaschen“.

Dies ist eine wichtige Aufgabe für Frau Ashton. Durch die Autorität, die ihr durch den Vertrag von Lissabon verliehen wurde, und die Unterstützung der 27 Mitgliedstaaten und dieses Parlaments könnte sie ein komplettes Aktionsprogramm koordinieren, das verhindert, dass dieser Reichtum in den Händen von Kriegsherren landet, die für die Tötungen und Vergewaltigungen verantwortlich sind.

Anne Delvaux (PPE). – (FR) Herr Präsident! Angesichts der jüngsten alarmierenden Berichte aus Nord- und Süd-Kivu, und angesichts der äußerst brutalen Angriffe auf Zivilisten, genauer gesagt auf Frauen, Kinder und ältere Menschen, scheint mir, dass sofortiger Handlungsbedarf – ein Wort, das die Europäische Union und die gesamte internationale Gemeinschaft in Bezug auf den Kongo so oft gebraucht – besteht. Es muss alles getan werden, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Das Mandat, das dem MONUC-Personal vor Ort erteilt worden ist, wird zweifellos verlängert werden, aber es muss definitiv auch neu bewertet und gestärkt werden, damit die zunehmende Gewalt eingedämmt werden kann.

Seit vielen Jahren haben die internationale Gemeinschaft, Nichtregierungsorganisationen und kongolesische Frauen kontinuierliche Anstrengungen unternommen, um den Einsatz von sexuellen Übergriffen als Kriegswaffe zu bekämpfen. Heute wird diese Waffe systematisch und umfassend in friedlichen Gebieten eingesetzt, und immer mit völliger Straflosigkeit. Ich begrüße die kürzlich von den kongolesischen Behörden gezeigte Entschlossenheit, dieser Straflosigkeit ein Ende zu setzen, aber diese Nulltoleranz-Politik muss ehrgeizig sein – alle Gewalttäter müssen, ohne Ausnahme, für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden – und wirklich wirksam.

Die Eröffnung der ersten Prozesse am Internationalen Strafgerichtshof gegen vermeintliche Sexualstraftäter, die während eines bewaffneten Konflikts Sexualverbrechen begangen haben, müssen darauf hinauslaufen, dass das Gericht in der Lage ist, alle Schuldigen zu identifizieren, damit sie unverzüglich verurteilt werden können.

Und all dies geht natürlich mit der Stärkung staatlicher Strukturen, dem Erhalt von Recht und Ordnung, der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und dem Schutz der Menschenrechte, und somit der Rechte von Frauen und Kinder einher, deren Würde, Kindheit und Unschuld oft auf dem Altar einer weiteren Form der Erniedrigung geopfert werden: Gleichgültigkeit.

Michèle Striffler (PPE). – (FR) Herr Präsident! Die humanitäre Situation im Osten der Demokratischen Republik Kongo – genauer gesagt in der östlichen Provinz und in der Kivu-Region – ist, wie wir wissen, katastrophal. Die Sicherheitslage der Zivilbevölkerung hat sich unter anderem infolge der gemeinsamen militärischen Einsätze der kongolesischen Armee und der ugandischen und ruandischen Streitkräfte gegen alle bewaffneten Rebellengruppierungen verschlechtert. Einsätze, die zahllose Massaker und Menschenrechtsverletzungen mit sich brachten.

Sexuelle Gewalt ist eine beunruhigende und sehr weit verbreitete Tendenz, und sie ist jetzt ein Teil des Alltags der Menschen in Kongo. Hinzu kommt, dass zahlreiche Gewaltakte gegen humanitäre Helfer begangen werden.

Nach offiziellen Zahlen gibt es in der Demokratischen Republik Kongo 2 113 000 Vertriebene. Seit dem 1. Januar 2009 wurden mehr als 775 000 neue Fälle von Vertreibung in der Kivu-Region und 165 000 in den östlichen Gebieten der östlichen Provinz gemeldet.

Es wird geschätzt, dass derzeit humanitäre Hilfe für fast 350 000 gefährdete Menschen benötigt wird: Kinder, Witwen und Opfer von sexueller Gewalt. Eine schnelle Reaktion von Seiten der Europäischen Union ist daher entscheidend.

Marc Tarabella (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Alle Redner haben zurecht die schreckliche Situation hervorgehoben, in der die kongolesische Bevölkerung und besonders die kongolesischen Frauen im Osten des Landes leben. Sie sprachen über die Vergewaltigungen und die barbarischen Akte, die diese Menschen erleiden müssen und über die Morde, denen sie zum Opfer fallen. Ich möchte dies nicht noch weiter ausführen, sondern lade Sie ein, die Websites von UNICEF und V-Day zu besuchen, die alle verfügbaren Informationen zu diesem Thema liefern.

Heute werde ich über die wirklichen Konsequenzen sprechen, die diese barbarischen Akte für die DR Kongo haben; Ich werde über die körperlich und seelisch verletzten Frauen sprechen, um die man sich kümmern muss; und ich werde über die ermordeten Frauen sprechen, die nicht mehr in der Lage sein werden, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kongo beizutragen, ebenso wenig wie ihre ungeborenen Kinder. Ich will außerdem über die Ausbreitung von AIDS sprechen, einem Trauma, unter dem die gesamte kongolesische Bevölkerung leidet, die auf internationaler Ebene ein schlechtes Bild der DR Kongo zeichnet – kurz gesagt das Bild eines Landes, das immer mehr zu einem einzigen Chaos wird.

Die Unterstützung eines dauerhaften Friedens und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der DR Kongo können nur dann erreicht werden, wenn die kongolesische Regierung und die UN bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung der sexuellen Gewalt gegen kongolesische Frauen erfolgreich sind, und wenn sie ganz allgemein sicherstellen können, dass in diesem Land eine echte Rechtsstaatlichkeit etabliert wird.

Frédérique Ries (ALDE). – (FR) Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Kommissar! Ich möchte mich meinerseits auf die Tragödie der sexuellen Gewalt beziehen, die die Frauen in der DR Kongo und besonders im Osten des Landes erlitten haben. Dies ist kein neues Phänomen. Es ist äußerst komplex. Es ist multidimensional. Das körperliche und psychische Leiden der Opfer wird noch verschlimmert durch ihre soziale Ausgrenzung, die für sie tragisch ist. Die Nulltoleranz-Politik von Präsident Kabila beginnt gegenwärtig langsam Früchte zu tragen, aber alle sind sich bewusst, dass nur eine globale Strategie diese Plage langfristig bekämpfen kann.

Herr Kommissar, ich weiß, dass die Kommission in diesem Bereich bereits durch eine Vielzahl von Projekten und zur Verfügung gestellten Mittel engagiert ist. Angesichts dieser Zahlen und der schrecklichen, grausamen Berichte, die wir gehört haben, denken Sie da nicht, dass wir in diesem Parlament das Recht haben, Zweifel über die Ergebnisse dieser Strategie zu haben? Herr Kommissar, Frauen sind entscheidend für die Förderung des Friedens und für den Wiederaufbau des Landes. Sie sind die Zukunft der DR Kongo. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Ihr Handeln wirksamer und zeitnaher ist?

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident! Ich möchte mich in dieser Debatte auch äußern, da es um ein Thema geht, mit dem ich mich schon lange befasse. Bedauerlicherweise sind wir angesichts der andauernden Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen im Osten der DR Kongo wieder gezwungen, die Massaker, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die sexuellen Gewalttaten, die immer noch gegen Frauen und Mädchen in der östlichen Provinz verübt werden, zu verurteilen.

Deshalb schließe ich mich meinen Abgeordnetenkollegen an, die alle zuständigen Instanzen dazu auffordern, sofort einzugreifen, um diejenigen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind, vor Gericht zu stellen, und die den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen noch einmal dazu auffordern, Maßnahmen zu ergreifen, um wirklich alle weiteren gegen die Zivilbevölkerung in den östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo gerichteten Angriffe zu verhindern.

Gleichzeitig fordere ich alle beteiligten Seiten auf, verstärkt gegen die Straflosigkeit zu kämpfen und die Rechtsstaatlichkeit herzustellen, indem sie u. a. die Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen und die Rekrutierung von Kindersoldaten bekämpfen.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Im November 2009 kam es zum Austausch der Botschafter zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo – ein kleiner Lichtblick für das geschundene Land und seine geschundene Bevölkerung! Des Weiteren wurde der Anführer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas verhaftet. Beides sind Zeichen der Besserung der Situation im Ostkongo. Meine Frage an die Kommission: Welche Maßnahmen gedenkt man zu ergreifen, um eine weitere Annäherung zwischen Kongo und Ruanda einzuleiten?

Und nun zum UN-Mandat: Hier drinnen wird viel davon gesprochen, alle Maßnahmen zu ergreifen. Seien wir doch ehrlich: Wenn ein UN-Mandat, dann klar zum Schutz der Unterdrückten, der Gequälten, der Geschändeten, der Misshandelten, vor allem der Frauen und der Kinder in diesem Land. Dabei muss eines ganz klar sein: Wenn ein UN-Mandat ausgesprochen wird – und wir Österreicher sind ein bisschen restriktiv auf diesem Gebiet –, dann auch konsequent und notfalls – auch zum Schutz der Unterdrückten – mit der Waffe in der Hand.

Seán Kelly (PPE). – Herr Präsident! Ich denke, dass es bedauerlich ist, dass wir in dieser Vorweihnachtszeit die letzten beiden Tage damit verbracht haben, die überall auf der Welt herrschende Gewalt zu diskutieren, sei es in Tschetschenien oder in Afghanistan oder jetzt in der DR Kongo. Dies ist jedoch die Realität.

Gleichzeitig müssen wir, nach der weihnachtlichen Botschaft von Frieden und Freundschaft, wie es bereits mein Kollege Herr Mitchell gut ausgedrückt hat, die Stifter des Friedens sein. Und dies ist eine großartige Gelegenheit für die Hohe Vertreterin, Lady Ashton, um ihren Einfluss und die Unterstützung der Europäischen Union auf eine Art und Weise zu nutzen, wie noch nie zuvor, um in diesen Ländern wieder Recht und Ordnung durchzusetzen und zu versuchen, das schreckliche Leid an diesen Orten zu verringern.

Eine langfristige Lösung wird jedoch nicht durch wirtschaftliche Fortschritte, sondern durch Bildung erreicht werden, und wir müssen versuchen, in diesen Ländern den Zugang zu geeigneten Bildungsangeboten zu gewährleisten, weil dies langfristig der Weg zum Frieden ist.

Jim Higgins (PPE). – Herr Präsident! 1960 bat der schwedische Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, Irland, Truppen auf einen friedensschaffenden Einsatz in den damaligen Belgisch-Kongo, die heutige DR Kongo, zu entsenden. Sie haben großartige Arbeit geleistet.

Ich bin äußerst besorgt über die Rolle der UN-Truppen, die sich gegenwärtig in der DR Kongo befinden: die Marokkaner, die Pakistani und die Inder. Wir sprechen über Vergewaltigungen, Gewalt, Handel und so weiter, aber die dort stationierten UN-Truppen bekleckern sich nicht gerade mit Ruhm und erweisen der DR Kongo in Wirklichkeit einen schlechten Dienst.

Ich stimme vollkommen mit Herrn Mitchell überein, dass die Europäische Union entschlossener vorgehen sollte. Wir sind eine Europäische Union, vollständig vereint. Wir haben im Tschad hervorragende Arbeit geleistet. Wir brauchen unsere eigenen Friedenstruppen, und wir dürfen uns nicht ausschließlich auf die Vereinten Nationen verlassen. Die Situation sieht so aus, dass wir ein großartiges Volk haben, das Opfer der europäischen Kolonisation, Opfer von Stammeskriegen, Opfer der Blindheit der internationalen Gemeinschaft ist, und wir dürfen nicht länger blind sein. Wir müssen uns einfach dort engagieren und diese Menschen retten.

Alf Svensson (PPE). – (SV) Herr Präsident! Es ist fast unmöglich, die schrecklichen Zahlen zu begreifen, die genannt worden sind, aber dennoch wissen wir, dass sie richtig sind. Gleichwohl ist da dieses Gefühl – das vielleicht viele von Ihnen mit mir teilen – dass, wenn es um die ärmsten der armen Länder im Afrika südlich der Sahara geht, unser Engagement nicht so stark oder gezielt ist, wie es eigentlich sein sollte. Es ist der Begriff „Militärmacht“ gefallen. Ich denke, wir alle sind uns darüber im Klaren, dass wir die Armut und die Korruption bekämpfen müssen, wenn wir einen Fortschritt erreichen wollen hin zu einer Entspannung und Verbesserung der Situation der Bevölkerung dieses Landes, die so fürchterlich gelitten hat.

Wir sprechen gerne über Afghanistan und verbringen viel Zeit damit, über den Terror in diesem Land und über die Taten der Taliban zu diskutieren, und dies zu Recht. Hier ist jedoch noch ein weiteres Volk, das gelitten hat und das immer noch unter den entsetzlichsten Bedingungen leidet. Ich möchte hervorheben, dass es Nichtregierungsorganisationen gibt, die entsprechende Aufgaben übernehmen könnten, wenn sie mit der notwendigen staatlichen Unterstützung und mit der Unterstützung der EU ausgestattet würden, aber dies zu erreichen, scheint oft sehr schwer.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Herr Präsident! Wie diese Debatte gezeigt hat, gibt es sehr gute Gründe für die Fortsetzung unseres Engagements für die Demokratische Republik Kongo. Die EU engagiert sich bereits für die Förderung der langfristigen Stabilität, Sicherheit und der Entwicklung im Land. Kommissar De Gucht hat einen langen Bericht über die Tätigkeiten der EU vorgelegt.

Zusammengenommen machen die Beiträge der Mitgliedstaaten und der Kommission die EU zu einem der größten Geber für die Region, und daher können wir auch einen erheblichen Einfluss ausüben. Wenn jedoch die Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region aufrechterhalten werden soll, dann ist es äußerst wichtig, dass der Lebensstandard der kongolesischen Bevölkerung verbessert werden muss,

die Menschenrechte geachtet werden, und dass energisch gegen Korruption vorgegangen wird, um eine auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit begründete Gesellschaft zu schaffen.

Die schreckliche sexuelle Gewalt, über die viele Abgeordnete hier gesprochen haben und von der wir bedauerlicherweise in zu vielen Berichten hören, ist selbstverständlich vollkommen inakzeptabel. Die Täter dürfen nicht ungeschoren davonkommen. Sie müssen vor Gericht gestellt werden. Der kongolesischen Regierung fällt eine enorme Verantwortung dabei zu, dies zu gewährleisten, und sicherzustellen, dass Präsident Kabilas Nulltoleranz-Politik keine leere Versprechung ist, sondern echte Taten folgen lässt.

Soweit es den Rat betrifft, wurde das Mandat der beiden ESVP-Einsätze infolge der Untersuchung in der Demokratischen Republik Kongo Anfang des Jahres 2009 im Hinblick auf die Unterstützung des Kampfes gegen eben diese Art der sexuellen Gewalt überprüft. Als Ergebnis dieser Überprüfung soll die EUPOL DR Congo zwei multidisziplinäre Teams in die Provinzen Nord- und Süd-Kivu entsenden, mit einem Mandat, das sich auf das gesamte Land erstreckt. Diese Teams werden verschiedene Arten von speziellen Fachkenntnissen auf Gebieten wie der Verbrechensaufklärung und der Kontrolle von sexueller Gewalt liefern. Die Personalbeschaffung für diese Einsätze findet derzeit statt.

Natürlich ist dies nur ein kleiner Beitrag. In Bezug auf ein so großes Land ist er bescheiden. Trotzdem ist es ein wichtiger Beitrag. Diese Spezialtruppe wird in der Lage sein, die Durchführung der korrekten Untersuchungsmaßnahmen für sexuelle Gewalttaten zu unterstützen, besonders in den Fällen, in denen diese Taten von uniformierten Kräften begangen wurden.

Wir nähern uns nun der Fragestunde, aber dies ist meine letzte Debatte in diesem Parlament als Repräsentantin der schwedischen Ratspräsidentschaft. Ich möchte Ihnen für die vielen guten Debatten danken, die nette Zeit und die gute Zusammenarbeit, die ich zusammen mit den Damen und Herren Abgeordneten und mit Ihnen, Herr Präsident, genossen habe.

Der Präsident. – Ich würde Ihnen auch gerne im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten meinen Dank für Ihre Effizienz und Ihre Bemühungen aussprechen, die wir mit Freude verfolgt haben.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Zuallererst möchte ich allen Abgeordneten danken, die an dieser Debatte teilgenommen haben. Ich werde nicht noch einmal auf meine Erklärung zu Anfang der Debatte zurückkommen. Ich möchte mich nur auf drei Dinge konzentrieren.

Erstens: die Europäische Kommission tut viel in Bezug auf humanitäre Hilfe und Programme zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen hier von Dutzenden Millionen und ursprünglich sogar mehr als 100 Mio. EUR. Aber die Frage ist natürlich, wie wirksam ist das alles am Ende, wenn man kein entsprechendes Gegenstück im politischen Bereich hat?

Zweitens würde ich gerne einen Kommentar zum Mandat der MONUC abgeben, da ich denke, dass, auch wenn die MONUC durchaus kritisiert werden darf und dafür, was vor Kurzem passiert ist, kritisiert werden muss, es ein großer Fehler wäre zu fordern, dass sie die DR Kongo verlassen soll. Das wäre der schlimmste Fehler, den ich mir vorstellen kann.

Ich würde Ihnen gerne einige Abschnitte aus dem Mandat vorlesen, das der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Anfang letzten Jahres angenommen hat. Es legt fest, dass „der Rat außerdem beschlossen hat, dass der MONUC nach Annahme dieser Entschließung das Mandat verliehen wird, um in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der DR Kongo, in dieser Rangfolge, erstens den Schutz der Zivilbevölkerung, von Mitarbeitern humanitärer Organisationen und Mitarbeitern und Einrichtungen der Vereinten Nationen sicherzustellen; den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen, einschließlich der Mitarbeiter humanitärer Organisationen, denen unmittelbar körperliche Gewalt droht, insbesondere Gewalt, die von einer der am Konflikt beteiligten Parteien ausgeht“.

Ein weiterer sehr wichtiger Absatz ist Absatz G, der sich auf die koordinierten Maßnahmen bezieht. Er legt fest, „Einsätze mit den integrierten Brigaden der FARDC – der Armee – zu koordinieren, die im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo stationiert sind, und Einsätze zu unterstützen, die von diesen Brigaden in Übereinstimmung mit internationalen humanitären und Menschenrechtsbestimmungen sowie dem Flüchtlingsrecht geleitet und gemeinsam geplant werden, in Erwägung“ etc.

Das Mandat ist also sehr klar, und was diskutiert werden sollte, sind daher die Einsatzregeln. Tatsächlich sollte sich die MONUC ihre eigenen Einsatzregeln ansehen, weil die Entscheidung, wie sie weiter vorgehen wird, bei ihr liegt.

Schließlich gibt es auch viel Kritik in Bezug auf die internationale Strafgerichtsbarkeit. Die Menschen bezweifeln, dass sie mit der Politik vereinbar ist. Kann es eine internationale Strafgerichtsbarkeit einerseits und ein einwandfreies politisches Krisenmanagement andererseits geben? Das ist eine sehr interessante Frage.

Sie können eine der möglichen Antworten in der DR Kongo sehen. Wir haben Bosco Ntaganda erlaubt, die Führung der CNDP von Laurent Nkunda zu übernehmen, obwohl ein Haftbefehl gegen Bosco Ntaganda vorliegt, und Sie sehen, was passiert. Es wird einem nichts geschenkt. Sie können nicht wählen zwischen dem Management einer politischen Krise einerseits und der Umsetzung der internationalen Strafgerichtsbarkeit andererseits. Ich denke, dass wir als Europäisches Parlament und Europäische Kommission dem ordnungsgemäßen Funktionieren der internationalen Strafgerichtsbarkeit Vorrang gewähren sollten.

Der Präsident. – Mir liegen sechs Entschließungsanträge ⁽²⁾ gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung vor.

Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, den 17. Dezember 2009 statt.

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

12. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

Die Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B7-0236/2009).

Es werden die folgenden Fragen an den Rat gerichtet.

Anfrage Nr. 1 von **Bernd Posselt** (H-0425/09)

Betrifft: Ethnische Minderheiten in Serbien

Wie beurteilt der Rat die Lage der ethnischen Minderheiten in Serbien, insbesondere der albanischen Volksgruppe im Preševo-Tal, wo es wieder zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung gekommen ist?

Cecilia Malmström, *amtierende Präsidentin des Rates*. – (SV) Vielen Dank für Ihre Frage, Herr Posselt. In der Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 7.-8. Dezember dieses Jahres haben wir Beschlüsse zur Erweiterung und zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess gefasst. Der Rat begrüßte in diesen Beschlüssen das Engagement Serbiens für die EU-Integration und seine Anstrengungen bei der Umsetzung von wichtigen Reformen im Einklang mit europäischen Standards. Der Rat betonte zudem, dass die Reformagenda weiterverfolgt werden muss.

Wir haben die Mitteilung der Kommission vom 14. Oktober zur Kenntnis genommen, in welcher festgestellt wird, dass der allgemeine gesetzliche und institutionelle Rahmen für den Schutz der Menschenrechte in Serbien vorhanden ist, und dass Fortschritte bei der Verbesserung der Einhaltung internationaler Menschenrechtsbestimmungen erzielt wurden. Das neue Ministerium für Menschenrechte und Minderheiten in Serbien spielt bei dieser Arbeit eine wichtige Rolle. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, um das Verständnis internationaler Standards zu verbessern. Der Rat hat ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass Serbien alle wichtigen Menschenrechtsinstrumente ratifiziert hat.

Was die besondere Lage in Südserbien betrifft, auf die der Abgeordnete verwiesen hat, haben sich in der Tat im Juli einige sehr gewalttätige Zwischenfälle, einschließlich eines Angriffs auf die dort ansässige Gendarmerie, ereignet. Es gab mehrere Verhaftungen, nach welchen sich keine Zwischenfälle mehr ereignet haben. Die Stimmungslage innerhalb des Koordinationszentrums für Südserbien hat sich seitdem verbessert. Sie ist fragil, aber die wichtigsten ethnisch-albanischen politischen Parteien aus der Region sind an dieser Arbeit beteiligt. Positive Entwicklungen sind ebenfalls auf dem heiklen Gebiet der Bildung zu verzeichnen. In dieser Hinsicht würde ich gerne insbesondere die Eröffnung einer Fakultät in Medveđa erwähnen, in der in serbischer und albanischer Sprache unterrichtet werden wird.

In naher Zukunft wird ein nationaler Minderheitenrat für die albanische Bevölkerung in Serbien eingerichtet. Damit wird diese Bevölkerungsgruppe mehr Einfluss auf Unterrichtsfragen, Kulturfragen und andere Fragen

(2) Siehe Sitzungsprotokoll

haben. Die schwache wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region stellt ein Hindernis für die ethnischen Minderheiten in Südserbien dar. Positive Entwicklungen sind ebenfalls auf dem heiklen Gebiet der Bildung zu verzeichnen.

Bernd Posselt (PPE). - Frau Ratspräsidentin! Vielen Dank für die sehr gute Antwort. Es handelt sich ja um drei Regionen: zwei Grenzregionen – die Wojwodina und die südserbische Region Preschevo, also Dreiländereck. Da bitte ich auch, dass Sie in Ihrer künftigen Aufgabe als Kommissarin darauf achten, dass diese Länder im Rahmen der grenzüberschreitenden Förderprogramme weiter entwickelt werden. Innerserbien, vor allem der Sandschak um Nowy Pazar, ist natürlich vollkommen abgeschnitten. Auch hier muss gefördert werden, um zur Lösung der Minderheitenprobleme auch die ökonomischen Voraussetzungen zu verbessern. Aber vor allem in Südserbien gibt es sehr viel Gewalt. Ich bitte den Rat, sich weiterhin dieser explosiven Situation anzunehmen.

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – Herr Posselt! Seien Sie versichert, dass wir die Lage weiterhin sehr genau beobachten werden und dass sich auch die Kommission fortlaufend damit beschäftigt. Selbstverständlich werden sie dies tun. Wir sind uns der Verbesserungen, aber auch der Fragilität der Lage bewusst. Aber es gibt Verbesserungen, und diese institutionellen Strukturen, die geschaffen wurden, und auf die ich mich beziehe, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir können nur hoffen, dass diese Entwicklung mit unserer Unterstützung und der Unterstützung der OSZE weiter in diese Richtung geht.

Franz Obermayr (NI). - Gewalt gibt es übrigens – zu meinem Vorredner – leider auch im Kosovo und nicht nur in Serbien. Auf der einen Seite gibt es eine albanische Minderheit in Serbien, auf der anderen Seite gibt es eine serbische Minderheit im Kosovo.

Meine Frage: Wie stellt die EU angesichts der Visa-Erleichterung für Serbien sicher, dass es hier keine Grauzonen und keine Missstände geben wird? Widerspricht diese Vorgangsweise, einer Bevölkerungsgruppe im Kosovo eine Erleichterung zu geben, nicht ohnedies der umstrittenen Anerkennung des Kosovo als souveränes Staatsgebilde?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. Ich bin mir nicht sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Was den Kosovo betrifft gibt es noch viel zu tun, unabhängig von der Tatsache, dass nicht alle Mitgliedstaaten den Kosovo anerkannt haben. Die Kommission geht der Frage nach, wie wir die Situation für den Kosovo erleichtern können, und das wird etwas Zeit brauchen. Es gibt immer noch Schwierigkeiten. Sie betreffen auch die zukünftigen Visumerleichterungen, aber noch sind nicht alle Bedingungen erfüllt.

Die Präsidentin. – Es ist klar, dass es etwas vom Thema abgeschweift war, es stand aber in engem Zusammenhang.

Anfrage Nr. 32 von **Marian Harkin (H-0427/09)**

Betrifft: Arbeitslosenraten

Welche anderen Initiativen als Maßnahmen zur Umschulung und Weiterbildung hat der Rat ergriffen, um der wachsenden Arbeitslosigkeit in den 27 Mitgliedstaaten der EU zu begegnen?

Cecilia Malmström, amtierende Präsidentin des Rates. – (SV) Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Harkin. Die aktuelle Krise hat ernste Auswirkungen für Millionen von Menschen. Infolgedessen ist der Umgang mit den Folgen der Wirtschaftskrise eine der großen Herausforderungen der EU. Angesichts unserer alternden Bevölkerung müssen die Mitgliedstaaten der EU die derzeitigen Arbeitslosenquoten senken und sicherstellen, dass derartige hohe Arbeitslosenzahlen nicht dauerhaft werden.

Die Arbeitsmarktpolitik liegt primär im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten. Dennoch hat der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz vor einigen Jahren gewissen Leitlinien angenommen. Wir haben die Tatsache unterstrichen, dass die zu ergreifenden Maßnahmen sich ebenfalls unterscheiden müssen, da sich die Arbeitsmarktsituation in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr stark unterscheidet. Wir haben einen jährlichen gemeinsamen Bericht zur Beschäftigungslage, in dem der Rat und die Kommission die Lage in den verschiedenen Mitgliedstaaten überwacht. Während der aktuellen Krise hat der Europäische Rat genau dieser Frage der Arbeitslosigkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im Dezember 2008 wurde ein Wiederauffüllungsplan für Europa verabschiedet, in dem einheitliche Rahmenpläne für die zu ergreifenden Maßnahmen vorgesehen sind. Als Teil dieses Plans verabschiedeten der Rat und das Europäische Parlament eine Verordnung, mit der die Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung abgeändert wurde. Diese Änderung ermöglicht die Nutzung von Mitteln aus dem Fonds zur Bekämpfung der Krise.

Abhängig von der Situation des betroffenen Landes können verschiedene Maßnahmen durchgeführt werden: befristete Anpassung der Arbeitsstunden, Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen, Verringerung des Verwaltungsaufwands der Unternehmen, Verbesserung der von Arbeitsmarktbehörden genutzten Prozesse, gezielte Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche und Mobilitäts erleichterung. Diese wurden im Bericht des Ratsvorsitzes nach dem informellen Beschäftigungsgipfel hervorgehoben.

In seinen Schlussfolgerung vom Juni-Gipfel spezifiziert der Rat eine Anzahl von Maßnahmen, die den Mitgliedstaaten – und gegebenenfalls den Arbeitsmarktparteien – helfen sollten, mit den Auswirkungen der globalen Krise durch die Anwendung der Flexicurity-Grundsätze umzugehen. Dies kann bedeuten, Firmen Alternativen zu Entlassungen anbieten, Gelegenheiten zu flexiblen Arbeitsformen und befristeter Anpassung der Arbeitsstunden zu geben, Bedingungen für Unternehmer zu verbessern durch Bereitstellung eines flexiblen, sicheren Arbeitsmarkts und die Bereitstellung von Sozialleistungssystemen, mit denen Beschäftigungsanreize, geeignete Höhen der Sozialabgaben, erweiterte und verbesserte Wiedereingliederungsmaßnahmen, Einkommenshilfe und Freizügigkeit geschaffen werden.

Während der Erörterung im November waren die Minister der allgemeinen Ansicht, dass eine aktive Beschäftigungspolitik beizubehalten wäre, die kurzfristige Maßnahmen mit einschließt. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen wie etwa befristete Beschäftigungsverhältnisse, bessere Beschäftigungsfähigkeit und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt. Auf derselben Ratssitzung stimmten die Minister darin überein, dass Beschäftigung ein wichtiger Faktor für die Vermeidung von Ausgrenzung ist. Die Verbindung zwischen Gleichheit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist sehr wichtig, und infolgedessen wurden die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, die Kinderbetreuung auszuweiten und Lohnunterschiede und andere geschlechtsspezifische Unterschiede zu verringern.

Insbesondere müssen sich Maßnahmen auf diejenigen richten, die von der Krise am schlimmsten betroffen sind: ältere Menschen, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Angestellte ohne einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Schaffung von mehr Chancen und von Chancengleichheit für Jugendliche bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung ist eines der Hauptziele des neuen Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa im Zeitraum 2010-2018, die der Rat am 27. November 2009 verabschiedet hat.

Marian Harkin (ALDE). – Vielen Dank für Ihre Antwort. Ich muss Ihnen sagen, dass es mich sehr freut, Sie, Frau Ministerin zu sehen; hoffentlich werden im nächsten Jahr mehr von Ihnen sehen; Sie werden sehr daran gewöhnt sein, unsere Anfragen zu beantworten.

Zwei Punkte, die meines Erachtens wichtig sind, auf die Sie aber nicht in Ihrer Antwort eingegangen sind, waren: erstens, die Förderung der Unternehmerschaft: und zweitens, erhöhte Ausgaben für Forschung&Entwicklung. Die wirkliche Frage jedoch, die ich Ihnen stellen möchte, bezog sich auf die Tatsache, dass wir uns bis jetzt auf die offene Koordinierungsmethode verlassen haben, die wirklich ein schwaches Instrument war und die beim Versuch der Erreichung der Ziele der Lissabon-Agenda nicht gut funktioniert hat. Haben Sie überhaupt irgendwelche Vorschläge zur Stärkung dieses Mechanismus?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Die ist in der Tat eine sehr wichtige Frage und wie Sie wissen, hat der Rat bereits die Kommissionsvorschläge erhalten und damit begonnen, über die Zukunft der Lissabon-Strategie oder Europa 2020 zu diskutieren. Die spanische Ratspräsidentschaft wird hierüber im kommenden Frühjahr entscheiden.

Eine Frage lautet: Wie können wir langfristig die gegenwärtige Situation überwinden? Wie können wir ein wettbewerbsfähigeres Europa mit mehr Unternehmerschaft schaffen und soziale Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit vermeiden? Auf welche Weise investieren wir in Forschung und Entwicklung, sodass wir aus Europa den starken Global Player machen, den wir uns auf wirtschaftlichem Gebiet wünschen? All dies wird sich möglicherweise gut in die neue Strategie einfügen.

Ein sehr wichtiger Aspekt der Strategie ist die Governance-Methode. Ich denke, die offene Koordinierungsmethode hat ihre Vorteile, muss jedoch verbessert werden. Wir müssen viel mehr lokale und regionale Behörden involvieren, da sie diejenigen sind, die für die tatsächliche Umsetzung zuständig sind. Wir brauchen die einzelstaatliche Verantwortung bei den Prozessen und wir müssen uns die Governance anschauen. Dies wird ebenfalls im Kommissionspapier erklärt, das jetzt für die Konsultation unter den Mitgliedstaaten vorgelegt wurde. Ich denke, es werden gute Vorschläge hierfür vorgelegt, da dies in der Tat eine der Schwachstellen der Strategie ist.

Andreas Mölzer (NI). - Das von der EU geplante so genannte Mikrofinanzierungsinstrument wird ja nicht neu finanziert, sondern die Gelder sollen aus dem PROGRESS-Programm kommen. Wie soll in diesem Zusammenhang verhindert werden, dass das neue Instrument zu Lasten bereits früher beschlossener Beschäftigungs- und Sozialprogramme geht?

Paul Rübzig (PPE). - Meine Frage geht in die Richtung: Ist es nicht sinnvoll, Arbeitslosigkeit überhaupt zu verhindern? Sehen Sie öffentliche Aufgaben, die man den Arbeitslosen übertragen könnte? Und vor allem, wie könnten wir die kleinen und mittleren Betriebe stärken, damit neue gegründet werden? Gibt es hier Möglichkeiten, länderübergreifend Methoden anzuwenden und *best practices*, mit denen man mehr und neue Unternehmungen schafft?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Wie ich sagte, die letzte Verantwortung zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegt natürlich bei den Mitgliedstaaten. Aber es gibt einiges zu tun und – worauf ich in meinen einführenden Bemerkungen gegenüber Frau Harkin hinwies – der Rat hat eine Vielzahl von Empfehlungen gemacht, wie man an einer größeren Flexibilität arbeiten könnte, mit den unterschiedlichen Unterstützungssystemen umgehen könnte und Menschen aktivieren kann, um Ausgrenzungsmechanismen zu vermeiden. Es ist sehr wichtig, dass wir diese Sitzungen auf hoher Ebene mit den Sozialpartnern und den Mitgliedstaaten fortsetzen, um empfehlenswerte Verfahren auszutauschen. Sie variieren zwischen den Ländern, aber wir müssen uns untereinander Beispiele geben und die besten Wege überwachen, die sodann genutzt werden könnten. Es ist also eine Kombination aus den vom Rat erteilten Empfehlungen und der Erfordernis vonseiten der Mitgliedstaaten, ihren Anteil an der Verantwortung zu übernehmen und abhängig von den Umständen in den Ländern abzustimmen.

Mein Herr, ich bin mir nicht sicher, ob ich Ihre Frage verstanden habe. Vielleicht gab es ein Übersetzungsproblem. Ich habe nicht auf eine Mikrobehörde verwiesen. Ich habe auf einen Globalisierungsfonds hingewiesen, den wir nun, mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments, flexibler gestaltet haben, um Unterstützung für Mitgliedstaaten und für Firmen zu bekommen, die in Schwierigkeiten geraten sind, um Menschen zu helfen, die arbeitslos sind oder entlassen wurden.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 3 von Herrn **Nikolaos Chountis** (H-0431/09)

Betrifft: Verhandlungen über die Beteiligung der Türkei an gemeinsamen Operationen im Rahmen von Frontex

Am 21.10.2009 teilte die amtierende Ratsvorsitzende Frau Malmström dem Plenum des Europäischen Parlaments mit, dass Verhandlungen über eine mögliche Vereinbarung über den Austausch von Informationen und eine eventuelle Beteiligung der türkischen Behörden an gemeinsamen Operationen von Frontex stattfinden. Laut Artikel 8e Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 863/2007 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+QT+H-2009-0431+0+DOC+XML+V0//DE> „\l”def1” über einen Mechanismus zur Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke und zur **Ä n d e r u n g** d e r **V e r o r d n u n g** (E G) N r . 2007/2004 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+QT+H-2009-0431+0+DOC+XML+V0//DE> „\l”def2” wird für „Änderungen und Anpassungen des Einsatzplans [...] das Einverständnis des Exekutivdirektors und des anfordernden Mitgliedstaats [vorausgesetzt]”.

Wie weit sind die Gespräche über die Beteiligung der Türkei an gemeinsamen Operationen von Frontex gediehen? Welche Forderungen stellt die Türkei im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung? Ist Griechenland als Mitgliedstaat, in dem Frontex seinen Sitz hat, über die Gespräche unterrichtet?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin – (SV) Ein wichtiges Element der EU-Strategie für ein bessere Steuerung der Migration ist die Errichtung von Partnerschaften mit Drittstaaten bei Grenzkontrollangelegenheiten. Dies ist ein zentraler Grundsatz des Konzepts, das vom Rat im Dezember 2006 verabschiedet wurde. Ich möchte auch erwähnen, dass die operative Zusammenarbeit mit Drittstaaten ein wichtiges Element bei der von Frontex durchgeführten Arbeit ist.

Gemäß der Frontex-Verordnung darf Frontex die operative Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten im Rahmen der Politik der Europäischen Union über Außenbeziehungen erleichtern und mit Drittstaaten im Kontext der bilateralen Kooperation zusammenarbeiten. Eine Reihe solcher Absprachen sind bereits getroffen worden und weitere werden derzeit diskutiert.

Das Mandat für die Verhandlungen erteilt der Verwaltungsrat, in dem alle Mitgliedstaaten vertreten sind. Bei den zwischen Frontex und den zuständigen türkischen Behörden geführten Gesprächen über die operative Zusammenarbeit wurden bedeutende Fortschritte erzielt.

Da die Verhandlung noch im Gange sind, fällt es dem Rat schwer, ausführlicher auf den Inhalt und die Entwicklungen der Gespräche einzugehen.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, Frau Ministerin, ich entnehme Ihrer Antwort heute, dass es drei Punkte gibt: erstens, dass sich die Verhandlungen zwischen Frontex und der Türkei in einem fortgeschrittenen Stadium befinden; zweitens, dass sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, somit einschließlich Griechenland – wie ich mir vorstelle – über die Verhandlungen im Klaren sind; und schließlich, dass gemäß den Schlussfolgerungen des letzten Außenministertreffens das Rückübernahmeabkommen mit der Grenzkontrolle verbunden ist.

Mit anderen Worten, verlangt die Türkei gemeinsame Operationen mit externer Grenzkontrolle zum Zwecke der Kooperation, zum Zwecke des Rückübernahmeabkommens mit der Europäischen Union? Sollte dies der Fall sein, wie gehen wir mit dem ernstesten Thema des Schutzes der Menschenrechte und der Würde von Zuwanderern sowie der überaus heiklen Angelegenheit, nicht so sehr der Grenzkontrolle, sondern eher der Grenzdefinition um.

Mit anderen Worten, erkennt die Türkei die Außengrenzen der Europäischen Union an? Akzeptiert sie, dass Frontex an den Außengrenzen der Europäischen Union agiert?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Dies ist natürlich eine sehr weitläufige Frage. Verhandlungen mit der Türkei haben gerade begonnen. Der Vertreter der Kommission, Kommissar Barrot und Herr Billström, der schwedische Minister für Migration und Asylpolitik, waren gerade von einigen Wochen in der Türkei, um mit diesen Beratungen zu beginnen. Die ersten Gespräche waren fruchtbar, haben aber noch nicht ihr Ende erreicht, sodass es sehr schwierig ist, Ihnen über den aktuellen Stand Auskunft zu geben. Alle Mitgliedstaaten einschließlich Griechenland werden selbstverständlich über die Beratungen auf dem Laufenden gehalten.

Allgemein wird die Achtung der Grundrechte und der europäischen Werte stets in dieser Hinsicht erwähnt, sodass auch für die Türkei diesbezüglich keine Ausnahme gemacht wird. Aber wie ich dem Herrn Abgeordneten sagte, die Gespräche haben soeben erst begonnen; es werden gute Fortschritte gemacht, aber sie wurden noch nicht abgeschlossen. Sie sind öffentlich geführt worden, sodass alle Mitgliedstaaten über den Verwaltungsrat von Frontex, in dem auch Griechenland vertreten ist, beteiligt sind.

Georgios Papanikolaou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, Frau Ministerin, meines Wissen möchte man sich mit der Türkei dahingehend verständigen, dass letztendlich das Ziel, ein Rückübernahmeabkommen über Einwanderungsfragen erreicht wird, das ebenfalls Themen in Verbindung mit der Kooperation mit Frontex enthalten wird.

Die zweite Sache, die ich ansprechen möchte ist, dass wir in Griechenland kürzlich bemerkt haben, dass Frontex-Flugzeuge von türkischen Behörden belästigt werden. Die Antworten der Kommission sagen nichts Besonderes über die erfolgten Mitteilungen aus und ob dies letztlich eine Störung darstellt.

Haben Sie dazu einen Kommentar?

Andreas Mölzer (NI). – Um dem Herrn zu werden, ist es sicher sinnvoll, international zusammenzuarbeiten, wenn – und das sage ich deutlich – diese Zusammenarbeit nicht mit EU-Hilfen finanziell erkaufte werden muss. Mit welchen anderen Staaten laufen denn derzeit Verhandlungen oder sind solche geplant, und wurden dem türkischen Staat finanzielle Anreize für eine Beteiligung an dieser FRONTEX-Aktion geboten?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Bei zahlreichen Gelegenheiten waren Schiffe Gegenstand von Anfragen während der Fragestunde. Der Rat hat die türkischen Behörden und die türkische Regierung und ihre Vertreter darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine gute Kooperation in der Region eine Voraussetzung für weitere Gespräche diesbezüglich ist. Auch hat er die türkischen Behörden ersucht, verschiedene Provokationen zu unterlassen. Dies ist sehr klar gewesen, und Sie können die Antworten darauf, von denen ich selbst einige vor Kurzem gegeben habe, wiederfinden.

Die Diskussionen laufen noch. Sie sind angeordnet worden. Wie ich sagte, ich kann Ihnen nicht exakt sagen, in welchem Stadium diese sich befinden, da sie andauern, aber sie folgen dem üblichen Prozedere und, um

Ihre Frage zu beantworten, wir führen ebenfalls Gespräche mit dem Senegal und Kap Verde. Wir haben mit Marokko, Ägypten und Mauretanien begonnen, haben jedoch sehr wenig Fortschritt gemacht.

Dies ist das übliche Prozedere. Sie werden befolgt. Der Frontex-Verwaltungsrat ist mit dem Start dieser Verhandlungen beauftragt worden. Einige sind erfolgreicher als andere. Wir haben beispielsweise Kooperationen mit Russland, Moldawien, der Ukraine, Georgien, etc., erzielen jedoch in anderen Gebieten geringere Fortschritte.

Die Präsidentin. – – Anfrage Nr. 4 von Herrn **Seán Kelly** (H-0434/09)

Betrifft: Klimaverhandlungen in Kopenhagen

Kann der Rat den neuesten Stand der Verhandlungen in Kopenhagen darlegen, deren Abschluss bevorsteht? Kann er für den Fall, dass in Kopenhagen kein rechtsverbindliches Abkommen erreicht wird, mitteilen, wann seiner Ansicht nach mit dem Abschluss eines rechtsverbindlichen Folgeabkommens zum Protokoll von Kyoto zu rechnen ist?

Cecilia Malmström, *amtierende Ratspräsidentin*. –Entwicklungen dauern an, während wir in Kopenhagen sprechen, aber ich werde versuchen, Ihnen die aktuellsten zu geben.

Wie Sie wissen, gibt es zwei Hauptfragen: Abschwächung und Finanzierung. Wie der Ministerpräsident heute Morgen sagte, sind wir weiterhin zuversichtlich, in Kopenhagen ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen, das es uns erlaubt, die globale Temperaturerwärmung auf unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten.

Die EU spielt eine Schlüsselrolle – mit Brückenfunktion – in einem Prozess mit der Absicht, schlussendlich zu einer rechtsverbindlichen Vereinbarung zu gelangen: Hoffentlich wird eine politisch verbindliche Einigung jetzt erzielt, mit einem klaren Zeitplan für die Erlangung einer rechtsverbindlichen Vereinbarung für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2013.

Die Erlangung einer Vereinbarung erfordert jedoch die Annäherung an die folgenden wesentlichen Bausteine.

Zunächst weitreichende und ehrgeizige Verpflichtungen zur Verringerung der Emissionen vonseiten der Industrieländer bis 2020. Einige Länder, Japan und Norwegen, haben ihre Zusagen erhöht, aber es ist deutlich, dass das, was derzeit auf dem Tisch liegt, für das Erreichen des 2 °C-Ziels nicht ausreicht.

In diesem Zusammenhang wird die EU ihre Forderungen an andere Industrieländer bekräftigen, sich für eine ehrgeizige Agenda zu engagieren und weiter von Entwicklungsländern messbare, berichtspflichtige und überprüfbare Abschwächungsmaßnahmen zu verlangen.

Die größeren Entwicklungsländern haben ihre Angebote zur Begrenzung des Emissionswachstums unterbreitet – China, Indien, Indonesien, Brasilien, Südafrika und Südkorea – und dies macht einen signifikanten Anteil aus.

Der Rat ist jedoch der Ansicht, dass von diesen Ländern, insbesondere China und Indien, ein größeres Maßnahmenpotential ausgehen könnte. Ebenfalls ist klar, dass mehr benötigt wird, wenn wir innerhalb der 2 °C-Erwärmung bleiben möchten.

Die EU wird sie daher auffordern, ihre Anstrengungen im Rahmen eines ehrgeizigen Übereinkommens zu erhöhen.

Wir benötigen ebenfalls ein Rahmenwerk zur Anpassung an Klimaveränderungen sowie für den Technologietransfer und den Kapazitätsaufbau. Wir benötigen eine Finanzierung im Rahmen eines fairen und gleichberechtigten Governance-Systems zur Abschwächung, zur Anpassung, für den Kapazitätsaufbau und für den Technologietransfer an Entwicklungsländer.

In diesem Zusammenhang gibt der letzte Europäische Rat hinsichtlich der Zahl für die Sofortstart-Finanzierung für die ersten drei Jahre den laufenden Verhandlungen einen wichtigen Impuls; dies stärkt ebenfalls die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union.

Die Staats- und Regierungschefs nähern sich nun Kopenhagen. Wir hoffen, dass Sie für die erforderlichen politischen Denkanstöße über die zentralen Fragen der Abschwächung und Finanzierung sorgen werden. So kann hoffentlich eine ehrgeizige Übereinkunft erreicht werden.

Die EU hat Vorschläge dahingehend vorgebracht, dass die Verhandlungen über einen rechtlich bindenden Vertrag für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2013 schnellstmöglich nach der Kopenhagener Konferenz abgeschlossen werden sollte.

Es ist zu früh zu sagen, wann dies erreicht werden kann, aber wir sollte auf eine Übereinkunft innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Konferenz abzielen.

Seán Kelly (PPE). – Frau Malmström, ich möchte Ihnen für Ihre kurzgefasste, präzise und logische Antwort danken, nicht nur auf meine, sondern auf alle Fragen, seit ich hier in das Parlament im vergangenen Juni kam. Sie sind ein Top-Performer gewesen.

Auch bin ich stolz sagen zu dürfen, dass ich der Europäischen Union angehöre, die die Klimaschutzdebatte anführt und andere beeinflusst, selbiges zu tun. Ich denke, das beste Beispiel hierfür ist das heutige Eintreffen des amerikanischen Präsidenten und des chinesischen Ministerpräsidenten, etwas, das noch vor wenigen Jahren undenkbar war.

Wir würde aber in Ermangelung eines verbindlichen Abkommens unsere weitere Vorgehensweise aussehen?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Ich denke, da die wirklichen politischen Verhandlungen morgen mit, wie Sie sagen, Ministerpräsidenten und Präsidenten aus der ganzen Welt beginnen, sollten wir nicht jetzt schon über einen Plan „B“ sprechen. Ich denke, sie können den Beitrag, die Stärke und die Dynamik zur Schaffung eines ehrgeizigen politischen Engagements durchsetzen.

Sollte es nicht möglich sein, dies zu erreichen – nun, dann werden wir die Gespräche einfach fortsetzen müssen. Keinesfalls werden wir aufgeben. Die Welt erwartete Ergebnisse von uns. Es handelt sich um das wichtigste Thema unserer Generation; wir dürfen nicht scheitern. Werden wir morgen oder am Tag darauf keine Übereinkunft erreichen, dann werden wir so lange Gespräche führen, bis wir eine Einigung erzielt haben.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 5 von Herrn **Gay Mitchell** (H-0436/09)

Betrifft: Klimaschutzfinanzierung für die Entwicklungsländer

Bei den bevorstehenden Klimaschutzgesprächen in Kopenhagen soll das weltweite Vorgehen gegen den Klimawandel kurz- bis mittelfristig festgelegt werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass eine Übereinkunft erzielt wird und dass die reichen Länder die erforderlichen Gelder bereitstellen, um für die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern aufzukommen. Wir können vernünftigerweise von den Entwicklungsländern nicht erwarten, dass sie für die Folgen eines Problems aufkommen, das von der westlichen Welt verursacht wurde.

Bei der Vereinbarung, die auf der Tagung des Europäischen Rates im Oktober erzielt wurde, wurde davon ausgegangen, dass die Entwicklungsländer 100 Milliarden Euro zur Anpassung an den Klimawandel benötigen, wohingegen die Entwicklungsländer geltend machen, dass sich die fraglichen Kosten auf das Drei- bis Vierfache dieses Betrags belaufen würden.

Wie beabsichtigt der Rat, angesichts so unterschiedlicher Zahlen zu einem Kompromiss zu gelangen?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Wie der Herr Abgeordnete richtig bemerkte, ist die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer ein wesentliches Element für die Verhandlungen in Kopenhagen und wird der Schlüssel zur Erreichung einer Übereinkunft sein.

Zunächst möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass wir beim Europäischen Rat im Oktober die Wichtigkeit einer Schnellstart-Finanzierung hervorgehoben haben, um sofortige Maßnahmen zu initiieren und eine kollektive und effiziente Vorgehensweise auf mittel- und langfristiger Sicht, mit einem besonderen Schwerpunkt auf diese entwickelten Ländern vorzubereiten. Anlässlich des Dezember-Rats vor einigen Tagen drückte die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Bereitschaft zur Bereitstellung von EUR 2,4 Mrd. EUR jährlich für die Jahre 2010-2012 zur Unterstützung der Entwicklungsländern beim Klimaschutz aus. Mit dieser Verpflichtung schickten wir meiner Ansicht nach ein sehr starkes Signal an die Verhandlungsführer bei ihrer laufenden Konferenz und stärkten unsere Glaubwürdigkeit.

Der Europäische Rat erkannte die Notwendigkeit für eine signifikante Erhöhung der öffentlichen und privaten Finanzströme bis 2020. Die derzeitige Finanzstruktur muss überarbeitet und, wo erforderlich, reformiert werden, sodass sie in der Lage ist, die Herausforderungen anzunehmen. Wie Sie in Ihrer Anfrage bemerkten, hat sich der Europäische Rat vom Oktober der von der Kommission vorgenommenen Schätzung

angeschlossen, dass die Nettomehraufwendungen für Anpassung und Abschwächung in den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2020 ungefähr 100 Mrd. EUR jährlich ausmachen könnten; diese sind durch eine Kombination aus eigenen Aufwendungen durch die Entwicklungsländer, dem internationalen Kohlenstoff-Markt und der internationalen Kapitalmärkte zu erfüllen. und dies ist eine Schätzung der erforderlichen Mittel durch die Kommission. Es handelt sich weder um ein Angebot noch um ein Gebot vonseiten der EU.

Auch gibt es eine umfassende Reihe weiterer Schätzungen von anderen Quellen, jedoch hat der Rat der von der Kommission erstellten Schätzung zugestimmt und hält diese für die beste Bewertung. Das Gesamtniveau der erforderlichen internationalen öffentlichen Beihilfen wird schätzungsweise im Bereich von 22 Mrd. EUR bis 50 Mrd. EUR pro Jahr bis 2020 liegen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind bereit, einen fairen Anteil an diesem Betrag zu übernehmen, jedoch sollten sich alle Länder mit Ausnahme der ärmsten an den internationalen öffentlichen Beihilfen über einen umfassenden Verteilerschlüssel beteiligen, der auf Emissionswerte und dem BIP basiert. Und wie der Europäische Rat im Oktober betonte, muss die Vereinbarung von Kopenhagen Bestimmungen über das Ziel enthalten, dass die globale Erwärmung 2 °C nicht übersteigen sollte sowie ehrgeizige Verpflichtungen zur Verringerung vonseiten der Industrieländer, Anpassungstechnologie und eine Finanzierungsübereinkunft.

Gay Mitchell (PPE). – Ich schließe mich Herrn Kelly an und möchte meine Wertschätzung für die Antworten der Frau Ministerin in diesem Haus und für das Verhalten der schwedischen Ratspräsidentschaft im Allgemeinen, das sehr vorbildlich gewesen ist, zum Ausdruck bringen.

Frau Ministerin, wir haben in den letzten Tagen bemerkt, dass der Präsident der Vereinigten Staaten Gespräche mit einigen Führern der Entwicklungsländer geführt hat. Hat sich die Europäische Union an diesen Diskussionen beteiligt und versucht, die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und anderen zu überbrücken, um bei den verbleibenden Themen zu einer Lösung zu gelangen? Kann die Frau Ministerin dem Parlament versichern, dass, sollten dafür Mittel bereitgestellt werden, es sich für die Entwicklungsländer hierbei um neue Gelder handelt, nicht um Gelder, die aus bestehenden Verpflichtungen an die Entwicklungsländer in Bezug auf die Hunger- und Entwicklungsagenda stammen?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Zur ersten Frage, es gab zahlreiche bilaterale Treffen im Herbst, um die Verhandlungen zu erleichtern und vorzubereiten. Die EU befindet sich in ständigem Kontakt mit den Vereinigten Staaten und versucht, anzuschließen und fordert sie zu einer ehrgeizigeren Erklärung auf. Diese wiederum unterhalten ihre eigenen bilateralen Kontakte; bei einigen dieser Gelegenheiten, sind wir eingebunden gewesen und bei anderen nicht, da wir versuchen, aus verschiedenen Ecken anzuschließen. Auch haben wir im Laufe des schwedischen Ratsvorsitzes sechs bilaterale Treffen mit wichtigen Interessengruppen wie etwa China, Indien, der Ukraine, Südafrika, Russland und den Vereinigten Staaten gehabt. Klimafragen standen bei sämtlichen dieser Gelegenheiten ganz oben auf der Agenda, sodass es eine Vielzahl von Treffen gab.

Im Hinblick auf die Finanzierung muss ich sagen, dass es sich um eine Mischung von alten und neuen Geldern handelt. Einige Länder haben eine Mischung gemacht. Einige haben bereits Teile Ihres Entwicklungshilfeeinsatzes zugewiesen. Da die am wenigsten entwickelten Länder diejenigen sind, die unter dem Klimawandel am meisten leiden werden, ist es demzufolge logisch, dass bestimmte Teile des Entwicklungshilfeeinsatzes an verschiedenen Arten von Klimamaßnahmen lokalisiert werden.

Nun haben einige Mitgliedstaaten ihre Ambitionen bei ihren Gesamteinsatz für Entwicklungshilfe als Folge der Wirtschaftskrise heruntergeschraubt, und dies ist bedauerenswert.

Es ist eine Kombination und dies besonders aufgrund der Wirtschaftskrise.

Die Präsidentin. – – Anfrage Nr. 6 von Herrn **Ádám Kósa** (H-0440/09)

Betrifft: Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung

Dieser Vorschlag ist von größter Bedeutung, wenn es darum geht zu betonen, dass ein allgemeiner Bedarf an Barrierefreiheit für alle besteht. Diese kommt nicht nur Menschen mit Behinderungen zugute, sondern dem Großteil der Menschen in der europäischen Gesellschaft innerhalb von zehn Jahren. Wird der Rat eine wirklich einheitliche Grundlage für eine Antidiskriminierungspolitik ohne Ausnahmen (z. B. Gestaltung, Herstellung von Gütern) in Betracht ziehen, um eine nachhaltige Gesellschaft zu schaffen und die Vielzahl von Rechtsgrundlagen bei der Bekämpfung von Diskriminierung zu beseitigen?

In Anbetracht der Tatsache, dass die Zugänglichkeit zu Infrastrukturen und Dienstleistungen in vielen Fällen und in vielen Ländern eine sehr reale Herausforderung darstellt, ist es meines Erachtens völlig inakzeptabel, die Pflicht der Mitgliedstaaten zur Annahme neuer Regeln für eine bessere und echte Zugänglichkeit zu (neuen) Infrastrukturen sowie (neuen) Dienstleistungen um zehn oder zwanzig Jahre zu verschieben. Zieht der Rat in irgendeiner Weise eine weitere Ausdehnung der Frist für die Umsetzung der Pflicht zur Barrierefreiheit bei bereits bestehender und/oder neuer Infrastruktur in Betracht? Wenn ja, weshalb?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Wie der Herr Abgeordnete in seiner Frage erwähnt, sind Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs bei der Bekämpfung von Diskriminierung von wesentlicher Bedeutung. Während des schwedischen Ratsvorsitzes haben wir den Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung auf einer technischen Ebene weiter studiert. Dieser deckt vier Diskriminierungsgründe ab, die derzeit nicht im Beschäftigungsbereich enthalten sind: Religion oder Überzeugung, Behinderung, Alter und sexuelle Neigung.

Am 30. November 2009 prüfte der Rat einen Zustandsbericht von des Vorsitzes, der die Aufmerksamkeit auf die Erfordernis der weiteren Arbeit an diesem Thema lenkt, insbesondere in Bezug auf die Tragweite, Bestimmungen über Behinderungen und den Zeitplan für die Durchführung. Die Vorsitz berichtete weiterhin, dass im Vorschlag das besondere Thema des „Designs“ oder der „Herstellung von Waren“ ebenfalls behandelt werden sollte. Dies muss weiter erörtert werden.

Gemäß dem Zustandsbericht gibt es weitere Punkte im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen der Richtlinie zu lösen. Wenn wir politische Einheit erzielen möchte, müssen wir einen für jeden Mitgliedstaat annehmbaren Text erstellen. Bevor wir im Rat voranschreiten können, müssen sämtliche Mitgliedstaaten übereinstimmen.

Ich kann jedoch die Ergebnisse der Verhandlungen nicht vorwegnehmen. Diskussionen hinsichtlich der Umsetzung, der Termine und der Tragweite sind noch im Gange und werden noch einige Zeit andauern.

Ádám Kósa (PPE). – (HU) Frau Ministerin, vielen Dank für Ihre Antwort. Die ersten Schritte, die unternommen wurden, sind sehr ermutigend, jedoch möchte ich drei Themen hervorheben. In der Europäischen Union leben 50 Mio. Menschen mit Behinderungen. Dieses Thema betrifft nicht nur sie, da die Gesellschaft der Europäischen Union drastisch altert. Daher betrifft dieses Problem nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch die Zukunft jedes älteren Menschen, wie all diejenigen in Rollstühlen beispielsweise, wenn diese eine Rampe benötigen. Dies bedeutet, dass dies übergreifend schnell zu einer Frage für die gesamte Gesellschaft werden wird, weswegen es vorzugsweise zu behandeln ist, da dies die Zukunft ist, mit der wir konfrontiert werden. Der Zugang zu Diensten ist seit 10 Jahren verschoben worden. Es ist wichtig, dass diese Frist bestehen bleibt, gerade weil dies in unserem gemeinsamen Interesse ist.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Ich stimme mit dem Herrn Abgeordneten bezüglich der Erfordernis eine solchen Richtlinie absolut überein. Immer noch gibt es Millionen von Menschen in der Europäischen Union, die keinen Zugang zu den alltäglichsten Dingen im Leben haben. Dies behindert ihre Freiheit und die Möglichkeit, ein normales Leben zu führen, und ich bedauere dies zutiefst.

Die Gespräche im Rat nehmen viel Zeit in Anspruch. Es handelt sich um einen bahnbrechenden Vorschlag mit einem breiten Spektrum an enormen praktischen und finanziellen Konsequenzen. Die Einstimmigkeit zwischen den Mitgliedstaaten wird benötigt und danach die Zustimmung des Europäischen Parlaments, bevor die Richtlinie angenommen werden kann. Wir haben Verhandlungen gehabt. Wir hatten zahlreiche Arbeitsgruppen innerhalb des Rates. Wir haben Fortschritte erzielt, jedoch muss ich Ihnen leider ehrlicherweise sagen, wir haben den erforderlichen Konsens noch nicht erreicht. Aber wir werden bis zum Ende unseres Ratsvorsitzes weitermachen, und ich bin recht optimistisch, dass der spanische Ratsvorsitz Alles daran setzen wird, um eine Lösung zu erreichen.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 7 von Frau **Vilija Blinkevičiute** (H-0445/09)

Betrifft: Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen

In Zeiten einer schwierigen Wirtschaftslage ist es sehr wichtig, einen angemessenen sozialen Schutz der gesellschaftlich am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Eine der schutzbedürftigsten gesellschaftlichen Gruppen sind die Behinderten. Es ist höchst bedauerlich, dass versucht wird, die nationalen Haushalte dadurch auszugleichen, dass die Sozialleistungen und Programme für Menschen mit Behinderungen gekürzt werden. Dies verstößt nicht nur gegen die Grundsätze der Solidarität und der

sozialen Gerechtigkeit, sondern schwächt auch die Prozesse und Mechanismen der sozialen Integration der Behinderten und verstärkt ihre soziale Ausgrenzung.

Hat der Rat zusätzliche Maßnahmen vorgesehen, um Menschen mit Behinderungen in einer wirtschaftlichen Rezession zu unterstützen? Wird die ungünstige wirtschaftliche Situation nicht dazu führen, dass sich die Prüfung eines Vorschlags für eine Richtlinie des Rates, durch die der Grundsatz der Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen umgesetzt wird, im Rat verzögert?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Wir sind uns alle über die sozialen Probleme im Zuge der Wirtschaftskrise im Klaren. Es ist von wesentlicher Bedeutung, für Menschen und Gruppen, die besonders verwundbar sind, besonderen Schutz bereit zu stellen und Ausgrenzung zu bekämpfen. Wir wissen, dass das Potenzial von Behinderten und anderen gefährdeten Gruppen aufgrund von Diskriminierung häufig nicht genutzt wird. Angesichts dessen hat der Rat konsequent die Wichtigkeit der Förderung des Zugangs zum Beschäftigungsmarkt für Behinderte unterstrichen.

Dies geschah im Rahmen der Lissabon-Strategie, einschließlich der aktuellen beschäftigungspolitischen Leitlinien. Im März 2008 hat der Rat – gemeinsam mit den Regierungen der Mitgliedstaaten – außerdem eine Entschließung zur Situation von Behinderten innerhalb der EU verabschiedet. Die Wichtigkeit der Integration verletzlicher Menschen und Gruppen in den Arbeitsmarkt wurde vom Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 13. November 2009 gebilligt, worauf ich im Zusammenhang mit der vorhergehenden Frage hingewiesen habe. Die Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für diese Gruppen ist ebenfalls eine Grundvoraussetzung für langfristiges Wachstum.

Ich möchte Sie an die gemeinsame Vereinbarung erinnern, mit der das Parlament und der Rat das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bestimmt haben. Ich glaube, dass diese Entscheidung auch den Zugang zu Bildung für Alle enthalten wird. Darüber hinaus beinhaltet die Entscheidung die Arbeit an der Erreichung von gleichem Zugang für Alle zur Informations- und Kommunikationstechnologie, wobei den Bedürfnissen von Behinderten besondere Beachtung gegeben wird. Eine weitere Priorität, über die gesprochen werden wird, betrifft die Bedürfnisse von Behinderten und deren Familien und von anderen gefährdeten Gruppen. Wir freuen uns auf die zahlreichen Initiativen, die sicherlich in dem vor uns liegenden Jahr ergriffen werden.

Im Hinblick auf die Vorlage für eine Richtlinie des Rates über die Durchführung des Prinzips der Gleichbehandlung von Personen, ungeachtet deren Religion oder Glauben, Alter oder sexueller Ausrichtung, sehen wir, dass es sich sehr positiv auf das Leben von Behinderten auswirken würde, wenn der Kommissionsvorschlag realisiert würde. Die Arbeitsgruppe des Rates über soziale Themen arbeitet noch an dem Text. Wie ich bereits erwähnte, haben wir am 30. November eine Diskussion und einen Zustandsbericht vorbereitet, sind jedoch zu keiner Entscheidung gelangt.

Wir können das Ergebnis der weiterhin andauernden Verhandlungen nicht abschätzen, aber es ist zwingend notwendig, dass wir für eine korrekte Formulierung sorgen, da es sich um eine Frage der Rechtssicherheit und der Bestimmung des Anwendungsbereichs der Richtlinie handelt. Wie schon erwähnt, es muss bei den Mitgliedstaaten Einigkeit über die Vorlage herrschen. Es ist ihre Aufgabe, eine Abschätzung der möglichen Folgen der wirtschaftlichen Rezession in diesem Zusammenhang vorzunehmen. Sobald Einigkeit darüber erzielt wurde, wird das Europäische Parlament natürlich gebeten, seine Zustimmung gemäß Artikel 19 des neuen Vertrags von Lissabon zu geben.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, und ich danke Ihnen, Frau Ministerin Malmström, für Ihre Antwort. Ich möchte auch Schweden danken, denn genau während der schwedischen Ratspräsidentschaft ratifizierte der EU-Ministerrat die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dies ist ein großer Schritt, aber es ist nur ein einziger Schritt.

In Wahrheit unterscheidet sich die Situation unserer Behinderten von Land zu Land. Einige gehörlose Menschen können keine Gebärdensprache verwenden, während manche blinde Menschen keinerlei Zugang zu Diensten der Sehbehindertenhilfe haben. Es gibt keine Anpassungen Menschen mit Bewegungsbehinderungen. Ebenfalls ist eine signifikante Anzahl behinderter Menschen schlichtweg ohne Beschäftigung. All dies unter der Maßgabe, dass behinderte Menschen gegenwärtig 10 % unserer Bewohner in der Europäischen Union ausmachen.

Frau Ministerin, meines Wissen gibt es bestimmte Probleme und Schwierigkeiten mit der Richtlinie über die Bekämpfung von Diskriminierungen (so würde ich es zusammenfassen), aber vielleicht wäre es möglich,

eine separate Richtlinie über die Rechte von behinderten Personen früher zu haben. Unsere Richtlinie wäre für alle EU-Mitgliedstaaten bindend, sodass Behinderte keiner Benachteiligung ausgesetzt würden.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Lassen Sie mich unterstreichen, dass es keine Frage des mangelnden politischen Willens ist. Wir verstehen die Bedeutung dieser Richtlinie und wir haben wirklich sehr hart daran gearbeitet, sie bis dahin zu bringen.

Wie ich jedoch bereits sagte, ich kann die Tatsache nicht ändern, dass wir Einstimmigkeit benötigen, und diese Einstimmigkeit gibt es nicht. Der schwedische Ratsvorsitz und Ratsvorsitze vor uns haben sich daran versucht, unterschiedliche Kompromissvorschläge, unterschiedliche Vorgehensweisen zu erarbeiten. Es gibt eine Vielzahl von Arbeitsgruppen, die sich fortwährend treffen und arbeiten; und es gibt weitere Treffen. Wir werden an diesem Thema bis zum Ende unseres Ratsvorsitzes arbeiten. Aber leider habe wir noch keine Einstimmigkeit erzielt.

Es wäre bedauerlich, wenn man die unterschiedlichen Bestandteile der Richtlinie voneinander trennen würde, da es Sinn und Zweck war – und dies wurde auch sehr vom Parlament mitgetragen – eine umfassende Richtlinie über die Bekämpfung von Diskriminierung zu haben. Wenn wir anfangen die Scherben zusammensuchen, würde dieser Gedanke meines Erachtens verloren gehen, und ich fände dies bedauerlich. Lassen Sie uns also ein wenig mehr versuchen, die gesamte Richtlinie voran zu bringen, da diese sich im Kampf gegen Diskriminierung als sehr wertvoll nicht nur für behinderte Menschen, sondern auch für andere diskriminierte Menschen in ganz Europa erweisen würde.

Christa Kläß (PPE). - Wir müssen Diskriminierungen verhindern, das ist ein gesellschaftliches Problem. Wir alle sind aufgefordert, Diskriminierungen jeder Art zu verhindern.

Teilen Sie meine Auffassung, dass es keine klaren Maßstäbe gibt, an denen man solche Diskriminierungen festmachen kann, wenn z.B. ein Vermieter eine Wohnung vermietet und ein Bewerber klagt, er wäre diskriminiert worden, weil er diese Wohnung nicht bekommen hat.

Teilen Sie meine Meinung, dass eine europäische Richtlinie nur Aufforderungen an die Mitgliedstaaten richten kann, die diese dann in ihre nationalen Gesetze umsetzen müssen? Europa hat es hier schwer, ein europäisches Gesetz auf den Weg zu bringen.

Mairead McGuinness (PPE). – Könnte ich kurz anerkennen, dass, da wir über die Rechte von behinderten Menschen sprechen, unser Kollege Herr Kósa gerade zum Vorsitzenden der interfraktionellen Arbeitsgruppe Behinderung des Europäischen Parlaments gewählt wurde. Wir wünschen ihm dabei alles Gute.

Insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaftskrise, die wir gestern erörterten, und Sie haben zustimmend genickt: Wir haben enorme Bedenken, über die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen, und ich befürchte, dass die Wirtschaftskrise – und vielleicht teilen Sie meine Ansicht – den Prozess der Deinstitutionalisierung verlangsamen wird und das dies ein Thema ist, bei dem wir sehr umsichtig vorgehen müssen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – In Zeiten einer Wirtschaftskrise leiden immer die am leichtesten verwundbaren am stärksten – Kinder, Jugendliche, alte Menschen, Behinderte – und aus diesem Grund müssen wir als Politiker uns dessen sehr bewusst sein. Es wurde den Schlussfolgerungen verschiedener Ratsformationen und Empfehlungen hinzugefügt, dass die Mitgliedstaaten ermutigt werden sollten, besondere Aufmerksamkeit der Tatsache zu schenken, dass die am leichtesten verwundbaren Gruppen immer die größten Leidtragenden sind, also stimme ich mit Ihnen überein.

Um Ihre Frage zu beantworten, ohne zunächst die allgemeine und vollständige, tiefgreifende Richtlinie zu haben, ist es sehr schwierig, Normen eines europäischen Charakters auf dem Gebiet der Diskriminierung von behinderten Menschen festzulegen. Wir müssen zunächst die vollständige Richtlinie haben und dann von dort aus arbeiten.

Ich sehe ein, dass ein großes Stück Arbeit vor uns liegt und ich bin mir der massiven Benachteiligungen und der Schwierigkeiten bewusst, denen Behinderte im alltäglichen Leben ausgesetzt sind, und die sie an der Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten im Leben und ihres Potentials hindern. Ich denke, wir müssen zunächst an einer Gesamtrichtlinie arbeiten.

Die Entscheidung, das kommende Jahr dem Kampf gegen soziale Ausgrenzung zu widmen, stellt die Möglichkeit dar, mit neuen konkreten Vorschlägen zu kommen und gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren, um dieses Thema und das Bewusstsein in allen Mitgliedstaaten zu verstärken.

Die Präsidentin.–Ich bin mir sicher, dass im Zusammengang mit dieser Erörterung, das Haus ebenfalls Herrn Kósa zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der interfraktionellen Arbeitsgruppe beglückwünschen möchte.

Die Fragen 8 und 9 wurden zurückgezogen.

Die Anfrage Nr. 10 wird nicht behandelt, da das Thema bereits auf der heutigen Tagesordnung steht.

Da der Fragesteller nicht zugegen ist, wird Frage Nr. 11 ausgelassen.

Anfrage Nr. 12 von Herrn **Charalampos Angourakis** (H-0455/09)

Betrifft: Abscheuliche Morde an armen peruanischen Bauern aus Profitzwecken

Veröffentlichungen der internationalen Presse zufolge sollen in den vergangenen Jahren Dutzende Angehörige der Landbevölkerung in den peruanischen Provinzen Huanuco und Pasco von einer unter dem Namen „Los Pishtacos“ bekannten Bande ermordet worden sein, die das Fett der Opfer, angeblich 17 Kilogramm, für 15 000 Dollar pro Kilogramm an europäische Kosmetikfirmen verkauft haben soll. Die peruanischen Behörden gehen davon aus, dass diese abscheulichen Verbrechen Ursache für das Verschwinden vieler Menschen, darunter auch Kinder, sein könnte. Unsere Fraktion verurteilt die Praktiken europäischer multinationaler Unternehmen, die nur um des Profits willen Menschen ermorden und die Reichtümer Lateinamerikas seit vielen Jahrzehnten ausplündern.

Wie bewertet der Rat insgesamt das verbrecherische Vorgehen der europäischen multinationalen Unternehmen? Welche EU-Mittel fließen an Unternehmen, die in Lateinamerika aktiv sind?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Wie der Abgeordnete weiß, gehört die Achtung der Menschenrechte zu den Grundwerten der Europäischen Union. Bei all ihren Beziehungen mit Drittstaaten verwendet der Rat stets besondere Aufmerksamkeit darauf, dass Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit respektiert werden.

Im Hinblick auf die besonderen Zwischenfälle, die der Herr Abgeordnete erwähnte, war der Rat sich dieser nicht bewusst und wurden diese im Rat nicht diskutiert. Der Ratsvorsitz hat auch die Zeitungen gelesen und kennt die Berichte in den Medien, bemerkt jedoch zugleich, dass die jüngsten Bericht suggerieren, dass die ursprüngliche Geschichte eine „Zeitungsente“ war.

Da die Medienberichte widersprüchlich sind und der Rat für gewöhnlich keine Kommentare zu Berichten in den Medien abgibt, kann und sollte der Ratsvorsitz über diese Geschichte weder spekulieren noch auf diese Frage antworten.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Frau Präsidentin, ich muss Ihnen sagen, dass mich die Antwort der Frau Ministerin nicht im Geringsten zufrieden stellt. Es handelt sich um ein abscheuliches Verbrechen, ein Verbrechen ohnegleichen würde ich sagen, und in jedem Fall gebe ich zu berücksichtigen, dass die Europäische Union, wenn sie dies möchte, die Möglichkeiten hat, Sachverhalte dieser Art eingehender zu untersuchen.

Da wir Beziehungen zu Peru unterhalten, fordern wir offizielle Auskünfte vonseiten der peruanischen Regierung über diesen besonderen Zwischenfall und die Ergreifung von Maßnahmen. Ansonsten werden wir eine Wiederholung der gleichen Situation sehen.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin – (SV) Die Berichte hierüber sind extrem widersprüchlich gewesen. Sowohl vonseiten der Behörden als von Journalistenberichten hat sich herausgestellt, dass es keinen Anhaltspunkt dafür gibt, dass diese schrecklichen Vorkommnisse tatsächlich geschehen sind.

Da es keine sicheren Anhaltspunkte gibt und viel darauf hindeutet, dass diese tatsächlich nicht stattgefunden haben, und dass es sich stattdessen um eine Zeitungsente handelt, sieht der Rat sich außerstande, Schritte auf diesem Gebiet zu unternehmen und ist hierzu auch nicht befugt.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 13 von Herrn **Ryszard Czarnecki** (H-0458/09)

Betrifft: Diskriminierung der polnischen Minderheit in Litauen

In Litauen kommt es schon seit geraumer Zeit zu Diskriminierungen der polnischen Minderheit. Dies äußert sich z. B. dadurch, dass die Schreibung von Namen entpolonisiert wird, in der Bildung, dem Verbot zweisprachiger Ortsauschilderungen sowie der Tatsache, dass Polen, die während der Sowjetzeit enteignet

wurden, ihr Eigentum nicht zurückerhalten. Wird der Rat die litauische Regierung dazu verpflichten, die Rechte der nationalen Minderheiten zu achten? Wann kann der Rat entsprechende Maßnahmen einleiten?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Der Rat bekräftigt den Vorrang der Grund- und Menschenrechte, die in den Verträgen und in der Charta der Grundrechte verankert sind. Der Rat ist und bleibt der Verhinderung und Bekämpfung jeglicher Formen erniedrigender und diskriminierender Behandlung verpflichtet.

Ich möchte anmerken, dass sich der Europarat unter seinem Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ebenfalls mit Themen hinsichtlich des Minderheitenschutzes beschäftigt. Die von Herrn Czarnecki angesprochenen Themen werden derzeit von den zuständigen Organen des Europarates untersucht. Insbesondere unter der Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft sind alle Personen unabhängig von ihrem Rechtsstatus geschützt. Der Geltungsbereich des Rechtsschutzes dieser Richtlinie umfasst die Gebiete Beschäftigung, sozialer Schutz, Bildung und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen. Die Europäische Union ist für ihre Umsetzung in den Mitgliedstaaten unter Einhaltung des europäischen Rechts verantwortlich.

Abschließend, im Stockholm-Programm, das vom Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember dieses Jahres genehmigt wurde, wird die Erfordernis für eine ergänzende Vorlage in puncto gefährdete Gruppen im Licht der Erfahrung bewertet, die aus der Anwendung des Haager Abkommens aus dem Jahr 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen, dem sie zukünftig beitreten werden, durch die Mitgliedstaaten gewonnen wurde.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Frau Malmström, ich bedanke mich für Ihre Antwort und insbesondere dafür, dass Sie betont haben, dass der Rat sich jedweden Formen der Diskriminierung von nationalen Minderheiten in der Europäischen Union, einschließlich der polnischen Minderheit in Litauen, widersetzen wird. Dies ist eine sehr wichtige Aussage. Vielen Dank hierfür. Ich möchte hervorheben, dass wir es hier leider mit einer systematischen Aktivität der litauischen Behörden im Hinblick auf das Bildungssystem und zweisprachige Ortsnamen und auf verschiedenen Verwaltungsebenen zu tun haben. Es handelt sich daher um eine extrem bezeichnende Angelegenheit, und ich möchte darum bitten, dass dies vom Rat überwacht wird.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Ich kann nur die Grundsätze und Werte wiederholen, für die die Europäische Union steht, und die der Rat selbstverständlich verteidigt.

Auch die besonderen Vorkommnisse, auf die Herr Czarnecki verweist, werden von den relevanten Behörden des Europarats untersucht; sollte irgendeine Form der Diskriminierung vorliegen, ist es die Aufgabe der Kommission sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten die Verträge und das EU-Recht einhalten.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 14 von Herrn **Brian Crowley** (H-0462/09)

Betrifft: Verfolgung buddhistischer Mönche und Nonnen in Vietnam

In dieser Anfrage wird auf die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Laos und Vietnam, die am 26. November 2009 angenommen wurde, Bezug genommen (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2009-0104&language=DE>). Welche konkreten Maßnahmen wurden im Anschluss getroffen, um die Verfolgung und Drangsalierung buddhistischer Mönche und Nonnen in Vietnam einzudämmen?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Vielen Dank für Ihre Frage. Der Rat ist sich der Menschenrechtssituation in Vietnam sehr bewusst und wir beobachten die Entwicklungen im Land sehr aufmerksam.

Zweimal jährlich nehmen der Rat und die Kommission eine Bewertung der Situation im Rahmen des Menschenrechtsdialog vor, den wir mit den vietnamesischen Behörden führen. Der letzte Dialog fand letzte Woche am 11. Dezember in Hanoi statt. Zahlreiche drängende Fragen wurden besprochen wie etwa die freie Meinungsäußerung, Reform des Strafgesetzbuches, einschließlich der Todesstrafe sowie die Religionsfreiheit und religiöse Toleranz, darunter auch die Lage der Anhänger von Plum Village. Eine EU-Liste mit Personen und Gefangenen, deren Situation besonderen Anlass zur Besorgnis gibt, wurde der vietnamesischen Regierung übergeben. Zusätzlich zum Menschenrechtsdialog wirft die EU mit der vietnamesischen Regierung auch Fragen auf, die besondere Sorgen bereiten.

Am 10. November führten der Rat und die Kommission ein langes Gespräch mit den Mitgliedern der Plum Village Gemeinschaft. Am 26. November, wurde die Entschließung vom Europäischen Parlament bezüglich des Themas veröffentlicht. Am gleichen Tag führte die Kommission Spitzengespräche mit den Behörden in Hanoi und dieses Treffen erfolgte im Rahmen des Gemeinsamen Ausschusses für die Verhandlungen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das wir im nächsten Jahr abzuschließen hoffen. Unsere wichtigste Botschaft beim Treffen war es, zum Ausdruck zu bringen, für wie dringlich wir die Menschenrechtssituation in Vietnam ansehen.

Wir haben die Enteignung des Kircheneigentums erwähnt, wir haben die Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten und Verfasser von Blogs erwähnt – wie von einem Abgeordneten zuvor in diesem Parlament vorgebracht wurde – und wir haben auch die Situation der Plum Village Anhänger zur Sprache gebracht. Wir haben unsere Amtskollegen aufgefordert, die Menschenrechte zu schützen und zu respektieren und alle Verpflichtungen einzuhalten, die in der von Vietnam unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den von Vietnam unterzeichneten internationalen Konventionen festgelegt sind. Die Entschließung des Parlaments hat dieser Botschaft besonders viel Nachdruck verliehen, und ich möchte dem Europäischen Parlament dafür danken. Wir haben Vietnam über die neue und wichtige Rolle des Europäischen Parlaments informiert, insbesondere im Hinblick auf das zukünftige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.

Vom 8.-10. Dezember 2009 besuchte eine EU-Delegation das Bat Nha Kloster und den Phuoc Hue Tempel, in den fast 200 übrig gebliebenen Plum Village Mitglieder geflohen sind. Wir sprachen dort mit den religiösen Vertretern und den örtlichen Behörden, um mehr Informationen über die aktuelle Situation zu erhalten. Die EU wird die Situation am Phuoc Hue Tempel weiter sehr aufmerksam beobachten.

Pat the Cope Gallagher (ALDE) in Stellvertretung für den Verfasser.– Ich danke der Ratspräsidentin sowohl in meinem als auch im Namen von Herrn Crowley für ihre sehr umfassende Antwort; ferner möchte ich sagen, dass ich sehr erfreut über den Ansatz sowohl vonseiten des Rates als auch der Kommission bin. Ich hoffe, dass Sie die Entwicklungen weiter auf pragmatische Weise überwachen werden.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 15 von Herrn **Pat the Cope Gallagher** (H-0463/09)

Betrifft: Antrag Islands auf Beitritt zur Europäischen Union

Kann der Rat eine aktualisierte Bewertung abgeben, was den Status des Antrags Islands auf Beitritt zur Europäischen Union betrifft?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Frau Präsidentin, ich denke, dies ist eine Frage, die Ihnen gleichermaßen am Herzen liegt.

amtierende Ratspräsidentin(SV) Lassen Sie mich zunächst daran erinnern, was in den Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember vorgetragen wurde, in denen der Rat Folgendes schreibt: „Island ist ein Land mit weitreichenden und tiefen demokratischen Wurzeln und besitzt das Potential, sowohl strategisch als auch politisch einen wesentlichen Beitrag in die EU einzubringen. Das Land ist bereits auf zahlreichen Gebieten eng mit der EU verbunden, so durch seine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum und auch am Schengen-Raum.“

Islands Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union wurde dem schwedischen Ratsvorsitz am 16. Juli 2009 offiziell unterbreitet. Ich selbst war zugegen und erhielt die Bewerbung, die ich unverzüglich an die Ratsmitglieder weiterleitete.

Auf seiner Sitzung vom 27. Juli 2009 erinnerte der Rat an den erneuerten Konsens über die Erweiterung, der in den Schlussfolgerungen der Sitzung des Europäischen Rates im Dezember 2006 beschrieben wurde, einschließlich des Grundsatzes, dass jedes Bewerberland für sich beurteilt wird, und wir entschlossen uns, das Verfahren nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union einzuleiten. Die Kommission wurde daher aufgefordert, dem Rat ihre Stellungnahme zu diesem Antrag zu übermitteln.

Der Antrag wird in Übereinstimmung mit den Vertragsgrundsätzen, den anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen 1992 bestimmten Kriterien und den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Dezember 2006 bewertet. Übereinstimmend mit den Schlussfolgerungen, die vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen letzte Woche angenommen wurden, wird dieser die Sache wiederaufnehmen, nachdem die Kommission ihre Meinung diesbezüglich abgegeben hat. Dies sollte es dem Rat ermöglichen, zu einer Entscheidung über die mögliche Aufnahme von Gesprächen mit Island während der ersten Monate der spanischen Ratspräsidentschaft zu gelangen.

Pat the Cope Gallagher (ALDE). – Ich möchte der amtierenden Ratspräsidentin für ihre Antwort danken. Als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen mit der Schweiz, Island und Norwegen sowie zum Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschuss Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), verstehe ich voll und ganz, dass jedes Aufnahmegesuch natürlich separat beurteilt werden muss und dass Fortschritte erzielt werden. Ich denke, ein Hinweis dafür ist die angemessen kurze Zeit, in der Island zahlreiche Fragen beantwortet hat, und natürlich war es hilfreich, dass das Land dem EWR angehört. Dies ist ein Hinweis auf das Engagement der isländischen Regierung. Die Mitgliedschaft Islands in der Europäischen Union wäre meines Erachtens ein sehr wichtiger Schritt bei der fortgesetzten Erweiterung Europas.

Jedoch nannten Sie die alte Demokratie als eine Angelegenheit für die isländischen Menschen, diese Entscheidung zu treffen, aber ich sehe einem weiteren Fortschritt auf der nächsten Ratssitzung entgegen; hoffentlich wird man einen wichtigen Schritt weiter sein und es wird eine Ankündigung durch den Rat geben.

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Das isländische Gesuch muss in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahren behandelt werden; die Kommission hat ihre Kontrolle und die Ausarbeitung ihrer Meinung noch nicht abgeschlossen. Sie machen wie auch Island Fortschritte und haben bereits ihre Verhandlungsteams ernannt und sind entschlossen, sehr genau, aber zügig bei ihrer Arbeit vorzugehen. Ich denke daher, wie können darauf zählen, dass die Kommission eine Meinung zu Beginn des nächsten Jahres vorlegen wird und hoffentlich eine Entscheidung über weitere Maßnahmen treffen kann.

Die Präsidentin. – Da der Fragesteller nicht zugegen ist, wird Frage Nr. 16 ausgelassen.
Frage Nr. 17 von Frau **Mairead McGuinness** (H-0470/09)

Betrifft: Biologisch abbaubarer Abfall

Inwieweit wurde in den Mitgliedstaaten durchgesetzt, dass biologisch abbaubare Abfälle gemäß den Bestimmungen der Deponie-Richtlinie 1999/31/EG <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+QT+H-2009-0470+0+DOC+XML+V0//DE> | "def1" nicht mehr auf Abfalldeponien gelagert werden?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – (SV) Tagtäglich werden große Mengen Müll in den EU-Mitgliedstaaten produziert. Die Art und Weise, wie wir mit diesem Müll umgehen, hat natürlich großen Einfluss auf die Umwelt. Der kürzlich von der Kommission veröffentlichte Bericht über die Umsetzung der EU-Müllgesetzgebung kommt zu dem Schluss, dass, obwohl einige Mitgliedstaaten Fortschritte erzielt haben, enorme Anstrengungen zur Durchführung in einer Vielzahl von Staaten erforderlich sind, falls die Infrastruktur für das Abfallmanagement den EU-Anforderungen genügen soll. Insbesondere die Deponie-Richtlinie ist schwer umzusetzen.

Im Hinblick auf die Reduzierung der Verbringung von biologisch abbaubarem Abfall auf Deponien stellt der Kommissionsbericht fest, dass gemäß den relativ begrenzten, zur Verfügung stehenden Angaben, nur neun Länder ihre Ziele zur Verringerung im Jahr 2006 erreicht haben. Der Rat erklärte zuvor in seinen Schlussfolgerungen vom Juni 2009, dass man der Kommission zustimmen würde. Es ist sehr wichtig, dass die EU-Ziele zur Reduzierung der Verbringung von biologisch abbaubarem Abfall auf Deponien erfüllt werden. Der Rat hat die Kommission ebenfalls dazu aufgerufen, ihre Folgenabschätzung fortzusetzen, um eine Vorlage für die EU-Rechtsvorschriften über biologisch abbaubaren Abfall vorzubereiten.

Der Rat hat festgestellt, dass die Erfordernis für EU-Rechtsvorschriften zu berücksichtigen ist, insbesondere die Erfordernis für Rechtsvorschriften über das Recycling von biologisch abbaubaren Abfällen durch Kompostieren und Energierückgewinnung in Biogasanlagen mit anschließender Verwertung des Restmaterials. Der Rat bemerkte zudem, dass eine bessere Handhabung von biologisch abbaubarem Abfall einen Beitrag zu einem nachhaltigeren Umgang mit unseren Ressourcen, eine Verbesserung des Bodenschutzes und eine Unterstützung des Klimaschutzes leisten würde und insbesondere Ziele hinsichtlich der Reduzierung der Verbringung von biologisch abbaubarem Abfall auf Deponien, Recycling und erneuerbare Energien erreicht würden.

Mairead McGuinness (PPE). – Ich denke, jeder in diesem Haus unterstützt die Anstrengungen. Wer schon einmal wie ich auf einer Deponie gestanden hat, weiß, wie schrecklich es ist, dort einzuatmen und ich finde, dass die Öffentlichkeit, die ihren Müll dorthin verbringen lässt, vielleicht einmal einer Deponie einen Besuch abstatten sollte.

Könnten Sie, sofern es welche gibt, Gründe dafür nennen, warum sich bis jetzt erst neun Mitgliedstaaten auf diesem Stand befinden und sich hierzu äußern? Wir wissen, dass wir dies tun müssen; ich stimme zu, dass

wir uns für Biogas engagieren müssen. Jeder identifiziert sich mit den Grundsätzen, aber warum gelingt es uns nicht, die Ziele zu erreichen?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. – Ich muss gestehen, ich bin keine Expertin auf diesem Gebiet, aber soweit ich von den Aussagen der Kommission verstanden habe, fehlt für den Umgang hiermit die geeignete Infrastruktur, und die Schaffung einer solchen ist recht kostspielig. Diese ist langfristig natürlich von Vorteil, jedoch haben Mitgliedstaaten noch nicht in die geeignete Infrastruktur investiert, und daher hat es so lange gedauert.

Die Präsidentin. – Wir werden die nächste Frage als die letzte für diesen Abend nehmen, die auch in der Tat die letzte während Ihres Ratsvorsitzes sein wird. Sie kommt von Herrn Hans-Peter Martin und betrifft die Erfolge des schwedischen Ratsvorsitzes in Transparenzangelegenheiten, bei denen wir vermutlich einiges zu berichten haben.

Anfrage Nr. 18 von Herrn **Hans-Peter Martin** (H-0472/09)

Betrifft: Erfolge der schwedischen Ratspräsidentschaft in Transparenzfragen

Am 16.09.2009 erklärte der schwedische Ratsvorsitz in seiner Antwort (H-0295/09(1)) an den Fragesteller, dass er „die Ansicht des Herrn Abgeordneten zur Bedeutung von mehr Transparenz bei den Tätigkeiten der Union“ teilt. Der Ratsvorsitz erklärte auch, er beabsichtige, „den entsprechenden Transparenzvorschriften gemäß Artikel 8 Absätze 1-4 der Geschäftsordnung des Rates vollständige Wirkung zu verleihen. Grundsätzlich werden gemäß der Geschäftsordnung des Rates alle Beratungen über Rechtsakte, die dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen, öffentlich zugänglich sein“.

Welche Bilanz zieht der Rat nun am Ende seiner Präsidentschaft, welche konkreten Erfolge wurden in welchen Bereichen erzielt?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin – (SV) Wie der Herr Abgeordnete schon sagte, die Steigerung der Transparenz bei der Arbeit der Europäischen Union ist eine wichtige Priorität für Schweden als Mitgliedstaat und als Inhaber des Ratsvorsitzes. Die Steigerung der Transparenz auf allen Gebieten der Arbeit des Rates gehörte zu den klaren Zielen, die wir festgelegt haben.

Ich erwähne beispielsweise die Website des Ratsvorsitzes, auf der Informationen über Sitzungen, Hintergrunddokumente und Webstreaming-Links in drei Sprachen zu finden sind.

Auch hat der Ratsvorsitz in den vergangenen Monaten sein Möglichstes getan, um zu gewährleisten, dass die Bestimmungen über Transparenz in der Geschäftsordnung des Rates verwirklicht werden.

Im Juli, September, Oktober und November 2009, fanden 20 öffentliche Debatten über die Initiative des schwedischen Ratsvorsitzes in Übereinstimmung mit Artikel 8.3 der Geschäftsordnung statt. Darüber hinaus erfolgte eine öffentliche Debatte über das Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaft für die Arbeit des ECOFIN-Rates. Dies ergab 21 öffentliche Debatten, die über einen Zeitraum von vier Monaten stattfanden.

Was die Anzahl der öffentlichen Beratungen betrifft, so wurden 59 Rechtsvorschriften als A-Punkte innerhalb des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet; neun vorgelegte Rechtsvorschriften wurden während einer öffentlichen Ratssitzung als B-Punkte erörtert. Weiterhin fand eine öffentliche Beratung auf Initiative des Ratsvorsitzes statt. Falls der Herr Abgeordnete der Ansicht ist, dass sich dies nach wenig anhört, so ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Rechtsvorschriften auf der Tagesordnung des Rates, für die öffentlichen Beratungen gehalten werden müssen, je nach der Anzahl der Rechtsvorschriften variiert, die dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegen. Darüber hinaus hatte das neue Parlament nicht so viele Rechtsvorschriften wie üblich. Die neue Kommission wird zweifelsohne die Zahl der Gesetzgebungsvorschläge erhöhen, die der Rat und das Europäische Parlament zu behandeln haben, und die Zahl der Rechtsvorschriften wird dann steigen.

Nun, da jetzt der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, sind ferner alle Ratssitzungen, die die Tagesordnungspunkte hinsichtlich Beratungen über Gesetzgebung behandeln, ebenfalls öffentlich. Der schwedische Ratsvorsitz begrüßt diesen Fortschritt. Hierdurch wird die Europäische Union effektiver und demokratischer gestaltet.

Zum Schluss möchte ich erwähnen, dass der schwedische Ratsvorsitz gestern die Initiative für eine Sitzung mit der interinstitutionellen Arbeitsgruppe über Transparenz mit der Vizepräsidentin der Kommission Margot Wallström und Vizepräsidentin Diana Wallis ergriffen hat. Wir erörterten sehr viele konkrete

Vorschläge, um Europas Bürger mit einem besseren, benutzerfreundlichen Informationszugang in den EU-Institutionen zu versorgen.

Hans-Peter Martin (NI). - Es ist selten, dass es im Plenum einen Anlass zu fast einer bestimmten Form von Rührung gibt. Ich halte es für eine Ehre und eine Freude, dass ausgerechnet wir hier den letzten Dialog führen dürfen. Frau Ministerin, Sie wissen ja selbst, es ist ein langsamer, kleiner Weg, auf dem man leider Gottes oft nur im Schnecken tempo in Richtung mehr Transparenz vorankommt, wenn ich daran denke, wo wir vor zehn Jahren waren und wo wir heute sind. Trotzdem kann man natürlich gerade als kritischer, aber glühender Pro-Europäer mit dem, wo wir jetzt stehen, nicht zufrieden sein.

Für mich wäre es interessant zu wissen, was Sie uns als Botschaft zurücklassen, was die Nachfolger tatsächlich verbessern könnten. Ich denke gerade an die Arbeitsgruppen des Rates. In der Tat bin ich über die Anzahl der Tagesordnungspunkte, die bisher öffentlich zugänglich sind, nicht glücklich, und auch über die Art und Weise, wie man an die Dokumente kommt. Sehen Sie in der langen Perspektive aus Ihrer jetzt doch zehnjährigen Erfahrung in der Europa-Politik die Chance, dass wir einmal dorthin kommen, wo Schweden seit Jahrzehnten schon ist, was Transparenz betrifft?

Cecilia Malmström, amtierende Ratspräsidentin. –Dies ist in der Tat eine wichtige Frage. Ich würde sagen, dass sich der Zugang zu Dokumenten und die Transparenz in den letzten zehn Jahren erheblich verbessert haben. Dies ist auf die Verordnung (EG) Nr 1049/2001 zurückzuführen, bei der es sich um eine sehr wichtige Verordnung handelt, und ich bin stolz, dass ich an der Geburtsstunde dieser Verordnung teilnehmen konnte.

Es geht auch darum, wie wir sie umgesetzt haben, und es geht um Einstellungen. Diese haben sich während der letzten 10 Jahre verbessert. Viele Menschen in unseren europäischen Institutionen haben begriffen, dass Transparenz und Offenheit nicht gefährlich sind, sondern gut und effizient sind. Sie wirken sich positiv auf die Rechtmäßigkeit aus und hierdurch werden die Möglichkeiten von Fehlverhalten und Korruption verringert.

Wir haben noch Arbeit vor uns. Der Vertrag von Lissabon präsentiert uns neue Möglichkeiten. Ich hoffe, dass alle nachfolgenden Ratsvorsitze diese Möglichkeiten optimal nutzen werden. Die Kommission hat gestern erklärt, dass man mit sich aus dem Vertrag von Lissabon erwachsenden Vorschlägen darüber, wie wir bei der Transparenz vorankommen können, wiederkehren würde.

Es gibt noch viel zu tun, aber wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Wie der Herr Abgeordnete sagt, es ist ein ständiger Kampf, und ich freue mich darauf, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Die Präsidentin. – Bleibt mir noch zu sagen, Frau Ministerin, liebe Cecilia, vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit und Ihre umfassenden Beteiligung an der Fragestunde während des schwedischen Ratsvorsitzes. Wir freuen uns, vorbehaltlich der Zustimmung dieses Hauses, Sie auf dieser Seite zu sehen. Vielen Dank Ihnen und Ihrem Team.

Die Fragestunde ist geschlossen.

Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

13. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

14. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 19:10 Uhr geschlossen.)